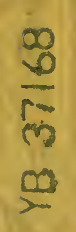

UC-NRLF
$B 308 379


YB 37168





Das Wissen der Gegenwart

Deutsche Universal-Bibliothek für Gebildete.

XXXIX. Band.

Geschichte

der

Vereinigten Staaten von Nordamerika

von

Ernst Otto Hopp.

In drei Abteilungen.



Leipzig: G. Freytag. 1885. Prag: F. Tempsky.

Geschichte

der

Vereinigten Staaten von Nordamerika

von

Ernst Otto Hopp.

II. Abteilung:

Von der Konstitution des Bundesstaates 1783 bis zum Ausbruch des großen Bürgerkrieges 1861.

Mit 32 in den Text gedruckten Abbildungen.





Leipzig: G. Freytag. 1885. Prag: F. Tempsky.

Inhaltsverzeichnis.





Der Bundesstaat und seine Konstitution.

Der Friede von 1783 fand die dreizehn Vereinigten Staaten in einem wenig befriedigenden Zustande vor. Die Zerrüttungen des Krieges machten sich überall geltend, die Handels- und Verkehrsverhältnisse waren in bedrohlicher Unordnung und der Kongreß unfähig, von der ihm übertragenen Macht irgend welchen Gebrauch zu machen, da seine Befugnisse mit den ihm zu Gebote stehenden Machtmitteln in grellem Kontraste standen. Von jeher durch die Verschiedenheit der Gründung, durch den abweichenden Entwickelungsgang der politischen und sozialen Institutionen, durch die Gestaltung von Handel und Verkehr, durch die Mangelhaftigkeit der Kommunikationen und die ausgedehnten, dünn bevölkerten Territorien mehr auf einzelne Selbständigkeit hingewiesen, hatten die dreizehn Kolonieen in dem Kampfe gegen das Mutterland das einigende Element gefunden, das alle Unterschiede zurücktreten ließ und die egoistischen Ansprüche der Einzelnen zum Schweigen brachte. Die rauschenden Wogen des Ozeans, der sie nicht nur vom Mutterlande, sondern von der ganzen übrigen zivilisierten Welt trennte, hatten in jener schicksalsschweren Zeit es ihnen oft genug ins Gedächtnis zurückgerufen, daß nur die Einigkeit stark machen und den Sieg herbeiführen könne, und in ihnen so die Meinung langsam befestigt, daß der Abfall von der gemeinsamen Sache nicht nur ein schmähliches Verbrechen, sondern auch ein selbstmörderisches und unkluges Benehmen wäre. Das „gute Volk dieser Kolonieen“ hatte ausgeharrt, bis der letzte englische Soldat sich unterworfen und

die am 4. Juli 1776 zu Papier gebrachte Unabhängigkeit eine Thatsache geworden war. Ganz anders aber gestalteten sich die Dinge nach Abschluß jener blutgetränkten Periode, als die Gefahr vorüber und die trivialen Beschäftigungen mit der Wiederherstellung der Ordnung ihren Anfang nahmen. Der Egoismus der Einzelstaaten machte eine gedeihliche Entwickelung des ganzen Gemeinwesens unmöglich, ja stellte dessen Existenz selbst in Frage. Das Bewußtsein der eigenen Kraft regte sich allenthalben, verschob aber durch die Anmaßung, mit der es auftrat, und durch die lächerliche Eifersucht, die es auch den notwendigsten Beschränkungen gegenüber zu Tage treten ließ, die Linien des staatlichen Organismus derart, daß derselbe aufhören mußte zu funktionieren. Dem berechtigten „Hilf dir selbst!" — von jeher die Maxime der an Arbeit und Sorgen gewöhnten Amerikaner — mischte sich ein unverständiges „Rühr mich nicht an!" bei, das die scharfsichtigen Führer der Nation, einen Washington, Hamilton u. a. mit Besorgnis in die Zukunft schauen ließ. Die Folgen dieser durch die Halsstarrigkeit der Einzelstaaten hervorgerufenen Regierungslosigkeit machten sich zuerst und auch am schärfsten auf dem Gebiete des öffentlichen Kredits und des Handels fühlbar, welche beide das Interesse jedes einzelnen Bürgers berührten. Die ewigen Geldverlegenheiten, welche im Kriege so unliebsame Szenen herbeigeführt und das Vertrauen der Soldaten mehr als einmal erschüttert hatten, dauerten auch nach dem Friedensschlusse fort und begannen angesichts der Thatsache, daß binnen kurzem die ausländische Schuld fällig wurde, wahrhaft kritisch zu werden. Die Bittgesuche des Kongresses an die Staaten wurden von diesen nicht beachtet, die Drohungen der ohnmächtigen Körperschaft verlacht, so daß die Bundesregierung ohne feste Einnahmequellen von der Hand in den Mund zu leben genötigt war und der allgemeine Ruin fast stündlich eintreten konnte. In den Staaten selbst sah es freilich nicht besser aus. Überall war eine kleine Schar gewissenloser Menschen an der Arbeit, die Legislaturen zur Annahme eines Gesetzes zu be=

wegen, das die Einlösung der Schulden illusorisch machen sollte — eine Bewegung revolutionären Charakters, die sich in dem Treiben der Schar des Hauptmanns Shay in Massachusetts in ihrer ganzen Gefährlichkeit offenbarte. Unter diesen Umständen sank das öffentliche Vertrauen, sanken die Kurse der Schuldverschreibungen und stockte schließlich das gesamte Geschäft, da jeder sein Eigentum und namentlich seinen Vorrat an barem Gelde zu sichern suchte. Hierzu kamen noch die Handelsabsperrungen und Beschränkungen der einzelnen Territorien unter sich, welche in ihren Handelsreglements eine Politik verfolgten, die der der Nachbarstaaten feindlich war und natürlich einen gleichen Gegendruck hervorrufen mußte. Die Handelsbeziehungen der Vereinigten Staaten mit den europäischen Ländern litten gleicherweise unter den trüben Zuständen, welche in Amerika herrschten. Wer wollte und konnte sich auf die feierlichen Versicherungen und Verträge eines Landes verlassen, dessen Regierung zum Stillstande verurteilt und in dessen einzelnen Teilen der Geist der Unzufriedenheit und Eifersucht in vollstem Maße rege war? Beklagten sich doch die Engländer über die mangelhafte Ausführung der Friedensbestimmungen, welche Thatsache John Jay, Sekretär der auswärtigen Angelegenheiten, zugestehen mußte! Durften sich die Amerikaner denn beklagen, als England auf diese Unzuträglichkeiten mit geheimen Ratsbefehlen antwortete, die dem amerikanischen Handel den schwersten Schaden zufügten? Kein Wunder, daß die Freunde der Freiheit Amerikas Ruhm verloren gaben und die Befürchtung aussprachen, daß dieser traurige Zustand den Anhängern der Willkürschaft zur Befriedigung und ihren Ideeen zur Stärkung gereiche!

Schon 1783 hatte John Adams eine Änderung der Verfassung vorgeschlagen, dieselbe jedoch nicht durchzusetzen vermocht. Zwei Jahre später, im Juli 1785, trat die Legislatur des Staates Massachusetts der Frage näher und befürwortete die Berufung einer allgemeinen Konvention, deren Bestreben es sein müsse, den schreienden Mängeln, die sich im Laufe der letzten Jahre heraus-

gestellt, abzuhelfen. Da der Kongreß sich jedoch ablehnend dazu verhielt, und die übrigen Staaten hin- und herschwankten, schien die ganze Angelegenheit wieder in Vergessenheit zu geraten, wenn nicht Virginia den Vorschlag von Massachusetts in beschränkter Form wieder aufgenommen hätte. Am 21. Januar 1786 nahm die virginische Legislatur den nachstehenden bedeutsamen Beschluß an: Eine Konvention soll zusammentreten und darüber beraten, inwieweit ein einheitliches System in den kommerziellen Verhältnissen der Staaten für das gemeinsame Interesse notwendig sein dürfte. Im September desselben Jahres trat diese Konvention zu Annapolis in Maryland zusammen, war jedoch nur von den fünf Staaten: New York, New Jersey, Pennsylvania, Delaware und Virginia beschickt worden. Man überzeugte sich bald, daß unter diesen Umständen wenig Ersprießliches aus der Versammlung hervorgehen dürfte, und begnügte sich deshalb einen Bericht abzufassen, der dem Kongresse und den Legislaturen der einzelnen Staaten übersandt wurde. In demselben wurde für Beschickung eines allgemeinen Konvents plaidiert, der „den zweiten Montag im kommenden Mai in Philadelphia zusammentreten sollte, um die Lage der Vereinigten Staaten in Erwägung zu ziehen und die weiteren Maßnahmen zu ermitteln, welche ihnen (den Kommissaren) notwendig erschienen, um die Verfassung der Bundesregierung den Bedürfnissen der Union entsprechend zu machen.“ Damit die Oberhoheit des Kongresses gewahrt und die Eitelkeit seiner Mitglieder geschont werde, hob man in dem Berichte ausdrücklich hervor, daß die Entwürfe zuerst an den Kongreß gehen und erst dann, wenn von diesem gutgeheißen, den Legislaturen der Einzelstaaten zur Genehmigung oder Verwerfung vorgelegt werden sollten. Schließlich stellte noch New York, um jeden Verdacht, als ob ein ungesetzliches Verfahren vorgeschlagen würde, auszuschließen, durch seine Delegierten im Kongreß den Antrag, daß dieser den Staaten die Beschickung eines allgemeinen Konvents empfehle, und setzte am 21. Februar 1787 die Annahme desselben durch.

Für die Freunde einer stärkeren Zentralisierung der Bundesgewalt war jetzt der Moment gekommen, um ihren Bestrebungen endlich den Sieg zu verschaffen; sie ergriffen daher mit aller Freudigkeit die Gelegenheit, durch unermüdlichen Hinweis auf die Bedeutung der Konventswahlen das Volk zu bestimmen, nur den würdigsten und verdienstvollsten Männern des Landes seine Stimme zu geben. Ihre Hauptaufgabe freilich war, Washington zur Übernahme einer Kandidatur zu bestimmen; denn fehlt der Heros des Freiheitskampfes — so urteilten sie — so fehlt der Vertrauensmann des Volkes, und unsere Arbeit wird wenig erfolgreich sein. Washington verhehlte sich die Schwierigkeit der Lage nicht; er schwankte lange, ob er sich beteiligen sollte, da er nicht mit Unrecht der Meinung seiner Freunde Humphries und Knox war, daß „die Dinge noch schlimmer werden müßten, ehe sie besser werden könnten." Schließlich gab er jedoch seine Einwilligung zur Wahl in den Konvent, dessen Mitglieder zur bestimmten Zeit in Philadelphia eintrafen, ihre Unterhandlungen jedoch erst am 25. Mai eröffneten.

Das Gefühl schwerer Verantwortlichkeit vor dem Volke beherrschte diese Eliteversammlung, welche den letzten dringenden Versuch machen sollte, dem zerfallenden Staatsorganismus neues Leben einzuflößen. Ein jeder sah ein, daß gegenseitige Konzessionen durchaus notwendig waren, hielt sich aber seinem Staate gegenüber für verbunden, sich hierin so hartnäckig als möglich zu zeigen, so daß erbitterte Kämpfe unabweislich bevorstanden, und demgemäß der Beschluß, daß die Verhandlungen bei geschlossenen Thüren geführt und die Mitglieder zum Schweigen über dieselben verpflichtet werden sollten, in vollem Maße gerechtfertigt erschien. Wären die einzelnen Streitfragen damals der öffentlichen Diskussion überlassen worden, so hätte die Konvention zweifellos bald unter dem Drucke der hin- und herwogenden Parteien gestanden, was für die gütliche Einigung innerhalb der Versammlung von dem schwersten Nachteile gewesen wäre. Trotz dieses Ausschlusses der Öffentlichkeit sind uns genaue Berichte von den

Verhandlungen in den Aufzeichnungen Madisons erhalten, welche der Kongreß nach dem Tode des Autors für 30 000 Dollars von der Witwe kaufte. Ferner versteht sich von selbst, daß in den Briefen von Washington, Jefferson, Adams, Hamilton u. a. reichhaltige Bemerkungen sich vorfinden, welche uns in den Stand setzen, den charakteristischen Verlauf der Debatten näher zu beleuchten. Besondere Schwierigkeit verursachte das Vorgehen einzelner Abgeordneten, welche erklärten, sich nicht durch die Vollmachten ihrer Wähler, die nur auf eine Verbesserung der bestehenden staatenbundlichen Verfassung hinzielten, gebunden zu halten, sondern als Grundlage der Verhandlungen die Anerkennung des nationalen Momentes forderten. Daß diese Ansicht — so gerechtfertigt sie uns vom Standpunkte einer vernünftigen, praktische Ziele verfolgenden Politik erscheint — jedoch auf einen gewaltigen Widerstand stieß, beweist der Austritt von zweien der drei Abgeordneten New Yorks, welche voll Bitterkeit erklärten, daß ihre Wähler „niemals Delegaten geschickt haben würden, wenn sie geahnt hätten, daß derartige Projekte im Schilde geführt werden" — beweisen ferner die Drohungen vieler Mitglieder aus den Südstaaten, welche erklärten, die Sezession zu einer allgemeinen zu machen, wenn nicht ihre Rechte aufs vollständigste gewahrt blieben. Wie sehr die Hitze des Gefechts sich steigern und alle Besonnenheit verbannen konnte, wird aus dem Antrage klar, den Franklin sich einst zu stellen gedrungen fühlte, daß nämlich den Sitzungen in Zukunft ein Gebet vorhergehen solle, denn „nur noch vom Himmel sei Hilfe zu erwarten, Menschenwitz sei erschöpft!" Bei alledem konnte nicht verhindert werden, daß eine große Zahl von Abgeordneten sich fern hielt und die Fortdauer der Konvention mehr als einmal in Frage gestellt war, trotz der versöhnenden Politik, welche Washington in seiner Stellung als Präsident der Versammlung auch diesmal wieder zu befolgen für angemessen hielt.

Am 17. September endlich wurde der Entwurf der neuen Verfassung von den Delegaten der zur Zeit vertretenen Staaten

angenommen, wobei vorsichtigerweise bestimmt worden war, daß die Zustimmung von neun Staaten hinreichen sollte, für diese neun Staaten die Verfassung zur Geltung zu bringen. Letztere bestimmte, daß die Regierung eine nationale, keine föderative sein solle, deren Wirksamkeit nicht wie bisher vom guten Willen der Legislaturen der einzelnen Staaten abhänge, sondern die sich an die Bevölkerung der ganzen Union müsse richten können und mit einer Art zwingender Machtvollkommenheit ausgerüstet sein solle. Außer einer höchsten gesetzgebenden Gewalt seien vollziehende und richterliche Faktoren zu schaffen und derart mit Rechten zu versehen, daß sie ihren Befehlen Geltung verschaffen könnten. Über die Einzelheiten der Regierungsform ist in der Konvention viel gestritten worden, bis man sich dahin einigte, folgenden Entwurf anzunehmen: Die gesetzgebende Gewalt besteht aus dem Repräsentantenhaus, dem Kongreß, dessen Mitglieder direkt vom Volke gewählt werden, und dem Senat, der sich aus den von den Legislaturen der Einzelstaaten ernannten Senatoren zusammengesetzt; die Exekutive aus dem Präsidenten, dem ein Vetorecht zusteht, das aber illusorisch wird, wenn zwei Drittel der beiden Häuser an den gefaßten Beschlüssen festhalten. Die richterliche Gewalt endlich erstreckt sich auf Interpretation der Gesetze, sowie auf alle Anklagen gegen Beamte und sonstige Angelegenheiten, welche sich auf die Ordnung des staatlichen Gemeinwesens bezogen. — Über die Art und Weise der Vertretung der einzelnen Staaten im Kongresse wurde nach langen und heftigen Debatten bestimmt, daß als Grundlage der Vertretung die Seelenzahl der weißen Bevölkerung dienen müsse, zu der aber noch drei Fünftel der Sklavenzahl hinzugezählt werden, wodurch die Sklavenstaaten den Vorteil erlangten, ihre Sklaven neben der ökonomischen Verwendung gleichzeitig politisch verwerten zu können. Da auf je 40 000 Seelen ein Abgeordneter kommen sollte, so genügte die Sklaveneinfuhr von 66 666 Seelen, um dem betreffenden Staate eine Stimme mehr zu verschaffen. Wie wichtig diese Bestimmung, welche als der erste Kompromiß zwischen

dem ängstlichen Norden und dem brutal auftretenden und mit seinem Austritte drohenden Süden anzusehen ist, in der Folgezeit wurde, ersieht man aus der Angabe, daß der Süden für seine Sklaven von 1789—1792 sieben, von 1813—1823 neunzehn, von 1833—1843 fünfundzwanzig Abgeordnete mehr erhielt. Seit dem Ende der Vierziger Jahre nahm infolge der massenhaften Einwanderung in den sklavenfreien Nordwesten dieses Verhältnis etwas ab, bis schließlich der Bürgerkrieg und die Sklavenemanzipation der ganzen Frage eine andere Wendung gab. Der Norden hatte damals ohne Bedenken in den Kompromiß gewilligt, weil diese Art der Repräsentation auch für die Auflage der direkten Besteuerung bestimmend sein sollte, was sich in Zukunft jedoch als wenig belangreich erwies, da die Haupteinnahmen aus der indirekten Besteuerung flossen und nur zweimal ausnahmsweise eine direkte Steuer zur Erhebung kam.

Bei der Bildung des Senats hatte, — wie wir gesehen — das staatliche Prinzip gesiegt; die Zahl der Senatoren wurde auf zwei von jedem Staate festgesetzt, so daß kleine wie große Staaten in gleicher Weise vertreten waren, was für die Beschwichtigung der egoistischen Staateninteressen von großem Nutzen war.

Die Wahl des Präsidenten wurde derart angeordnet, daß das gesamte Volk eine bestimmte Zahl von Wahlmännern wählen mußte, welche ihrerseits dann das Oberhaupt der Exekutive ernannten, dabei jedoch von vornherein an die Satzungen ihrer Wähler resp. Partei, an die sogenannte „Platform" gebunden waren. Die Wahl der Präsidenten erfolgte auf vier Jahre; eine Wiederwahl war nicht ausgeschlossen.

Um der neuen Konstitution das Gepräge eines allgemeinen, vom Volke angenommenen Grundgesetzes zu geben, war schließlich noch bestimmt worden, daß nicht die bestehenden Legislaturen, sondern eigens vom Volke ernannte Konvente über die Annahme oder Verwerfung derselben beschließen sollten. Neben diesen allgemeinen prinzipiellen Bestimmungen sind jedoch noch auf der

Versammlung zu Philadelphia eine Reihe weiterer Fragen zur Sprache gekommen, welche für die Gestaltung der neuen Union nicht minder wichtig waren. Wie erinnerlich, hatten die traurigen Handels- und Verkehrsverhältnisse den ersten Anstoß zur Umarbeitung der Konstitution gegeben, so daß es ganz natürlich war, die hierauf bezüglichen Fragen erörtert zu sehen. Man war geneigt, der Zentralregierung das Recht Schiffahrtsgesetze zu erlassen, zuzugestehen, zeigte sich aber namentlich von seiten des Südens durchaus ablehnend gegen eine auf die Rohprodukte der Einzelstaaten zu legende Ausfuhrsteuer. Die Debatte nahm bald den üblichen gereizten Ton an, zumal da infolge des Auftretens des Südens die Frage über die Fortdauer des Sklavenhandels mit hineingezogen wurde. Der Standpunkt des Südens war insofern ein richtiger, als die einzelnen Staaten keinen gemeinsamen Exportartikel besaßen und eine Ausfuhrsteuer leicht zu einer Begünstigung etlicher Staaten hätte führen können; seine Verteidigung geschah aber wieder in jener nichtachtenden Manier, welche die Wortführer des Südens von jeher an den Tag legten. „Eine Ausfuhrsteuer“ — so äußerte sich Pinkney von Süd-Karolina — „muß unserem Handel den Todesstoß versetzen. — Süd-Karolina vermochte in einem einzigen Jahre durch seine Sklaven Produkte zum Werte von 600 000 Pfund Sterling auszuführen. Es wird also die Konstitution nicht annehmen und die Konvention verlassen, wenn der neuen Regierung das Recht der Ausfuhrsteuer eingeräumt werden sollte.“ Dem Widerstande der beiden Karolinas und Georgias gelang es, den Plan der Ausfuhrsteuer zum Scheitern zu bringen. Das weitere Verlangen des Südens, daß alle auf den Seehandel bezughabenden Gesetzentwürfe nur dann Gültigkeit erlangen sollten, wenn sie mit Zweidrittel-Majorität angenommen seien, blieb jedoch unerfüllt, da der Norden sich gegen diese offenbare Beherrschung der Majorität durch die Minorität energisch sträubte. In dem wichtigsten Punkte, der Frage nach der Fortdauer des Sklavenhandels triumphierte dagegen wieder der Süden, indem die Konvention

den Beschluß faßte, daß der Sklavenhandel nicht vor dem Jahre 1808 verboten werden dürfe, wobei es den Staatenlegislaturen überlassen blieb, ob sie eine Steuer von 10 Dollars auf jeden importierten Sklaven legen wollten oder nicht. Das praktische Resultat dieser Bestimmungen weisen die Ziffern über die Sklavenbevölkerung in den Jahren 1790 bis 1810 deutlich auf. Die Zunahme der Sklaven in jenem Zeitraum betrug nämlich in Nord-Karolina 32,53%, in Süd-Karolina 36,46% und in Georgia 102,99%, während die späteren Zählungen eine weit geringere Vermehrung konstatieren. Wie sehr trotz des ostentativ zur Schau getragenen Unbekümmertseins der Süden dieser doch das Gehässige und Schmachvolle der Sklavenwirtschaft fühlte, geht aus dem Wortlaute aller auf den Sklavenhandel und die Sklavenbenutzung bezüglichen Dokumente hervor, indem man statt Sklaven „Personen, zur Arbeit verbunden“ schrieb und den Sklavenhandel als „Einwanderung und Importation solcher Personen, welche die Einzelstaaten zuzulassen für gut befinden“ bezeichnete. Da es aber den Sklavenstaaten nicht nur darum zu thun war, sich die Zufuhr neuen Menschenmaterials zu sichern, sondern sie auch Schutz gegen das Entweichen der Sklaven in die freien Staaten forderten, so wurde schließlich noch bestimmt, daß die Einzelstaaten verpflichtet sein sollten, auf Antrag des betreffenden Herrn der Auslieferung der Sklaven kein Hindernis entgegenzusetzen. Mit der Annahme dieses Gesetzes schloß der Ring von Kompromissen, in denen der Norden regelmäßig den kürzeren zog, die aber notwendig waren, um der Union überhaupt erst zum Dasein zu verhelfen. Freilich rächte sich diese Überbrückung der zwischen dem Norden und dem Süden bestehenden Kluft durch eine Reihe fortgesetzter Kämpfe, die schließlich die Entscheidung durch das Schwert als den alleinigen Ausweg übrig ließen. Es ist müßig, heutzutage darüber Erörterungen anstellen zu wollen, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn die Nordstaaten den Süden sich selbst überlassen hätten — Thatsache ist, daß das Werk der Konvention von Philadelphia ein durch die Verhältnisse gebotenes war, daß

jedermann von der gebieterischen Überzeugung beherrscht war, daß man es nicht zum Äußersten kommen lassen dürfe, und daß die geschaffene Konstitution nicht das Werk eines phantasiereichen, idealen Politikers, sondern nur die Frucht gemeinsamen Nachgebens sein konnte. Von jener „Erleuchtung" der großen Väter der Union, welche Phrase mit Vorliebe in den Biertischreden des vierten Juli gebraucht wurde, war keine Spur vorhanden —; die geschichtliche Wahrheit erfordert vielmehr, zu sagen, daß die Konstitution einem „widerstrebenden Volke durch die zermalmende Notwendigkeit abgerungen worden ist."

Bei der Beratung der Konstitution in den Konventen der Einzelstaaten platzten die Geister mit erneuter Heftigkeit aufeinander. Es bildeten sich die Parteien der Föderalisten (Anhänger der neuen Regierungsform) und der Republikaner, später Demokraten genannt, welche in partikularistischer Tendenz die vermeintliche Unterjochung der Staaten abwehren wollten und gegen das Schreckgespenst der „konsolidierten Regierung" eiferten. Dieselben Männer, welche einst, zur Zeit des Kampfes gegen England, emphatisch ausgerufen hatten: „Wir sind alle Amerikaner, es giebt keine Virginier, New Yorker u. s. w. mehr!" verleugneten ihre Vergangenheit und zeigten einen ebenso verbissenen als lächerlichen Lokalpatriotismus. Die Kraft der föderalistischen Partei wuchs jedoch mit der fortschreitenden Erkenntnis der Massen, daß es eine Notwendigkeit sei, die Konstitution anzunehmen, da wohl schwerlich jemals ein gleich günstiger Augenblick dafür wieder kommen würde, und so bequemte sich ein Staat nach dem andern, die Beschlüsse der Philadelphier Konvention anzuerkennen. Besonderen Einfluß übten hierbei eine Reihe von Artikeln in der New Yorker Zeitung „The Daily Adviser" aus, die zumeist aus der Feder Hamiltons stammten und später unter dem Titel „Der Föderalist" vereinigt erschienen. Delaware war der erste Staat, der zur Wahl eines Konvents schritt und die Konstitution annahm; ihm folgten Pennsylvania, New Jersey, Georgia, Connecticut, Massachusetts, Maryland, Süd-Karolina,

New Hampshire, Virginia und New York, während Rhode-Island sich weigerte, einen Konvent einzuberufen und die Versammlung von Nord-Karolina sich auflöste, ohne die Konstitution genehmigt zu haben. In einzelnen Staaten waren von der antiföderalistischen Seite Wünsche laut geworden, die Anerkennung der Konstitution nur dann zu beschließen, wenn vorher einige Abänderungen und Amendements genehmigt würden, gegen welches Vorhaben sich die Freunde der Konstitution aufs energischeste zur Wehr setzten, da durch die Gestattung einer derartigen bedingten Zustimmung die Konstitution den Charakter eines Grundgesetzes verloren hätte und ein Präzedenzfall gefährlichster Art geschaffen worden wäre. So besonders in Virginia und in New York, wo der Kampf überhaupt am heftigsten tobte und es nur den unaufhörlichen Bemühungen Hamiltons gelang, ein glückliches Resultat herbeizuführen. Die Idee, zur Lösung der streitigen Fragen einen zweiten allgemeinen Konvent zu berufen, wurde ebenfalls lange debattiert, jedoch schließlich verworfen, da selbst die Mehrzahl der Partikularisten einsah, daß ein solcher Schritt nur dazu dienen würde, die alten Leidenschaften von neuem aufzuwühlen und das Übel nur noch schlimmer zu machen. —

Mit der am 21. Juni 1788 erfolgten Ratifikation seitens New Hampshires hatte die Konstitution Gesetzeskraft erhalten. Die nachschleppenden Voten der beiden wichtigen Staaten Virginia und New York verstärkten naturgemäß die Bedeutung der Anerkennung, und bald wurde sie von allen Seiten der Konstitution gezollt. Die beiden widerstrebenden Staaten, das eigennützige Rhode-Island und das der Verwilderung anheimgefallene Nord-Karolina, wurden durch die Androhung, daß man sie als fremde und feindliche Staaten behandeln würde, in den nächsten zwei Jahren gleichfalls bestimmt, in die Union einzutreten und das Grundgesetz zu acceptieren.

Der praktische Sinn der Amerikaner erkannte bald, von wie großem Werte die Vagheit mancher Bestimmungen der Konstitution sei, welche je nach der Interpretation die Zentralregierung

und die Exekutive zu einem größeren oder geringeren Grade von autoritativem Vorgehen berechtigte; und thatsächlich war gerade diese in den Augen der Idealpolitiker schlechte Eigenschaft der Konstitution ihr Bestes, indem der so geschaffene Spielraum als Puffer dienen konnte, an dem sich die Idealität der Parteianschauungen mit der Realität der Erfordernisse stieß. Eine starre, subtil ausgearbeitete, kasuistisch angeordnete Verfassung wäre beim ersten Ansturm der Begierden in Trümmer gegangen, während die dehnbaren Maschen der zu Philadelphia entworfenen Konstitution jedem Anprall willig nachgaben und so sich aufs beste konservierten. Dazu kam jene eigentümliche Erscheinung im amerikanischen Parteileben, welche man sehr richtig die „Kanonisierung der Verfassung“ bezeichnet hat. Indem jede Partei von sich behauptete, bei ihrem Thun und Treiben einzig und allein die Bestimmungen der Konstitution vor Augen zu haben, wurde es zu einer sich von selbst ergebenden Notwendigkeit, bei jeder Streitfrage auf die Verfassung selber zurückzugehen, aus ihr heraus zu interpretieren, was immer nur möglich war, und so den einzelnen Artikeln der Verfassung eine autoritative Bedeutung beizulegen, die zuletzt der Bevölkerung in Fleisch und Blut überging und als erstes politisches Dogma die „Mustergültigkeit“ der Verfassung proklamierte. Diese Sucht der beiden sich gegenüberstehenden Parteien, der Föderalisten und der Republikaner, die Konstitution zu ihren Zwecken auszunutzen, erhielt jedoch erst ihre volle Bedeutung, als die Republikaner bei jeder ihnen ungelegenen Frage die Staatensouveränetät ins Feld führten, und aus den in der Verfassung anerkannten Staatenrechten die Berechtigung herauslasen, zur Nullifikation der Beschlüsse oder zur Sezession zu schreiten. Die Absicht der Sezession ist oft bezweifelt worden, zumal von den Geschichtsschreibern, die die ganze Entwickelung der Konstitution vom idealen Standpunkte aus betrachteten; es kann jedoch gar kein Zweifel darüber bestehen, daß hinter den häufig zu Tage tretenden Drohungen der Südstaaten ein zur Sezession entschlossener Wille stand, wodurch denn

auch die Kompromisse des Nordens eine mildere Beurteilung erfahren. —

Von den Verhandlungen des alten Kongresses aus den letzten Jahren seines Bestehens ragt ein Gegenstand durch die folgenreiche Bedeutung der auf ihn bezüglichen Beschlüsse besonders hervor Es ist dies die in der Ordonnanz vom 13. Juli 1787 niedergelegte Grundlage der späteren Landgesetzgebung der Vereinigten Staaten, zugleich der Freibrief von fünf freien Staaten. Aus dem alten Abhängigkeitsverhältnisse war noch die Bestimmung über die sich bis zum Mississippi hinziehenden westlichen Territorien überkommen, durch welche zwischen den Staaten, denen die frühere englische Regierung Landschenkungen gemacht hatte und denjenigen, die leer ausgegangen waren, eine Verschiedenheit in bezug auf politische Machtfülle und finanzielle Leistungsfähigkeit bestand, die mit den republikanischen Grundsätzen unvereinbar erschien. Die Erinnerung an die gemeinsam dargebrachten Blutopfer bewirkte, daß der Antrag der landarmen Staaten, daß „alles im Westen belegene Land dem Kongresse abgetreten werde, damit dieser darüber verfüge, und namentlich aus dem Erlöse die Bundesschuld bezahlen könne", angenommen wurde und die Staaten sich freiwillig, wenn auch nach einigem Zögern und mit Sicherung gewisser Vorrechte für Doticrung von neuzugründenden Schulen ihres Besitzes entäußerten. New York ging am 19. Februar 1780 mit gutem Beispiel voran, worauf Virginia (1784), Massachusetts, die beiden Karolinas u. s. w. folgten. Der Kongreß setzte im April 1784 zur Ausarbeitung eines Organisationsgesetzes einen Ausschuß ein, dem Th. Jefferson präsidierte. In dem von ihm ausgearbeiteten Berichte heißt es, daß das ganze abzutretende Gebiet in siebzehn Staaten zu teilen sei, von denen acht südlich und neun nördlich der Ohiofälle bei Louisville liegen sollten. Nach dem Jahre 1800 dürfe in den so gebildeten Staaten keine Sklaverei stattfinden außer im Falle der Verurteilung zur unfreiwilligen Dienstbarkeit wegen eines begangenen Verbrechens. Bei der Ab-

stimmung am 19. April 1784 erlangte der Gesetzentwurf nicht das für die Annahme eines Gesetzes nach den alten Bundesartikeln notwendige Votum von neun Staaten, was zur Folge hatte, daß die auf die Sklaverei bezügliche Abmachung gestrichen werden mußte, worauf der Entwurf am 23. April Gesetzeskraft erhielt. Das Bestreben Jeffersons, die Sklaverei aus dem neuen Gebiete auszuschließen, wurde nach der Abreise Jeffersons als Gesandten nach Frankreich von Rufus King wiederaufgenommen, jedoch gleichfalls ohne Resultat.

Inzwischen hatte sich die Einwanderung derart den neuen Ländereien zugewandt, daß es geboten erschien, ein den thatsächlichen Bedürfnissen mehr Rechnung tragendes Gesetz zu erlassen, welches in der von Nathan Dane ausgearbeiteten Ordonnanz vom 13. Juli 1787 zustande kam. Dieselbe bestimmt, daß die Einwohner des in Rede stehenden Gebietes dieselben Rechte und Freiheiten der übrigen amerikanischen Bürger genießen sollten, und erörtert in eingehender Weise, unter welchen Bedingungen ein derart heranwachsender Staat in die Union als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen werden könne. Bei einer Bevölkerung von unter 5000 freien, mündigen Männern wird die administrative und richterliche Gewalt einem Statthalter und drei Richtern übertragen, die befugt sind, von den alten Staaten die ihnen passend erscheinenden Gesetze zu entlehnen. Hat die Volkszahl 5000 überschritten, so wird eine allgemeine Versammlung eingerichtet, bestehend aus dem Statthalter, aus dem gesetzgebenden Rate und dem Repräsentantenhause. Eine Bevölkerung von 60 000 freien Einwohnern berechtigt den Staat, in den Verband der Union zu treten und sich eine auf republikanischer Grundlage basierende Verfassung zu geben. Der Schlußartikel enthält die Bestimmung über die Sklaverei und erklärt dieselbe als nicht zulässig, außer als Strafe für Verbrechen, ordnet jedoch die Auslieferung des nach dort geflüchteten Sklaven an seinen Herrn an. Letzterer Punkt war die Bedingung, unter der die Sklavenstaaten zustimmten, so daß die Genehmigung der Ordonnanz einstimmig erfolgte.

Eine spätere Ergänzung vom 7. Juli 1789 übertrug alle in der Ordonnanz dem Kongresse zugesicherten Rechte auf den Präsidenten, desgleichen wurden die Bestimmungen der Ordonnanz mit Ausnahme des Artikels in betreff der Sklaverei über alle Länder südlich und südwestlich des Ohio ausgedehnt.

George Washingtons Präsidentschaften.

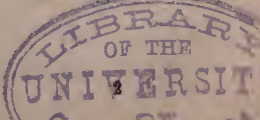
Als durch die Annahme der Konstitution von seiten des neunten Staates New Hampshire die Auflösung des alten Bundes eine beschlossene Thatsache geworden war, ergriff der Kongreß die zur Vornahme der Präsidentenwahl notwendigen Maßregeln. Die Wahlmänner wurden auf den ersten Mittwoch im Januar 1789 zusammenberufen, und ihnen ward aufgegeben, am ersten Mittwoch des Februars die Stimmzettel für den Präsidenten und dessen Stellvertreter einzureichen, worauf wiederum vier Wochen später die neue Regierung ihre Verhandlungen beginnen sollte, und zwar zunächst in New York, bis die Frage nach einem Platze für die nationale Hauptstadt entschieden wäre. Da dieser so bestimmte Tag auf den vierten März fiel, so ist derselbe als der Eröffnungstag jeder neuen Präsidentschaft beibehalten worden. Was den ersten unter den neuen Bestimmungen gewählten Kongreß betrifft, so dauerte es über einen Monat, bis zum 6. April 1789, ehe eine genügende Majorität von Mitgliedern vorhanden war.

Über die Person des neuen Präsidenten konnte kein Zweifel sein. Freund und Feind der neuen Regierungsform stimmten darin überein, daß Washington allein der Mann sei, dem ein so bedeutsames Amt, dessen Wirkungskreis bisher noch gar nicht bekannt war, ohne Gefahr für das Heil des Staates anvertraut werden konnte. So geschah es, daß die Wahllisten die einstimmige Ernennung Washingtons zum Präsidenten aufwiesen. Als Vizepräsident wurde John Adams, der bekannte Führer der Freiheitsbewegung in Massachusetts, gewählt. Die Reise Washingtons von seinem Landgute Mount Vernon nach New York

Fig. 1.

George Washington.
(Nach Harper.)





gestaltete sich zu einem wahren Triumphzuge; überall wurde der tapfere Feldherr und geniale Staatsmann feierlich empfangen und mit Adressen und Blumengaben überhäuft, welche ihm die große, begeisterte Verehrung, die er im ganzen Lande genoß, bewiesen. Am 30. April 1789 leistete Washington den vorgeschriebenen Präsidenteneid und hielt eine Eröffnungsrede, in welcher er die Achtung vor den ewigen Normen der Ordnung und des Rechtes besonders betonte. Mit derselben Uneigennützigkeit, die ihn schon während des Krieges ausgezeichnet hatte, lehnte er auch diesmal eine Besoldung für sich ab.

Die Situation, welche Washington vorfand, war trotz der anscheinend ruhigen und friedlichen Entwickelung im Innern des Landes bedrohlich genug. Noch immer harrten die finanziellen Verhältnisse ihrer Ordnung, die durch die Einbuße, welche der amerikanische Handel durch die europäischen Schiffahrtsgesetze erlitt, immer schwieriger zu werden begannen; desgleichen übten die zahlreichen Einfälle der Indianer einen lähmenden Einfluß auf den Verkehr der ihren Angriffen ausgesetzten Staaten. Durch den Entwickelungsgang der französischen Revolution drohte ebenfalls ein neues Element der Gefahr hinzuzukommen, da die Amerikaner durch die alte Bundesgenossenschaft mit den Franzosen leicht zu deren Anhängern gestempelt und den Verdächtigungen und Beleidigungen der großen Staaten Europas ausgesetzt werden konnten. Glücklicherweise ging die erste Zeit der Präsidentschaft ohne Störung vorüber, so daß das Vertrauen des Volkes sich zu beleben anfing und die notwendigsten Reformen durchgeführt werden konnten.

In politischer Beziehung beschloß Washington keinen ausgesprochenen Parteistandpunkt einzunehmen, sondern durch eine vermittelnde Stellung, welche seinem ganzen Naturell zusagte, die politischen Gegensätze abzuschleifen und in dem Bestreben, nur das Beste des Landes zu wollen, zu vereinigen. Wie weit dieser Gesichtspunkt ihn bei der Wahl seiner Minister lenkte, ist nicht mit Gewißheit zu konstatieren; jedenfalls legte ihm der von

ihm selber herbeigeführte Zwiespalt im Schoße seines Kabinetts eine Reihe von Sorgen auf, die nicht alle gerade leichter Natur waren, sondern die ganze Willenskraft und den Mut eines Washington erforderten. Der Kriegsminister des alten Kongresses, General Knox, ein Waffengefährte Washingtons, wurde beibehalten, während Hamilton das Sekretariat der Finanzen erhielt und Jefferson, der als amerikanischer Vertreter in Paris lebte, heimgerufen wurde, um den bisherigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Jay zu ersetzen. Letzterer wurde Oberrichter am obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten. Von den Ministern stand Hamilton auf seiten der Föderalisten, während Jefferson, der mit französisch-republikanischen Ideeen genährt Paris verlassen hatte, bald das Oberhaupt der antiföderalistischen Partei wurde. Dem Rechte der Ernennung der Beamten durch den Präsidenten entsprach in gleicher Weise die Entlassungsberechtigung, welche nur hinsichtlich der Richter eine Ausnahme machte. Als der Senat einst die Berechtigung in Anspruch nahm, gleichwie bei der Ernennung der Angestellten auch bei deren Entfernung mitzureden, wurde der Streit zu Gunsten des Präsidenten entschieden, welche Bestimmung noch heutigentages gilt.

Nach Erledigung einiger Wünsche der Einzelstaaten beriet der Kongreß über einen von Madison eingebrachten Antrag, daß von der Einfuhr und dem Tonnengehalt der Schiffe Zölle erhoben werden sollten. Ein von der früheren Regierung in dieser Richtung gestelltes Verlangen war seiner Zeit von den Einzelstaaten abgelehnt worden, wodurch namentlich die Unmöglichkeit herbeigeführt worden war, den Aufgaben des Bundes nachzukommen. Eingedenk dieser Thatsache votierte der Kongreß die Vorschläge Madisons, welche dahin gingen, sowol zu gleicher Zeit Einkommen zu beschaffen, als auch die einheimische Industrie zu heben, wenngleich dieser letztere Zweck noch nicht so scharf ausgeprägt sich vorfindet, wie in der späteren amerikanischen Gesetzgebung. Die Abgaben wurden mit Absicht mäßig gehalten, namentlich was den Tonnenzoll der Schiffe solcher Nationen

betraf, die mit den Vereinigten Staaten Verträge abgeschlossen hatten, um eben die übrigen Länder zu gleichem, für beide Teile günstigen Vorgehen zu ermuntern.

Besondere Berücksichtigung verdienen die Maßnahmen des Finanzministers, welche die Vermehrung des Staatseinkommens, sowie Tilgung der Schulden und damit Befestigung des Staatskredits bezweckten. Das würdelose Vorgehen einzelner Staaten in bezug auf die Einlösung der Schuldverschreibungen hatte am meisten dazu beigetragen, das Ansehen der Union zu verringern, weshalb Hamilton mit staatsmännischer Einsicht in seinem, dem Hause am 15. Januar 1790 vorgelegten Finanzplane die Übernahme der Staatsschulden durch die Union mit vorgeschlagen hatte. Nach der Schätzung des Ministers betrug die öffentliche Schuld der Union ca. 54 Millionen Dollars, die der Einzelstaaten ca. 25 Millionen. Erstere bestand aus der auswärtigen Schuld im Betrage von über 13 Millionen und der einheimischen, welche samt Zinsen gegen 40 Millionen ausmachte. Die politische Bedeutung der sogen. Funding Art und Assumption Bill, mit deren Annahme ein festes Band und engste Interessengemeinschaft zwischen der Bundesregierung und den Staatsgläubigern hergestellt wurde, teilte das ganze Land wieder in zwei feindliche Hälften, die mit derselben Heftigkeit wie nur jemals zuvor ihre Prinzipien verteidigten. Die Fundierung der auswärtigen Schuld erhielt zwar allgemeinen Beifall, dagegen steiften sich die Anhänger des Staatenpartikularismus mit größter Hartnäckigkeit gegen die Annahme der beiden übrigen Programmpunkte, die ihnen einzig und allein zum Vorteile der jetzigen Bonsinhaber, der Kapitalisten und Kaufleute des Nordens, zu gereichen schienen. Sie verlangten eine Unterscheidung zwischen den ursprünglichen Eigentümern und den gegenwärtigen Besitzern der Schuldscheine, welche Maßregel der Finanzminister mit Unrecht als unbillig und wenig staatsmännisch bezeichnete. Dennoch hätte die Opposition gesiegt, wenn es nicht Hamilton gelungen wäre, in Jefferson, der damals gerade aus Frankreich

zurückgekehrt war, einen Bundesgenossen zu finden, der gegen das Versprechen, daß die neue Hauptstadt am Potomac und nicht am Susquehanah erbaut werde, zwei seiner südlichen Parteigenossen zu einer Änderung ihres Votums bewog. So entpuppte sich auch dieser Vorgang wieder als ein Kompromiß zwischen Norden und Süden, bei welchem anscheinend der erstere diesmal gewonnen hatte, wie es auch durch Jefferson, der über diesen Schacher in späteren Jahren sehr ergrimmt war, bestätigt

Fig. 2.



Münzen in den Vereinigten Staaten 1793—1805.
(Nach Cassel, History of the United States.)

wird. In Wahrheit hatte jedoch der Süden durch die Verlegung des Platzes für die Hauptstadt einen Vorteil davon getragen, dessen Folgen sich allerdings erst in der Zukunft geltend machen konnten.

In den Legislaturen der Einzelstaaten war die Frage der Übernahme der Staatsschulden durch den Bund ebenfalls Gegenstand heftiger Debatten. So besonders in Maryland und in Virginia. In letzterem Staate wurde eine Denkschrift an den

Kongreß beschlossen, welche die Hoffnung aussprach, daß der Fundierungsakt revidiert und die Übergabe der Staatsschulden rückgängig gemacht werden würde, und die genannte Maßregel unverblümt als „der Verfassung der Vereinigten Staaten zuwider“ erklärte. Als Hamilton diesen Entschluß der virginischen Legislatur erfuhr, soll er ausgerufen haben: „das ist das erste Symptom eines Geistes, der getötet werden muß, oder der die Konstitution töten wird!“

Am schärfsten trat dieser Geist bei Besprechung einer von den Quäkern New Yorks und Philadelphias im Februar 1790 an den Kongreß gerichteten Petition, betreffend die Abschaffung des afrikanischen Sklavenhandels, der sich ein Gesuch der pennsylvanischen Antisklavereigesellschaft anschloß, zu tage. Da dem Kongresse durch die Beschlüsse der Philadelphia-Konvention in dieser Hinsicht die Hände gebunden waren, so konnte es sich nur darum handeln, ob die Petitionen einem Ausschusse zur Berichterstattung überwiesen werden sollten oder nicht? Aber schon dieser geringfügige Umstand brachte die Sklavenhalter derart in Harnisch, daß sie sich zu den ausschweifendsten Drohungen verstiegen und mehr oder weniger direkt zu verstehen gaben, daß das Sklaveneigentum anzutasten gleichbedeutend mit Krieg und Rebellion wäre. Statt lediglich die Frage wegen Überweisung der Petition an den Ausschuß zu erörtern, stellte man die Sache so dar, als ob es sich um einen Antrag, betreffend die Genehmigung der in den Bittschriften ausgesprochenen Ideeen handle und bezeichnete die Überweisung allein als das „Alarmsignal“, dem der Aufstand in den südlichen Staaten folgen werde. Dennoch gelang es den Freunden der Petition ihre Überweisung, an den Ausschuß durchzusetzen und den Bericht desselben, der freilich nur die geltenden Bestimmungen hervorhob, zu genehmigen.

Die durch diese Debatte hervorgerufene Verstimmung wurde durch die von Hamilton zur Erörterung gebrachten Accise-Bill in hohem Maße verschärft. Von jeher war in dem englisch-amerikanischen Volke ein heftiger Widerwille gegen jedwede

Accisenauflage lebendig gewesen, ja man war soweit gegangen, die Begriffe Accise und Willkürherrschaft miteinander zu identifizieren, so daß es nicht wunder nehmen kann, in den Bedingungen, welche die Staaten an die Annahme der Konstitution knüpften, das Verbot einer Accisenbesteuerung mit aufgenommen zu sehen.

Dieses Verbot war zwar abgelehnt worden, in den Anschauungen des Volkes jedoch keine Änderung eingetreten, wie sich bei der Ablehnung der ersten dem Kongresse vorgelegten Accise-Bill am 21. Juni 1790 zeigte. Hamilton ließ sich aber dadurch nicht von seinem Vorhaben abschrecken; er brachte einen neuen Entwurf betreffend Besteuerung der in den Vereinigten Staaten destillierten geistigen Getränke ein und erzielte auch die Annahme des Aktes am 3. März 1791. In Pennsylvania kam es darauf zu erheblichen Ruhestörungen, indem „Indignationsversammlungen“ abgehalten und alle diejenigen als Feinde der Interessen des Landes erklärt wurden, welche es wagen sollten, als Beamte an der Ausführung des Gesetzes mitzuwirken. Der Pöbel erging sich zudem in Ausschreitungen gegen die Steuereinnehmer, welche geteert und gefedert wurden. Zur Unterdrückung dieser Unruhen erließ der Kongreß am 2. Mai 1792 den „Akt für Einberufung der Miliz zur Vollstreckung der Bundesgesetze, zur Unterdrückung von Aufständen und Invasionen“, welcher der Regierung die Mittel an die Hand gab, den Aufrührern energisch entgegenzutreten, während ein anderes Gesetz vom 8. Mai 1792, welches die Steuer erheblich verringerte, zur Abhilfe der berechtigten Klagen dienen sollte. Durch das Schwanken der Regierung, welche die Anwendung der Gewalt gerne vermeiden wollte, ermutigt, griff die Rebellion immer weiter um sich, bis im Jahre 1794 Washington auf Hamiltons Rat eine Truppenzahl von 13 000 Mann Milizen aufbot, welche mit leichter Mühe die Ordnung wiederherstellten.

Wie alle bisher aufgeführten Maßnahmen Hamiltons, entsprang auch sein weiterer Vorschlag, eine Nationalbank zu er-

richten, dem Wunsche nach Verwirklichung einer nationalgesinnten, den Interessen der Gesamtheit dienenden Regierung. Die Debatte über den im Februar 1791 zur Beratung kommenden Gesetzentwurf weist daher wieder dieselbe Argumentation der Freunde und Gegner der „konsolidierten Regierung“ auf, welche wir aus den früheren Kongreßberatungen kennen. Die Anti-

Fig. 3.



Alexander Hamilton.
(Nach Ridpath.)

föderalisten bekämpften die Maßregel als unkonstitutionell, da nur die Einzelstaaten berechtigt seien, Banken zu errichten, und diese nicht imstande wären, sich gegen eine von der Union protegierte Nationalbank zu halten, welchem Argument sie noch als besonderen Trumpf die Behauptung hinzufügten, daß der Ort, an dem die Bank errichtet werde, eine von der Konstitution

verbotene Bevorzugung erlangen würde. Nach sechstägiger Redeschlacht ergab die Abstimmung eine Majorität von 19 Mitgliedern zu Gunsten der Bank und somit einen Sieg der Föderalisten, der diesmal durch keine Kompromißverhandlungen verkürzt war. Im Kabinett, welches Washington zur Beratung herbeizog, waren Jefferson und Randolph gegen, Hamilton und Knox für Errichtung der Bank, deren Gesetzmäßigkeit schließlich auch noch vom obersten Gerichtshof anerkannt wurde, so daß Washington die Bill, welche einen Freibrief auf 20 Jahre gewährte, genehmigte.

Die Sklavenfrage ruhte seit den Beschlüssen über die Petitionen bis zum Februar des Jahres 1793, zu welcher Zeit der Artikel des Konstitutionsentwurfes betreffend die Auslieferung der flüchtigen Sklaven neu debattiert wurde. Die frühere Bestimmung wurde dahin erweitert, daß es in Zukunft genügen solle, wenn der Sklaveneigentümer oder sein Anwalt den Schuldigen ergreife und seine Berechtigung statt vor einer Jury, blos vor einem Vereinigten = Staaten = Richter beweise, worauf dieser Beamte verpflichtet wäre, das Auslieferungsdekret auszufertigen. Wer einer solchen Besitzergreifung hindernd in den Weg trete, solle mit 500 Dollars Strafe belegt werden. Mit diesem Gesetze waren vorläufig die Wünsche der Sklavenhalter befriedigt, und die leidige Frage ruhte für einige Zeit, zumal da die auswärtigen Beziehungen mehr in den Vordergrund traten. Eine Ausdehnung der Sklavenwirtschaft würde jedoch bei der Aufnahme der neuen Staaten Vermont, Tennessee und Kentucky sanktioniert, da in den beiden letzteren Staaten durch die Einverleibungsurkunde die Sklaverei für zulässig erklärt ward.

Mittlerweile war das Ende der Präsidentschaft Washingtons herangekommen. Den vereinigten Bitten aller Patrioten gelang es, den General zum Verbleiben auf seinem schweren Posten zu bewegen, und das Volk ehrte den Helden des Unabhängigkeitskrieges durch eine zweite einstimmige Wahl. John Adams wurde ebenfalls wieder zum Vizepräsidenten gewählt,

wenn auch nicht mit Einstimmigkeit, da New York und drei der südlichen Staaten sich für George Clinton, den Gouverneur des ersteren Staates, entschieden.

Die Wirrnisse in der alten Welt drohten den jungen Bundesstaat in Mitleidenschaft zu ziehen. Frankreich, das gegen die kontinentalen Großmächte und gegen England kämpfte, suchte in den Vereinigten Staaten einen Bundesgenossen, den es gegen das seemächtige England verwenden konnte. Washington war sich dieser Gefahren wohl bewußt und betonte daher in seiner Präsidentenrede die Neutralität der Vereinigten Staaten, nachdem er schon im April 1793 die berühmte Neutralitätsproklamation erlassen hatte. Diese Zurückhaltung behagte jedoch der republikanischen Partei nicht, welche mit Frankreich stark sympathisierte und sich an den völkerverbrüdernden Verheißungen der französischen Machthaber berauschte. Der bei der Union beglaubigte französische Gesandte Genet benutzte diese günstige Gelegenheit, um durch die kriegerische, auf Unterstützung Frankreichs hinzielende Volksstimmung einen Druck auf das Kabinett auszuüben, welches Treiben Jefferson in seiner Verblendung eine Zeitlang mit seinem Namen unterstützte. Washington setzte es jedoch durch, daß Genet von seiner Regierung abberufen wurde, nachdem derselbe in seiner Unverschämtheit so weit gegangen war, das Volk direkt zum Ungehorsam gegen die Staatsgesetze aufzufordern. Der neue Gesandte Fauchet bemühte sich, den bösen Eindruck zu verwischen, den das Benehmen seines Vorgängers gemacht hatte, wobei ihm die englischerseits am 6. November 1793 erlassenen und den amerikanischen Handel mit den französischen Kolonieen vernichtenden geheimen Ratsbefehle hilfreiche Hand leisteten. Der Kongreß beantwortete letztere mit einem vom 26. März 1794 datierten Embargo von 30 Tagen, das später um weitere 30 Tage verlängert wurde. Die englischen Bestimmungen waren zwar am 8. Januar 1794 etwas gemildert worden, was jedoch die Erregung in den Vereinigten Staaten wenig dämpfte. Am 7. April 1794 wurde

im Kongresse der Antrag gestellt, das Kaufen von englischen Waren ganz zu verbieten, bis eine Sühne für die erlittene Unbill erfolgt wäre. Durch die Annahme desselben am 21. April schien der Krieg unvermeidlich zu sein, weshalb Washington den Oberrichter Jay, einen umsichtigen und erfahrenen Mann absandte, um einen Ausgleich mit England anzubahnen. Das Ergebnis dieser Mission war die am 19. November 1794 erfolgende Unterzeichnung eines Vertrages, welcher bestimmte, daß die englischen Truppen alle Plätze verlassen sollten, welche vermöge des Friedensvertrages innerhalb der Vereinigten Staaten lägen, daß eine Grenzregulierung stattfinden solle, daß ferner die Verluste, welche die Amerikaner durch ungesetzliche Handlungen britiischer Schiffe erlitten hatten, sowie diejenigen der Engländer, welche aus den Schuldverpflichtungen der Staaten hervorgingen, ersetzt werden sollten, und daß bei einem Kriege zwischen den beiden Nationen weder die privaten noch die öffentlichen Schulden sequestriert und eingezogen werden dürften. Schließlich enthielt der Vertrag noch Bestimmungen über den Handel der Vereinigten Staaten mit den brittischen Kolonieen in Ost- und Westindien; der erstere wurde allgemein gestattet, letzterer nur Schiffen von nicht über 70 Tonnen freigegeben. Die Ausfuhr von Kaffee, Kakao und Baumwolle nach dorthin wurde den Amerikanern ganz verboten.

Als dieser von Jay geschlossene Vertrag dem Senate vorgelegt wurde, erregte er die heftigste Opposition der Südstaaten, welche sich mit dem Pöbel der großen Städte in Verbindung setzten, um den Vertrag zu Fall zu bringen. Wie hoch die Wogen der Leidenschaften damals gegangen sind, ist daraus zu ersehen, daß Jefferson sich nicht entblödete, den verdienstvollen Jay einen „Spitzbuben" zu schelten. Dennoch blieben die Föderalisten wiederum Sieger; mit 20 Stimmen gegen 10, genau der konstitutionellen Majorität von zwei Dritteln, wurde der Vertrag mit Ausnahme des Artikels 12 (über den westindischen Handel) rektifiziert, und derselbe am 14. August 1795 von Washing-

ton, welcher diese Periode als die schwierigste seiner ganzen Regierung bezeichnete, genehmigt.

Nachdem so der Vertrag ins Leben getreten war, handelte es sich darum, von dem Kongresse die Bewilligung für die er=

Fig. 4.



John Jay.
(Nach Cassel, History.)

forderlichen Gelder zu erhalten, was wiederum zu höchst uner=quicklichen Debatten führte, da das Haus die Berechtigung des Präsidenten, nur mit Genehmigung des Senats mit fremden Mächten Verträge zu schließen, nicht anerkennen wollte und auf

Vorlage der auf die Unterhandlungen Jays bezüglichen Dokumente bestand, wogegen Washington sich energisch sträubte. Schließlich votierte der Kongreß den Vertrag mit der knappen Majorität von 51 gegen 48 Stimmen. — Einen ähnlichen Vergleich schloß die Union etwas später mit Spanien, das den Amerikanern die gewünschte Grenzbestimmung zwischen Florida und den Vereinigten Staaten, die freie Schiffahrt auf dem Mississippi und das Recht einer Warenniederlage zu New-Orleans zugestand. — Mit Algier und den anderen Raubstaaten an der Nordküste Afrikas wurde schließlich ein Abkommen getroffen, welches der Union die Zahlung eines jährlichen Tributs auflegte, ihren Schiffen aber dadurch den Frieden sicherte.

Während so die auswärtigen Beziehungen ein ruhigeres Aussehen gewannen, spitzte sich der Konflikt mit Frankreich immer mehr zu und verschärfte sich der Parteigegensatz im Lande selbst um ein Bedeutendes. Washington hatte, da der amerikanische Gesandte Morris dem Wohlfahrtsausschuß nicht genehm war, denselben abberufen und James Monroe zu seinem Nachfolger ernannt, um durch die Absendung dieses Mannes, der mit Frankreich sympathisierte, der Republik einen Beweis zu liefern, daß die der Union in ihrem Unabhängigkeitskampfe geleisteten Dienste noch unvergessen seien. Beim Empfange Monroes durch den Konvent bewillkommnete der Präsident Merlin de Douai ihn in ostentativ freundschaftlicher Weise, was Monroe durch gleichfalls übertriebene Phrasen über den Freundschafts- und Freiheitsbund der beiden Nationen beantwortete. In gleicher taktloser Manier fuhr der Gesandte fort, das rügende Schreiben der amerikanischen Regierung unbeachtet lassend, um die Freundschaft des republikanischen Frankreichs zu buhlen, so daß sich Washington genötigt sah, ihn im September 1796 abzurufen. Der neue Gesandte Ch. C. Pinkney wurde jedoch vom Direktorium nicht empfangen, ihm vielmehr eine Beschwerde überreicht, in welcher der Jay-Vertrag eine Hauptrolle spielte.

Diese neueste Anmaßung Frankreichs traf jedoch das ameri-

kanische Volk in einer anderen Stimmung vor, als sie zu jener Zeit gewesen war, da Genets Auftreten die Krankheit des Franzosendusels bewirkte. Jefferson hatte inzwischen seine Stellung als Minister der auswärtigen Angelegenheiten niedergelegt und war durch Randolph ersetzt worden. Dieser hatte sich im Jahre 1794, bei Gelegenheit des Aufstandes in Pennsylvania wegen der Accisensteuer mit dem französischen Gesandten Fauchet in geheime Verhandlungen eingelassen, welche eine Unterstützung der Aufständischen bezweckten. Durch einen Zufall wurde dieses Vergehen des Ministers ans Tageslicht gezogen, was einen Sturm des Unwillens nicht nur gegen Randolph, sondern auch gegen das verräterische Frankreich verursachte und die ganze Bevölkerung zur Abwehr der Forderungen der Schwesterrepublik vereinte. Durch die Unbesonnenheit des neuen französischen Abgesandten Adet, der ganz ebenso wie früher Genet das amerikanische Volk gegen die Administration ausspielen wollte, wurde der Bruch mit Frankreich ein noch schärferer. Adet hatte zweifellos die bevorstehende Neuwahl des Präsidenten im Auge, als er sich den Republikanern zu nähern suchte, indem ein Triumpf dieser Frankreich stets günstig gesinnten Partei auch auf die Beziehungen beider Nationen Einfluß gehabt haben würde. Washington hatte in seiner Abschiedsadresse vom 17. September 1797 jede Wiederwahl entschieden abgelehnt, so daß das Resultat der Abstimmung sehr zweifelhaft war, da zwei gleich angesehene Männer, John Adams und Jefferson, sich gegenüberstanden und jeder von ihnen eine starke Partei hinter sich hatte. Das Gefühl, daß der Vizepräsident der zur Präsidentschaft am meisten Berechtigte wäre, war noch so groß, daß es John Adams zum Siege verhalf, während Jefferson sich mit der zweiten Stelle begnügen mußte. Dennoch ließen schon damals manche Einzelheiten der Wahl durchblicken, daß die Tage der unumstrittenen Herrschaft der Föderalisten sich ihrem Ende zuneigten, ja die Wahl selbst wäre wahrscheinlich anders ausgefallen, wenn nicht die franzosenfreundlichen Anschauungen der Republikaner einen

Teil der Bevölkerung mit Mißtrauen erfüllt hätten. Jedenfalls flößte der Umstand, daß Präsident und Vizepräsident von nun an in „entgegengesetzten Logen“ sitzen würden, vielen eine gewisse Unruhe ein, deren Berechtigung sich freilich erst in der Zukunft erweisen konnte, welche aber als Symptom für den Ernst der Situation nicht unbeachtet blieb.

John Adams.

Die Inauguration John Adams fand am 4. März 1797 im Beisein Washingtons statt. Die drohenden Beziehungen zu Frankreich veranlaßten den Präsidenten, dessen Eröffnungsrede zwar ein rhetorisches Meisterstück, aber nichtssagenden Inhalts war, bald darauf den Kongreß zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzuberufen. Der amerikanische Gesandte Pinkney war inzwischen aus Frankreich ausgewiesen worden und nach Holland gegangen, so daß der diplomatische Verkehr zwischen der Union und Frankreich vollständig abgebrochen war. Außerdem hatten die Franzosen scharfe Maßnahmen zur Beschränkung des Handels unter neutraler Flagge getroffen, welche sich sehr empfindlich in Amerika fühlbar machten. Adams wies in seiner Begrüßungsrede an den Kongreß auf diese jeglichem Völkerrechte hohnsprechenden Zustände hin und bezweifelte, daß der Zwist noch friedlich beigelegt werden könnte. Trotzdem schlug er vor, nochmals eine Kommission nach Paris zu senden, um das äußerste, wenn irgendmöglich, zu vermeiden. Im Senat fand sein Plan völlige Zustimmung, während die Gegner der föderalistischen Regierung im Kongresse die Gelegenheit benutzten, um von neuem gegen die verderbliche Politik der Föderalisten zu protestieren. Nach längeren Debatten, welche stellenweise einen sehr gereizten und persönlichen Charakter annahmen, wurde die Absendung einer Kommission, welche aus Pinkney, John Marshall aus Virginia und Elbridge Gerry aus Massachusetts bestehen sollte, genehmigt,

zu gleicher Zeit aber auch bestimmt, daß zum Schutze des amerikanischen Handels und zur Verteidigung der amerikanischen Ehre energische Rüstungen unternommen werden sollten. Mehrere Schiffe wurden infolgedessen kriegsfertig gemacht, sowie die

Fig. 5.



John Adams.
(Nach Cassel, History.)

Aushebung von 80 000 Mann Miliztruppen in Aussicht genommen.

Als die Gesandten in Frankreich anlangten, bekleidete gerade Talleyrand die Stellung des Ministers des Äußeren. Er em-

pfing die Kommission ziemlich wohlwollend, erklärte jedoch, vorläufig noch keine Entscheidung treffen zu können, da er augenblicklich mit der Abfassung einer auf die französisch-amerikanischen Verhandlungen bezughabenden Denkschrift beschäftigt sei, welche er erst dem Direktorium unterbreiten müsse. Im geheimen knüpfte er jedoch mit Gerry, der ihm als Antiföderalist am sympathischsten war, Unterhandlungen an, die jedoch keinen Erfolg hatten, da Gerry, trotz seiner Eitelkeit, sich nicht für berechtigt hielt, allein irgend welches Abkommen zu treffen. Als schließlich die Vermittler Talleyrands erklärten, daß nur durch beträchtliche Geldzahlungen der Zwist aus der Welt geschafft werden könnte, verließen die empörten Gesandten Paris. In den für den Kongreß bestimmten Abschriften der über diese Gesandtschaft gepflogenen Depeschen waren die Namen der französischen Agenten mit X, Y und Z wiedergegeben, woher die Bezeichnung der „XYZ-Depeschen“ stammt. Ihre Vorlage im Kongresse erregte allgemeines Aufsehen und heftigen Widerwillen gegen Frankreich. Umsonst versuchten die franzosenfreundlichen Republikaner die Depeschen und die Geldforderungen als Fälschungen zu bezeichnen, welche ohne Vorwissen Talleyrands von gewissenlosen Agenten unternommen seien, sie hatten in dieser den Unwillen des Volkes herausfordernden Angelegenheit das Odium auf sich geladen, mit den Beleidigern des Vaterlandes zu sympathisieren, und ihr Ansehen sank in eben demselben Maße, wie das Vertrauen des Volkes zum Präsidenten wuchs.

Leider schadete der Letztere sich selber und seiner Partei bald darauf durch die Vorlage der sogen. Fremden- und Aufruhrgesetze, gegen welche die Antiföderalisten leichtes Spiel hatten, und die die Hauptursache zum baldigen Bankrott der föderalistischen Partei gewesen sind. Der den Gesetzen zugrunde liegende Plan war der, eine Handhabe zu schaffen, mittelst welcher die im Lande umherreisenden und wühlenden Fremden und die allzu kecken Demokraten unschädlich gemacht werden könnten. Es waren Kriegsgesetze, die aber, wie jetzt allgemein anerkannt wird,

unkonstitutionell waren und deshalb das Ansehen der Regierung, statt es zu befestigen, in schlimmster Weise diskreditierten. Die Föderalisten der damaligen Periode, Hamilton mit eingeschlossen, hielten sie dagegen für gesetzmäßig, wenngleich auch sie ihre Wirkung bezweifelten und von einer strengen Durchführung sich wenig Gutes versprachen. Das Fremdengesetz bestimmte, daß der Präsident ermächtigt sei, gegen die der Aufreizung des Volkes für verdächtig geltenden Ausländer einzuschreiten und dieselben einsperren oder ausweisen zu lassen. Außerdem wurde die Erlangung des Bürgerrechtes erschwert. Das Aufruhrgesetz wandte sich mit aller Schärfe gegen etwaige Ausschreitungen und Maßnahmen, welche darauf zielten, die Ausführung der Regierungsbeschlüsse zu verhindern. Die Strafe wurde bis auf 2000 Dollars und zwei Jahre Gefängnis festgesetzt. Was die Dauer der Wirksamkeit beider Gesetze betrifft, so sollten dieselben bis zum Ablauf der gegenwärtigen Präsidentschaft Gültigkeit haben.

Die Annahme der Gesetze rief die „Virginia- und Kentuckybeschlüsse“ hervor, welche dadurch, daß sie die Nullifikationstheorie offen proklamierten, für die Geschichte der Vereinigten Staaten von großer Bedeutung geworden sind. Als den eigentlichen Urheber und Vater der Beschlüsse muß man Jefferson ansehen, der im Verein mit Madison und anderen hervorragenden Politikern des Südens die Verlegenheit der Regierung benutzte, um einen prinzipiellen Protest gegen die Bundesregierung zu erlassen, dessen thatsächliche Ausführung und Umsetzung in praktische Thaten jederzeit erfolgen konnte. Ob und wann die letzten Konsequenzen aus dem Nullifikationsprinzip gezogen werden sollten, war von nun an nur eine Frage der Zweckmäßigkeit, die ungescheut erörtert werden konnte. Das Prinzip der Staatensouveränetät war wieder benutzt worden, um die Drohung mit der Sezession zu einem ständigen Schreckbild zu gestalten und die Konstitution auf einen Pakt zwischen den einzelnen Staaten zurückzuführen, von denen jeder einzelne berechtigt war, einem Gesetze seine Zustimmung zu geben oder nicht. Nicht in dem

thatsächlichen sofortigen Erfolge — dieser war vielmehr gleich Null — liegt die Bedeutung der „Virginia- und Kentuckybeschlüsse“, sondern in dem Umstande, daß mit ihnen die Basis gegeben war, welche jeder auf Trennung der Union hinzielenden Bewegung zur Stütze dienen konnte. Aus dem Wortlaute der Resolutionen kann man ersehen, wie sich Jefferson und Madison die Prinzipien dachten, welche die etwas vage Bezeichnung des Begriffes „Staatensouveränität“ zu ersetzen bestimmt waren. Die Virginiaresolution lautet in ihrem entscheidenden Punkte, wie folgt: „Beschlossen, daß diese Versammlung ausdrücklich und peremptorisch erklärt, daß sie die Beschlüsse der Bundesregierung als aus dem Vertrage hervorgehend ansieht, dessen Parten die Staaten sind, als beschränkt durch den offenbaren Sinn und die Absicht der diesen Vertrag bestimmenden Urkunde, und daß im Falle einer wohlüberlegten handgreiflichen und gefährlichen Ausübung von Gewalten, die nicht durch den besagten Vertrag gewährt sind, die Staaten, welche die Parten desselben bilden, das Recht haben und in Pflicht gehalten sind, sich ins Mittel zu legen, um dem Fortschritt des Übels Einhalt zu thun und innerhalb ihrer resp. Grenzen, die Befugnisse, Rechte und Freiheiten aufrecht zu erhalten, welche ihnen zustehen.“ Noch präziser drückte sich die Legislatur von Kentucky aus, welche am 10. November 1798 bestimmte: „Beschlossen . . . . ., daß wenn immer die Bundesregierung sich Gewalten anmaßt, ihre Handlungen nicht bindend, ungiltig und ohne Kraft sind . . . ., und daß, wie in allen anderen Fällen eines Vertrages zwischen Gewalten, die keinen gemeinschaftlichen Richter haben, jeder Parte ein gleiches Recht hat, für sich selbst zu richten, sowohl was die Vertragsverletzungen, als was die Weise und das Maß der Abhilfe anlangt.“ Ihren Abschluß fanden diese Resolutionen durch den am 14. November 1799 von der Legislatur von Kentucky angenommenen, den Begriff der Nullifikation definierenden Akt: „Beschlossen, daß . . . . . die verschiedenen Staaten . . . . . da sie souverän und unabhängig sind, das unbestreitbare Recht

haben, über Verfassungsverletzungen zu richten und daß eine Nullifikation der angeblich in Gemäßheit der Konstitution vollzogenen unautorisierten Akte durch die souveränen Staaten das rechtmäßige Abhilfsmittel ist."

Während auf diese Weise im Innern des Landes Ansichten in ein System gebracht wurden, die im entscheidenden Augenblicke den Verband der Union zu sprengen bereit waren, beschäftigte der Kongreß sich mit der Frage der Einführung der Sklaverei in den neuen Territorien, welche durch das Verlangen des Gebietes Mississippi, in den Bund aufgenommen zu werden, wieder praktisch geworden war. Eine Anzahl von Abgeordneten stellte den Antrag, die Ordonnanz über die nordwestlichen Territorien auch auf Mississippi anzuwenden, was jedoch abgelehnt wurde, da die vom Süden dagegen angeführten Zweckmäßigkeits- und Billigkeitsgründe der Majorität der Vertreter des Nordens einleuchteten. Überhaupt war in der Sklavenfrage eine Art Waffenstillstand zwischen den beiden großen, einander bekämpfenden Parteien eingetreten. Der Norden fühlte sein Gewissen durch die Schmach des Sklavenhandels, dem viele seiner Bürger oblagen, beladen und vermied es, um sich nicht den höhnischen Beschuldigungen der Sklavenbesitzer auszusetzen, über die heikle Frage zu debattieren. Die meist von den Quäkern begründeten Gesellschaften zur Abschaffung des Sklavenhandels stellten eine nach der andern ihre Thätigkeit ein, und unter den nördlichen Abgeordneten gab es schon mehr als einen, der sich nicht entblödete, der Sklaverei aus Gründen des allgemeinen Wohlstandes und der Erträglichkeit der Staatsfinanzen das Wort zu reden.

Die Sklaven waren bisher fast ausschließlich zur Landwirtschaft verwandt worden. Industrie und Handwerk fehlten, und daraus erklärt sich der Mangel an einem tüchtigen arbeitsamen Mittelstande, der den großen Sklavenbaronen das Gleichgewicht hätte halten können. Die Sklavenwirtschaft drängt unwillkürlich zum Plantagensystem und Latifundienbesitz, zum Raubbau, wel-

cher immer neue Gebiete verschlingt und infolge der mangelhaften Verkehrsmittel die Produktionskosten steigert, ohne das Einkommen zu erhöhen. Aus diesem Grunde konnte der kleine Landwirt, der intensiv zu wirtschaften fähig war, nicht bestehen; er wurde durch die Übermacht der mit großem Kapital arbeitenden Plantagenbesitzer erdrückt, oder bemühte sich, durch Ankauf neuer Sklaven ihnen gleichzukommen. Die Expansion der Sklavenwirtschaft verhinderte eine ruhige Entwickelung des nationalen Wohlstandes, es lag in ihren Resultaten mehr Schein als Wahrheit, wenngleich die Plantagenbesitzer dies nicht zugestehen wollten und sich in der Rolle der materiell unabhängigen und deshalb die wahren republikanischen Grundsätze vertretenden Politiker gefielen. Dem Übelstande der zu stark expansiven wirtschaftlichen Arbeit half die Erfindung der Baumwollen-Maschine durch Whitney im Jahre 1793 ab. Mit ihr tritt ein neuer Faktor in der politischen Geschichte des amerikanischen Volkes auf: die Baumwolle, deren Einfluß von Jahr zu Jahr stärker in dem politischen und sozialen Leben der Nation zu spüren ist.

Das erste Auftreten der Baumwolle als Exportartikel der Vereinigten Staaten fällt in das Jahr 1791. Als Jay bald darauf seinen Vertrag mit England schloß, war ihm die Thatsache der Baumwollenausfuhr so unbekannt, daß erst die Remonstrationen der Südstaaten den Anlaß abgaben, den Artikel 12 des Vertrages, welcher von dem Verbote der Ausfuhr mehrerer Artikel, darunter auch Baumwolle, nach den englischen Besitzungen handelt, zu annullieren. Durch die Whitney'sche Erfindung nahm der Baumwollenbau einen riesigen Aufschwung, da in Zukunft ein Arbeiter mit der Maschine täglich 350 Pfund, statt wie bisher mit den Händen 1 Pfund reinigen und marktfertig machen konnte.

Die Ausfuhr an Baumwolle wuchs in gigantischen Proportionen, 1800 betrug sie bereits 19 000 000 Pfd. im Werte von 5 726 000 Doll., 1824 dagegen 142 369 663 Pfd. im Werte von 21 947 401 Doll. Natürlich vermehrte sich die Nachfrage nach

Arbeitskräften, d. i. Sklaven, und erhöhte sich der für letztere gezahlte Preis. Die Sklavenzucht entstand jetzt in den nördlichen Sklavenstaaten, wie Virginia und Maryland, welche keinen Baumwollenbau treiben konnten. So sahen sich alle Teile mehr oder weniger befriedigt, und der Süden konnte triumphierend die Hände nach den Zügeln der Herrschaft ausstrecken. Die Bedeutung der politischen Rolle der Baumwolle ist aber am treffendsten durch das allbekannte Schlagwort: „Cotton is king“ illustriert worden!

Inzwischen waren die Kriegsvorbereitungen eifrig betrieben worden. Washington hatte wieder den Oberbefehl übernommen, ihm zur Seite stand Hamilton, dessen Genie sich auch diesmal von neuem glänzend bethätigte. Von seiten der Föderalisten waren weitgehende Ziele ins Auge gefaßt worden, die namentlich das Verdrängen der spanischen Macht aus Amerika bezweckten, zu welchem Ende sogar Verhandlungen mit den unzufriedenen Elementen in den spanischen Kolonieen angeknüpft waren. Erfreulicherweise trat ein friedlicher Umschwung ein, indem Talleyrand im Juli 1798 erklärte, daß Frankreich gern bereit sei, von neuem zu unterhandeln, damit die „Mißverständnisse“ ausgeglichen werden könnten. John Adams nahm, im Widerspruch mit Hamilton und den sonstigen föderalistischen Führern, dies Anerbieten günstig auf und entsandte im Herbste eine neue Botschaft, bestehend aus dem Oberrichter Ellsworth, Richardson, Davie und dem Gesandten am Haag, Vans Murray, nach Frankreich, wo die Revolution des Brumaire die Verhältnisse gänzlich umgestaltet hatte, indem Bonaparte mit den Vorbereitungen zu einem entscheidenden Schlage gegen England beschäftigt war, und es gern gesehen hätte, an den Amerikanern eine thatkräftige Unterstützung zu finden. Nichtsdestoweniger zogen sich die Unterhandlungen derart in die Länge, daß der Vertrag erst am 30. Sept. 1800 unterzeichnet wurde, womit aber die Angelegenheit noch nicht erledigt war, da weitere Veränderungen es erst am 21. Dezember 1801, unter der Präsidentschaft Jeffersons,

ermöglichten, der Konvention Gesetzeskraft zu geben. Blieben auch noch manche Hoffnungen unerfüllt, so war doch in den Handelsbeziehungen eine erfreuliche Änderung eingetreten, indem beide Länder sich die Rechte der meist begünstigten Nationen zugestanden. Die Erhaltung des Friedens ist Adams hoch anzuschlagen, umsomehr, als er sich hierbei allein von den Interessen des Volkes leiten und gleicherweise die Bitten, wie die Drohungen seiner Parteigenossen unbeachtet ließ. Infolge der so geänderten Politik schieden die Minister Pickering, Henry und Wolcott aus dem Kabinett aus, was für die Bestrebungen der Republikaner wiederum von bedeutendem Vorteil war. In anderer Beziehung hat der Präsident es allerdings nicht verstanden, sich den Ruhm und die Achtung zu erwerben, welche einen Washington beim Austritt aus dem politischen Leben begleiteten. Die Hast, mit der Adams noch am Vorabend der Wahl die Ämter mit seinen Anhängern besetzte, seine Abreise kurz vor dem Amtsantritt seines Nachfolgers, alles dies verringerte die Wärme der Empfindung für ihn, der in der Revolutionszeit einen so glänzenden Namen sich gemacht hatte. Sein eigener Enkel und Biograph giebt zu, daß er vom Schauplatze der Politik abtrat „tief gesunken in der öffentlichen Meinung und ein Gegenstand des Hasses auf viele Jahre."

Washington hatte dieses Ende seines Nachfolgers nicht mehr mit erlebt; er war am 14. Dezember 1799 im 68. Jahre seines Lebens gestorben, tief betrauert von dem amerikanischen Volke und der ganzen übrigen Welt. Ihrer Dankbarkeit hatten die Amerikaner schon früher dadurch Ausdruck gegeben, daß sie der neuen Bundesstadt, welche von nun an Sitz der Regierung war, den Namen „Washington" beilegten.

Thomas Jefferson.

Die Kandidaten der republikanischen Partei bei der Präsidentenwahl von 1801 waren Thomas Jefferson und Aaron Burr. Ersterer war der anerkannte Führer der Partei; zudem genoß er

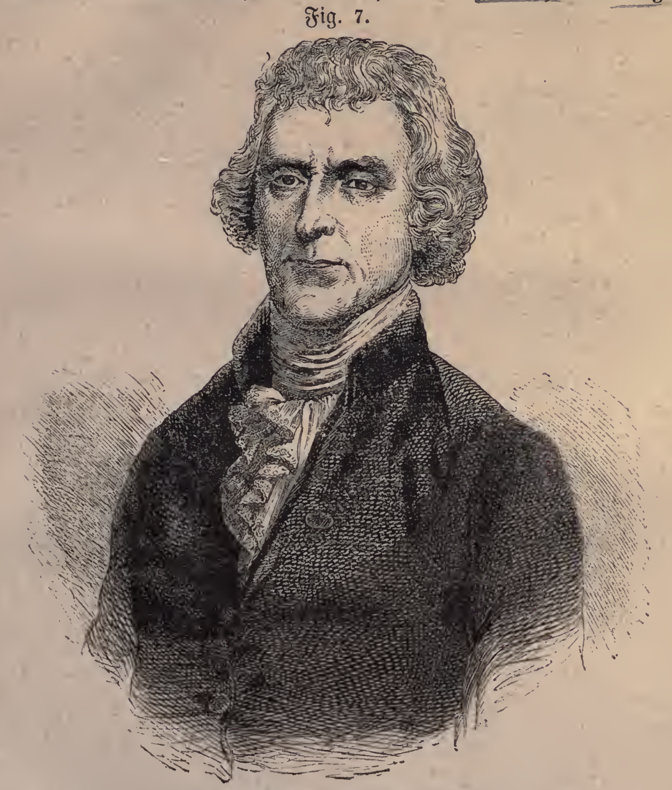
Fig. 6.



Das Kapitol in Washington.
(Nach Ridpath.)

als Urheber der Unabhängigkeitserklärung eines Rufes, den der Parteihader nicht zu Schanden machen konnte. Durch seinen Aufenthalt als Gesandter in Paris, durch seine Stellung als Vicepräsident unter John Adams hatte er hinreichend Gelegen-

Fig. 7.



Thomas Jefferson. (Nach Cassêl, History.)

heit gehabt, die Einsicht und den staatsmännischen Verstand zu bethätigen, den auch die Feinde ihm gerne zuerkannten. Seine Parteinahme für Frankreich war vergessen, seitdem zwischen beiden wieder der Friede herrschte; seine Urheberschaft in betreff der Nullifikationsbeschlüsse stempelte ihn in den Augen jedes

Südstaatlers zum wahren Verteidiger republikanischer Freiheiten; kurz, er war der Mann der Situation, dem kein ebenbürtiger Gegner erwachsen konnte. Und dennoch geschah es, daß der gewissenlose, verwegene, anrüchige Aaron Burr, ein bankrotter, von maßlosem Ehrgeiz beseelter Politiker des Südens, die gleiche Stimmenzahl — 73 Stimmen — erhielt, wodurch die ganze Wahl gefährdet schien, da Burr kein Mittel unversucht ließ, um sich zum Präsidenten zu machen. Das Volk hatte Jefferson mit der ersten Würde des Staates betrauen wollen und war bereit, im Fall des Sieges der Burriten, seinen Willen nötigenfalls mit Gewalt durchzusetzen. Die ganze Angelegenheit wurde durch den Umstand verschlimmert, daß die Föderalisten Jefferson haßten und alles aufboten, um seine Wahl zu hintertreiben.

Die Entscheidung lag in den Händen des Repräsentantenhauses, welches jedoch nicht nach der Kopfzahl, sondern nach Staaten entschied, wodurch die Majorität der Föderalisten auf eine Kontrolle der Hälfte aller Stimmen zusammenschrumpfte. Dies hätte aber immerhin genügt, um Jeffersons Wahl unmöglich zu machen, wenn nicht Hamilton in diesem kritischen Augenblicke seine ganze Autorität dazu verwandt hätte, um Jeffersons Wahl zu sichern, trotz der erbitterten Feindschaft, welche zwischen diesen beiden Männern herrschte. Er beschwor seine Parteigenossen, nicht so verblendet zu sein, um Burr, diesen Catilina Amerikas, der ihre Hilfe doch niemals lohnen würde, zu unterstützen, was auch schließlich so viel Eindruck machte, daß Jefferson nach einem heftigen, vom 11. bis zum 17. Februar dauernden Wahlkampf die zur Präsidentschaft nötige Majorität über Burr davontrug. Jefferson wurde Präsident, Burr Vizepräsident.

Die Inauguration fand, wie üblich am 4. März statt. Jefferson hütete sich wohl, seine Regierung mit einem dem Gegner zugeschleuderten „vae victis!“ zu beginnen, wie es die Fanatischesten unter seinen Anhängern hofften; er gab sogar in seiner Präsidentenrede der Hoffnung auf Versöhnung besonderen Ausdruck, indem er sagte: „Wir haben Brüder derselben Grundsätze mit

verschiedenen Namen bezeichnet; wir sind alle Republikaner, wir sind alle Föderalisten." Mit diesen Worten, deren Schiefheit Jefferson selber nichtsdestoweniger nur zu klar erkannte, suchte er seine Regierungsakte soviel als möglich in Einklang zu bringen; er lehnte es z. B. prinzipiell ab, Beamte, deren politische Ansichten den seinen entgegengesetzt waren, aus diesem Grunde allein zu entlassen; führte sich der Beamte gut, so blieb er unbehelligt. Der Satz, welcher das spätere politische Leben der Amerikaner so charakteristisch beleuchtet: „Dem Sieger gehört die Beute", war damals noch nicht praktisch geworden. . . .

Auch die Wahl seiner Kabinetsmitglieder beweist, daß er nicht gesonnen war, den extremen Republikanern die Herrschaft auszuliefern. Madison, sein lang erprobter Freund, wurde Staatsminister, Gallatin, ein geborener Genfer, Vorsitzender im Schatzamte und General Dearborn aus Massachusetts Kriegsminister. Diese Mäßigkeit gewann der republikanischen Partei zahlreiche Freunde auch im Norden, so daß durch die Wahlen zum siebenten Kongreß die Republikaner in demselben die Mehrheit erlangten. Gleich nach Einberufung des Hauses, welche am 7. Dezember 1801 stattfand, richtete der Präsident ein Schreiben an dasselbe, in welchem er mitteilte, daß er in Zukunft die Vorlagen nicht mehr durch persönliche Reden, sondern durch schriftliche Botschaften der Versammlung mitteilen werde, da hierdurch nicht nur Zeitersparnis, sondern auch eine bessere Bekanntschaft der Mitglieder mit den Arbeiten erzielt werde. Der wahre Grund bestand jedoch darin, daß die bisher übliche Geschäftsform dem demokratischen Jefferson zu monarchisch erschien. Die Versammlung nahm den Vorschlag beifällig auf, und derselbe ist seit jener Zeit von allen Präsidenten durchgeführt worden. In seiner Botschaft wies Jefferson darauf hin, wie blühend augenblicklich die materielle Lage des Landes sei, welche Höhe die Einnahmen bereits erreicht, und wie vorteilhaft die Einwanderung und Zunahme der freien Bevölkerung für die Zukunft des Landes wäre. Er kündigte an, daß er, um die

Ausgaben zu entlasten, entschlossen sei, wo es nur anginge, Ersparnisse zu machen, so namentlich durch Einziehung unnützer Besoldungen, durch Verminderung der Militär- und Marinestreitkräfte. Der Kongreß bewilligte desgleichen die Aufhebung der direkten Steuern und der neuen, unter dem vorigen Präsidenten geschaffenen Gerichtshöfe, wodurch gleichfalls bedeutende Ersparnisse erzielt wurden. Die Thatsache der Aufhebung der Gerichtsstellen, welche Adams noch kurz vor seinem Abgang entgegen dem Schicklichkeitsgefühle der Bevölkerung mit seinen Anhängern besetzt hatte, spricht am besten für die von den Föderalisten so arg verleumdete Redlichkeit des Präsidenten, der nur das Wohl des Staates im Auge hatte und es verschmähte, seinen Anhang auf Kosten der Gesamtheit zu verstärken. Die Fremden- und Aufruhrgesetze wurden selbstverständlich wieder aufgehoben, die Erlangung des Bürgerrechts leichter gemacht, sowie Bestimmungen darüber getroffen, daß die Staatsschuld allmählich getilgt werde, um den gefährlichen Einfluß der Regierung auf die Staatsgläubiger zu beseitigen. Die Beurteilung dieser Maßregeln seitens der föderalistischen Partei trug den Stempel des Hasses und der ohnmächtigen Wut, und selbst Hamilton nahm keinen Anstand, in seiner Kritik der Botschaft Jeffersons einen scharfen und ironischen Ton anzuschlagen. Er war damals ein ziemlich isoliert stehender Mann, dessen geistige Überlegenheit freilich für die geschmolzene Schar der Föderalisten noch von einigem Gewichte war. Dennoch konnte er es nicht durchsetzen, daß seine Partei sich mit der wichtigsten Maßregel der ersten Regierungsperiode Jeffersons, dem Ankauf Louisianas befreundete, welchen Hamilton in seiner echt staatsmännischen, von den Fesseln der Parteipolitik befreiten Anschauungsweise als notwendig und segensreich befürwortete.

Die Mississippi-Frage war schon zu wiederholtenmalen Gegenstand längerer Erörterungen gewesen. Je mehr sich die Vereinigten Staaten im Westen bevölkerten, je größeren Aufschwung Handel und Wandel daselbst nahmen, desto fühlbarer

wurde der Zwang empfunden, dem der ganze Verkehr durch die spanische Willkürherrschaft am Mississippi unterworfen war. Als nun gar Spanien am 1. Oktober 1800 Louisiana an Frankreich abgetreten hatte, hielt Jefferson es für notwendig dem drohenden Einfluß der französischen Macht zu begegnen, und instruierte demgemäß seinen Botschafter Livingston in Paris, daß er sich mit der französischen Regierung über Abtretung von Louisiana ins Einvernehmen setzen solle. Die Unterhandlungen zogen sich, da Bonaparte wenig geneigt war, seine auf Kolonialbesitz gerichteten Pläne aufzugeben, sehr in die Länge, bis der Negeraufstand in Domingo und die kriegerischen Verwickelungen in der alten Welt der Angelegenheit eine für die Amerikaner günstigere Wendung gaben. Der ursprünglich von Bonaparte geforderte Preis von 100 Millionen Franken wurde auf 60 Millionen ermäßigt, zugleich der Unionsregierung die Verpflichtung auferlegt, die 20 Millionen betragende Entschädigungssumme für die von Frankreich den Amerikanern zugefügten Verluste zu übernehmen. Unter diesen Bedingungen kam der Vertrag am 30. April 1803 zustande, welcher das Gebiet der Union beinahe verdoppelte, da das Territorium, welches damals Louisiana hieß, mehrere der jetzigen westlichen Staaten mit umfaßte.

Die Opposition der Föderalisten war hauptsächlich deswegen eine so erbitterte, weil sie fürchteten, daß durch den Zuwachs eines so bedeutenden Gebietes die politische Machtstellung noch mehr dem Süden und Südwesten zufallen würde. Unrichtig ist, daß es der Widerwille gegen die Sklaverei war, welcher sie in ihrem beschränkten Widerstande aufrecht erhielt, wie dies auch aus der Thatsache hervorgeht, daß sie besonders gegen die ihren Handel beeinträchtigenden westlichen Gebiete eiferten. Die Annahme des Vertrages erfolgte endlich am 31. Oktober 1803 im Senate und am 10. November desselben Jahres im Kongresse. Das Gebiet wurde demnächst in zwei Teile zerlegt: New Orleans und Louisiana, von denen das letztere in kurzer Zeit in den Verband der Union als souveräner Staat aufgenommen wurde.

Das Bestreben Jeffersons, die Entwickelung der Union nach Kräften zu fördern, führte ihn auch zur Unterstützung von Forschungsreisen im Westen Amerikas, welcher für den Verkehr mit Asien in Zukunft wichtig zu werden versprach. Er verlangte die Zustimmung des Hauses zur Ausrüstung einer wissenschaftlichen Expedition, welche den Herren Lewis und Clarke übertragen wurde und die Erforschung des Gebiets zwischen dem Missouri- und Kolumbiastrom bezweckte.

Die weiteren Maßnahmen aus der ersten Präsidentschaft Jeffersons bestehen in der Aufhebung des unter der vorigen Administration erlassenen Bankerottgesetzes, das dem zahlungsunfähigen Kaufmann gewisse Vorteile einräumte, worüber die Südstaaten sich beklagten, der Beschränkung der Macht der Nationalbank sowie der Genehmigung des Baues wichtiger öffentlicher Straßen aus nationalen Mitteln.

Weniger glücklich für das Ansehen des Präsidenten ist ein Prozeß abgelaufen, den die republikanische Majorität im Repräsentantenhause gegen den Richter Chase wegen angeblicher Willkürlichkeiten im Dienste zu führen für gut befunden hat. Trotz der Einwirkung des Präsidenten wurde Chase freigesprochen. Immerhin aber konnte Jefferson am Ende seiner ersten Präsidentschaft zufrieden auf dieselbe zurückblicken, er hatte die Furcht, daß Amerika infolge des Sieges der Republikaner in Kriege verwickelt und ruiniert werden würde, gründlich widerlegt und das Vertrauen des Volkes sich dermaßen erworben, daß seine Wiederwahl außer Frage stand.

Die Eröffnung der Stimmzettel bei der Präsidentenwahl, welche im März 1804 stattfand, ergab das Resultat, daß Jefferson und George Clinton aus New York je 162 Stimmen erhalten hatten, die Kandidaten der Föderalisten Pinkney und R. King dagegen je 14 Stimmen. Die Stimmengleichheit beider republikanischer Kandidaten erregte diesmal jedoch keine weiteren Streitigkeiten, da durch Zusatz der Verfassung vorher bestimmt worden war, daß jeder Wähler von vornherein angeben solle,

wen er zum Präsidenten und wen er zum Vizepräsidenten wünsche, so daß der bisherige Vizepräsident nach Beendigung der Ceremonie gleich das Ergebnis verkünden konnte. Aaron Burr selbst hatte keine einzige Stimme erhalten; von jeher von beiden Seiten mit Mißtrauen betrachtet, hatten Republikaner und Föderalisten es abgelehnt, ihn zur Wiederwahl vorzuschlagen — ein vernichtender Schlag für die Eitelkeit und den Ehrgeiz des leidenschaftlichen Mannes. Er sah sich deshalb nach neuen Bundesgenossen um und fand diese in den Föderalisten der New-Englandstaaten, welche voll Trotz gegen die Politik Jeffersons und die anscheinend begünstigten Südstaaten sich mit dem Gedanken einer Trennung schon seit längerer Zeit vertraut gemacht hatten. Die Bedingung, unter der Burriten und Föderalisten, deren Schwäche sich bei der Präsidentenwahl so klar herausgestellt hatte, bereit waren, sich in ihren Bestrebungen gegenseitig zu unterstützen, war die Wahl Burrs zum Gouverneur von New York, welche wichtige Stellung ihm sicher die Macht in die Hände gegeben hätte, um die Präsidentenwürde des neuen nördlichen Bundes an sich zu reißen. Hamilton, der dieses Projekt am 10. Februar 1804 in einer privaten Versammlung der Föderalisten, die zur Besprechung der bevorstehenden Gouverneurswahl in New York in Albany zusammengetroffen waren, ans Tageslicht zog, erklärte sich mit ganzer Energie gegen die verderbliche Verblendung der Föderalisten, die als einzigen Beweggrund zu diesem thörichten Schritte den blinden Haß gegen die republikanische Partei anzugeben vermochten. Durch diesen unliebsamen Widerstand gereizt, ließ Burr seinen Gegner auf Pistolen fordern, worauf Hamilton einging. Das Duell fand zu Weehawken am 11. Juli 1804 statt. Hamilton wurde gleich beim ersten Schusse tödlich verwundet und starb am folgenden Tage. Sein Tod wurde von allen rechtschaffenen Menschen schmerzlich empfunden, da die hohen Geistesgaben, über die er verfügte, die Schärfe und Besonnenheit seines Urteils und die politische Uneigennützigkeit, welche ihn auszeichnete, allgemein anerkannt waren.

Burrs Absichten wurden freilich durch diese Katastrophe vereitelt. Mit dem Haß des ganzen Volkes beladen, zog sich der Abenteurer nach Ablauf seiner Vizepräsidentschaft in die schweigsamen Wälder des Westens zurück, wo er allerhand Pläne entwarf, um seine Rache zu kühlen und zur Herrschaft zu gelangen. Bald sprach er von kühnen Zügen gegen Mexiko, um dort die spanische Macht zu vernichten, bald forderte er den Westen zum Abfall von der Union auf, deren baldigen Untergang er nicht müde wurde zu prophezeien. Er hatte schließlich sein Hauptquartier auf einer herrlichen Insel des Ohioflusses, in der Nähe von Mariette, aufgeschlagen, welche ein Ehepaar namens Blennerhasset bewohnte, das sich für die waghalsigen Pläne Burrs begeistert hatte und ihn in allem aufs bereitwilligste unterstützte. Die bisher nur dem Vergnügen geweihte Insel wurde der Sammelplatz von Abenteurern aller Art, mit denen Burr schließlich abmarschierte, um bald darauf von seinen Anhängern verlassen zu werden. Die Regierung hatte ihre Maßnahmen mit größter Eile getroffen, so daß zu Beginn des Jahres 1807 der Urheber der ganzen Ruhestörung verhaftet und zu Richmond vor das Gericht gestellt werden konnte, das ihn jedoch zum großen Verdruß der republikanischen Führer deshalb freisprach, weil die Vergehen außerhalb des Gerichtssprengels vorgekommen seien. Die Regierung verzichtete aus Rücksicht auf die damalige Lage der auswärtigen Politik darauf, den Prozeß, auf dessen Entscheidung der Oberrichter John Marshall, ein ausgesprochener Föderalist, mehr als billig eingewirkt hatte, bei dem zuständigen Gerichte zu erneuern, so daß Burr unbehindert in das Privatleben zurücktreten konnte. Eine öffentliche Rolle hat er jedoch seitdem nicht mehr gespielt.

Das Hauptereignis der zweiten Präsidentschaft Jeffersons bildet die Frage des „Embargo“, das gegen England gerichtet war, in seinen Folgen jedoch die Vereinigten Staaten selber am schärfsten traf. Das durch den Jay-Vertrag mit England hergestellte gute Einvernehmen hatte allmählich wieder heftigen

Klagen Platz gemacht, die sich verstärkten, als England am 16. Mai 1806 die Blockade verhängte. Frankreich folgte dem von England gegebenen Beispiele bald darauf, — so daß die amerikanischen Kaufleute und Seefahrer sich aufs schwerste geschädigt sahen. Die Föderalisten schwärmten, wie immer, so auch diesmal für Krieg gegen Frankreich, während die Republikaner weder England noch Frankreich anzugreifen wagten, aber trotzdem entschlossen waren, den der amerikanischen Flagge zugefügten Schimpf zu rächen. Man hatte demgemäß schon 1806 die Einfuhr brittischer Waren beschränkt, dadurch aber keinen nennenswerten Erfolg erzielt, so daß Jefferson sich entschloß, am 18. Dezember 1807 dem Kongresse ein Embargo vorzuschlagen, welches ohne große Debatten, unter Ausschluß der Öffentlichkeit sowohl im Repräsentantenhause als im Senate, am 21. Dezember Gesetzeskraft erlangte.

Das Embargo war gewissermaßen ein durch die Tradition geheiligtes Mittel. Man war von seiner Vortrefflichkeit von vornherein überzeugt und gab sich nicht die Mühe, nachzuforschen, ob die Verhältnisse, unter denen es früher von Nutzen gewesen war, sich verändert hatten oder nicht. Als man nun gar bald die schädlichen Wirkungen desselben erkannte und das Volk zu murren begann, spielte man den Trumpf der nationalen Ehre aus, die es erheischte, daß man, da ein Krieg gegen England und Frankreich unmöglich wäre, das Opfer bringe. Immerhin ist dies Embargo ein Beweis für die bodenlose Leichtfertigkeit, mit der die damalige Majorität die wirtschaftlichen Interessen des Volkes behandelte. Die Gegner des Embargo, die Föderalisten und einige Republikaner, unter ihnen John Randolph, griffen wieder auf die Verfassungsbestimmungen zurück, um zu eigen, daß das Embargo von 1801 ungiltig sei, da wohl die Regierung berechtigt sei, ein Embargo auf bestimmte Zeit, da dies einer Regelung des Handels gleichkomme, aber kein unlimitiertes zu erlassen, was vielmehr eine Vernichtung des Verkehrs bedeute. Die Legislaturen der Einzelstaaten hatten zwar fast

durchweg dem Embargo zugestimmt, was aber nicht hindern konnte, daß die Bewegung gegen dasselbe täglich wuchs und die Zahl der ablehnenden Resolutionen die der Zustimmungsadressen an den Präsidenten erreichte. Die Bestimmungen des letzteren zur schärferen Durchführung der Handelssperre stießen auf passiven Widerstand, der durch die drohende Haltung der Oppositionspresse an Gefährlichkeit zunahm.

Das praktische, fühlbare Interesse des Bürgers begann schließlich doch den Sieg über die Prinzipien der Politiker davonzutragen. Die Freunde des Präsidenten konnten sich am Ende der Einsicht nicht verschließen, daß es unmöglich sei, das Embargo noch weiter aufrecht zu erhalten, zumal man ihnen mit vollstem Recht die Nichtbefolgung des von ihnen aufgestellten und jederzeit verfochtenen Grundsatzes: „Es ist der Geist und die Pflicht republikanischer Regierung, Gesetze zu machen, die dem Volk genehm sind, und nicht zu versuchen, das Volk den Gesetzen anzupassen", vorwerfen konnte. Am 25. Januar 1809 brachte Nicholas von Virginia einen, die Bestimmungen über das Embargo abändernden Antrag ein, der nach längeren Debatten und mit verschiedenen Streichungen und Amendements versehen die Bewilligung des Hauses fand. Es ist dies das sogen. Gesetz über die Verkehrsunterbrechung (Non intercourse Law), welches die Bestimmungen des Embargo in Zukunft nur für England und Frankreich gelten läßt, den Verkehr mit anderen Staaten dagegen freigiebt.

Das Gesetz kam gerade zu rechter Zeit, um den illoyalen Bestrebungen der Föderalisten ein Ende zu machen. Die Opposition war von den zwei Staaten, auf welche sie sich nach der Wiederwahl Jeffersons nur noch allein stützen konnte, wieder auf fünf gewachsen, die noch immer nicht die Trennungsgedanken aufgegeben hatten und hierin von umherziehenden Agenten der englischen Regierung unterstützt sein sollen. John Quincy Adams, der sich von der föderalistischen Partei losgesagt hatte, übermittelte diese letztere Thatsache dem Präsidenten und ist so die

eigentliche Ursache zu der schnellen Abänderung des Embargogesetzes gewesen. Die Föderalisten haben später diese Erzählung von brittischen Sendlingen als eine Fabel erklärt, die ersonnen sei, um ihren Patriotismus zu verdächtigen; sicher ist, daß Sir James Craig, der Generalgouverneur von Canada, einen geheimen Agenten namens Henry im Februar 1809 nach Boston zur Beurteilung der politischen Lage und der Wahrscheinlichkeit eines föderalistischen Sieges abgesandt hat, der jedoch in seinem Berichte nur die Resultatlosigkeit der föderalistischen Bestrebungen konstatieren konnte. Der spätere Präsident Madison hat die Papiere Henrys für 50 000 Dollars käuflich erworben, womit dieselben jedoch viel zu teuer bezahlt worden sind, da sie wenig Neues und Brauchbares enthielten.

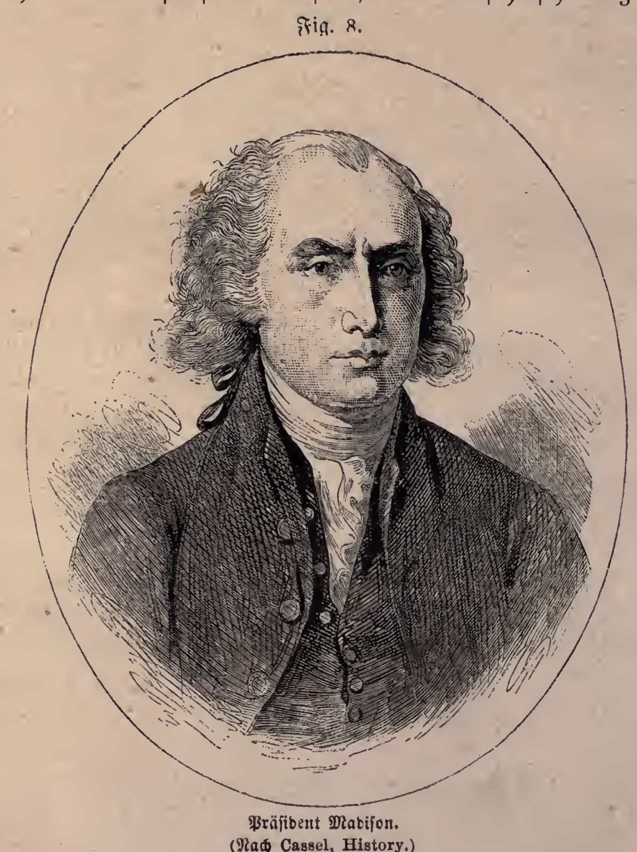
Das Fallenlassen des Embargo traf Jefferson immerhin recht hart. Er hatte im übrigen in der Politik fast stets den Sieg errungen und mußte nun kurz vor Ablauf seines Amtes selber zugestehen, eine Maßregel empfohlen und aufrechterhalten zu haben, die dem Wohlstande der Nation empfindlichen Schaden zugefügt hatte. — Eine dritte Wahl lehnte Jefferson trotz der Bitten seiner Freunde getreu seinen demokratischen Anschauungen ab. Er zog sich der Regierungssorgen ledig auf sein Landgut Monticello in Virginia zurück, von wo aus er durch seinen Verkehr mit den bedeutendsten Politikern seiner Zeit die öffentlichen Angelegenheiten aufmerksam verfolgte und oft genug seinen Rat erteilte. Er starb am 4. Juli 1826 in dem hohen Alter von 83 Jahren.

James Madison.

Madison war mit bedeutender Majorität — 122 von 175 Stimmen — zum Nachfolger Jeffersons gewählt worden. Für ihn stimmten fast alle Wahlmänner aus Vermont, New Jersey, Pennsylvania, Virginia, Süd-Karolina, Georgia, Kentucky, Tennessee, Ohio, New York, Maryland und Nord-Karolina, gegen

ihn die aus Delaware und den vier Neuengland-Staaten. Den Posten des Vizepräsidenten hatte George Clinton zu behaupten gewußt; auf ihn waren 113 Stimmen gefallen. Die Lage, welche der neue Präsident vorfand, war eine sehr schwierige und

Fig. 8.



Präsident Madison.
(Nach Cassel, History.)

gefährliche, da von allen Seiten Fragen auftauchten, die eine baldige Lösung erforderten. Namentlich waren es die Beziehungen zu England, welche sich immer mehr verschärften und kriegerisch zu werden drohten.

Anfänglich schien es, als ob eine gütliche Schlichtung des Streites, der sich hauptsächlich um die die Rechte der Neutralen verletzenden Geheimratsbefehle und die Anmaßung Englands, auf amerikanischen Schiffen nach englischen Unterthanen zu suchen, drehte, zustande kommen sollte. Der englische Gesandte zu Washington, Erskine, war von seiner Regierung mit umfassenden, aber sehr bestimmten Instruktionen versehen worden, welche zur Basis der Verhandlung dienen sollten; seine Eitelkeit und Beschränktheit verleiteten ihn jedoch, im guten Glauben, Sr. Majestät am besten zu dienen, von den Vorschriften abzuweichen und einen Vertrag mit dem damaligen Staatsminister Robert Smith, dem Marineminister Jeffersons, zu schließen, der für Amerika äußerst vorteilhaft war und den Termin der Wiederaufnahme des Verkehrs zwischen England und der Union auf den 10. Juni 1809 festsetzte. Der Präsident berief infolgedessen den Kongreß sofort zu einer außerordentlichen Session — 22. Mai bis 18. Juni 1809, — welche insofern überaus glücklich verlief, als alle Parteien mit dem Vertragsabschlusse zufrieden waren, wenngleich das Parteigezänk über die Einzelheiten des nun beendeten Streites auch nicht aufhörten. Leider dauerte diese Freude nicht allzulange, da die englische Regierung sich weigerte, die von Erskine geschlossene Übereinkunft zu respektieren und denselben von seinem Posten abrief. Durch diesen unangenehmen Zwischenfall wurden die auswärtigen Beziehungen wieder gespannter denn je, was sich auch in den Noten, die der Nachfolger von Erskine, Francis James Jackson, und Smith wechselten, abspiegelt. Das Gesetz, welches jede Handelsverbindung mit England untersagt, wurde am 6. August 1809 erneuert, der diplomatische Verkehr fast ganz eingestellt, so daß es nur eines ganz kleinen Anstoßes bedurfte, um den Krieg zum Ausbruch zu bringen. Das Vorgehen der Regierung wurde im Kongresse nach seinem am 27. November stattfindenden Zusammentritt einer langen Beratung unterstellt, in der schließlich die Anhänger der Regierung mit 72 gegen 41 Stimmen den Sieg davontrugen. Das Resultat verdankt die

Regierung hauptsächlich dem energischen Eintreten einiger jugendlich feurigen Südstaatler, unter denen Henry Clay am meisten hervorragte. Sein Plan, mit dem Schwerte in der Hand die Freiheit des amerikanischen Volkes zu beschützen, fand eine Ergänzung in der von ihm zuerst näher präzisierten Idee, das Vaterland von Europa in wirtschaftlicher Beziehung unabhängig zu machen. „Unsere Einfuhr“ — so drückte er sich einst aus — „muß abnehmen, wir dürfen für unsere Kleidung nicht von fremden, vielleicht feindlichen Ländern abhängen. Eine Nation, welche von Fremden gekleidet wird, ermangelt nicht weniger der Selbständigkeit als die, welche ihre Nahrungsmittel einführt.“

Als Clay bald darauf zum Sprecher des Hauses, der als solcher eine sehr wichtige Stellung einnahm, ernannt und Calhoun zum erstenmale in den Kongreß gewählt worden war, gingen die Dinge noch schneller ihrer Entscheidung entgegen. Frankreich hatte freilich inzwischen seine Befehle zurückgenommen, da Napoleon noch immer die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, daß die Vereinigten Staaten ihm im Seekampfe gegen England beistehen würden, und erklärte von nun an jeden Übergriff der französischen Seefahrer und Beamten für ein Mißverständnis, an dem die Regierung unschuldig sei. Die Hoffnung, daß England dem von Frankreich gegebenen Beispiele folgen werde, hatte bisher noch immer den Erlaß der Verkehrsuntersagung verzögert, welche jetzt schleunigst proklamiert und in ihrer Wirkung durch einige Resolutionen verstärkt wurde, die eine Vermehrung der Armee forderten und mit bedeutender Mehrheit angenommen wurden. Den im Kabinett eingetretenen Zwiespalt zwischen Smith und Gallatin beseitigte Madison dadurch, daß er Smith entließ und ihn durch Monroe ersetzte, der durch seine früheren Missionen mit den auswärtigen Verhältnissen aufs beste vertraut war. Um dieselbe Zeit 1810—11 benutzten die Vereinigten Staaten die Zwistigkeiten in den spanischen Besitzungen, um Florida zu besetzen, worauf sie infolge des Ankaufs von Louisiana Anspruch erhoben.

Die Gefahren eines englisch-amerikanischen Krieges wurden noch



Fig. 5.

verstärkt durch das kriegerische Benehmen der Indianer, welche von Zeit zu Zeit sich gegen die Weißen auflehnten, von der Besorgnis getrieben, daß dieselben durch ihre immer rascher fortschreitende Civilisation und wirtschaftliche Thätigkeit die Jagdgründe der Indianer mit Beschlag belegen und so die Existenzbedingungen der Rothäute vernichten würden. In dem den Unabhängigkeitskrieg beendenden Frieden von Paris war der Indianer keine Erwähnung gethan; die Engländer überließen die ehemaligen Bundesgenossen ihrem Schicksale. Die sich bald einstellenden Feindseligkeiten wurden, nach dem Siege des Generals Wayne über die westlichen Indianer (20. August 1794) durch den Friedensvertrag von Greenville beseitigt, der für beide Teile ein befriedigendes Resultat ergab und in der Geschichte als der Markstein für eine bessere Behandlung der unterworfenen Indianer seitens der Union von großer Bedeutung geworden ist. Die Kriegsaxt war auf längere Zeit begraben, bis durch den Jay-Vertrag die Engländer genötigt wurden, ihre bisher inne gehabten Posten zu verlassen, wodurch auch die Indianer wieder in Bewegung gerieten. Dazu kam, daß sie jetzt in dem Shawnee-Häuptling Tecumseh einen Führer hatten, der Tapferkeit und Klugheit in hohem Maße vereinigte. Dieser berühmte „König der Wälder“ war zu Ohio 1768 geboren; hatte später an den Kämpfen seines Stammes zur Verteidigung der Jagdgründe teilgenommen und war einer von denen gewesen, welche dem Vertrage mit Wayne zu Greenville nicht beigetreten sind. Da er aber einsah, daß für die Gegenwart nichts mehr zu erhoffen sei, richtete er sein Augenmerk auf die Herstellung eines allgemeinen Indianerbundes, was ihm auch teilweise gelang. Sein Bruder, welcher sich als einer vom großen Geist gesandten Propheten ausgab, war ihm hierbei von bedeutendem Nutzen. Nach vergeblichen Unterhandlungen, welche die Brüder mit dem amerikanischen General Harrison, damals Statthalter des Territoriums Indiana, angeknüpft hatten, griff der letztere ihr Lager zu Tippecanoe am Wabash an und schlug die durch die Anwesenheit

der Führer begeisterten und wütend kämpfenden Indianerhaufen in die Flucht. Tecumseh und sein Bruder ließen sich jedoch dadurch von ihrem Vorhaben, einen großen Indianeraufstand zu organisieren, nicht abbringen, sondern wandten sich dem Süden zu, wo sie später bei Gelegenheit des englisch-amerikanischen Krieges an demselben thätigen Anteil nahmen.

Die Bemühungen der republikanischen Partei, den Engländern den Krieg zu erklären, sollten endlich mit Erfolg gekrönt werden. Madison war durch die Alternative, dem Kriege beizustimmen oder nicht wiedergewählt zu werden, für ein energisches Vorgehen gewonnen worden, das sich zunächst in einer am 1. April 1812 erlassenen vertraulichen Botschaft zeigte, die ein neues Embargo auf 60 Tage in Vorschlag brachte. Damit nicht zufrieden, veranlaßte ihn die Kriegspartei, eine zweite Botschaft dem Kongresse mitzuteilen, in der die feindseligen Maßnahmen Englands erörtert und dem Kongresse die Entscheidung darüber anheim gestellt wurde, ob dieselben mit Gewaltmaßregeln erwidert werden sollten. Am 3. Juni berichtete Calhoun als Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten hierüber dem Hause und brachte eine Empfehlung bei für „sofortige Appellation an die Waffen.“ Die förmliche Kriegserklärung wurde am folgenden Tage mit 79 gegen 49 Stimmen beschlossen. Im Senat schwankte die Entscheidung einige Zeitlang hin und her, bis am 17. Juni die Annahme der Kriegserklärung mit 19 gegen 13 Stimmen erfolgte. Die Unterzeichnung der Bill durch den Präsidenten fand am 18. Juni statt. Die Überraschung im Volke war groß, da die letzten entscheidenden Beratungen bei verschlossenen Thüren vorgenommen worden waren. Von den Abgeordneten der Minorität unterzeichneten vierunddreißig einen Protest gegen die Kriegserklärung und die Art, wie dieselbe zustande gekommen wäre; sie bemerkten den Wählern gegenüber, daß sie „unschuldig seien an dem Unheile, das daraus erwachsen würde“ und daß sie sich schließlich der Diskussion enthalten hätten, um nicht „einem so flagranten Mißbrauche der Gewalt zu einer

zu folgernden Giltigkeit zu verhelfen." Die englische Regierung, welche im allgemeinen durch ihre Agenten und den obengenannten Henry gut unterrichtet war, wurde gleichfalls durch die Kriegserklärung, welche gegen Ende Juli in England eintraf, überrascht, da man es für unmöglich gehalten hatte, daß die Union es wagen würde, mit dem mächtigsten Seestaate der Welt anzubinden.

Bei Ausbruch des Krieges wurde General Dearborn aus Massachusetts zum Oberbefehlshaber der amerikanischen Armee ernannt. Seine Streitmacht bestand vornehmlich aus den New Yorker Milizen, die bei Plattsburg und an der Niagaragrenze standen. Eine andere Schar von 1200 Ohio-Freiwilligen und 300 Mann der regulären Truppen bestehend, war dem General Hull unterstellt, dessen Verdienste während des Revolutionskrieges noch unvergessen waren. Von Dayton in Ohio führte er seine Truppen auf beschwerlichem Wege nach Detroit, um von dort einen Einfall in Kanada zu unternehmen. Er brach am 12. Juli mit seiner geringen Mannschaft auf und besetzte Sandwich, versäumte jedoch die Posten der Feinde anzugreifen, ehe dieselben von der kanadischen Miliz verstärkt werden konnten. Als er vor Malden, dem ersten brittischen Fort, anlangte, war dasselbe bereits von einer starken Garnison angefüllt, so daß er es nicht anzugreifen wagte. Dazu kam, daß die Indianer von allen Seiten herbeieilten und die amerikanischen Plätze selber bedrohten, wodurch die Rückkehr des Heeres von selbst geboten war. Der amerikanische Oberbefehlshaber hatte mittlerweile mit dem englischen General Brock einen Waffenstillstand abgeschlossen, in den jedoch die in der Umgegend von Detroit kämpfenden Heere sonderbarerweise nicht mit aufgenommen wurden, so daß Brock mit seiner Armee nach Malden eilen konnte, um die Offensive gegen Hull zu ergreifen.

Von der Kopflosigkeit der amerikanischen Heerführung giebt die Einnahme des Forts Mackinaw auf der Insel gleichen Namens, welche innerhalb der Wasserverbindung der Huron- und Michi-

ganseeen gelegen ist, den sprechendsten Beweis. Trotz der Wichtigkeit des Postens, der auch in Friedenszeiten seines lebhaften Pelzhandels halber bedeutend war, hatte man es vergessen, den dort stationierten Befehlshaber von dem Ausbruch der Feindseligkeiten zu unterrichten, so daß auch nicht die geringste Vorkehrung zur Verteidigung getroffen war, als die Engländer und Indianer anrückten. Ohne Schwertstreich fiel der wichtige Posten den Feinden in die Hände.

Inzwischen hatte General Brock sich mit seiner Armee in Bewegung gesetzt, um die Amerikaner aus Detroit zu vertreiben. Er überschritt den Detroitfluß und legte einige Batterieen an, ohne irgend welchen Widerstand zu finden, trotzdem daß die Stellung der amerikanischen Armee eine sehr günstige und zudem durch eine Anzahl Schiffe gedeckt war. Bei dem ersten Angriffe, der erfolgte, zog General Hull die weiße Fahne auf und übergab die Stadt und die ganze Armee den Engländern. Er wurde später gegen 30 englische Soldaten ausgewechselt und wegen Feigheit und Verrat vor ein Kriegsgericht gestellt, das ihn zum Tode verurteilte. Seiner früheren Dienste halber wurde jedoch der altersschwache, stumpfsinnige General, dessen Fehler kleiner war als der jener Männer, die ihm das Kommando anvertraut hatten, vom Präsidenten begnadigt. Mit dem Fall von Detroit war gleichfalls ganz Michigan in die Macht der Engländer gegeben.

Die Hauptarmee unter Dearborn war in zwei Abteilungen aufgestellt, die eine unter dem persönlichen Befehle des Oberfeldherrn zu Plattsburg und Greenbush, die andere, von Van Rensselaer befehligt, zu Lewiston. Die Milizen zeigten sich jedoch so widerwillig, daß auch nach Ablauf des Waffenstillstandes wenig geleistet werden konnte. Ein Teil der Truppen Rensselaers setzte zwar über den Niagarafluß, wurde jedoch bald eine Beute des Feindes, da die zurückgebliebenen Milizen zu folgen sich weigerten, unter dem Vorwande, daß es gegen ihr Gewissen sei, in ein friedliches Land einzufallen, und der General kein Recht habe, sie außerhalb des Staates zu verwenden. Rensse-

lacr, durch dieses unbotmäßige Benehmen der Soldaten aufs höchste empört, kam um seine Entlassung ein und wurde durch den General Smythe ersetzt, welcher sich bald als der Feigste und Unfähigste der sämtlichen Führer entpuppte. Er gab jede weitere Unternehmung auf und bezog ebenso wie Dearborn, der sich zu einem kurzen Einfall in Kanada aufgerafft hatte, seine Winterquartiere.

Glücklicher, als auf dem Lande, waren die Amerikaner auf dem Meere, obgleich ihre Marine keinen Vergleich mit der des stolzen Englands aushalten konnte. Sie ersetzten jedoch den Mangel an Material und Kriegsstärke durch geschicktes Manövrieren, wie das Beispiel der Fregatte „Konstitution“ zeigt, welche im Juli 1812 von zwei großen englischen Linienschiffen mehr denn 60 Stunden verfolgt wurde und dennoch schließlich unbeschädigt den Hafen von Boston erreichte. Wenige Wochen später am 19. August zwang dieselbe Fregatte die englische „Guerrière“ nach einem Gefecht von nur 45 Minuten zur Übergabe. Diesem ersten Siege erfolgten bald weitere Erfolge, Kapitän Porter von „Essex“ griff eine englische Brigg auf, an deren Bord er 14 000 Dollars und 150 Soldaten fand; die Fregatte „Präsident“ erbeutete ein englisches Packetboot mit 200 000 Dollars und der „Argus“ schleppte einige gleichfalls wertvolle Prisen in den New Yorker Hafen. Auf dem Eriesee eroberte Leutnant Elliot das im Schutze der englischen Kanonen liegende Schiff „Kaledonien,“ während Commodore Chauncey auf demselben See mit einigen kleinen Schiffen von zusammen 32 Kanonen das sechsmal größere englische Geschwader in Schach hielt. Die Kriegsschaluppe „Wespe“ nahm nach heftigem Kampfe die brittische Schaluppe „Frolic“, konnte ihre Beute jedoch nicht rechtzeitig bergen und fiel schließlich selber den Engländern in die Hände.

Die Fregatte „United States“ wurde von Kapitän Decatur kommandiert, der sich schon bei gelegentlichen Kämpfen mit den tunesischen Piraten ausgezeichnet hatte. Am 25. Oktober stieß er auf die brittische Fregatte „Macedonia“, welche sich nach

anderthalbstündigem Kampfe ergeben mußte und nach New York gebracht wurde, wo ihr Erscheinen mit großer Freude begrüßt wurde. Am 29. Dezember endlich erfocht die „Konstitution" nochmals einen glänzenden Sieg, indem sie das englische Schiff „Java" fortnahm, welches neben der üblichen Mannschaft noch 100 Soldaten, die für Ostindien bestimmt waren, an Bord hatte. Alle diese Heldenthaten wurden vom Kongresse gebührend belohnt. Er votierte für die Mannschaften der siegreichen Schiffe bedeutende Summen, so je 100 000 Dollars für die der „Konstitution" und der „United States," und 25 000 für die siegreichen Besiegten der „Wespe." Ferner erhielt Decatur vom Kongresse eine goldene Denkmünze, sowie von den Staaten Virginia und Pennsylvania einen Ehrendegen.

Im Herbste des Jahres 1812 beschäftigte die Präsidentenwahl das ganze Volk, welches gleichfalls, wie im Hause, in Gegner und Anhänger des Krieges geteilt war. Das Übergewicht der Kriegspartei stellte sich jedoch glänzend heraus, als Madison, dem die Republikaner bekanntlich die Wiederwahl erst dann versprochen hatten, als er ihrem stürmischen Verlangen nach Krieg nachgegeben, mit 128 gegen 89 Stimmen über seinen Gegner de Witt Clinton triumphierte. Zum Vizepräsidenten wurde Elbridge Gerry ernannt, der schon früher bei Gelegenheit seiner Unterhandlungen mit Talleyrand sich als eifriger Antiföderalist gezeigt hatte.

Die Kongreßdebatten während der Session vom 2. November 1812 bis 3. März 1813 sind voll von Streitigkeiten zwischen den Anhängern der Administration und der Opposition, welche die Unfälle der Kriegsführung als bequeme Handhabe benutzte, um ihrem Grolle gegen den Präsidenten und die Regierung Luft zu machen. Letztere legte einen genauen Rechenschaftsbericht vor, nach welchem die Einnahmen während des letzten Rechnungsjahres über 16½ Millionen, davon beinahe 6 Millionen aus Anlehen, betragen hatte, welche Summe zur Bestreitung der laufenden Unkosten gerade genügt hatte. Um die weiteren Ansprüche jedoch zu befriedigen, wurde eine neue Anleihe von 16

Millionen und Ausgabe von Schatzanweisungen im Betrage von 5 Millionen beantragt, was auch bewilligt wurde. Die Regelung der sonstigen durch den Krieg bedingten Bedürfnisse wurde der nächsten außerordentlichen Session des dreizehnten Kongresses vorbehalten, der am vierten Montag des Monats Mai 1813 zusammentreten solle. Die Kriegspartei setzte schließlich noch die Vermehrung der Marine um vier Linienschiffe, sechs Fregatten und sechs Kriegsschaluppen durch und ermächtigte den Präsidenten, für den Schutz der Nordgrenze die erforderlichen Maßregeln zu treffen. Gleichzeitig fand eine Änderung im Kabinett statt, indem Madison den Pennsylvanier William Jones zum Marine- und General Armstrong zum Kriegsminister ernannte.

In dem neuen Hause hatten die Föderalisten einige Plätze wiedergewonnen, so daß das Verhältnis derselben zu den Republikanern wie 68 zu 112 Stimmen betrug, während es im Senat wie 9 zu 27 war. Die Parteigegensätze waren jetzt jedoch nicht mehr so scharf gezogen wie früher, da viele Föderalisten, wenn sie auch den Krieg selber verdammt hatten, nun doch für energische Durchführung desselben plaidierten. So z. B. Rufus King, der mit Timothy Pitkin und Daniel Webster zu den Führern der Partei zählte. Unter den Republikanern ragten Calhoun, Clay, John Forsyth, Taylor und John McLean besonders hervor, den Sprechersitz nahm Clay wiederum ein. Die Hauptfrage war und blieb die Beschaffung von Geld, da die Kriegsführung im Norden der schlechten Beschaffenheit der Wege halber enorme Summen verschlang. Der Präsident wies auf die Notwendigkeit direkter Einnahmen hin, da durch die bedeutende Steigerung der Anleihen der Kredit erschüttert würde und jetzt schon das Geld nur noch mit einem Verluste von $7\frac{1}{2}\%$ beschafft werden könnte. Der Kongreß bewilligte daher eine direkte Steuer und einige innere Abgaben, die auf Fuhrwerke, geistige Getränke, Versteigerungen, Geldscheine u. s. w. gelegt wurden, und bestimmte, daß die neuen Anleihen, von denen eine im Betrage von $7\frac{1}{2}$ Millionen demnächst zur Zeichnung gestellt werden sollte,

nicht unter dem früheren Emissionspreise weggegeben werden dürften.

Der Beginn der Feindseligkeiten im Frühjahr 1813 fand die Engländer in der denkbar günstigsten Lage vor. Der glückliche Ausgang und das bevorstehende Ende der Feindseligkeiten gegen Napoleon in Europa ließ ihnen Muße, sich ganz auf Amerika zu werfen, und dort die erhaltenen Scharten wieder auszuwetzen. Sie blockierten die ganze Ostküste an den äußersten Grenzen Massachusetts bis hinab nach Louisiana, sperrten die Häfen, plünderten die Städte und überfielen die Behausungen der Einwohner. Es begann hier zum ersten male jene erbitterte und brutale Kriegführung, welche dieser zweiten Hälfte des Krieges den Stempel indianischer Grausamkeit aufgedrängt hat. Die Ortschaften Frenchtown, Havre de Grace, Georgetown und Fredriktown wurden völlig zerstört und an den Bewohnern Scheußlichkeiten verübt, welche auf lange Zeit hinaus der amerikanischen Presse Stoff zu leidenschaftlichen Erörterungen gaben. Die Admirale Cockburn und Cochrane waren bei der amerikanischen Bevölkerung so verhaßt, daß ein Bürger auf den Kopf Cockburns einen Preis von 1000 Dollars setzte. In diese Zeit fällt auch die Erfindung der Torpedos, welche zuerst von amerikanischer Seite gebraucht wurden und lebhaften Protest seitens der Engländer hervorriefen, die darin eine Verletzung der bestehenden, die Kriegsführung betreffenden völkerrechtlichen Bestimmungen erblickten. Gegenwärtig bilden die Torpedos, wie allgemein bekannt, eines der Hauptmittel bei der Verteidigung des Landes gegen die Angriffe der Schiffe. An der Erfindung der Torpedos hat Fulton, der Erbauer des ersten Dampfschiffes, ebenfalls bedeutenden Anteil gehabt. Seine Dampfboote hatten sich damals schon einzubürgern gewußt — so besaß z. B. New York deren neun — fanden jedoch noch keine Verwendung in dem Seekriege. In letzterem waren diesmal die Amerikaner nicht so siegreich wie zu Beginn der Feindseligkeiten. Am 1. Juni 1813 hatte die Fregatte „Chesapeake“ unter Kapitän

Lawrence ein Gefecht mit dem brittischen Schiffe „Shannon“ zu bestehen gehabt, in dem nicht nur der Kapitän den Tod fand, sondern auch das Schiff von den Engländern erobert wurde. Die letzten Worte des gleich im Anfang verwundeten Kapitäns: „Übergebet das Schiff nicht!“ sind seit jener Zeit das Stichwort für die amerikanische Marine geworden. Wenige Wochen später wurde die amerikanische Schaluppe „Argus“, welche den amerikanischen Gesandten nach Frankreich überführt hatte, nach einer erfolgreichen Jagd auf brittische Schiffe von einem englischen Kreuzer im Kanal weggenommen.

Einige im Verlauf des Jahres 1813 im Norden von den Amerikanern erfochtene Siege boten nur einen kleinen Ersatz für die zahlreichen Unfälle und Verluste, welche längst der Küste passiert waren. Man fühlte daher die Notwendigkeit, im Norden die gesamte Kraft einzusetzen, um den Feind aus seinen Stellungen zu verdrängen. Glücklicherweise war gerade die Flotte auf dem Eriesee fertiggestellt und dem Kommodore Perry übergeben worden, welcher voll jugendlicher Thatkraft die Engländer schleunigst anzugreifen beschloß. Nachdem er längere Zeit vergeblich darauf gewartet hatte, daß die brittischen Schiffe, welche unter dem Schutze der Kanonen des Fort Malden vor Anker lagen, die Schlacht annehmen sollten, gelang es ihm endlich am 10. September die Engländer, welche mit sechs größeren und kleineren Schiffen erschienen waren, zu besiegen und damit den Eriesee ganz von den Truppen des Feindes freizumachen. Dieser Erfolg war insofern von größter Bedeutung, als er gestattete, Detroit wiederzuerobern und einen neuen Versuch zu machen, in Kanada einzufallen. Der amerikanische General Harrison, unterstützt durch 4000 Kentucky-Milizen unter Führung des Gouverneurs Shelby, landete seine Truppen bei Maldon und nahm den Platz ein, nachdem das Fort von dem abziehenden englischen General Proctor zerstört worden war. Am 5. Oktober holte Harrison die Engländer am Thamesflusse ein, wo es zur Entscheidungsschlacht kam, die zu Gunsten der Amerikaner ausfiel.

Besonders wichtig war der Umstand, daß Tecumseh in diesem Kampfe fiel und damit einer der gefährlichsten Feinde der Amerikaner hinweggerafft wurde. Wie gefährlich der Einfluß des Indianerhäuptlings auf seine Stammesgenossen war, zeigten die Kämpfe, die gerade zu dieser Zeit in dem Süden ausgebrochen waren und unter dem Namen des Feldzuges gegen die Creeks in der amerikanischen Geschichte bekannt sind. Wie oben gezeigt, hatte sich Tecumseh nach seiner Niederlage am Wabash nach dem Süden begeben, um dort die Indianer zu einem allgemeinen Aufstande zu organisieren. Die Bewohner der Gegend, welche die jetzigen Staaten Georgia, Alabama, Mississippi und Florida umfaßt, waren die zahlreichen Stämme der Creeks, Choctaws, Chickasaws und Seminolen, welche zusammen wohl eine Macht von ca. 5000 streitbaren Kriegern aufbringen konnten, die dank der englischen und spanischen Eifersucht und Habgier durchweg mit guten Waffen versehen waren. Die Streitigkeiten begannen mit zahlreichen vereinzelten Überfällen und Raubzügen, welche die Ansiedler zur Flucht in die Forts und festen Plätze nötigten. Einige Hundert dieser Flüchtlinge waren in dem Fort Mims versammelt, als eine Schar Indianer dasselbe überfiel (30. August 1813), die Besatzung niedermetzelte und die Gefangenen unter gräßlichen Martern hinschlachtete.

Die Gouverneure von Georgia, Tennessee, Mississippi und den beiden Karolinas ergriffen, durch diese Blutthat aufgeschreckt, schleunigst Maßregeln, um dem weiteren Vordringen der rachsüchtigen Indianer ein Halt zu gebieten. Man kam überein, drei Heerscharen in der Gesamtstärke von 7000 Mann auszurüsten, die sich im Herzen des feindlichen Gebiets treffen sollten. Die Tennessee-Milizen waren die ersten auf dem Kampfplatze. Sie standen unter der Führung des Generals Andrew Jackson, der sich trotz seiner Jugend schon im öffentlichen Leben hervorgethan und namentlich, wo es auch immer war, die Rechte der Sklavenstaaten in energischer Weise verteidigt hatte. Er war eine, wenn auch nicht gerade rohe, so doch rauhe Natur, die

mehr auf den Kriegsschauplatz, als in das Beratungszimmer paßte. Seine Energie, sein Scharfblick und geschickte Ausnutzung aller Chancen ließen ihn jedoch oft den Sieg über mehr gebildete, aber weniger schlaue Feinde davontragen. Im Felde war er, dessen Natur alle Strapazen ertrug, der Liebling der Truppen, denen er wohl etwas mehr Freiheit als nötig war, gestattete, wenngleich Nachlässigkeiten und Zügellosigkeiten scharfe Ahndung fanden.

Jackson erfocht schnell hintereinander über die Indianer einige Siege, von denen die Gefechte bei Tallashatchee und Talladega hervorzuheben sind. Die Schwierigkeiten, mit welchen seine Armee zu kämpfen hatte, waren das Haupthindernis für eine gründliche Ausnutzung des Erfolges, da Mangel an Lebensmitteln, unzureichende Kommunikationen und schlechtes Klima nicht immer eine energische Verfolgung der leichtfüßigen, mit den Schlupfwinkeln des Landes vertrauten Indianer gestatteten. Endlich gelang es ihm im Frühjahr des Jahres 1814 die Creeks bei dem Flusse Tallapoosa derart aufs Haupt zu schlagen, daß sie zu Friedensunterhandlungen sich geneigt zeigten. Dieselben wurden im Laufe des Sommers zu Ende geführt und am 9. August 1814 der Friede zu Fort Jackson geschlossen, in welchem die Creeks große Landgebiete abtreten mußten, welche von der Regierung in Beschlag genommen und durch einzelne befestigte Orte gegen weitere Angriffe geschützt wurden. Die Niederwerfung der Creeks hatte Jackson zu einem allgemein beliebten Volkshelden gemacht; man freute sich über den Sieg und die Vergrößerung des Gebietes, das die Verbindung zwischen

Fig. 10.



Schauplatz des Krieges mit den Creek-Indianern, 1812—1813. (Nach Ridpath).

dem Mississippi und Georgia herstellte und dem Einflusse fremder Mächte entzogen war. Die wahre Bedeutung des errungenen Vorteils trat aber erst im weiteren Verlaufe des englisch-amerikanischen Krieges hervor, als es sich um den Besitz von Louisiana handelte.

Im Norden waren inzwischen, nach dem Siege am Themseflusse, die Vorbereitungen zum Winterfeldzuge nach Kanada getroffen worden. General Wilkinson, welcher Dearborn im Oberkommando abgelöst hatte, unternahm eine Expedition nach Montreal, während General Hampton den Befehl hatte, mit seiner Armee von Plattsburg aus nördlich zu marschieren. Gegenseitige Eifersüchteleien, die Schwierigkeiten des Fortkommens und die späte Jahreszeit vereitelten jedoch den Plan, dessen abermaliges Scheitern die ungeduldigen Truppen mit Wut erfüllte. Die Soldaten brannten ganze Dörfer und Städte nieder, so namentlich Newark, was zur Folge hatte, daß die Engländer gleiches mit gleichem vergalten und die Ortschaften Youngstown, Lewiston und Buffalo in Asche legten. Im März 1814 versuchte Wilkinson mit 4000 Mann nochmals einen Einfall in Kanada, wurde jedoch bei dem ersten Zusammenstoß geschlagen und zum Rückzug gezwungen. Trotzdem das Kriegsgericht ihn freisprach, mußte er seinen Abschied nehmen und wurde durch den General Izard ersetzt.

Den verheerenden Streifzügen der Engländer, die sich zu einer dauernden Besitznahme des amerikanischen Gebietes zu schwach fühlten, dafür aber um so schlimmer hausten, wurde erst im Sommer des folgenden Jahres ein Ende gesetzt. Die Amerikaner sahen ein, daß die bisherige Art der Kriegsführung niemals zu einem entscheidenden Siege führen könne, und beschlossen, da die bisher durch Vermittelung Rußlands geführten Friedensverhandlungen kein Resultat erzielt hatten, sich mit ganzer Kraft auf die Nordgrenze zu werfen und mit der Eroberung von Kanada Ernst zu machen. Der Anfang schien auch glücklich; am 4. Juli 1814 erstürmten die Generale Brown und

Scott das Fort Erie, von wo aus sie nach Chippewa zogen und die Engländer ebenfalls schlugen. Leider fehlte die thatkräftige Unterstützung seitens der Flotte, welche angeblich wegen Krankheit des Kommodore unthätig blieb und es verhinderte, daß das ganze Gebiet um den Ontario-See herum freigemacht wurde. Am 25. Juli fand ein zweites, sehr hartnäckiges und blutiges Treffen zwischen General Brown und den Engländern statt, welches bald nach dem Niagara, bald nach Lundys Lane genannt wird und ohne rechte Entscheidung, trotz großer und auf beiden Seiten vorgefallener Verluste, geblieben ist. Jedenfalls war dem weiteren Vordringen der Amerikaner ein Ziel gesetzt, sie zogen sich noch Fort Erie zurück, welches die Engländer, die durch neue Unterstützungen aus Europa sich gekräftigt fühlten, am 13. August zu belagern anfingen. Die Besatzung schlug einige Stürme zurück und verjagte schließlich durch einen kühnen von 'General Brown angeführten Ausfall aus dem Fort die brittischen Truppen, welche nach Chippewa flüchteten. Später jedoch zerstörte General Brown das Fort und begab sich mit seinen Truppen zu Buffalo in die Winterquartiere.

Mit dem gleichen Erfolge kämpften die Amerikaner im Osten, wo sich General Izard und der Statthalter Kanadas, Sir George Provost, gegenüberstanden. Die immer zahlreicher eintreffenden Hilfstruppen setzten den Statthalter in den Stand, mit seiner Armee in das amerikanische Gebiet einzufallen, wobei er nicht unterließ, eine Proklamation an das Volk zu richten, in welcher betonte, daß die Engländer nicht als Feinde des amerikanischen Volkes kämen, sondern nur mit der Regierung zu Washington Krieg führten. Einen Erfolg hat diese den Stempel der Lächerlichkeit an der Spitze tragende Proklamation selbst bei den die Maßnahmen der Regierung scharf kritisierenden Bewohnern der Neu-Englandstaaten nicht gehabt.

Die Engländer hatten sich den Augenblick ausgewählt, da General Izard mit seiner Armee eine Expedition nach Sackett's Harbour unternommen und nur eine geringe Mannschaft unter

General Macomb zu Plattsburg hinterlassen hatte. Derselbe eilte mit allen verfügbaren Kräften dem Feinde entgegen, konnte jedoch dessen Übergang über den Saranac und die Einnahme von Plattsburg nicht hindern. In letzterer Stadt, welche am Champlain-See gelegen, erwartete Provost die den Sorel-Fluß hinunterfahrende Flotte, welche unter dem Kommando des Kommodore Downie stand und 17 Schiffe mit zusammen 95 Kanonen zählte. Infolge dieses Zeitverlustes gelang es dem auf dem Champlain-See stationierten amerikanischen Kapitän Mc Donough, in aller Eile gleichfalls ein Geschwader zusammenzubringen, das aus 14 Schiffen mit 86 Kanonen bestand. Am 12. September erfolgte der Seekampf, welcher mit einem Siege für die sich mit wahrer Todesverachtung schlagenden Amerikaner endigte. Mehrere der feindlichen Schiffe wurden erobert, etliche gingen unter, die übrigen ergriffen die Flucht. Es war dies ein heftiger Schlag für Provost, der jetzt nicht weiter vorzurücken wagte, und mit großer Geschwindigkeit den Rückzug antrat, die Kriegsvorräte und die Gefangenen und Verwundeten den Amerikanern überlassend. Der Gesamtverlust der Engländer bei dieser anscheinend so sicheren und gefahrlosen Expedition wird auf 3000 Mann geschätzt.

Die auf beiden Seiten vorgefallenen Grausamkeiten erhielten einen die Erbitterung der Parteien illustrierenden Abschluß in der Einnahme und Zerstörung der Bundeshauptstadt Washington durch die Engländer. Im August 1814 erschien der brittische Admiral Cochrane mit einer Flotte von 21 Schiffen und 4000 altgedienten Soldaten unter General Roß an Bord an der Küste Virginias, die kleine amerikanische Flotille unter Kommodore Barney vor sich hertreibend. Letztere rettete sich schließlich in den Patuxent Fluß, wurde jedoch auch dort von den Engländern bedroht, so daß dem amerikanischen Kommodore nichts anderes übrig blieb, als die Schiffe zu zerstören und mit seiner kleinen Schar nach Washington zu ziehen, wo General Winder sich zur Verteidigung vorbereitete. Die Engländer landeten bei

Benedickt und marschierten ohne Widerstand zu finden über Marlborough nach dem nur noch wenige Meilen von Washington entfernte Bladensburg. Die dort aufgestellten Milizen wurden mit leichter Mühe in die Flucht geschlagen, so daß dem am 24. August erfolgenden Einzug der Engländer in die Hauptstadt der Union kein Hindernis mehr im Wege stand. Die meisten Bewohner, der Präsident und sein Kabinett, hatten die Stadt bald nach dem Bekanntwerden des Herannahens der Feinde verlassen. Die Engländer beschlossen aus Rache für die in Kanada erlittene Unbill die Stadt zu züchtigen und setzten deshalb die öffentlichen Gebäude, das Kapitol mit den beiden Häusern für den Senat und die Repräsentanten, das Zeughaus und die Schiffswerfte, das Finanz- und Kriegsministerium, den Palast des Präsidenten und die große Brücke über den Potomac in Brand, wodurch natürlich die Privathäuser gleichfalls beträchtlichen Schaden erlitten, so daß man füglich von einer Zerstörung Washingtons sprechen kann.

Der Unglücksfall übte auf die besonnenen Elemente der Oppositionspartei eine versöhnende Wirkung aus, man fühlte sich durch die Schmach des Landes selber beleidigt und kämpfte nicht mehr gegen die Maßregeln an, welche die Regierung für notwendig erklärte. Die Engländer, welche zu gleicher Zeit mit Washington auch Alexandria am Potomac von der Seeseite aus eingenommen und mit einer schweren Kontribution belegt hatten, fanden späterhin bei ihren Streifzügen heftigen Widerstand seitens der voll Eifer für die Sicherheit ihrer Wohnstätten kämpfenden Bewohner und mußten u. a. von Baltimore sich nach einem heftigen Treffen unverrichteter Sache zurückziehen, was unter den Amerikanern großen Jubel erregte. Seit jener Zeit hörten die Streifzüge fast gänzlich auf, so daß der Norden sich von dem Drucke erlöst sah, welcher mehrere Jahre lang in so unheilvoller Weise auf ihm gelastet hatte.

In den Verhandlungen des dreizehnten Kongresses, der seit der bald nach der Präsidentenwahl stattgehabten außerordent-

lichen Session noch zweimal versammelt wurde, 16. Dezember 1813 — 18. April 1814 und 19. September 1814 — 4. März 1815, spielten natürlich die Beschaffung und Verwendung der Kriegskosten die Hauptrolle. Glücklicherweise hatte Madison in Monroe einen tüchtigen, umsichtigen und arbeitsamen Minister gefunden, der die zwei wichtigen Ressorts des Auswärtigen und des Krieges aufs beste verwaltete und den Feinden der Administration stets siegreichen Widerstand leistete. Ihm zur Seite stand der Finanzminister Dallas, der das System direkter und indirekter Abgaben anregte, das die Kriegskosten ohne Verschlechterung des Staatskredits aufbrachte und späterhin reiche Gelegenheit zur Abzahlung der Staatsschulden und Einlösung aller eingegangenen Verpflichtungen bot. Um nicht ewig zu neuen Anleihen greifen zu müssen, wodurch der Kredit empfindlich geschädigt werden würde, schlug der Finanzminister die Einrichtung einer Nationalbank mit einem Kapital von 50 Millionen vor, wovon sie der Regierung 30 Millionen zu 6% leihen sollte. Dieser Plan erhielt jedoch nicht die Bewilligung des Präsidenten, welcher das von beiden Häusern nach langer Beratung angenommene Gesetz mit seinem Veto versehen zurückschickte, nicht etwa weil er die Befugnis, eine Bank zu errichten, ableugnete, sondern einfach deshalb, weil er dieselbe nicht für geeignet hielt, eine Stabilität in den Finanzverhältnissen herbeizuführen.

Die Übertreibungen der Fehler der Regierung schadeten den Föderalisten um so mehr, als die Friedensverhandlungen sich einem günstigen Ende zu nähern schienen. Der berüchtigte, vielbesprochene Konvent zu Hartford (15. Dezember 1814 — 5. Januar 1815) schlug endlich dem Fasse vollends den Boden aus und bewirkte die gänzliche Vernichtung der föderalistischen Partei als einer politischen Macht. Über die wahre Bedeutung der zu Hartford vorgeschlagenen Resolutionen ist soviel geschrieben und geredet worden, daß es fast unmöglich erscheint, sich in dem Chaos der Meinungen zurechtzufinden. Die einen stoßen den

Angstschrei aus, daß jene „Bande katilinarischer Existenzen“ auf den Sturz der Union und Bündnis der Neu-Englandstaaten mit England ziele, während die anderen die Berechtigung der nur auf Abwehr ungerechter Gesetze bestimmten Sentenzen darzuthun suchen und auf die Nullifikationsbeschlüsse Madisons und Jeffersons als bequeme Analogie hinweisen. Da die Debatten des am 15. Dezember eröffneten und von 26 Mitglieder der föderalistischen Partei beschickten Konvents nicht veröffentlicht worden sind und die Verhandlungen bei verschlossenen Thüren geführt wurden, so ist es schwer die volle Wahrheit zu ergründen und die Frage nach der revolutionären Tendenz der Versammlung zu beantworten. Soviel dürfte aber feststehen, daß die Deputierten mit Absicht eine unverfängliche, elastische Sprache führten, daß ferner das Ziel der Trennung ins Auge gefaßt und die eingehende Erörterung der Frage nur angesichts der augenblicklichen Lage verschoben wurde. Madison und sein alter Freund Jefferson haben diese Gefahr auch wohl erkannt, wie aus der Absendung des Obersten Jessup zur Überwachung und Berichterstattung hervorgeht. Der Bericht des Konvents war an die von den Mitgliedern repräsentierten Staaten gerichtet und begann mit der Aufzählung der dringlichsten Beschwerden, um dann eine Reihe von Amendements zur Bundesverfassung vorzuschlagen und für gewisse Eventualitäten die Berufung einer neuen Versammlung resp. den Wiederzusammentritt des Konvents zu stipulieren.

Die Republikaner waren, als die erste Furcht vorüber war, sehr enttäuscht, daß die Resolutionen der Konvention keinen Anlaß zur Züchtigung der aufständischen Neu-Englandstaaten boten, und begnügten sich deshalb, die „hochverräterischen“ Pläne der Vaterlandsfeinde mit dem Pathos sittlicher Entrüstung zu verdammen. Die Bezeichnung „Hartford Konventler“ wurde ein Spitzname für die Föderalisten, welche im großen und ganzen aus dieser Affäre reichlich mit Spott und Schande hervorgegangen sind. Einen weiteren positiven Erfolg als den, daß die föderalistische Partei ihren Halt im Volke vollends

verlor, hat die Hartford-Konvention nicht gehabt, was ebenfalls ein Analogon zu der oben in Vergleich gestellten Nullifikationslehre ist.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1814 hatte der Kampf zwischen der Union und England, welcher im Norden allmählich zum Stillstand gekommen war, im Süden ein blutiges Nachspiel bekommen, in dem aber die Amerikaner die größten Ehren erwarben. Jackson, welcher mit dem Kommando in jenen Gegenden betraut war, erfuhr zu Ausgang des Sommers, daß eine englische Flotte in Pensacola gelandet sei und Truppen ausgeschifft habe, die mit der Erlaubnis der spanischen Regierung und auf die Unterstützung seitens der Indianer rechnend sich gegen Louisiana in Bewegung setzen sollten. Am 15. September erfolgte der erste Zusammenstoß bei dem Fort Bowyer, welches den Eingang zum Golf von Mobile beherrschte. Mit einem Verluste von nur acht Mann warf der Kommandant Major Lawrence den Feind zurück, welcher ein Schiff und 234 Mann einbüßte. Jackson hielt sich jetzt zur Offensive berechtigt und eilte, unterstützt durch die Milizen aus Tennessee, von Mobile nach Florida, wo er Pensacola eroberte und die Engländer zur Wiedereinschiffung nötigte. Da dieselben sich nun aber gegen New Orleans wandten, begab er sich am 2. Dezember nach der Hauptstadt, welche er in großer Bestürzung und zur Übergabe an die Engländer bereit fand. Mit der ihm innewohnenden Energie traf Jackson in aller Eile seine Dispositionen, stellte die Stadt unter das Kriegsgesetz, um dem etwaigen Widerstande der aus allen möglichen Völkerstämmen bestehenden Einwohnerschaft zu begegnen, und sperrte den Richter Hall, welcher auf Grund der Habeaskorpusakte dagegen remonstrierte, ohne weiteres ein. Am 14. Dezember erschienen die Engländer mit einer Flottille von mehr denn 50 Schiffen und 12000 Mann an Bord an der Mündung des Mississippi, wo die Armee ans Land gesetzt wurde, die in kurzer Zeit vor New Orleans stand und die Stadt regelrecht zu belagern begann. Glücklicherweise schützten die un-

wegsamen Moraste und Wälder das nur halb so starke amerikanische Heer, welches gleichfalls Verschanzungen aufgeworfen und alle Zugänge zur Stadt besetzt hatte. Eine Reihe von Gefechten entspann sich, in denen die Engländer trotz ihrer Übermacht nur wenige Erfolge aufzuweisen hatten, bis schließlich am 8. Januar 1815 eine Entscheidungsschlacht stattfand, in der die Truppen Jacksons das Übergewicht behielten. Mit diesem Siege und dem bald darauf erfolgenden Rückzuge schloß dieses Nachspiel des Krieges, der durch die am 24. Dezember 1814 stattgehabte Unterzeichnung des Genter Friedensvertrages bereits beendet worden war. Die Friedensverhandlungen hatten fast ein Jahr gedauert. Als die englische Regierung im Dezember 1813 sich nach Ablehnung des von Rußland angebotenen Vermittelungsvertrages zur Erörterung der Friedensbedingungen in direkter Weise geneigt zeigte, beorderte der Präsident eine Gesandtschaft, bestehend aus John Quincy Adams, Bayard, Gallatin, Clay und Russel, nach Europa, wo dieselbe zuerst in Gothenburg in Schweden, dann zu Gent mit den Abgesandten Englands unterhandelte. Letztere verlangten zuerst die Schaffung eines unabhängigen, neutralen Indianerreiches im Norden und Nordwesten der Union, um die Streitigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada in Zukunft zu verhüten, wogegen die Amerikaner jedoch energisch protestierten, da hierdurch das weitere Vordringen nach dem Nordwesten hin ganz unmöglich gemacht und die aussichtsreiche Zukunft des Landes arg geschädigt worden wäre. Die in Europa auf dem Wiener Kongresse ausbrechenden Reibereien zwischen den einzelnen europäischen Staaten und die in Amerika erlittenen Niederlagen stimmten jedoch die Forderungen Englands allmählich herab, so daß sie auf irgend welche Änderungen des bisherigen Zustandes verzichteten und nur die gegenseitige Herausgabe der eroberten Besitzungen ausbedangen. Von der Hauptstreitfrage, welche am meisten dazu beigetragen hatte, den Krieg hervorzurufen, die Wegnahme der naturalisierten Bürger englischer Abstammung aus amerikanischen

Schiffen betreffend, ist in dem Friedensdokumente gar nicht gesprochen worden; England gab jedoch thatsächlich seine Ansprüche auf, so daß für die Vereinigten Staaten fürder kein Grund zur Beschwerde war. Detailbestimmungen über die Entschädigung wegen der fortgeführten Sklaven, über den Handelsverkehr zwischen beiden Nationen, den Fischfang und die Anzahl der Schiffe, welche beide Staaten auf den nördlichen Seen halten dürfen, sind später durch besondere Konventionen erledigt worden. Die Bedingungen waren für beide Parteien gleich annehmbar, und der Kongreß beeilte sich, wenige Tage später, nachdem die Friedensbotschaft nach Amerika gedrungen war, den Vertrag zu ratifizieren (18. Februar 1815). Die Stimmung des Volkes war eine sehr gehobene, da jedermann sich freute, auf so wohlfeile Art einen Krieg beendigt zu wissen, dessen Verlauf an mehr als einer Stelle die Schwäche der Union offenbart und die Hoffnungen auf Demütigung des Feindes stark herabgestimmt hatte.

Das Jahr 1815 brachte freilich auch noch nicht die ersehnte Ruhe, da in dasselbe die Züchtigung der nordafrikanischen Raubstaaten fällt, welche seit langem jeder Gesetzlichkeit Hohn gesprochen und den Mittelmeerhandel aufs empfindlichste beeinträchtigt hatten. In der letzten Sitzung des dreizehnten Kongresses vom 3. März 1815 wurde der Krieg gegen Algier erklärt und Kommodore Decatur mit dem Oberbefehle des Geschwaders betraut. Derselbe segelte im April von New York fort, eroberte am 17. Juni das Hauptschiff der algerischen Flotte, die Fregatte „Massuda“, deren Befehlshaber, der Admiral Rais Hamida, im Kampfe blieb, und erließ ein Ultimatum an den Bey von Algier, das am 30. Juni von letzterem angenommen und an Bord der „Guerrière“ unterzeichnet wurde. Die Piraten mußten sämtliche Gefangene herausgeben, für die Verluste der amerikanischen Schiffe Ersatz leisten und in Zukunft auf jeden Tribut verzichten. Ähnliche Verträge wurden auch mit Tripolis und Tunis geschlossen. Dieselben sind von seiten der Barbaresken im großen und ganzen gewissenhaft gehalten worden, so daß der amerika-

nische Handel von einer großen Gefahr befreit war und der Grundsatz „Frei Schiff, frei Gut“ immer mehr zu Geltung kam.

Im weiteren Verlaufe der Präsidentschaft Madisons trat auch die Sklavenfrage wieder auf und zwar diesmal in einem ganz neuen Lichte. Im Genter Vertrage nämlich war ein Passus aufgenommen worden, der England und die Vereinigten Staaten zu den „besten Anstrengungen verpflichtete, die vollständige Abschaffung des Sklavenhandels zu fördern, weil er unvereinbar mit den Prinzipien der Menschlichkeit und Gerechtigkeit sei.“ Eine Folge hiervon war, daß der Kongreß sich genötigt sah, eine Reihe scharfer Bestimmungen gegen den Sklavenhandel zu erlassen, welcher schließlich als Piraterie erklärt und demgemäß bestraft wurde. Eine Verhinderung neuer Sklaveneinfuhr wurde besonders von den nördlichen Sklavenstaaten gern gesehen, da sie, welche keinen Baumwollbau treiben konnten, das Material für die südlichen Baumwollstaaten lieferten und natürlich wünschen mußten, daß die Preise der Sklaven in die Höhe gingen. Sie meinten es daher wenigstens redlich mit den Strafbestimmungen, während die anderen Staaten, sowohl des Nordens als des Südens, den Sklavenhandel begünstigten und die Bundesregierung der offenbaren Gesetzesverletzung ruhig zusah. Die Zahl der jährlich eingeschmuggelten Sklaven wird auf 13 000 bis 15 000 angegeben, während der Konfiskationen und Strafen nur sehr wenige sind. Diese Umstände muß man bei der Beurteilung des Plans und der Thätigkeit der „Kolonisationsgesellschaft“ im Auge behalten, welche am 28. Dezember 1816 in Washington begründet wurde und eine Ansiedelung freier Neger in Afrika bezweckte. Nicht die Gebote der Humanität waren es, sondern die Stimme des Egoismus und die Furcht vor Negeraufständen, welche diesen anscheinend so herrlichen Plan diktierten, der gleich die Billigung des ganzen sklavenhaltenden Südens erlangte, weil dieser von jeher die freien Neger mit mißtrauischen Blicken betrachtet hatte und in ihnen die etwaigen Urheber eines Sklavenaufstandes sah. Randolph legte

im Januar 1817 dem Kongresse die Petition der Gesellschaft vor und befürwortete sie aufs wärmste. Ein zu ihrer Beurteilung eingesetzter Ausschuß erstattete am 11. Februar 1817 den Bericht, in welchem empfohlen wurde „den Präsidenten zu autorisieren, mit allen fremden Mächten über die vollständige und sofortige Unterdrückung des Sklavenhandels in Unterhandlung zu treten und mit England eine Konvention bezüglich der Ansiedelung freier Neger aus den Vereinigten Staaten in Sierra Leone abzuschließen.“ Ein hierauf bezügliches Gesetz wurde jedoch erst am 3. März 1819 sanktioniert. Das Absurde des ganzen Unternehmens wird am besten durch die Thatsache illustriert, daß die Gesellschaft bis zu dem 18. Jahre ihres Bestehens (1835) 809 Freigelassene nach Afrika befördert hatte, was den natürlichen, durch den Überschuß der Geburten über die Todesfälle hervorgerufenen Zuwachs der Sklavenbevölkerung während $5^1/_3$ Tagen entsprach. Der Sklavenhandel im Innern des Landes blühte lustig weiter, und die Bundeshauptstadt selbst war einer der größten Menschenmärkte, so daß man von den Fenstern des Kapitols, hinter denen die Weisen der Republik über Menschenrechte und Freiheit orakelten, lange Züge gefesselter Sklaven auf dem Transport nach den Zuckerpflanzungen und Baumwollplantagen des Südens sehen konnte.

Abgesehen von diesen das ganze öffentliche Leben der Vereinigten Staaten in Mitleidenschaft ziehenden Krebsschäden waren die letzten Jahre der Madisonschen Präsidentschaft ruhige und glückliche zu nennen. Der am 4. Dezember 1815 zusammenberufene vierzehnte Kongreß erledigte in seinen beiden Sessionen eine Reihe von bedeutsamen Vorlagen, welche für die Ordnung der staatlichen, finanziellen und militärischen Verhältnisse wichtig geworden sind. Die vom Kongresse genehmigte Bankvorlage war bekanntlich vom Präsidenten nicht sanktioniert worden, wobei er jedoch ausdrücklich erklärt hatte, daß er die Verfassungsfrage „beiseite liegen lasse.“ Obgleich nun mit dem Ende des Krieges die Bedürfnisse geringer geworden waren, sah sich die Regierung

dennoch genötigt, die Errichtung einer Bank selber vorzuschlagen, was Madison in seiner Botschaft vom 5. Dezember that. Infolge dessen brachte Calhoun am 8. Januar 1816 eine hierauf bezügliche Bill ein, welche vom Kongresse angenommen und am 10. April vom Präsidenten unterzeichnet wurde. Die Macht der Thatsachen hatte wiederum den Republikanern, welche früher gegen jede centralistische Regung zeterten, ein Zugeständnis an den föderalistischen Staatsgedanken abgerungen!

Die Frage nach der Berechtigung des Kongresses, Bundesgelder für den Bau von Kommunikationsmitteln zu bewilligen, war ebenfalls schon früher aufgetaucht. Die immer größere Dimensionen annehmende Ausdehnung der Union nach dem Westen gab der Angelegenheit besondere Wichtigkeit, da die neuen Staaten in ihrer Entwickelung zurückbleiben mußten, falls sie keine genügende Verbindung mit dem Osten erzielen konnten. Ein ebenfalls von Calhoun am 23. Dezember 1816 eingebrachter Antrag, betreffend die Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Zweckmäßigkeit der Bewilligung von Staatseinnahmen wurde mit 86 gegen 84 Stimmen angenommen. Die Frage ist später noch zu wiederholtenmalen im Kongresse verhandelt worden und hat immer mehr Verfechter gefunden, wozu besonders die glückliche Vollendung des Eriekanals durch de Witt Clinton viel beigetragen hat.

Am heftigsten platzten jedoch die Geister aufeinander bei der Beratung des Zolltarifes. „Freihandel oder Schutzzoll!" war auch zu jener Zeit die Parole der Parteien, wie sie es bis auf die Gegenwart geblieben ist, nur daß hier in den Vereinigten Staaten die Rollen derart verteilt waren, daß die mächtigen Sklaven- und Plantagenbesitzer, die bevorrechteten Klassen, denen bekanntlich heutigentages in Europa die Neigung zur Schutzzollpolitik innewohnt, für den Freihandel schwärmten, und die arbeitsame, gewerbthätige Bevölkerung des Nordens die Schutzzölle herbeiwünschte — ein Beweis, wie verkehrt es ist, diese wichtigste handelspolitische Frage mit einem Allerweltsrezepte

lösen zu wollen! Wie schon erwähnt, waren die handels- und verkehrspolitischen Mißstände es gewesen, welche dem alten Staatsbunde den Garaus gemacht hatten. Mit der neuen Centralregierung war auch ein einheitliches handelspolitisches System aufgekommen, welches Zölle eingeführt hatte, die zur Deckung der Staatskosten und gleichzeitig zur Hebung und zum Schutze der heimischen Industrie dienen sollten. Mit letzterem Punkte war keineswegs eine Prämie für die inländischen Fabrikanten beabsichtigt worden, sondern der Sinn des Passus war der, daß die Zölle so aufgelegt werden sollten, daß sie „thatsächlich zur Förderung der amerikanischen Industrie dienten." Mit dem Kriege von 1812—14 trat jedoch eine Änderung dieser Verhältnisse ein. Die Rhederei erlitt zwar schweren Schaden durch das Embargo, dagegen entwickelte sich die Industrie in ungeahnter Größe. Man rechnet, daß das in den Jahren 1808—1816 in Manufakturen investierte Kapital 100 Millionen Dollars ausmacht — eine für die damaligen Verhältnisse ungeheure Summe. Diese treibhausartige Förderung der Gewerbthätigkeit mußte auch als Lockmittel für die Neu-Englandstaaten dienen, welche über das Embargo und die während des Krieges vorgenommenen Zollerhöhungen murrten. Als jedoch der Krieg beendet war, brach das Gebäude zusammen, und Rheder sowohl wie Kaufleute und Industrielle beklagten den Ruin ihres Gewerbes. Die Stimmen, welche eine energische Schutzzollpolitik wünschten, wurden immer lauter und fanden endlich ein Echo in dem Berichte des Finanzsekretärs Dallas, der 1816 den Schutz der Industrie durch hohe Zölle vorschlug, damit jedoch nicht durchdrang, da noch immer das finanzielle Moment bei Aufstellung des Tarifs überwog. Die von Lowndes aus Südkarolina eingebrachte Bill befriedigte niemand, da sie eben ein Kompromiß zwischen zwei sich widersprechenden Elementen: hohe Zolleinkünfte und Schutz der Industrie herstellen wollte. Die Frage des Zolltarifs blieb daher nach wie vor auf der Tagesordnung stehen.

James Monroe.

Der Nachfolger Madisons war James Monroe, welcher mit 183 gegen 34 Stimmen gewählt worden war. Der Kandidat der Föderalisten, von denen viele mit den Republikanern

Fig. 11.



Präsident Monroe. (Nach Cassel, History.)

gestimmt hatten, war Rufus King gewesen, welcher sich gleichfalls seit langem im Dienst des Staates hervorgethan und, obgleich Gegner der Administration und des Krieges, sich stets von allen unbesonnenen Handlungen fern gehalten hatte. Daß er unter=

lag war nicht seine Schuld, sondern lag in den Verhältnissen begründet, welche sich seit dem glücklichen Abschluß des Krieges völlig zu gunsten der Republikaner geändert hatten. Mit der gleichen Stimmenzahl von 183 wurde der bisherige Gouverneur von New York, Daniel D. Tompkins, zum Vizepräsidenten ernannt. Die von Monroe unter Madison eingenommene Stelle eines Staatssekretärs erhielt der seit dem Genter Frieden am englischen Hofe beglaubigte amerikanische Gesandte John Quincy Adams. Das Finanzministerium wurde William H. Crawford aus Georgia und das Kriegsministerium John C. Calhoun aus Südkarolina übertragen.

Die Regierungszeit Monroes war eine der glücklichsten in der ganzen amerikanischen Geschichte. Dauerten zwar auch noch die Streitigkeiten zwischen Norden und Süden fort, so bildete sich doch gerade unter seiner Regierung, namentlich während der zweiten Präsidentschaft eine „Ära des guten Einvernehmens" heraus, welche für die Entwickelung des großen, extensiv und intensiv wachsenden Gemeinwesens von bedeutendem Vorteile war. Während im alten Europa nach dem Auflodern der allgemeinen Begeisterung, welche der Kampf gegen Napoleon erzeugt hatte, ein Stillstand des öffentlichen Lebens, eine Unterdrückung jedes freien Gedankens und Gefühls der Selbständigkeit eintrat, vermochten die Amerikaner im Vollgefühle ihrer Kraft jene unter dem Namen Monroe-Doktrin bekannte Lehre zu proklamieren, welche Amerika für die Amerikaner in Anspruch nahm und jeden Eingriff einer europäischen Macht in die Staatenverhältnisse sowohl Nord- als Südamerikas zurückwies, eine Lehre, die der Eitelkeit der Bürger der Vereinigten Staaten schmeichelte und in ihren Augen der sichtbare Ausdruck einer glorreichen Gegenwart und die sichere Bürgschaft für die Fortdauer ihrer Hegemonie in der Zukunft war.

Bald nach seinem Regierungsantritte unternahm Monroe eine Rundreise durch verschiedene Teile der Vereinigten Staaten, wobei er namentlich längere Zeit in den Gegenden verweilte, wo der Föderalismus noch immer seine Anhänger hatte Die Feier

des vierten Juli — schon damals ein von Jung und Alt fröhlich begangener Festtag — verlebte er in Boston, der föderalistischen Hochburg, wo er durch sein verständiges, jeglicher Schroffheit und politischen Unduldsamkeit fremdes Wesen dazu beigetragen hat, die Opposition zu beschwichtigen und unschädlich zu machen. Sein ausgesprochenster Gegner in früheren Tagen, der ehemalige Präsident John Adams, veranstaltete sogar ihm zu Ehren eine große Festlichkeit, welche in der Presse beifällige Kommentare fand. Die alten Vorurteile, die gegenseitigen Denunziationen als Reichsfeind, die Scheidung in Franzosenfreunde und Partisane der Engländer verschwanden aus der politischen Diskussion, welche sich jetzt mehr um praktische Fragen als phantastische Ideeen drehte. Dieser glücklichen Änderung gab auch die zu Beginn der ersten Session des fünfzehnten Kongresses (1. Dezember 1817 bis 20. April 1818) erlassene Botschaft des Präsidenten Ausdruck. Des weiteren konnte der Präsident auf die Verbesserung der Finanzen hinweisen, welche gestattete, daß die Rückzahlung der Schulden einen ungestörten Fortgang nehmen konnte. Die einzige Sorge verursachten die Indianerfrage und die Beziehungen zu Spanien, dessen Rechte in Amerika überhaupt nach und nach ins Schwanken kamen, was von der Regierung der Vereinigten Staaten zur Vergrößerung ihres Gebietes und Erweiterung ihres Einflusses in bequemer Weise ausgenutzt wurde. Ein Zufall eigener Art kam hierbei den Amerikanern noch besonders zu statten. Die beginnenden Unruhen in Mittel- und Südamerika hatten einige Freibeuter verlockt, sich zusammenzuthun und unter der Flagge eines der im Aufstande begriffenen amerikanischen Staaten Raubzüge zu organisieren, denen jedes politische Moment fehlte. Eine solche Schar hatte sich nun auf der Insel Amalia an der Küste von Florida niedergelassen und brandschatzte von hier aus ungestraft sämtliche umliegenden Gebiete. Der spanische Gesandte zu Washington, Louis de Onis, beschuldigte die Regierung der Vereinigten Staaten der heimlichen Unterstützung derartiger verbrecherischer Pläne, während diese wieder die ganze

Schuld auf Spanien schob und höhnisch hinzufügte, daß die Vereinigten Staaten bereit wären gegen das Treiben der Banditen einzuschreiten da es der spanischen Macht unmöglich sei, derselben Herr zu werden. Ein gegen Amalia und Galveston gesandtes amerikanisches Heer überwältigte mit Leichtigkeit die Flibustierscharen, worauf die Vereinigte Staatenregierung das Gebiet besetzt hielt, bis „ein Verständnis über ganz Florida erzielt werden könne," was der diplomatische Ausdruck für die längst beabsichtigte Okkupierung der Halbinsel war. Ein hierauf bezügliches Verlangen war schon seit Jahren von dem Sklavenstaate Georgia gestellt worden, das die in Florida wohnenden Indianerstämme, unter dem Gesamtnamen Seminolen bekannt, mit scheelen Augen betrachtete, weil dieselben den aus Georgia flüchtenden Sklaven bereitwilligst einen Zufluchtsort gewährten und jeden Versuch, die Sklaven zurückzufordern, mit den Waffen in der Hand beantworteten. Gegenseitige kleine Kämpfe waren vorausgegangen und hatten einen so bedrohlichen Zustand geschaffen, daß der Kongreß endlich beschloß, die Indianer zu züchtigen, und mit dieser Aufgabe den Sieger von New Orleans, General Jackson, betraute. Derselbe eroberte 1816 ein von den Seminolen und flüchtigen Sklaven besetztes, aus der Zeit des englisch-amerikanischen Krieges herstammendes Fort am Appalachicola und sprengte dasselbe mit seiner Besatzung in die Luft. Die spanischen Behörden protestierten gegen einen derartigen Einfall in spanisches Gebiet, vermochten jedoch dem Proteste keine Anerkennung mit Waffengewalt zu verschaffen, was Jackson zu weiterem Vorgehen aufmunterte. Trotz der verzweifelten Anstrengungen der Indianer, welche aus Rache über die Zerstörung des „Negerforts" ein amerikanisches Korps überfielen und niedermachten, siegte der amerikanische Feldherr mit seiner überlegenen Streitmacht, entsetzte die spanischen Behörden und richtete auf eigene Faust eine Regierung ein, die natürlich nach seinem Ermessen zu handeln genötigt war. Sein despotisches Auftreten, die Willkür, mit der er zwei englische Kaufleute Arbuthnott und Ambrister, welche

als Indianerhändler lange Zeit mit den Seminolen in Verbindung gestanden hatten, hinrichten ließ, riefen zwar im eigenen Lande vielfache Besorgnisse hervor, so daß der Kongreß sich zu Beginn des Jahres 1819 mit der Affaire eingehend beschäftigte, doch lehnte er schließlich alle gegen den siegreichen General eingebrachten Anträge ab. Am schärfsten hatte Henry Clay das brutale Benehmen Jacksons gegeißelt, den er in der beliebten, schwülstigen parlamentarischen Redeweise mit Cäsar, Cromwell und Bonaparte verglich. Die Folge davon war, daß Jackson und seine Anhänger von Stunde an alles aufboten, um Clays Wahl zur Präsidentschaft zu hintertreiben, was auch gelang, so daß der treffliche, warmherzige Kentuckier, trotzdem er seiner unleugbaren Verdienste halber am meisten zur Erlangung der höchsten Würde berechtigt war, sich sein Lebenlang mit dem Deputiertensitze begnügen mußte.

Die Verhandlungen über die Abtretung Floridas zogen sich vom Oktober 1818 bis zum 22. Februar 1819 hin, an welchem Tage der spanische Bevollmächtigte einen Vertrag unterzeichnete, kraft dessen Florida gegen eine Entschädigung von 5 Millionen Dollars an die Vereinigten Staaten abgetreten wurde. Da jedoch eine große Anzahl von Sklavenbesitzern ihre Ansprüche behufs Entschädigung angemeldet hatte, so floß das Geld nicht in die spanische Staatskasse, sondern wurde dazu verwandt, diese vermeintlichen Ansprüche zu befriedigen. Die spanische Regierung war hierüber mit Recht so aufgebracht, daß sie den Gesandten abberief und den Vertrag nicht genehmigte. Eine an die englische und französische Regierung gerichtete Anfrage, ob diese Länder bereit sein würden, Spanien in einem eventuellen Kriege mit den Vereinigten Staaten zu unterstützen, wurde jedoch abschlägig beschieden, worauf die inzwischen durch die Revolution Riegos vom 1. Januar 1820 zur Herrschaft gelangte konstitutionelle und liberale Regierung Spaniens den abgeschlossenen Vertrag im Oktober 1820 ratifizierte. Die Indianerkriege waren hiermit jedoch noch nicht zu Ende; volle vierzehn Jahre lang

dauerte das unwürdige Beispiel eines mit größter Erbitterung geführten Vernichtungskrieges, in dem die auf die Indianer und Sklaven losgelassenen Bluthunde eine nicht beneidenswerte Rolle spielten. Die Unkosten dieser Sklavenjagden beziffertern sich auf zwei bis dreihundert Millionen Dollars, was für die Unterhaltung jedes einzelnen Soldaten pro Jahr 25 000 Dollars ausmacht.

Während so im äußersten Süden die Ansprüche und Wünsche der Sklavenhalter mit Waffengewalt durchgesetzt wurden, entspann sich im Innern des Landes noch einmal ein hartnäckiger Kampf zwischen den freien und den Sklavenstaaten, welcher, mit einem in Gestalt eines Kompromisses erscheinenden Siege der letzteren endend, die Entwickelung der Vereinigten Staaten auf Jahrzehnte hinaus beeinflußt hat und deshalb wohl der Anstrengungen wert gewesen ist, die beide Parteien machten, um ihren Grundsätzen Geltung zu verschaffen. Es war gewissermaßen das letzte Auffflackern des puritanischen Geistes der Einfachheit und Menschlichkeit, welcher sich mit aller Kraft gegen die verlockenden Vorspiegelungen der Sklavokratie stemmte —; seit jener Zeit schwand das sittliche Gefühl, das bis jetzt den Norden ausgezeichnet hatte, immer mehr und ein erbärmliches Feilschen, eine egoistische Ausnutzung der Politik zu Sonderzwecken trat an die Stelle der kraftvollen Selbständigkeit, welche selbst in den schwersten Zeiten den Kopf hoch gehalten hatte.

Die Entwickelung der Union hatte — wie schon öfters hervorgehoben — in der Richtung nach Westen stattgefunden; neue Gebiete waren rasch bevölkert und in den Verband der Vereinigten Staaten aufgenommen worden, wobei die Bestimmungen über die Sklaverei so lange respektiert wurden, als der Süden keine Veranlassung hatte, für seine Suprematie besorgt zu sein. Die Praxis hatte ergeben, daß je einem neu hinzukommenden freien Staate ein Sklavenstaat gegenüberstand — so Vermont und Kentucky, Ohio und Tennessee, Indiana und Louisiana, Illinois und Mississippi — wodurch in dem politischen Machtverhältnisse der Parteien

keine Änderung eingetreten war. Als nun jedoch in den Sklavenstaaten das Bedürfnis nach neuem fruchtbaren Baumwollboden auftrat und zugleich die politische Stellung der extremen Sklavenverteidiger ins Wanken geriet, zeigte sich ihr egoistisches Gebahren bei jeder Erörterung über die Aufnahmebedingungen in seiner ganzen Nacktheit.

Den Höhepunkt erreichte jedoch diese leidenschaftliche Sucht nach Aufrechthaltung und Erweiterung ihrer Machtsphäre, als das Territorium Missouri im Jahre 1818, 16. März, beim Kongresse darum einkam, als Staat aufgenommen zu werden. Sein Gebiet bildete einen Teil des von den Vereinigten Staaten käuflich erworbenen Louisiana, in welchem sowohl unter spanischer als französischer Herrschaft die Sklaverei geduldet worden war. Der Artikel III des Abtretungsvertrages besagte nun wörtlich: „die Bewohner des abgetretenen Gebietes sollen der Union der Vereinigten Staaten einverleibt und sobald als möglich nach den Grundsätzen der Bundesverfassung zu dem Genusse aller Rechte und Vorteile, sowie Begünstigungen der Bürger der Vereinigten Staaten zugelassen werden. Bis dahin sollen sie aber im sicheren Genusse ihrer Freiheit, ihres Eigentums und ihrer Religion verbleiben und geschützt werden.“ Er ist mit Vorliebe von den Verfechtern des Südens citiert worden, um die Berechtigung der Sklaverei in jenen Gebieten nachzuweisen.

Der südliche Teil des großen Gebietes hatte schon 1812 die Verbandsmitgliedschaft nachgesucht und erhalten, wobei die in diesem neuen, ebenfalls Louisiana genannten Staate die Sklaverei anerkannt worden war. Das übrige Territorium war nur langsam von den Sklavenhaltern in Besitz genommen, was im Drange der politischen und kriegerischen Ereignisse unbeachtet blieb. Analog dem kurz vorher von Alabama geforderten und ihm gewährten Rechte, seine Konstitution ohne irgend eine Beschränkung in der Sklavenfrage zu entwerfen, beantragte Missouri, daß es ermächtigt werde, sich eine Verfassung und eine Staatsregierung zu geben. Der Kongreß trat im Februar 1819 im „Komitee des

Ganzen" dieser Frage näher, wobei Tallmadge von New York das Amendement beantragte, dem neuen Staate sei die Bedingung aufzuerlegen, daß die fernere Einführung der Sklaven verboten werde, und alle nach der Aufnahme geborenen Sklavenkinder vom fünfundzwanzigsten Jahre ab frei sein sollten. Neben dieser so den ganzen Prinzipienstreit anfachenden Frage lief die Aufgabe, den südlichen Teil des Territoriums Missouri von dem neuen Staate abzulösen und als Territorium Arkansas zu organisieren. Ein hierauf bezüglicher Antrag wurde am 16. Dezember 1818 von Robertson aus Kentucky eingebracht und durch Taylor in gleicher Weise wie oben der Missouriantrag mit einem die Sklaverei beschränkenden Amendement ergänzt. Beide Anträge erregten die öffentliche Meinung aufs leidenschaftlichste. In beiden Häusern wurde mit einer Vehemenz gestritten, als ob die ganze Zukunft der Vereinigten Staaten von der Annahme oder Verwerfung der Amendements abhänge, während das Geheimnis des Südens, der von jeher in seinen politischen Zielen klar sah und sich keiner Gefühlsduselei — außer in Fragen der auswärtigen Politik — schuldig machte, darin bestand, daß er um seine politische Existenz kämpfte, wie Hardin aus Kentucky und Tucker von Virginia dies offen erklärten. Die Debatten erreichten eine solche Schärfe und trugen so sehr die Spuren nie zu versöhnender Gegensätze, daß Cobb aus Georgia prophetisch ausrief: Ein Feuer ist entzündet, das alle Wasser des Ozeans nicht löschen können; Ströme von Blut sind dazu erforderlich!" Die Verteidiger der Sklaverei führten neben dem schon erwähnten Vertrage die Staatensouveränität und eine Anzahl von Billigkeitsgründen für sich an, von denen die Behauptung, daß durch die Zulassung der Sklaverei in Missouri keine Vergrößerung der Sklavenbevölkerung involviert werde und eine „Verdünnung" der letzteren für eine spätere Emanzipation von großer Wichtigkeit sei, jedenfalls der fadenscheinigste war. An Drohungen, die Union zu sprengen, fehlte es natürlich auch wieder nicht, ja das Territorium Missouri, der Zankapfel, um den der ganze Streit

entbrannt war, besaß die Unverschämtheit, durch seinen Territorialdelegierten zu erklären, daß es auch ohne Autorisierung des Kongresses eine Organisierung der Staatsregierung vornehmen und — wie ein Abgeordneter von Georgia ergänzte — den Kongreß „zu Schanden lachen" werde. Selbst Jefferson hielt einen Verlust Missouris durch Revolution für wahrscheinlich.

Im Repräsentantenhause erhielt das Amendement Tallmadge die Majorität, während der Senat sich dagegen aussprach. Beide Faktoren der Legislative behielten ihren Standpunkt bei, und das Haus ging auseinander, ohne die Frage erledigt zu haben. Bei dem Zusammentritt des sechzehnten Kongresses am 6. Dezember 1819 stand die Sache jedoch für die Anhänger der Sklaverei günstiger, da durch das inzwischen von Maine geäußerte Verlangen, sich von Massachusetts, dessen einen Distrikt es bisher ausgemacht hatte, zu trennen und sich als besonderen Staat zu organisieren, die politische Lage verschoben worden war. Jetzt galt es Handel gegen Handel; man vereinigte die Missouri- und Maine-Bill und ging auf den Stimmenfang aus, um für diesen Schacher die genügende Majorität zusammenzubringen. Die Debatte dauerte vom 24. Januar bis 19. Februar 1820, und mehr als fünf Abstimmungen waren nötig, um den endlichen Sieg der Sklavenpartei dadurch herbeizuführen, daß vier nördliche Mitglieder gewonnen wurden und an der schließlichen Abstimmung nicht teilnahmen. Unter Beihilfe des Sprechers des Hauses, Henry Clay, der sich bei dieser Gelegenheit den Namen des Friedensstifters erwarb, und des Senators Thomas aus Illinois einigte man sich endlich in der Nacht vom 2. auf den 3. März 1820 dahin, daß die Sklaverei in Missouri gestattet, dagegen nördlich vom 36° 30′ verboten sein solle, worin die Forderungen der Südstaaten im wesentlichen erfüllt waren und der Norden mit einem Almosen abgespeist wurde, da das von der Sklaverei freigehaltene Gebiet zu jener Zeit eine Wildnis und nur von „wilden Bestien und Indianern" bewohnt war. Der Süden hatte durch die Festsetzung der Missourigrenze alles

südlich davon gelegene Gebiet für die Sklaverei gerettet und war nun imstande, durch geschickte Ausnutzung des Gebietes, Zerlegung desselben in fünf bis sechs Staaten auch das politische Übergewicht im Senate zu bewahren. Der Präsident Monroe berief, ehe er die Missouribill unterzeichnete, das Kabinet zusammen, um es über die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zu befragen; sämtliche Mitglieder bejahten dieselbe. Auch in bezug auf die Arkansasbill hatte es der Süden der geschickten Führung Clays zu verdanken, daß seine Bestrebungen triumphierten. Das Amendement Taylors wurde, nachdem seine Annahme bei der ersten Abstimmung nur teilweise erfolgt war, bei einer zweiten Beratung durch die entscheidende Stimme des Sprechers (Clays) an den Ausschuß zurückverwiesen und schließlich auf dessen Bericht mit 89 gegen 87 Stimmen verworfen.

Der Süden jubelte mit Recht über diese schwer erkämpften Siege, wenngleich auch einige der Abgeordneten, wie der alte unerschrockene und eigensinnige Randolph von Virginia das Kompromiß einen „schmutzigen Handel" und die nördlichen Helfershelfer „Teiggesichter" nannte und sie als seine weißen Sklaven bezeichnete. Wie dem aber auch sei, jedenfalls beschloß der Missourikompromiß für eine Reihe von Jahren die heftigen Zwistigkeiten, welche seit der Bildung der Union das Land durchtobt und geschwächt hatten. Die wahre Ära des guten Einvernehmens nahte heran.

Während so in der innern Politik der von jeher bestehende Gegensatz zwischen Norden und Süden in der Missourilinie einen gesetzlich fixierten Ausdruck erlangte, war es der äußeren Politik Monroes vorbehalten, eine wahrhaft nationale Politik zu inaugurieren, die von allen späteren Präsidenten zur Richtschnur ihres Verhaltens in bezug auf die auswärtigen Beziehungen der Vereinigten Staaten genommen worden ist. Daß dies geschehen konnte angesichts der offenkundigen Thatsache, daß die „Monroe-Doktrin", da sie nicht durch irgend eine Beschlußfassung des allein zur Ergreifung aller gesetzlichen und politischen Maß-

nahmen berechtigten Kongresses ratifiziert wurde, lediglich die individuelle Meinungsäußerung eines Präsidenten darstellt, ist ein Beweis für die Treffsicherheit, mit welcher das Haupt der Exekutive die Stimmung des Volkes erkannte und zum Ausdruck brachte. Fehlte auch der individuellen Willensäußerung des Präsidenten, und um eine solche handelte es sich hierbei einfach, — was den Ansichten enthusiastischer, alle amerikanischen Dinge durch ein Vergrößerungsglas erblickender Geschichtsschreiber gegenüber nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden kann — die Weihe durch die nationale Volksvertretung, so bildet sie nichtsdestoweniger eine nationale That und ist als solche auch jederzeit von dem amerikanischen Volke anerkannt worden.

Wie schon oben gezeigt, waren die spanisch-amerikanischen Verwickelungen und die durch die Revolutionen in Mittel- und Südamerika hervorgerufenen Verlegenheiten Spaniens von den Vereinigten Staaten dazu benutzt worden, in den Besitz von Florida zu gelangen. Neben dieser das eigene Interesse fördernden Politik hatte sich aber schon frühzeitig sowohl in den Führern, wie in den Massen der Gedanke festgesetzt, daß die Vereinigten Staaten nicht nur berechtigt, sondern kraft ihrer Eigenschaft als größter und ältester auf dem Prinzipe der Volkssouveränität aufgebauter Staat des amerikanischen Kontinents verpflichtet seien, den neu sich bildenden nationalen Gemeinwesen jegliche das Völkerrecht nicht verletzende moralische und materielle Unterstützung zu gewähren. Namentlich waren es Clay und der ihm anhängende Teil der republikanischen Partei, der die Bezeichnung der National-Republikaner oder Whigs annahm, welche für eine energische Politik in dieser Richtung eintraten, während die den extremen Sklavenhaltern folgenden „Demokraten“ an der von den revolutionären Körperschaften Südamerikas ausgesprochenen Forderung auf Abschaffung der Sklaverei Anstoß nahmen und jegliche Begünstigung dieses hochverräterischen Treibens zu vereiteln suchten. Sie sind es auch gewesen, welche später aus der Monroe-Doktrin einen Popanz machten, darauf

berechnet, ihren egoistischen Zwecken zu dienen und den Rest civilisatorischer Thätigkeit in jenen seit Jahrhunderten unter der despotischen spanischen Herrschaft schmachtenden Staaten zu ersticken. Henry Clay hatte bereits 1817, als die Spanier sich über die Zuführung von Kriegsmaterial seitens der Amerikaner an die Rebellen beklagten, zu gunsten der aufständischen Kolonieen im Kongresse eine Lanze gebrochen, ohne jedoch einen positiven Erfolg verzeichnen zu können. Erst im März 1818, als der Präsident die Absendung einer Kommission nach Südamerika vorschlug, um die dortigen Verhältnisse zu erkunden, beschäftigte sich das Haus eingehend mit der Frage, lehnte jedoch den Antrag Clays, die La Plata Staaten anzuerkennen und einen Gesandten nach Buenos Ayres zu beordern ab, da ein gemeinschaftliches Vorgehen mit England, welches damals der europäischen Verhältnisse halber noch einige Rücksichten zu nehmen hatte, nicht vereinbart werden konnte. Die heilige Allianz, sowie die wiederhergestellte legitime Herrschaft in Frankreich erblickten in den Freiheitsbestrebungen der spanischen Kolonieen ein verderbliches Beispiel für die eigenen Völker und planten deshalb ein gemeinsames Unternehmen zur Unterstützung der wankenden Macht Spaniens. Dasselbe unterblieb freilich fürs erste, da die kontinentalen Mächte in Europa selber genug mit der Unterwerfung der insurgierten Länder zu thun hatten; immerhin genügte die Andeutung des Planes, um England, das von jeher seine Handelsinteressen an erster Stelle zu berücksichtigen gewohnt war und eine bedeutende Summe Geldes in industriellen Unternehmungen in Südamerika investiert hatte, zu veranlassen, dem Bunde nicht beizutreten. Es bestritt keineswegs, daß die kontinentalen Mächte berechtigt seien, gegen die Unruhestifter in den benachbarten und befreundeten Ländern einzuschreiten, bedauerte jedoch, seine Mithilfe bei dieser Büttelsarbeit verweigern zu müssen. Dieser Erklärung des hochtoristischen Ministers Castlereagh folgte jedoch nach dessen Entleibung ein energischer Protest seitens des neuen Ministers Canning, als die verbünde-

ten Mächte Miene machten, nun in Spanien, das ebenfalls im Revolutionszustande war, zu intervenieren. Wellington gab auf dem Kongreß zu Verona eine diesbezügliche Erklärung ab, die jedoch von den Mächten nicht beachtet wurde, da man wußte, daß Canning mit seiner Ansicht im englischen Ministerium ziemlich allein stände und eine Kriegserklärung seitens Englands nicht zu befürchten wäre. Die Franzosen rückten ruhig in Spanien ein, um den Befehl der heiligen Allianz zur Ausführung zu bringen. Canning begnügte sich mit einem Protest, behielt jedoch ein wachsames Auge auf die Absichten der verbündeten Mächte und sah sich nach einem Bundesgenossen um, der mit England zusammen imstande sein würde, den Gelüsten der heiligen Allianz auf Wiederherstellung der spanischen Macht in Amerika ein Paroli zu bieten. Sein Blick fiel naturgemäß auf die Vereinigten Staaten, welche durch die unermüdlichen Anregungen Clays sich mit dem Gedanken einer Intervention zu gunsten der Kolonien vertraut gemacht hatten. Der damalige amerikanische Gesandte in London, Richard Rush, trat mit Canning in Unterhandlungen, welche bald einen befriedigenden Abschluß erreichten. Die Grundlage derselben bildete ein bereits im Herbst 1822 geschlossenes Übereinkommen betreffs der Insel Cuba, welche von allen Mächten mehr oder weniger als ein bequem zu hebender Schatz angesehen worden war, bis die Regierungen Englands und der Union diesem Spiele ein Ende machten und eine Erklärung dahin abgaben, daß Cuba im Besitze Spaniens verbleiben und keine andere Macht sich in die inneren Angelegenheiten der Insel mischen solle. Die neue von Rush und Canning vereinbarte Abmachung erweiterte nun gewissermaßen diese erste Erklärung, indem sie bestimmte, daß beide Länder eine Kundgebung erlassen sollten, welche gegen eine von Frankreich oder der heiligen Allianz beabsichtigte Ausdehnung der Pazifikation auf die amerikanischen Kolonieen in unzweideutiger Weise protestiere. Die Befugnisse des Gesandten reichten natürlich nicht hin, um eine derartige, die ganze Politik der Vereinigten Staaten

beeinflussende und die Beziehungen derselben zu den europäischen Mächten alterierende Vereinbarung aus freien Stücken zu treffen, sondern Rush erklärte, daß er den Vorschlag dem Präsidenten unterbreiten und befürworten würde, bis auf weiteres jedoch sich passiv verhalten müsse.

In Amerika waren die Dinge inzwischen langsam aber stetig ihrer Vollendung entgegengereift. Präsident Monroe, der ebenso wie sein Kollege Tompkins mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt worden war, gab im Frühjahr 1822 dem Drängen der Volksstimme nach und genehmigte am 4. Mai den Akt, durch welchen die Unabhängigkeit sämtlicher ehemaligen spanisch-amerikanischen Kolonieen anerkannt wurde. Als ihm nun im Herbste 1823 die Rush'sche Depesche vorlag, wandte er sich zunächst an Jefferson, den „Weisen von Monticello", der ihm in einem Briefe unterm 24. Oktober ermutigend antwortete.

Hierdurch in seinem Vorhaben bestärkt, unterbreitete Monroe die Frage den einzelnen Kabinettsmitgliedern, mit denen er die später „Monroedoktrin" genannte Erklärung beriet, welche sich in seiner Jahresbotschaft vom 2. Dezember 1823 befindet.

Außer der allgemeinen Erklärung findet sich in dem genannten Dokumente noch eine speziell gegen Rußland gerichtete. Hervorgerufen war sie durch die zwischen der Union, England und Rußland schwebenden Streitigkeiten behufs Okkupation der nordwestlichen Küste des amerikanischen Kontinents. England hatte dasselbe Interesse, wie die Vereinigten Staaten, Rußland so fern als möglich zu halten, und deshalb das Washingtoner Kabinett aufgefordert, eine spezielle Erklärung gegen die russischen Gelüste abzugeben.

Später verständigte sich die Union mit Rußland durch einen Vertrag vom 5.—17. April 1824, welcher den 54°40' n. Br. als Grenze festsetzte.

Die heilige Allianz, gegen welche die eigentliche Spitze der Erklärungen sich kehrte, war dem Vorgehen der Union und Englands, welches im Februar 1825 die Unabhängigkeit der

spanisch-amerikanischen Republiken anerkannt, gegenüber machtlos, da ihr eine Flotte fehlte, um irgend welche Beschlüsse durchsetzen zu können. Die so pomphaft verkündete Intervention verlief allmählich im Sande. In Amerika erregte dagegen die „Monroedoktrin“ allgemeinen Jubel und fand überall beifällige Aufnahme. Was Canning nur im Interesse der brittischen Kaufleute und Fabrikanten geplant hatte, war unter der umsichtigen Hand Monroes zum Grundsatze der amerikanischen Politik geworden; durch die „Monroedoktrin“ trat die Union in die Reihe der Großmächte und warf ihre Stimme mit in die Wagschale.

In die letzte Zeit der Präsidentschaft Monroes fällt noch ein anderes Ereignis, das Zeugnis ablegt von der veränderten Gesinnung, welche die Führer des Volkes inbezug auf europäische Verhältnisse beseelte. War früher allenthalben strengste Enthaltung von allen Maßnahmen, die internationale Weiterungen hervorrufen konnten, gepredigt worden, so fühlte man sich stark genug, die Sache der Freiheit allenthalben zu der seinigen zu machen und den kämpfenden Nationen eine moralische Unterstützung angedeihen zu lassen. So erregten besonders die zu Beginn der zwanziger Jahre stattfindenden Griechenkämpfe das lebhafteste Interesse, welches sich auch in einzelnen, zumeist von Clay und Webster eingebrachten und verteidigten Anträgen, betreffend die Absendung eines diplomatischen Agenten nach Griechenland, aussprach. Die durch die Präsidentenwahl hervorgerufene Erregung und Unruhe ließen jedoch den Kongreß zu keiner endgültigen Beschlußfassung kommen, da viele befürchteten, daß durch ein entschiedenes Vorgehen zu den inneren Streitigkeiten noch äußere Verwickelungen hinzugefügt werden könnten.

Die Wahlbewegung hatte diesmal ungemein frühzeitig begonnen und durch das Auftreten zahlreicher Kandidaten eine besondere Intensivität gewonnen. Der hauptsächlichste Grund hiervon war der, daß die Männer der ersten Generation, welche alle mehr oder weniger an den Ereignissen von 1776 bis 1789 mit teilgenommen hatten, zu fehlen begannen und viele jüngere

Kräfte ins Feld traten, die alle eine besondere Partei hinter sich hatten, auf einen einmütigen Ausspruch des Volkes zu ihren Gunsten jedoch nicht rechnen konnten.

Der eine Teil der demokratischen Partei stellte William H. Crawford, Schatzsekretär unter Monroe auf, ein anderer Henry Clay, ein dritter Calhoun, ein vierter Lowndes und so fort, bis ein solcher Reichtum an Kandidaten vorhanden war, daß es dem Volke schwer werden mußte, den richtigen Mann zu treffen. Henry Clay wäre wohl jedenfalls der würdigste gewesen, da seinem unermüdlichen Eifer das Zustandekommen fast aller Gesetze und Maßnahmen, die Monroes Regierung aufweist, zu verdanken ist, ihm stand jedoch das Mißtrauen der extremen Sklavenhalter hindernd in den Weg. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Politiker war ferner der Meinung, daß noch einmal die „Dynastie der Staatssekretäre“ ans Ruder kommen und demgemäß der jüngere Adams gewählt werden würde. Alle diese verschiedenen Kombinationen erlitten plötzlich einen gewaltigen Stoß, als unvermutet ein neuer Kämpe auf dem Kampfplatz erschien und sofort von einem großen Bruchteil der Bevölkerung mit lautem Jubel begrüßt wurde. Es war dies Jackson, der Sieger von New Orleans, der Liebling der Armee und der großen Masse, welche in ihm die Verkörperung des demokratischen Prinzips sahen. Die im Bewußtsein ihrer Würde als erbliche Pächter der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten stolz einherschreitenden Politiker der alten Staaten lächelten über den über Nacht entstandenen Konkurrenten, bis der Erfolg lehrte, daß sie sich verrechnet hatten, und ihr Frohlocken ein zu frühzeitiges gewesen war. Jackson erhielt 99, Adams 84 und Crawford 41 Stimmen, während die verfassungsmäßige Majorität 131 Stimmen betrug. Im Hause, dem nach der Konstitution die Entscheidung anheimstand, stimmten die Anhänger Clays für Adams gegen Jackson, so daß ersterer zum Präsidenten gewählt wurde. Für die Vizepräsidentschaft hatte Calhoun gleich beim ersten Wahlgange eine imposante Mehrheit, 182 von 261 Stim-

men erhalten. Die Verletzung des Billigkeitsprinzips durch die Wahl Adams', rief natürlich eine Reaktion seitens der Jacksonianer hervor, die der Ersprießlichkeit der Regierung des neuen Präsidenten Abbruch zu thun geeignet war.

John Quincy Adams.

Der neue Präsident trat am 4. März 1825 sein Amt mit einer phrasenhaften und geschraubten Botschaft an, die nichts weniger als geeignet war, seine Stellung zu befestigen. Hatten die früheren Präsidenten in einfachen Worten ihre leitenden Grundsätze dargelegt, so ließ sich Adams, durch seinen Hang zur Schönrednerei verleiten, alltägliche Gedanken durch allerlei verwunderliche Redensarten auszudrücken. „Der Mann da — schrieb der besonnene Clay — mit seinen ausgesuchten Phrasen, wie „Leuchttürme des Himmels“ für astronomische Observationen, mit seinen Citaten aus Voltaire und Jean Jacques Rousseau, wird am Ende sich selbst und alle seine Anhänger zu Grunde richten. Wir werden lächerlich, das Schlimmste, was Leuten widerfahren kann, welche die Landesgeschäfte oder andere ernste Dinge zu besorgen haben.“

In der Wahl seiner Kabinettsmitglieder bezeugte Adams dagegen ein verständiges Urteil. Samuel Southard von New-Jersey wurde Marine- und James Barbour aus Virginia Kriegsminister, während Richard Rush, der bisherige Gesandte in London, dessen Tätigkeit in den dem Erlasse der Monroe-Doktrin vorangehenden Verhandlungen zwischen England und der Union oben hervorgehoben worden ist, das Finanzministerium und Henry Clay die Stelle des Staatsministers erhielt. Aus dieser letzten Ernennung schmiedeten die Anhänger Jacksons die Waffe, mit der sie der Regierung Adams' zu Leibe gingen. Einige Zeit vor der Wahl im Repräsentantenhause hatte nämlich eine in Philadelphia erscheinende Zeitung, der „Columbian Observer“, eine

anonyme Zuschrift aufgenommen, in welcher Clay beschuldigt wurde, die Stimmen seiner Anhänger an Adams um den Preis des Staatssekretariats verkauft zu haben. Als nun Clay den Posten wirklich einnahm, wurde dies als vollgültiger Beweis

Fig. 12.



John Quincy Adams.
(Nach Cassel, History.)

für die Wahrheit der Anklage angesehen und letztere nach Kräften kolportiert und politisch ausgenutzt. Der so arg verleumdete Clay schrieb damals in gerechter Zornesaufwallung an einen Freund: „Die Schurken können nicht verstehen, wie ein Mann

ehrlich sein kann.“ Er war trotz seiner Abneigung gegen Adams für diesen und gegen Jackson eingetreten, weil er ihn für „das kleinere Übel“ ansah. Hätte er übrigens nach vollzogener Ernennung und nach dem Inslebentreten des perfiden Gerüchtes die ange-

Fig. 13.



Henry Clay.
(Nach Cassel, History.)

botene Stellung ausgeschlagen, so würden seine Feinde auch diesen Schritt zu ihren politischen Zwecken ausgebeutet und mit sittlicher Befriedigung darauf hingewiesen haben, wie durch die in dem Briefe, als dessen Autor sich später ein ungebildeter Repräsentant von Pennsylvanien, Kremer, bekannte, gegebene Ent-

hüllung der „skandalöse“ Plan vereitelt worden sei, kurz es gab kein Mittel, das nicht in den Händen der fanatischen Parteigänger des Südens eine Handhabe zur Verleumdung geworden wäre. Jedenfalls ist diese Affaire der beste Beweis für die beginnende Roheit des politischen Lebens in der Union, die von nun an alle vier Jahre in immer stärkerem Maße das widerwärtige Schauspiel eines Parteikampfes bot, in welchem gegenseitige Beschuldigungen und offenbare Lügen, zur Befriedigung der Skandalsucht erfunden, eine Hauptrolle spielten.

Durch die enge Beziehung, in welcher Clay und Adams jetzt standen, wurde es ersterem ermöglicht, seine weit ausholenden Ideeen behufs Begründung einer allgemeinen Allianz aller freien amerikanischen Staaten der Verwirklichung entgegenzuführen. Schon 1820 hatte er als seinen Lieblingsplan den Wunsch ausgesprochen, daß ein „menschlicher Freiheitsbund, der alle Völker von der Hudsonsbai bis zum Kap Horn vereinige“, gegründet werde, um ein Gegengewicht gegen die freiheitsmörderische heilige Allianz Europas zu bieten. „Durch die Macht des Beispiels, durch seinen moralischen Einfluß — so deduzierte der kühne Staatsmann — wird sich dieses amerikanische System immer weiter und weiter ausbreiten. Auf unserm mit dem Blute der Vorfahren getränkten Boden soll ein Vereinigungspunkt, eine Schutzstätte für die Freiheit und für die Freigesinnten geschaffen werden.“ Der Plan hatte etwas zu Verführerisches, um nicht in weiteren Kreisen lebhaften Beifall zu finden, trug jedoch den Keim der Hinfälligkeit von Anfang an in sich. Die Vereinigten Staaten, in politischer wie religiöser Hinsicht auf dem Boden des Individualismus erwachsen, durch eine Reihe harter Erfahrungen gekräftigt und mit denjenigen Institutionen versehen, welche eine hinreichende Bürgschaft für die Freiheit des Einzelnen, wie der Gesamtheit boten, überragten in jeder Hinsicht die neu entstandenen Republiken, bei denen oft nichts weiter republikanisch war als der Name und unter dem Deckmantel der Freiheit und Gleichheit ein Despotismus und eine Intoleranz ohne Gleichen

sich breit machten. Nicht allein dem Widerstande der nordamerikanischen Sklavenhalter, welche das von den Freistaaten gegebene Beispiel der Sklavenemanzipation verabscheuten, ist es zuzuschreiben, daß der geniale Plan Clay's scheiterte — die Thatsachen standen zu sehr mit den Voraussetzungen in Widerspruch, als daß sie nicht von vorne herein den Erfolg der Bemühungen Clay's unwahrscheinlich gemacht hätten.

Die Ausführung des Planes war einem allgemeinen Kongresse zu Panama vorbehalten worden, dem auch Adams in seiner Präsidentenbotschaft das Wort redete. Die Opposition bemächtigte sich sofort der Idee, um mit aller Kraft der Überredung die Gefahren darzustellen, welche die Beschickung eines derartigen Kongresses für die Vereinigten Staaten nach sich ziehen müßte. Jedes einzelne Wort der betreffenden Stelle in der Botschaft, welche namentlich die Vorteile des Abschlusses von Freundschafts- und Handelsverträgen, die Abschaffung des privaten Krieges auf dem Meere und die den neutralen Handel begünstigenden Beschränkungen des Kriegsgebrauches in bezug auf Kriegskontrebande und Blokaden behandelte, wurde zum Angriffspunkte der stürmischen Anklagen, welche die Sklavenhalter gegen das Projekt zu richten für gut befanden. Man gefiel sich in der Rolle der einsichtigen Vaterlandsfreunde, welche die Union vor neuem Blutvergießen bewahren wollten, und hob im Gegensatz zum Präsidenten, der den Panama-Kongreß nur als eine rein „konsultative" Versammlung bezeichnete, mit Nachdruck hervor, daß die Beschlüsse desselben einen bindenden Charakter haben würden und auf die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den europäischen Mächten einen unheilvollen Einfluß ausüben könnten. Was man dagegen nicht gern eingestand, war das Sklavenhalterinteresse, das sich durch die Verhandlungen mit anderen Mächten, die soeben völlige Emanzipation proklamiert hatten, in seinen heiligsten Rechten verletzt fühlen konnte. Da dem Kongreß nach der Verfassung bei etwa abzusendenden diplomatischen Missionen nur die Geldbewilligung resp. Verweigerung

zustand, so entspann sich diesmal der heftigste Kampf im Senate, wo auch die egoistischen Interessen von jeher eine besonders günstige Brutstätte gefunden hatten. Man scheute sich zuletzt nicht, die Gefährdung der eigentümlichen Institution der Sklaverei durch Beschickung des Panama-Kongresses auszusprechen, und streifte so zum ersten Male die Hülle weg, welche bisher der Sklaverei einen munizipalen Charakter gegeben hatte. Besonders deutlich trat dies zu Tage, sobald man auf Hayti zu sprechen kam, das in dem Einladungsschreiben zum Kongresse gleichfalls erwähnt war. In Hayti hatte bekanntlich mittlerweile die erfolgreiche Revolution der Neger stattgefunden, welche der Sklavokratie ein Dorn im Auge war. Bisher hatte man sich mit dem Auswege begnügt, die staatliche Stellung Haytis als unabhängiges Land zu ignorieren, trotz der regen Handelsverbindung zwischen der Insel und den Häfen der Union. Unter diesen Umständen rief der Passus in dem Schreiben der Delegaten der südamerikanischen Staaten, daß „Hayti als gleichberechtigtes Mitglied der amerikanischen Völkerfamilie anerkannt werden möge," einen Sturm der Entrüstung unter den Abgeordneten des Südens hervor.

Das Resultat des mit steigender Erbitterung geführten Wortkampfes war, daß die Regierung zwar formell siegte und die Absendung einer Mission zum Panama-Kongreß durchsetzte, in Wirklichkeit aber geschlagen war, da durch die langen Debatten eine solche Verzögerung stattgefunden hatte, daß der Kongreß sich bereits resultatlos aufgelöst hatte, als die Gesandten der Union eintrafen. Eine projektierte Minderversammlung in Takubaya fand nicht statt. Die stolzen Pläne Clay's verliefen somit dürftig im Sande und hatten nur den Egoismus der Sklavenhalter bestärkt, welche zum ersten Male ihr Interesse zum Angelpunkte der nationalen Politik gemacht hatten.

Einen gleich verhängnisvollen Verlauf nahm eine andere, rein nationale Angelegenheit, welche zu Beginn der Präsidentschaft von Adams sich entspann. Der Staat Georgia war nicht

nur in die früher geschilderten Seminolenkämpfe in Florida verwickelt, sondern hatte auch seit geraumer Zeit mit den in seinem Gebiete ansässig gewordenen Indianern heftigen Streit zu bestehen, welcher sich um die bei Gelegenheit der Abtretung der westlichen Ländereien seitens Georgias im Vertrage vom 24. April 1802 stipulierte Verpflichtung der Union drehte, dem Staate die innerhalb seiner Grenze liegenden Besitzungen der Creeks und Cherokees zu erwerben, „sobald es auf friedlichem Wege und unter vernünftigen Bedingungen geschehen könne.“ Dies war auch einigemale mit ansehnlichen Ländereien geschehen, wurde jedoch in dem Maße schwieriger, als die Indianer selber das Land bebauten und sich vermehrten. In einer Zusammenkunft bei Tuckebachue am 25. Mai 1824 erklärten die Creek-Häuptlinge, daß das Gebiet nur gerade die Bedürfnisse des Stammes decke, es somit unmöglich sei, neue Abtretungen zu bewilligen. Georgia verstand es jedoch mit einigen Häuptlingen einen Sondervertrag zu Indian-Springs abzuschließen, der auch die Genehmigung des Senats und des Präsidenten erhielt. Die durch den Verrat ihrer Landsleute erbitterten Häuptlinge ließen an den vier Hauptverkäufern des Stammesgebietes das für den Fall der Abtretung festgesetzte Urteil der Todesstrafe vollstrecken und beeilten sich, dem Vorgehen Georgias mit Gewalt zu begegnen. Auf die dringenden Vorstellungen des Indianeragenten sandte Adams den Obersten Andrew und den General Gaines nach Georgia, um die Klagen der Indianer zu untersuchen und Ordnung eventuell unter Anwendung von Waffengewalt zu schaffen. Der Gouverneur des Staates, Troup, wollte jedoch von einem derartigen Eingriffe in die Staatensouveränetät nichts wissen und protestierte in einer Reihe von geharnischten, jede Rücksichten des Anstandes, die man dem Oberhaupte des Staates und seinen Vertretern gegenüber zu bewahren hat, außer Acht lassenden Schreiben gegen die „völlig ungerechtfertigten“ Schritte der Bundesregierung, die er nicht als Autorität betrachte, sondern als eine dem Kreise seiner Anschauungen völlig entrückte

fremde Macht, mit der er in „diplomatischen Verkehr“ zu treten sich herablassen wolle. Dieser Frechheit gegenüber behielt die Bundesregierung ruhig ihren Entschluß bei, keine Vermessung der neu „erworbenen“ Ländereien zuzulassen, und teilte unterm 18. Mai 1825 diesen Beschluß dem Gouverneur mit, welcher am 3. Juni hierauf antwortete und erklärte die Vermessungen trotz des Verbotes vornehmen zu wollen. Gleichzeitig hielt er es aber für geraten, sich der weiteren Verantwortlichkeit zu entledigen, und berief deshalb die nationale Legislatur, welche zwar gleichfalls in heftigstem Tone gegen die Bundesregierung deklamierte, jedoch keinen näheren Beschluß faßte und einem Ausschusse die Sache übertrug. Der Gouverneur fuhr in seinen Insulten und wütenden Beschwerden fort, zog jedoch auf nochmalige Weisung des Präsidenten den Befehl zur Landesvermessung zurück, da er — wie seine Botschaft am 8. November an die Legislatur lautete — bereit sei, dem Senate die Regelung der Streitfrage anheimzugeben, wodurch die unerquickliche Situation vorläufig einen Abschluß erhielt. In der Presse wurde der skandalöse Vorfall natürlich von Freund und Feind breitgetreten, wobei die Anhänger der Regierung die unerschütterliche Haltung des Präsidenten priesen, die südstaatlichen Zeitungen dagegen das Verhalten des starrköpfigen Gouverneurs beifällig kommentierten. In Georgia selber stand das Volk — wie die im Herbste stattfindende Gouverneurswahl bewies — in seiner Mehrheit zu Troup; derselbe wurde mit 20545 gegen 19857 Stimmen wiedergewählt und behauptete in seiner Botschaft vom 8. November die Rechtmäßigkeit seines Vorgehens in vollem Umfange. Der Senat hatte inzwischen mit den Indianerhäuptlingen einen neuen Vertrag zu Washington vereinbart, der in betreff der Landabtretung für die Creeks sich bedeutend günstiger gestaltete, aus diesem Grunde aber die Billigung der habsüchtigen Legislatur von Georgia nicht erlangte. Troup wies ihn kurzer Hand zurück und erklärte, daß einzig und allein der Vertrag zu Indian-Springs für ihn bindend sei — da Bundesregierung

und Gouverneur beide auf ihrem Standpunkte zu verharren erklärten, schien der Appell an die Waffen das letzte Auskunftsmittel zu sein.

Der Gedanke an offene Rebellion und Bürgerkrieg schreckte jedoch vorläufig noch beide Teile vom Äußersten zurück. Adams richtete an den Kongreß eine die Creek-Angelegenheit speziell behandelnde Botschaft und stellte es der Weisheit des Kongresses anheim, zu entscheiden, ob ein weiterer legislativer Akt notwendig oder zweckmäßig sei," während der Gouverneur in einem Schreiber an die Legislatur die neue staatsrechtliche Theorie aufstellte, daß Souveränitätsfragen zwischen den Staaten und den Vereinigten Staaten nicht von dem Oberbundesgerichte entschieden werden dürften, sondern auf dem Wege der Unterhandlung zu erledigen seien, bis in der Konstitution ein anderer Weg werde vorgesehen sein."

Im Kongresse fand zwar das unverschämte Begehren Georgias lauten Tadel, aber man wollte sich nicht für einen Beschluß engagieren, der möglicherweise Aufruhr und Blutvergießen zur Folge haben konnte. Der Senat genehmigte zwar eine Resolution, welche den Präsidenten aufforderte, „seine Bemühungen zur Löschung des Besitztitels der Indianer fortzusetzen", das Repräsentantenhaus blieb dagegen unschlüssig und so blieb die Sache in der Schwebe, woraus Georgia selbstredend den größten Nutzen zog.

Kühn gemacht durch diesen „Erfolg", ergriff der Staat weitere Maßnahmen, um den Stämmen der Cherokees gleichfalls ihr Land zu entreißen. Dieselben lebten als ruhige Ackerbauer in dem fruchtbarsten Teile Georgias und trugen gar kein Verlangen danach, ihr bequemes Heim mit der Wildnis des Westens zu vertauschen. Da offene Gewalt nicht angebracht war, versuchte die Legislatur es mit Hilfe der kleinen gehässigen Maßregeln, wie sie einem mächtigen Staate einigen wenigen Stämmen gegenüber zu Gebote stehen dahin zu bringen, daß die Cherokees sich zur Übersiedelung bereit erklärten. Man sprach allen Indianern,

die nicht der englischen Sprache mächtig waren, die Berechtigung ab, als Zeuge aufzutreten, man zerstückelte in politischer und juristischer Beziehung die einzelnen Gebiete und vereinigte sie mit den anliegenden Counties, kurz man chikanierte die Indianer soviel man konnte, ohne irgend welche Strafe für diese „gesetzlichen“ Maßnahmen befürchten zu müssen. Als Adams den Präsidentenstuhl verließ, verloren die unglücklichen Indianer ihren letzten Beschützer, da der neue Präsident Jackson selber ein Anfänger der Staatensouveränitätstheorie war und die Bundesregierung nicht für berechtigt hielt, Georgia die Ausübung seiner Rechte als souveräner Staat zu versagen. Das Oberbundesgericht, zu dem schließlich die Cherokees ihre Zuflucht nahmen, als Georgia vermittelst Gesetz vom 19. Dezember 1829 alle ihre Gesetze annulliert und ihr Land gänzlich zerstückelt und verteilt hatte, erklärte zwar ihre Klage zurückweisen zu müssen, da in der Klageschrift die Cherokees als ein „fremder Staat“ bezeichnet worden waren, sprach sich jedoch in seinem Beschlusse dahin aus, daß Georgia sich einer flagranten Rechtsverletzung schuldig gemacht hätte. Die Legislatur und der jetzige Gouverneur Gilmer nahmen natürlich auf diese „Ansicht“ des Bundesgerichts keine Rücksicht und lehnten jede Einmischung desselben als ungebührlich ab. Der Streit zwischen beiden Faktoren nahm durch einen weitern Zwischenfall noch an Heftigkeit zu. Ein wegen Totschlages im Cherokeegebiete zum Tode verurteilter Mann, namens Tassels, sollte hingerichtet werden, als der Oberrichter Marshall den Staat aufforderte, nachzuweisen, „warum das Urteil nicht berichtigt werden solle.“ In diesem dem üblichen Verfahren entsprechenden Vorgehen des Oberrichters der Vereinigten Staaten sah die Legislatur von Georgia einen neuen Eingriff in ihre Rechte und nahm einige energische Resolutionen an, auf Grund deren Tassels am 28. Dezember 1830 hingerichtet wurde. Mit dieser Thatsache war der Sieg Georgias über die Bundesregierung vollständig, die Konsequenz der Virginia- und Kentucky-Beschlüsse zum erstenmale in vollstem Umfange durchgeführt und

der Union ein Beispiel gegeben, wie ein einzelner kleiner Staat es anzufangen habe, um der Bundesgewalt mit Erfolg zu trotzen.

Daß Georgia nach diesen Siegen in der Erledigung der Cherokeeangelegenheit ungestört fortfuhr, ist selbstverständlich; nicht mit offener Feindseligkeit, sondern allmählich, durch die brutale Politik der Rechtsverletzung, der Aufhebung jeglicher Sicherheit und jeden Rechtsschutzes in Ansehung der Indianer gelang es trotz nochmaliger Intervention des Oberbundesgerichts die Indianer zum Aufgeben ihrer Ländereien zu bringen. Präsident Jackson selber sah dem infamen Treiben in Georgia unthätig zu, da er seinem persönlichen Gegner, dem Oberrichter Marshall, die durch Nichtbeobachtung der Befehle des Oberbundesgerichts zugefügte Schlappe von Herzen gönnte.

Ein anderer ebenfalls unter Adams beginnender und unter der Präsidentschaft von Jackson zum Austrag kommender Streit, bei dem die Staatssouveränität wiederum eine bedeutende Rolle spielte, knüpft sich an die Tarifreform, welche den gesteigerten Wünschen der Nordstaaten Rechnung tragen sollte. Nachdem im Jahre 1824 das „amerikanische System" Clay's in der Tariffrage den Sieg davongetragen hatte, waren Norden und Süden gleich thätig gewesen, um es zum Ausgangspunkt ihrer Operationen zu machen. Der Norden beantragte 1828 eine Erhöhung der Eingangszölle für mehrere Gegenstände wie Eisen, Wolle, Wollenwaren, Hanf, Flachs und Zucker, während der Süden sich nicht nur einer Erhöhung widersetzte, sondern seine Freihandelsideen mehr berücksichtigt wissen wollte. Mit Ausnahme von Louisiana, dessen Zuckerproduktion durch die hohen Eingangszölle geschützt war, klagten die zumeist Baumwollenbau treibenden südlichen Staaten über die ungerechte Besteuerung, die ihnen durch die Schutzzölle auferlegt worden wäre, und die Bevorzugung des Nordens, der sich den Süden tributpflichtig zu machen bestrebe. Südkarolina und Georgia schrieen wie immer am lautesten gegen diese Vergewaltigung der Sklavenstaaten und

planten die Bildung eines gemeinsamen Interessen unterliegenden Südstaatenbundes, der sich mit Gewalt dem Vollzuge der verderblichen und ungerechten Gesetze widersetzen solle. Die Presse und die Legislaturen thaten das Ihrige, um die gereizte Stimmung des Volkes zu schüren, allenthalben in den Versammlungen der einzelnen Bezirke, auf Banketten u. s. w. hörte man eine Sprache, die nahezu an Hochverrat gränzte. Man bildete Vereine, die die Parole ausgaben: „Kauft nichts vom Norden“, ja man versuchte selber einzelne Industriezweige des Nordens zu kultivieren, was freilich nur in sehr geringem Maße gelang. Trotz des wütenden Geschreies des Südens setzten die Anhänger des Schutzzolles im Mai 1828 eine weitere Erhöhung der Tarifsätze durch, was dem bisher mehr akademisch geführten Streite einen praktischen Charakter gab. Die Legislaturen von Südkarolina und Georgia erließen bereits im Dezember 1828 Proteste, in denen die Notwendigkeit der Berufung einer Staatskonvention ausgesprochen war, um die betreffenden Gesetze zu nullifizieren. Durch das leidenschaftliche Auftreten Calhouns nahm bald darauf der Streit eine so heftige Wendung, daß selbst Jackson, der wenig skrupulöse und energische Maßregeln liebende Präsident, den Geist der Empörung nicht zu bannen vermochte. Die Trennung der Union stand unmittelbar bevor, wenn nicht Clay es wiederum verstanden hätte, durch einen sorgsam ausgeklügelten Kompromiß die schroffen Gegensätze und sich widerstreitenden Interessen zu versöhnen.

Aus der ersten Zeit der Präsidentschaft John Quincy Adams' ist noch die Schilderung des festlichen Empfanges Lafayette's in der Union nachzutragen. Schon während Monroes Präsidentschaft hatte der Held des Unabhängigkeitskrieges das Verlangen geäußert, das Land wiederzusehen, welchem er mit dem Eifer der enthusiastischen Jugend seine Dienste gewidmet hatte. Im Dezember 1824 traf er endlich, von einer amerikanischen Fregatte hinübergeleitet, in Washington ein, wo er im Senate und Repräsentantenhause begeisterte Aufnahme fand. Um ihm

aber zugleich einen greifbaren Ausdruck des Dankes, den Amerika ihm schuldete, zu geben, beschloß das Haus, dem ehemaligen amerikanischen General die Summe von 200000 Dollars in Obligationen und einen Bezirk im Umfange von 23000 Morgen Landes, in Florida gelegen, zu schenken, um Lafayette — wie

Fig. 14.



Lafayette.
(Nach Ridpath.)

der alte Jefferson sich ausdrückte — angesichts der neuen Verwickelungen in Europa nicht nur seine eigene Unabhängigkeit zu bewahren, sondern auch die Mittel an die Hand zu geben, die Freiheitsbestrebungen seines Volkes zu fördern. — So lobenswert dieser edle Eifer amerikanischer Freiheitsfreunde ist, berührt er den Deutschen doch etwas eigentümlich angesichts der Er=

wägung, daß viele Jahrzehnte verstreichen mußten, ehe die Union ihre Schuld an Steuben durch die Errichtung eines Denkmals abtrug, und die weitere Thatsache, daß noch heutigen Tages kein Ehrenzeichen den Manen des wackeren Kalb geweiht ist.

Gegen eine Wiederwahl des Präsidenten agitierten am meisten die Anhänger Jackson's, welche die Niederlage vor vier Jahren nicht vergessen hatten und nun alles aufboten, um das Volk für die Wahl des Siegers von New-Orleans zu begeistern. Man nahm keinen Anstand, seine Wahl mit dem „Siege des demokratischen Prinzipes über die Theorie der Konstitution", der er das vorige Mal zum Opfer gefallen, zu identifizieren, und verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß im Falle der Wiederwahl von Adams der nächste Kongreß zugleich der letzte der Vereinigten Staaten sein würde. Die öffentliche Administration — so lautete die beliebteste Wahlrede — ist gegen die Stimme der Nation zur Macht gelangt und will sich mittelst dieser rechtlosen Macht im Amte behaupten. Die Frage ist jetzt ganz einfach: „Soll die Regierung herrschen oder das Volk?"

Während so die Jacksonianer das Volk gegen die bestehende Regierung hetzten, entblödeten sich die Freunde und Parteigänger Adams' nicht, den Charakter des feindlichen Kandidaten aufs schlimmste zu verdächtigen, seine Privatverhältnisse zu entstellen und mit gemeinem Klatsch versehen der schadenfrohen Beurteilung der urteilslosen Menge zu unterbreiten. Henry Clay freilich hielt sich von solchem unwürdigen Treiben fern und bekämpfte Jackson nur als den Vertreter des brutalen Militarismus, der mit ihm ans Ruder gelangen würde, wobei er auf die bedenkliche Tatsache aufmerksam machte, daß zur Zeit in nicht weniger denn acht amerikanischen Republiken militärische Gewalthaber an der Spitze der Regierung ständen. Ihm war jene blinde gedankenlose Begeisterung für militärischen Ruhm, wie sie dem großen Haufen eigentümlich, ist ein Greuel, und deshalb hielt er es für seine Pflicht, für die Wiederwahl

von Adams, da er selber als Kandidat nicht aufgetreten war, mit aller Kraft einzutreten.

Das Ende des mit größter Leidenschaft geführten Wahlfeldzuges war, daß Jackson von 261 Stimmen 178 und Adams nur 83 Stimmen erhielt, ersterer somit gewählt war. Calhoun wurde mit 171 Stimmen zum Vizepräsidenten ernannt. Das Volk hatte seinen Willen durchgesetzt und die Nichtachtung des demokratischen Prinzips glänzend gerächt; einsichtsvolle Männer glaubten jedoch schon damals sich die Frage vorlegen zu müssen, „wie weit die nationale Geschichte eine Rechtfertigung des Prinzipes der Volksherrschaft sei."

Andrew Jackson.

Zu der am 4. März 1829 in Washington stattfindenden Inauguration Jackson's hatte sich eine große Volksmenge eingefunden, welche gekommen war, um den Mann zu begrüßen, der allein noch fähig sei, die Republik aus der Zerrüttung, in welche sie die bösen Maßnahmen des verabschiedeten Präsidenten gestürzt hatten, zu erretten. Aber neben diesen ehrlichen Enthusiasten sah man in den Straßen der Bundeshauptstadt die habgierigen Gesichter der Stellenjäger, die von der Gnade des demokratischen Machthabers, der ihrem Eingreifen seine Wahl hauptsächlich verdankte, eine Anstellung erwarteten. Man wußte, daß die demokratischen Grundsätze, zu denen sich Jackson in seinen während des Wahlfeldzuges von 1824 veröffentlichten, aus dem Jahre 1816 stammenden Briefen an Monroe bekannte, und die ihn veranlaßten, 1825 sein Mandat als Bundessenator niederzulegen, um den Anschein zu vermeiden, als ob er diese Stellung zur Betreibung seiner von der Legislatur von Tennessee vorgeschlagenen Kandidatur benutzen könnte, in der praktischen Anwendung erheblichen Modifikationen unterworfen seien, und sich als eine offene Proklamierung des Grundsatzes: „To the victor

belong the spoils" (Dem Sieger gehört die Beute) herausstellen würden. Nicht etwa, daß es in Jacksons Natur gelegen hätte, einen derartigen Nepotismus einzuführen, um seine eigene Stellung zu befestigen, nein, er war in dieser Beziehung nur

Fig. 15.



Präsident Jackson.
(Nach Cassel, History).

das Werkzeug der Partei, welche hinter ihm stand und deren Grundsätze, die von Deklarationen der Volksrechte wimmelten, ihm von jeher als das Wesen echten Republikanismus erschienen waren. Mit Jackson's Regierungsantritt wurde vielmehr nur die Bahn frei gemacht, auf der sich die gewerbsmäßigen Politiker

tummeln konnten, nachdem durch die bisherige Entwickelung des öffentlichen Lebens die Hindernisse fortgeräumt worden waren, die dem wahren Ausdruck des Volkslebens im Wege standen. War doch Jackson's Wahl selber eine Demonstration des souveränen Volkes gewesen, das nun, wie es in der Inaugurationsadresse heißt, „auf die Liste der exekutiven Pflichten die Aufgabe der Reform gesetzt hatte." Aber es genügt nicht, mit pathetischen Worten zu deklamieren, daß „die Beeinflussung von Wahlen durch Regierungspatronage aufhören und den Ursachen entgegengewirkt werden solle, welche den richtigen Gang der Ämterverleihung gestört und die Macht in untreue oder inkompetente Hände gelegt oder in ihnen belassen haben", sondern es galt das sarkastische Wort Quincy's von der „Ferkelheerde, die sich mit greulichem Lärmen um einen zu engen Futtertrog drängt", zu schanden zu machen. Die Forderungen der praktischen Politik verstrickten aber den sonst eigenmächtigen Präsidenten immer mehr in ihre unzerreißbaren Netze, sodaß er gezwungen war, das Gegenteil von dem auszuführen, was er in seinem Programm als empfehlenswert hingestellt hatte. Durch die Neuverteilung einer stattlichen Reihe von Stellen — einige geben die Zahl der Entlassungen während des ersten Jahres der Präsidentschaft Jackson's auf 690, andere auf 990 an — erhielt die so arg geschwächte Regierungspatronage einen verstärkten Einfluß, der sich unter den Händen des die Vorteile dieser Politik klar erkennenden Präsidenten mit Leichtigkeit zu einer Macht steigern ließ, wenn er es für geboten hielt, seine demokratischen Anschauungen gegenüber den konstitutionellen Befugnissen des Senats und des Repräsentantenhauses durch das Volk zur Geltung zu bringen.

Bei der Zusammensetzung des Kabinetts bevorzugte Jackson mehr die Gegner Clay's, als die Anhänger seines Vizepräsidenten Calhoun, der in der demokratischen Partei wohlbegründeten Ruf genoß. Van Buren, ein vertrauter Freund Jackson's, wurde Staatsminister, Ingham aus Pennsylvania Schatzminister, Eaton

aus Tennessee Kriegs- und Branch aus Nord-Carolina Marineminister. Zum Generalpostmeister wurde William T. Barry aus Kentucky ernannt, der früher ein guter Freund Clay's, jetzt dessen erbittertster Feind geworden war. Die Stelle des Generalanwalts erhielt John M. Barrien aus Georgia, neben Van Buren der fähigste Kopf im ganzen Kabinett. Besondere Ungelegenheiten verursachte der neue Kriegsminister, weniger durch seine Person, als durch seine Frau, welche schon bei Lebzeiten ihres ersten Gatten, der eine Zahlmeisterstelle in der Marine innegehabt hatte, mit dem unternehmenden Major Eaton in unerlaubten Verhältnissen gelebt hatte und auch sonst übelberüchtigt war. Jackson beschloß in seiner ritterlichen Weise für die seiner Meinung nach arg verleumdete Frau einzutreten und ihr zu Washington diejenige gesellschaftliche Stellung zu erringen, welche ihr als Gemahlin eines seiner Minister zukam, ihr aber erklärlicherweise von der vornehmen Gesellschaft nicht zuerkannt wurde. An dem passiven Widerstande der Frauen der anderen Minister scheiterte jedoch das Bemühen Jacksons, es kam zu höchst erbitterten und andererseits tragikomischen Szenen, welche auf Jackson, der jeglichen Widerstand als persönliche Kränkung auslegte, derart einwirkten, daß sie mit den Hauptgrund für die im April 1831 vorgenommene Reorganisation des Kabinetts abgaben. Allerdings spielten hierbei auch die Vorbereitungen zur Wiederwahl Jackson's und die zwischen ihm und Calhoun eingetretene Verstimmung eine bedeutende Rolle, so daß die Kabinettsentlassung nicht ausschließlich einen burlesken Charakter trägt. Das demokratische Prinzip, welches eigentlich eine Wiederwahl perhorresziert, hinderte natürlich den Präsidenten und seine Anhänger nicht, schon sehr frühzeitig die Volksstimmung zu bearbeiten, um so auf dem demokratischen Wege einer spontanen Willensäußerung des souveränen Volkes das zu erreichen, was man thörichterweise durch offene Proklamation, — die Inaugurationsbotschaft hatte ein Amendement vorgeschlagen, welches die Wiederwahl des Präsidenten verbieten sollte — beiseite geschoben hatte. Dazu kam, daß der Präsi-

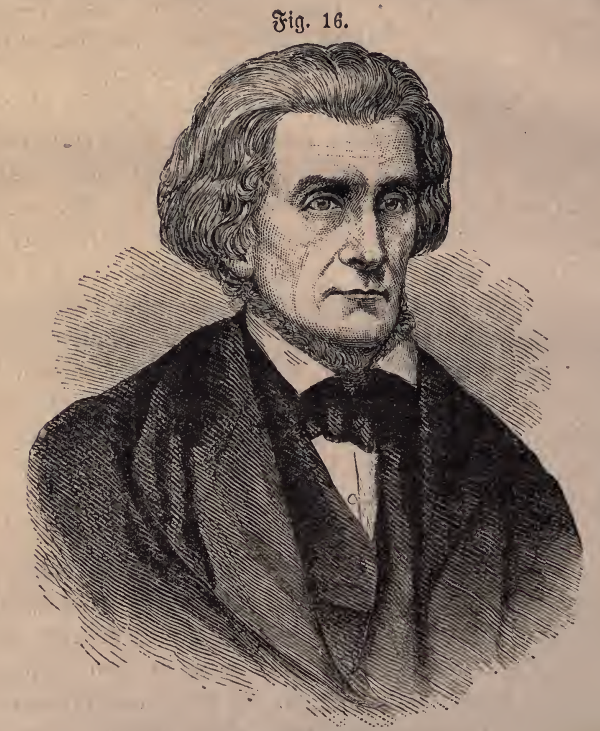
dent zu jener Zeit von den Anträgen erfuhr, welche Calhoun einst behufs Bestrafung Jackson's gestellt hatte, als derselbe im Indianerkriege die beiden englischen Händler Arbuthnot und Ambrister hingerichtet hatte. Die Erklärungsgründe Calhoun's zurückweisend, behandelte Jackson seinen Vertreter als unversöhnlichsten Feind, dessen Sieg bei der Präsidentenwahl auf jeden Fall verhindert werden mußte. Die Bemühungen waren auch vom günstigsten Erfolge gekrönt, da Jackson mit 219 von 286 Stimmen wiedergewählt wurde und sein Gegenkandidat Clay — Calhoun hatte seinen Posten als Vizepräsident niedergelegt und war als Abgeordneter von Südkarolina in den Senat getreten — nur 49 Stimmen erhielt. — Zum Vizepräsidenten wurde Van Buren, dessen Ernennung zum Gesandten in London der Senat nicht bestätigt hatte, mit 189 Stimmen gewählt. Die Wahlkampagne hatte durch das Hineinzerren der Bankfrage in dieselbe, wovon weiter unten gesprochen werden wird, einen derart stürmischen Charakter angenommen, daß das ganze Land in zwei scharf getrennten Parteien einander gegenüberstand, und selbst die im Sommer 1832 die Union durchziehende Cholera kein Hindernis für die energische Betreibung der Agitation bilden konnte. Das neue Ministerium bestand aus folgenden Personen, deren Ernennung durchwegs die Billigung des Senats erlangte: „Eduard Livingstone, Staatsminister, Mr. Lane, Finanzminister, Lewis Caß, Kriegsminister, Levi Woodbury, Marineminister, Amos Kendall, Oberpostmeister und Roger Brooke Tanny, Generalanwalt.

Mit diesen Ereignissen in Verbindung steht der langwierige und gefahrdrohende Streit, den Calhoun im Namen von Südkarolina im Senat gegen die Bestimmungen des Zolltarifes führte. Als die den Freihandel huldigenden Demokraten im Jahre 1829 mit der Wahl von Jackson und Calhoun einen so vollkommenen Sieg erfochten hatte, hofften sie selbstredend auf eine Abänderung des schutzzöllnerischen Tarifes zu ihren Gunsten. Die Erklärung des Präsidenten berührte jedoch diesen Punkt

nur in sehr oberflächlicher Weise und hinterließ einen beide Parteien gleich wenig befriedigenden Eindruck. In der zu Beginn der Kongreß-Session erlassenen Botschaft betonte nun Jackson zwar die Notwendigkeit der Reduktion einiger Zollsätze, ließ jedoch das dem Süden so verhaßte System vollkommen intakt. Die Presse der Südstaaten fuhr daher in der nach Annahme des Tarifes von 1828 beliebten Weise fort, mit dem Austritt der Sklavenstaaten zu drohen, während Calhoun, der von Anfang an der heftigste Feind der Schutzzöllner gewesen war, zur Mäßigung riet und die Stunde noch nicht für gekommen hielt, um den Maßnahmen des Kongresses gegenüber den Widerstand bis aufs Messer zu organisieren. Er schlug zunächst die Abfassung einer Denkschrift vor, welche in Form einer Adresse an das Volk von Südkarolina im Sommer 1831 erlassen wurde und die Streitfrage in wirtschaftlicher und staatsrechtlicher Beziehung eingehend erörtert. Der Zwist mit Jackson und die Einsicht, daß es unmöglich sei, durch die vorgeschlagenen Zollermäßigungen die berechtigten Forderungen der Südstaaten zu befriedigen, trieben ihn jedoch bald zu einem energischeren Vorgehen, in welchem er ebenso viel Kühnheit, wie Scharfsinn aufwandte und zuletzt trotz scheinbarer Nachgiebigkeit einen Erfolg errang, der wieder von der Autorität der Bundesregierung einen Fetzen abriß. Man thäte ihm aber Unrecht, wollte man behaupten, wie dies häufig geschehen, daß es nur die persönlichen Motive gewesen sind, welche Calhoun zur Opposition geführt haben. Seine Stellungnahme war vielmehr von Anfang an vorgezeichnet durch die Proklamierung der Staatensouveränität als der höchsten Autorität im Lande. Seine Rebellion war daher nichts Gemachtes, sondern lag in den Verhältnissen der Union selber begründet, sie wurzelte in den „Virginia und Kentucky Resolutionen“ und erhielt neue Kraft mit jedem glücklich durchgeführten Kampfe der Staatensouveränität gegen die Bundesgewalt. Ein echtes Kind seines Landes, scheute er vor keinem Beginnen zurück, wo es galt, die Rechte seines Volkes zu ver-

treten, aber er war sich wohl bewußt, daß es selbst in der so wenig zentralistisch organisierten Union unmöglich sei, durch einfache Redensarten eine Revolution herbeizuführen, und blieb deshalb auf dem Boden der Thatsachen stehen, es verschmähend, durch eitle Sophistik das Volk, welches ihm sein Vertrauen geschenkt

Fig. 16.



John C. Calhoun.
(Nach Ridpath.)

hatte, irre zu führen. Er war sich wohl bewußt, daß der von ihm betretene Weg möglicherweise zum Blutvergießen führen konnte, schreckte aber dennoch nicht zurück, weil er das Volk hinter sich hatte und im Grunde nichts anderes lehrte, als was bis jetzt Hunderttausende ungestraft gepredigt hatten, nur daß er mit

der ganzen Energie seines Charakters den Faden verfolgte, der ihm zum Ausweg zu führen schien, und die einzelnen Lehrsätze in ein System brachte, das nachher in kleine Münze umzuprägen er seinen Epigonen überließ. Sein Ehrgeiz strebte zu verschiedenen Malen nach der höchsten Würde im Lande und ein grausames Geschick zerstörte jedesmal seine Hoffnungen .... Von der Partei, der er die größten Dienste geleistet, nicht genügend unterstützt, mußte er zusehen, wie der Präsidentenstuhl von Leuten okkupiert wurde, denen er in intellektueller und moralischer Hinsicht weit überlegen war; dennoch verzagte er nicht, sondern kämpfte ruhig weiter, ja wuchs mit den Gefahren, die der von ihm als richtig erkannten Sache drohten, während die Übrigen im Pfuhle ihres Egoismus stecken blieben. Seine Gestalt ist eine der anziehendsten der ganzen politischen Geschichte der Union, scharf hebt sie sich ab von dem dicken Haufen jener Alltagspolitiker, die mit mehr oder weniger Geschick und Unverschämtheit ihr Handwerk trieben und noch heutzutage treiben.

Die Tariffrage war mittlerweile im Kongresse erledigt worden. Die Schutzzöllner hatten selber zugegeben, daß eine Herabminderung der Tarifsätze wünschenswert sei, und durch Clay eine dahingehende Bill formulieren lassen. Die Pflanzerstaaten hielten jedoch diese Reduktion für eine selbstgefällige Posse, um das Wesen des Schutzzollsystems immer mehr zu befestigen, und erhoben den Einwand, daß durch die in Zukunft festgesetzte Zahlung in Münze die Herabsetzung völlig illusorisch geworden sei. Die Bill wurde aber trotz dieser Opposition vom Hause genehmigt und dem Präsidenten vorgelegt, welcher sie am 14. Juli 1832 unterzeichnete. Wenige Wochen darauf, am 28. August schickte Calhoun an Hamilton, den damaligen Gouverneur von Südkarolina, einen Brief, in dem er mit größter Ausführlichkeit die Argumente für die Doktrin der Staatenrechtler zusammenstellte und die letzten Konsequenzen zog. „Es existiert — so lauten die wichtigsten Stellen dieses Dokumentes — zwischen den einzelnen Bürgern eines Staates und der Bundes-

regierung keine direkte und unmittelbare Verbindung. Die Beziehungen zwischen ihnen werden durch den Staat hergestellt ... Es steht dem Staate zu, in seiner souveränen Eigenschaft in einer Konvention definitiv die Ausdehnung der von ihm eingegangenen Verpflichtung festzustellen; und wenn ein Akt nach seiner Ansicht verfassungswidrig ist, ihn für null und nichtig zu erklären, welche Erklärung für seine Bürger bindend sein würde... Dieses Recht fließt direkt aus dem Verhältnis des Staates einerseits zur Bundesregierung und andererseits zu seinen Bürgern. Seine Ausübung ist nicht die Abrogation eines Aktes der Bundesregierung durch den Staat, sondern durch die Konstitution; Nullifikation ist das große konservative Prinzip der Union."

Der hierin ausgesprochene Gedanke, daß nicht die Staatslegislatur, sondern nur eine allgemeine Staatskonvention die Befugnis habe, einen Akt zu nullifizieren, wurde in Südkarolina sofort zur That, indem am 24. Oktober der Senat mit 30 gegen 13 Stimmen und das Haus mit 99 gegen 25 Stimmen die Berufung einer Konvention auf den 19. November nach Columbia genehmigte. Vorsitzender derselben wurde der Gouverneur Hamilton, welcher einen Ausschuß mit der Ausarbeitung einer Nullifikationsordonnanz betraute. General Hayne als Vorsitzender dieses Ausschusses stattete am 24. November Bericht ab, worauf die Nullifikation ausgesprochen wurde. Die einige Tage später zusammentretende Legislatur erklärte sich bereit, der Aufforderung des Gouverneurs, dieser Ordonnanz Geltung zu verschaffen, nachzukommen, und erließ eine Reihe von Einzelbestimmungen, welche das Verfahren der Nullifikation in speziellem regelten und den Widerstand gegen die Bundesregierung zu organisieren bestimmt waren.

Diese Beschlüsse Südkarolinas erregten überall das größte Aufsehen. Die Feinde der Bundesgewalt frohlockten, daß der Staat zum letzten und schwerwiegendsten Mittel gegriffen hatte, während die Anhänger der Regierung mit Besorgnis auf Jackson blickten, und sich fragten, ob er seinem oft zitierten Worte

„The Union shall and must be preserved“ (die Union soll und muß erhalten bleiben) nun auch gesetzliche Anerkennung erkämpfen würde. Die berühmte Proklamation vom 11. Dezember 1832 machte diese Zweifel zu Schanden; in ihr widerlegte Jackson mit zwingender Gewalt die Nullifikationstheorie und erklärte mit warmen, vom Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Worten seinen festen Entschluß, „seinem Amtseide gemäß mit allen ihm von der Verfassung verliehenen Mitteln über die Vollstreckung der Gesetze zu wachen.“ Die Situation hatte somit den Höhepunkt der Gefahr erreicht; jetzt galt es zu zeigen, wer zuerst zum Schwerte zu greifen oder nachzugeben gewillt sei. Und wie so oft in der Geschichte der Vereinigten Staaten — auch diesmal trat wieder eine Periode des Zögerns ein, welche bewies, daß jeder den entscheidenden Schritt zu thun sich scheute und den gemeinsamen Verband doch noch höher stellte als die vermeintlichen Gefahren, welche aus ihm erwuchsen. Das Nationalgefühl war trotz allem, was seit Jahren zu seiner Untergrabung geschehen war, noch mächtig genug, um die Leidenschaften zurückzudrängen und eine Frage, an deren Lösung das Wohl und Wehe von Hunderttausenden hing, zur eingehendsten Erörterung gelangen zu lassen. Calhoun ging noch Washington, um seinen Senatssitz einzunehmen, bereit, die Rechte seiner Mandatare in vollstem Umfange zu verteidigen, zugleich aber mit der Adresse der Landeskonvention „an das Volk der Vereinigten Staaten“ in der Tasche, in der Südkarolina feierlich erklärt hatte, daß es, „soweit es in seiner Hand läge, nicht zum Blutvergießen kommen würde.“ Ein von ihm aufgestellter Tarifplan erwies sich zwar als unmöglich, gab jedoch den sprechenden Beweis dafür, daß der Staat zum Unterhandeln und zur Abschließung eines Kompromisses bereit sei. Jackson kam ebenfalls auf halbem Wege entgegen, indem er in seiner Jahresbotschaft vom 4. Dezember eine weitere Reduction empfahl, worüber eine besondere Kommission berichtete, welche am 27. Dezember die sogenannte Verplanck-Bill einbrachte, durch deren

niedrige Zollsätze eine Verminderung der Staatseinkünfte um ca. 13 Dollars gegenüber den Zolleinnahmen von 1828 bewirkt worden wäre. Nichtsdestoweniger zeigte sich der Präsident da, wo seine und die nationale Ehre engagiert war, unerschütterlich fest; in einer besonderen Botschaft bat er um die Erteilung außerordentlicher Befugnisse behufs Durchführung der Tarifbill in Südkarolina, welche Calhoun dadurch zu parieren suchte, daß er am 22. Januar 1835 eine Reihe der Resolutionen über die Befugnisse der Bundesregierung vorlegte, welche jedoch von dem Senate, der inzwischen dem Verlangen Jacksons nachgekommen war, und eine Zwangsbill (Forcebill) zur Debatte gestellt hatte, abgewiesen wurden. Dem vermittelnden Auftreten Clay's gelang es wieder, die tiefe Kluft zu überbrücken. Nach einer bereits 14 Tage dauernden Redeschlacht brachte er den Antrag zu einer Modifikation der Tarifgesetze ein, welcher Calhoun im großen und ganzen seine Zustimmung geben zu können glaubte, während Webster und der äußerste Flügel der Schutzzollpartei sich ablehnend verhielt. Man hat oft versucht, diesen Umschwung in der Meinung Calhouns durch die Furcht zu erklären, welche er einem Einschreiten des Präsidenten gegenüber gehegt hätte; nicht die Vaterlandsliebe und Staatsklugheit, sondern gemeine Angst, ins Gefängnis gebracht oder gar gehängt zu werden, sei es gewesen, welche ihn zur Annahme dieses Kompromisses bewogen haben soll — eine Klatscherzählung, die durch die Beharrlichkeit, mit der sie weiter verbreitet worden ist, allmählich das Ansehen eines geschichtlichen Faktums erlangt hat, jedoch in Wahrheit vollkommen erfunden ist. Calhoun hegte die geringste Besorgnis für sein Leben, und Jackson war gar nicht in der Lage, ihm den Prozeß machen zu können.

Das Hauptinteresse der ganzen Debatte konzentrierte sich auf den 15. und 16. Februar, an welchen Tagen Calhoun und Webster zwei hochbedeutsame Reden hielten, welche, jede in ihrer Art, für das Verständnis der Streitfrage zwischen Bundesautorität und Staatensouveränetät von größter Wichtigkeit sind.

Der Senat beschloß am 18. Februar mit 32 gegen 1 Stimme die dritte Lesung der Forcebill, desgleichen war die Genehmigung der Tarifbill sicher, als plötzlich ein weiterer Antrag Clay's, wonach nicht die Wertangabe der Güter am Ausfuhrorte, sondern

Fig. 17.



Webster.
(Nach Cassel, History.)

eine Abschätzung derselben bei der Einfuhr den Zöllen zu Grunde gelegt werden sollte, den ganzen Kompromiß zu vernichten drohte. Da die Schutzzöllner von diesem Verlangen nicht abwichen, mußte Calhoun schließlich schweren Herzens seine Zustimmung

hierzu erteilen, wobei er durch einige nebensächliche Bedingungen die Niederlage zu verdecken suchte. Mit dem Hinwegräumen dieses letzten Hindernisses war der Kompromiß gesichert, man ersetzte die Verplanckbill durch die von Clay im Senate eingebrachte Bill, welche schließlich im Hause mit 119 gegen 85 Stimmen und im Senat mit 29 gegen 16 Stimmen genehmigt und am 2. März zugleich mit der jetzt ohne Bedeutung gewordenen Forcebill von Jackson unterzeichnet wurde. Vierzehn Tage später, am 12. März, hob die Konvention von Südkarolina die Nullifikationsordonnanz auf, womit der Streit, der die Union zu sprengen gedroht hatte, sein friedliches Ende fand. Hatte auch keine der beiden Gewalten einen unbestrittenen Sieg davongetragen, so war doch der Hauptvorteil bei dem abgeschlossenen Kompromisse auf Seiten Südkarolinas, das sich als mächtig genug erwiesen hatte, der Gesamtheit zu trotzen und die Souveränität und Einheit der Gesetzgebung zu durchlöchern.

Die zweite große wirtschaftliche Streitfrage, welche während der Regierungszeit Jackson's das Land durchtobte und kurz als die Bankfrage bezeichnet werden kann, nahm einen nicht minder stürmischen Verlauf als die Debatten über die Tarifbill. Jackson war nicht, wie man so oft behauptet hat, mit der feststehenden Absicht nach Washington gekommen, der Bank den Garaus zu machen; wohl aber teilte er die Befürchtungen eines großen Teils der Bevölkerung, namentlich im Süden und Westen, daß die riesige Kapitalmacht dem Lande schädlich werden und einen illegitimen und „undemokratischen“ Einfluß auf die politischen Geschicke der Union ausüben könne. So kam es, daß einige an sich unbedeutende Momente seine Aufmerksamkeit auf das Treiben der Bank lenkten und ihm eine Abänderung des bisherigen Zustandes nahelegten. Das Publikum war freilich sehr überrascht, als er in der ersten Jahresbotschaft (Dezember 1829) den Wunsch aussprach, daß der Kongreß recht sorgfältig und frühzeitig das zu erwartende Gesuch um Erneuerung des Freibriefes der Bank in Erwägung ziehen möge. Die Worte der Botschaft:

„Sowohl die Konstitutionalität als die Zweckmäßigkeit des Gesetzes, welches die Bank schuf, werden von einem großen Teile unserer Mitbürger entschieden bestritten, und alle müssen zugeben, daß es den großen Zweck nicht erfüllt hat, ein gleichförmiges und gesundes Papiergeld zu beschaffen" waren bezeichnend genug und wurden durch die Wiederkehr der Empfehlung in den zwei folgenden Botschaften immer deutlicher. Immerhin ging dieser Angriff nur auf die eine bestimmte Bank, nicht auf die Bank im allgemeinen, ja es findet sich sogar in der ersten Botschaft der Vorschlag, „eine nationale, auf den Kredit der Regierung und deren Einkünfte gegründete Bank an ihre Stelle zu setzen", die natürlich unter der Herrschaft der Demokratie ein willfähriges Instrument in der Hand des gerade Allmächtigen geworden wäre. Die Bankfrage zog sich jedoch vorläufig noch hin und wäre unzweifelhaft bis zur Stunde der Erneuerung des Privilegiums ohne Entscheidung geblieben, wenn nicht das Auftreten der Bank als Verbündete der Nationalrepublikaner (Whigs) im Wahlfeldzuge von 1832 den Zorn des Präsidenten hervorgerufen hätte.

Bei den Vorbereitungen zu den Präsidentenwahlen hatte bisher das Kaukussystem geherrscht, d. h. eine Anzahl von Parteiführern, meist Mitgliedern des Kongresses, that sich zusammen, um den Kandidaten der Partei zu nominieren. Die Furcht des Volkes vor solchen undemokratischen Institutionen hatte dazu geführt, daß seit jener Zeit statt des „König Kaukus" Nationalkonvente an der Tagesordnung waren, große allgemeine Versammlungen von Parteidelegaten, deren Mandat niemand so gewissenhaft prüfte. Wie bereits bemerkt, hatte der Wahlfeldzug für die zweite Wahl Jackson's schon frühzeitig begonnen, was die Nationalrepublikaner ebenfalls zu energischen Maßregeln veranlaßte. Schon im Dezember 1831, ein Jahr vor der wirklichen Wahl, bildeten die Nationalrepublikaner zu Baltimore eine Konvention, welche Clay zum Kandidaten nominierte. Gleichzeitig wurde eine Adresse an das Volk erlassen, in der die Regierung

Jackson's kritisiert, und namentlich die Bank bis zum Himmel erhoben wurde. Seit jener Zeit gaben die Nationalrepublikaner die Parole „Bank oder Jackson“ aus, die, wie wir wissen, nicht kräftig genug wirkte, um die Wiederwahl Jacksons hindern zu können. Die Whigs waren thöricht genug, die Bank zu bewegen, jetzt schon um die Erneuerung ihres Freibriefes einzukommen, wodurch sie hofften, den Präsidenten in eine verzwickte und verantwortliche Lage zu bringen. Jackson nahm den hingeworfenen Handschuh auf, und wies somit die am 3. Juli im Kongreß mit 107 gegen 85 Stimmen angenommene Bankbill am 10. Juli unter Protest zurück, mit dieser Antwort zugleich auch seinerseits die Stellung zur Bankfrage als eine Parteifrage anerkennend. In der Vetobotschaft bezeichnete Jackson viele der Bestimmungen des bestehenden Bankgesetzes für verfassungswidrig und erklärte, daß die neue Bankbill deshalb für ihn unannehmbar sei, weil sie die meisten alten und etliche neue Bestimmungen aufgenommen habe, die nicht, wie die Verfassung es fordert, „notwendig und geeignet zur Erreichung der beabsichtigten Zwecke“ seien. Mit diesem präsidentschaftlichen Urteile über die Verfassungsmäßigkeit der Bestimmungen überschritt jedoch Jackson die ihm zustehenden Rechte, da durch die Verfassung die legislative Macht ausschließlich dem Kongresse übertragen worden war und dem Präsidenten nur das Veto, also die Verhinderung der Rechtskräftigkeit anheimgegeben war. Das Volk aber schlug sich auf seine Seite und stellte ihm durch die Wiederwahl ein vollwichtiges Vertrauensvotum aus. In der Jahresbotschaft vom Dezember 1832 trat daher Jackson schon energischer auf, indem er dem Kongreß den Vorschlag machte alle in der Bank niedergelegten Kapitalien der Regierung flüssig zu machen und eine Untersuchung über die allgemeine Lage der Bank anzustellen. Das Haus weigerte sich jedoch, diesem Wunsche nachzukommen, nahm vielmehr am 2. März 1833 mit 109 gegen 46 Stimmen eine Resolution an, daß die Depositen „sicher in der Bank der Vereinigten Staaten verbleiben können“,

was den Präsidenten dermaßen irritierte, daß er den derselben Ansicht huldigenden Finanzminister M. Lane am 1. Juni durch Duane ersetzte, in welchem er ein gefügigeres Werkzeug zur Ausführung seines Planes auch gegen den Willen des Kongresses gewonnen zu haben glaubte. Ein von dem Präsidenten gestellter Antrag, ob es sich nicht empfehle, die Bundesdepositen bei anderen Banken zu deponieren, stieß jedoch der ihm innewohnenden Widersinnigkeit halber auf den heftigsten Widerstand des neuen Ministers, der am 21. September nach einem lebhaften Briefwechsel mit dem Präsidenten, in dem er seine Weigerung, den betreffenden Befehl auszuführen, eingehend motivierte, seine Entlassung erhielt. Der bisherige Generalanwalt Taney wurde zum Finanzminister ernannt und unterzeichnete sofort den gewünschten Erlaß des Präsidenten, den er am 4. Dezember im Kongreß mit Berufung auf den Artikel 16 des Bankgesetzes verteidigte, in welchem dem Finanzsekretär die Befugnis zugesprochen war, die Depositen zu entfernen, wenn das öffentliche Interesse oder die öffentliche Bequemlichkeit durch die Entfernung befördert werde. Der Senat beantwortete diesen Schritt der Exekutive mit einer am 28. März 1834 nach dreimonatlicher Debatte mit 26 gegen 20 Stimmen angenommenen Resolution: „Beschlossen, daß der Präsident in der letzten exekutiven Maßnahme in Bezug auf die öffentlichen Einkünfte sich eine Autorität und Gewalt angemaßt hat, die ihm nicht durch die Konstitution und Gesetze verliehen worden ist, sondern im Widerspruche mit beiden steht.“ Ein von Jackson am 15. April eingesandter Protest, dessen Eintragung in das Journal des Senats er energisch forderte, brachte eine neue Resolution des Senats vom 7. Mai hervor, welche diesen Protest als einen Bruch der Privilegien des Senats bezeichnete und deshalb seine Eintragung ablehnte. Hiermit gaben sich jedoch die Jacksonianer nicht zufrieden; unter der Führerschaft Benton's setzten sie es endlich drei Jahre später, am 16. Januar 1837 durch, daß die Resolution vom 28. März 1834 gelöscht wurde, was denn auch mit großer

Feierlichkeit geschah. Die Bank selbst hörte mit dem Erlöschen ihres Freibriefes am 3. März 1836 zu funktionieren auf, führte jedoch ihre Geschäfte unter dem Namen „Pennsylvania-Bank der Vereinigten Staaten“ weiter, bis der allgemeine Krach von 1837 und seine Fortsetzung 1839 auch sie in Mitleidenschaft zog und sie im letztgenannten Jahre ihre Zahlungen einstellte. Durch die Überweisung der Depositengelder der Bundesregierung an die kleinen Staatenbanken wurde jedoch das Übel, welchem Jackson hatte abhelfen wollen, erst recht hervorgerufen und eine sinnlose Spekulation erzeugt, auf die der Krach mit mathematischer Sicherheit folgen mußte.

In den beiden Hauptfragen der Jacksonschen Regierung, der Tarif- und Bankfrage, hatten die Sklavenhalterinteressen zwar stets ein gewichtiges Wort mitgesprochen, die Sklavenfrage selber war dagegen nicht erörtert worden. Dies geschah erst anläßlich der Abolitionistenbewegung, welche zu Beginn der dreißiger Jahre ihren Anfang nahm und trotz aller Anfeindungen des Südens, der sich in seiner „berechtigten Eigentümlichkeit“ angegriffen sah, immer weitere Ausdehnung gewann. Bisher hatten die Quäker nur aus humanitären Rücksichten ihre Stimme gegen die Sklaverei erhoben; jetzt wurde plötzlich ein politisches Programm entwickelt, das kein faules Kompromiß mit dem Süden dulden konnte. Bereits im Jahre 1821 hatte ein gewisser Benjamin Lundy, ein aus New Jersey stammender Quäker, eine Zeitschrift unter dem Titel „Genius of Universal Emancipation“ zu veröffentlichen begannen, in der die Sklaverei aufs Entschiedenste bekämpft wurde. Als nun im Herbst 1829 William Lloyd Garrison, ein junger Litterat, der sich aus dem Handwerkerstande durch eigene Kraft emporgearbeitet hatte, sich mit Lundy verbindete und nach Baltimore, wo der „Genius“ erschien, übersiedelte, gewann das Programm der beiden Männer einen ganz anderen, selbstbewußten Charakter, indem es statt der früher ins Auge gefaßten Kolonisation der Sklaven in Afrika, das Unnütze dieses Planes erkennend, „sofortige und bedingungslose Eman-

zipation“ auf seine Fahne schrieb. Als Garrison durch sein Auftreten gegen den Kapitän eines in Baltimore Sklaven einladenden Schiffes sich Unannehmlichkeiten zuzog, ging er 1831 nach Boston, wo er ein eigenes Blatt „The Liberator“ und ein Jahr darauf „New England Anti Slavery Society“ begründete. Schon 1833 konnte zu Philadelphia eine nationale Antisklaverei-Konvention stattfinden, welche die „American Anti Slavery Society“ begründete. Die Bestrebungen der Gesellschaft fielen insofern auf einen günstigen Boden, als der religiöse Sinn des Volkes zu Ende der zwanziger Jahre einen bedeutenden Aufschwung erfahren hatte, Massenerweckungen (Revivals) häufig vorkamen und viele Stimmen das Herannahen des Reiches des Herrn verkündeten. Andererseits waren die Sklavenhalter gewarnt und standen schlagfertig da, eine im August 1837 stattgehabte Sklavenrebellion unter Führung von Nat Turner zu Southampton County in Virginia hatte das Opfer von 61 Weißen, zumeist Frauen und Kinder, gefordert, was den Süden in größte Aufregung versetzte.

War aber auch der Süden in der Wahrung seiner Rechte unerschütterlich und zum Äußersten bereit, so fanden doch die Abolitionisten im Norden noch einen größeren Haß und bittere Verachtung vor. Man beschuldigte sie, das egoistische Interesse des Augenblickes allein wahrnehmend, den Streit zwischen Norden und Süden zu provozieren und das mühsam hergestellte Einvernehmen zwischen den Parteien von neuem zu vernichten. Und man blieb bei diesen Anklagen allein nicht stehen. Überall wo im Norden humane und aufgeklärte Männer sich zusammenthaten, um für das leibliche und geistige Wohl der Neger zu sorgen, trieb der Pöbel — und nicht er allein — sie auseinander, zerstörte er die Schulen und warf Anhängern und Führern der Bewegung die Fenster ein. In New York, Newark, Canaan, Norwich, Boston, Utica u. s. w. erfolgten in den Jahren 1833 und 1834 eine Reihe von Tumultszenen, denen der Süden vollen Beifall zollte, so daß auf diese Weise die strengsten Maßregeln der

Lokalbehörden und die Ermahnungen der Presse machtlos blieben. Mit dieser Abwehr begnügten sie sich jedoch nicht, sondern ergriffen zu gleicher Zeit drakonische Maßregeln gegen die verbrecherischen Subjekte, welche es wagen sollten, im Bereiche ihrer Macht die Sklaven zu belehren oder religiöse Vorträge zu halten, hinter denen besonders der Unrat abolitionischer Tendenzen gewittert wurde. In Nord- und Südkarolina vornehmlich feierte dieses Bestreben, die Sklaven völlig zu vertieren, die größten Orgien; hohe Geldbuße, Peitschenhiebe und Tod waren die Strafen, welche auf jeden Versuch, die geistige Finsternis in den Negerköpfen zu lichten, gesetzt waren. Besondere Wut empfand der Süden natürlich gegen die Urheber der Abolitionistenbewegung; Gouverneur Lumpkin von Georgia ging sogar soweit, einen Akt zu unterzeichnen, der dem Häscher Garrisons die Belohnung von 5000 Dollars versprach. Die Verbreitung von Druckschriften der Abolitionisten im Süden war den Sklavenhaltern gleichfalls besonders verhaßt, und sie wandten ihre ganze Kraft an, um den Norden zur Heeresfolge bei der Unterdrückung der Antisklavereischriften zu zwingen. Sie selbst hatten sich schon seit langem durch eine Reihe von Gesetzen zu schützen gesucht, welche die Verbreitung der aufreizenden Preßprodukte aufs strengste verboten und bestraften. Nichtsdestoweniger beförderte die Post tagtäglich von Norden her große Mengen dieser Hetzlitteratur, deren Austeilung zu verhindern die Macht der Staaten zu schwach war. Im Sommer 1835 brach daher zu Charleston in Südkarolina der erste Postkrawall aus; man stürmte das Postgebäude und konfiszierte die verdächtigen Schriften. Ein Sicherheitsausschuß trat zusammen und unterhandelte mit dem Postmeister, welcher sich bereit erklärte, die Hetzlitteratur in Zukunft nicht mehr zur Bestellung zu bringen, und gleichzeitig die Bitte nach New York sandte, dort die Versendung der Brandschriften zu inhibieren. Auf die Bitte der Postbeamten um weitere Verhaltungsmaßregeln antwortete der Generalpostmeister Amos Kendall am 22. August, daß „der Generalpostmeister keine gesetzliche

Befugnis hat, irgend eine Art von Zeitungen, Magazinen oder Pamphleten von der Post auszuschließen," fügte jedoch hinzu, daß er an ihrer Stelle ebenso gehandelt haben würde, und gab so das Beispiel, daß ein hoher Beamter des Staates seine Untergebenen auffordert, die Verfassung und die Grundrechte des Staates, welche die Preßfreiheit garantierten, aufs schamloseste zu verletzen. Freilich lag hier eine Kollision der Pflichten vor, welche gewiß nicht leicht genommen werden durfte, aber jedenfalls das Vergehen des Postmeisters nicht entschuldigen kann. Die Staatengesetze, welche die Verbreitung von Antisklavereischriften verboten, bestanden in der Union vollkommen zu Recht, die Preßfreiheit gleichfalls – zu bestimmen, wem nun der Vorzug zu geben sei, lag nicht in der individuellen Meinung des Generalpostmeisters, sondern konnte nur durch Gesetz oder Gerichtsbeschluß entschieden werden. Diesen Standpunkt nahm auch der Präsident ein, dessen Botschaft vom 2. Dezember 1835 die Frage erörterte, und ein Gesetz vorschlug derart, daß „unter schweren Strafen verboten sei, in den südlichen Staaten durch die Post Brandschriften zu verbreiten, welche den Zweck haben, die Sklaven zur Empörung aufzureizen." Die Bill wurde einem Ausschusse zur Beratung übergeben, der sich jedoch nicht einigen konnte, weshalb Calhoun, der ein Mitglied dieses Ausschusses war, einen anderen Antrag zur Diskussion stellte, der nicht, wie die Bill des Präsidenten gewisse Schriften auf den Index setzte, sondern die Verordnung an die Posthalter enthielt, sich den Gesetzen der einzelnen Staaten zu fügen und danach die konkreten Fragen zu erledigen. Im Grunde genommen hatten beide Entwürfe dasselbe Ziel, Knebelung der Antisklaverei-Presse und Umwandlung jedes Postbureaus in ein cabinet noir, dessen Willkür das Wohl und Wehe aller Bürger rettungslos anheimgegeben war. Der gesunde Menschenverstand, der mit Recht diese Bestimmungen beleidigend und ungesetzlich fand, siegte, — wenn auch nur mit 25 gegen 19 Stimmen; beide Anträge wurden verworfen und schließlich ein Bill angenommen, die den Posthaltern bei Strafe

verbot, irgendwelche Postsachen ohne Autorisation zurückzubehalten.

Der Süden war somit unterlegen, hatte aber wieder einen bedeutenden Schritt in der Staatenrechtstheorie gethan, indem er durch Calhoun erklärte, daß Bundesregierung und Staatengewalt nicht einmal mehr gleichberechtigte Parteien, wie früher noch bei der Tarifbill zugestanden, seien, sondern daß die Bundesregierung verpflichtet sei, die Befehle der Staaten entgegenzunehmen und zur Ausführung zu bringen. Gleichzeitig hatte der Süden mehr als einmal Gelegenheit genommen, mit Emphase zu erklären, daß er auch für die Zukunft die Aufhebung der Sklaverei für unmöglich und für eine Verletzung seiner Rechte halte der er nötigenfalls mit Waffengewalt entgegentreten werden würde.

Die von der Sklavenhalterpartei erlangte Machtstellung zeigte sich dagegen in vollem Glanze bei der Aufnahme der Territorien Michigan und Arkansas als selbständiger Staaten in den Verband der Union. Das schon früher gestellte Verlangen von Michigan war immer zurückgewiesen worden, da man sich scheute, die alte Tradition zu durchbrechen, daß immer zwei Staaten, ein freier und ein Sklavenstaat, aufgenommen werden müßten wodurch das Gleichgewicht zwischen Süden und Norden erhalten blieb. Jetzt trat jedoch Arkansas, auf das der Missouriausgleich Anwendung fand, ebenfalls mit seinem Anliegen vor, so daß kein Grund vorlag, die Aufnahme der Territorien zu verweigern. Der Senat erledigte am 2. April 1836 die Michiganbill mit 24 gegen 18 und am 4. April die Arkansasbill mit 31 gegen 6 Stimmen, während im Repräsentantenhause zuerst ein Streit darüber entstand, welcher Bill der Vorrang eingeräumt werden solle, was übrigens auf die Annahme der Anträge keinen Einfluß ausübte.

Noch größer war der Triumph der Sklavenhalter bei der Regulierung der Nordwestgrenze von Missouri, da durch dieselbe ein bedeutendes Stück Land nördlich der Missourilinie mit dem Sklavenstaate verbunden, also selber der Sklaverei zugäng-

lich gemacht wurde. Auf dem Gebiete selbst wohnten die Indianerstämme der Sacks und Foxes, mit denen jedoch am 27. September 1836 ein neuer Vertrag abgeschlossen wurde, demzufolge sie eine andere Reservation abgetreten erhielten. Die Verletzung des Missourikompromisses geschah durch einen von den Senatoren Benton und Linn aus Missouri ausgeklügelten Beschluß, der, die Sklavenfrage vollständig ignorierend, einfach bestimmte: „Wenn der indianische Besitztitel auf das Land zwischen dem Staate Missouri und dem Missourifluß getilgt ist, so soll die Jurisdiktion über dieses Land dem Staate Missouri abgetreten werden.“ Im Kongresse erhob sich keine Stimme gegen diesen Vertragsbruch, der am 15. Februar 1837 durch die Proklamierung des Gesetzes eine Thatsache wurde, die man vor dem Publikum durch die unschuldig aussehende Gesetzeshülle zu verbergen eifrig bemüht gewesen war.

Von den weiteren Ereignissen der Jacksonschen Präsidentschaft ist noch der Abschluß von Freundschafts- und Handelsverträgen mit Siam, Maskat in Arabien, Marokko und anderen halbzivilisirten Staaten, sowie die Erledigung der seit langem schwebenden Streitfrage der Zahlung von Entschädigungsgeldern im Betrage von 25 Millionen Francs seitens Frankreich zu zu nennen. Auch die Indianerfrage tauchte in den dreißiger Jahren wieder auf und erforderte bedeutende Sorgfalt und Wachsamkeit in der Ausführung des Planes der Regierung, die im Süden noch ansässigen Rothäute in das Gebiet westlich vom Mississippi zu verpflanzen. Am 9. Mai 1832 unterzeichneten die Seminolenhäuptlinge zu Payne's Landing einen Vertrag, in welchem sie sich verpflichteten, binnen drei Jahren Florida zu verlassen und in den Westen überzusiedeln. Die bei den Indianern lebenden Sklaven suchten jedoch die Stämme von der Auswanderung zurückzuhalten, um nicht von neuem in die Gewalt der Sklavenhalter zu geraten, welche schon wieder Miene machten, neue Hetzen zu verstalten, um die Entflohenen einzufangen. Der Indianer-Agent General Thompson lieh diesen

Bestrebungen willig seinen Schutz und schlug sogar die Absendung einer Schaar Unionstruppen vor, „um Neger zu fangen, unter denen man viele flüchtige Sklaven vermutet.“ Thompson

Fig. 18.



Osceola.
(Nach Cassel, History.)

war es auch, der durch sein gewaltthätiges Benehmen den Ausbruch des zweiten Seminolenkrieges verursachte. Er ließ das Weib des Seminolenhäuptlinges Osceola, eines Halbblutindianers, bei ihrer Anwesenheit in Fort King unter dem Vorwande, daß

sie die Tochter einer Sklavin sei, verhaften und dem Eigentümer der Mutter übergeben. Osceola selbst wurde in's Gefängnis geworfen, später jedoch frei gegeben, da er seine Wut zu verbergen und den General zu täuschen wußte. Im Winter des Jahres 1835 führte er jedoch seinen Racheplan aus, indem er Thompson und seinen Begleitern auflauerte und sie in einem Hause in der Umgebung des Forts tötete. Der nun ausbrechende Krieg forderte ungeheuere Opfer, da die Terrainschwierigkeiten und das ungesunde Klima das Vordringen großer Heeresmassen unmöglich machten, und die kleinern Schaaren von den mit aller Kriegslisten bekannten, in den Sümpfen und Wäldern heimischen Indianern völlig aufgerieben wurden. Am 6. März 1837 schloß der kommandierende General Jessup endlich eine Convention zu Camp Dade ab, welche den Indianern das Territorium zwischen dem St. John und dem Golfe von Mexiko südlich von Fort Drane einräumte. Ein unterm 5. April erlassener Armeebefehl verbot jedem Weißen mit Ausnahme der im Dienste der Union stehenden Beamten, das Gebiet zu betreten. Die Gier der Sklavenbesitzer, sich ihrer Neger und auch der freien Schwarzen zu bemächtigen, brachte bald neue Vertragsverletzungen hervor, die Jessup auf die Seminolen schob und zum Vorwande energischeren Auftretens benutzte; er schlug sich auf die Seite der Sklavenhalter und forderte am 28. Mai 1837 die Auslieferung aller Neger, die Weißen gehörten, während er früher nur die während des Krieges zu den Indianern geflüchteten ausgeliefert haben wollte. Von neuem entbrannte der Streit, der insofern für die Amerikaner glücklich war, als Osceola am 21. Oktober 1837 in ihre Hände geriet und im Fort Moultrie im Hafen von Charleston am 26. Januar 1838 an der Bräune starb. Seine Gefangennahme erfolgte jedoch nicht in ehrlichem Kampfe, sondern während einer Unterhandlung, welche zwischen ihm und General Hernandez in der Nähe des Forts Payton unter dem Schutze der Neutralität stattfand. General Jessup suchte später dieses hinterlistige Verfahren da-

durch zu rechtfertigen, daß er nur Gleiches mit Gleichem vergolten, da Osceola ebenfalls sich eines Treubruches schuldig gemacht hätte — eine Moral, die im Munde eines amerikanischen Generals sich sehr sonderbar ausnimmt. Im Verlaufe des weiteren Krieges, der sich bis in die vierziger Jahre hineinzog, erklärten sich einige Stämme zur Übersiedelung endlich bereit, während die meisten von den durch die Aussicht auf Beute an Negern, welche die Unionsregierung den Soldaten abzukaufen sich nicht schämte, fanatisierten Truppen niedergemacht und ihre Wohnungen geplündert und zerstört wurden.

Politisch wichtiger und in seinen Folgen für die Staatengeschichte der Union bedeutsamer als diese Indianerkriege ist der gleichfalls in Jacksons Zeit fallende Aufstand in Texas, das schließlich von Mexiko sich losriß und in die Union einverleibt wurde. Wie schon öfter hervorgehoben, setzte die Kultur in den Südstaaten einen Raubbau voraus, der immer neues Land beanspruchte und deshalb die Blicke der Sklavenhalter stets weiter nach Süden und Südwesten lenkte, welche beiden Gebiete ihnen durch die Missouriakte freigegeben worden waren. In dem bekannten Streite zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien hatten erstere als der stärkere Teil den Sieg davongetragen, jedoch nicht, wie es von mehreren Seiten verlangt worden durchzusetzen vermocht, daß der Rio Grande del Norte der Grenzfluß im Südwesten sei. Die nach jungfräulichem Boden begierigen Sklavenhalter umgingen jedoch die so geschaffene Schwierigkeit, indem sie als Kolonisten in Texas einzogen und ihre Sklaven mitnahmen. Mexiko, welches inzwischen seine Unabhängigkeit erlangt hatte, ermunterte diese Kolonisation, welche namentlich durch Moses Austin und seinen Sohn Stephan F. Austin in Gang gebracht wurde, und schien durch die wohlwollende Haltung der Unionsregierung während seines Aufstandes über die Entwickelung der Ereignisse völlig ruhig zu sein, zumal die meisten der Einwanderer aus Tennessee, Mississippi und Louisiana stammten und von dort den Katholizismus

ebenfalls mitbrachten. Eine für jeden Sklaven gezahlte Prämie von 80 Acres lockte natürlich die Plantagenbesitzer zur Ansiedelung, welche auch nach dem Verbote der Sklaveneinfuhr durch das Dekret des mexikanischen Kongresses vom 13. Juli 1824 und durch die im selben Jahre angenommene Konstitution, welche die Emanzipation aller in Mexiko in Zukunft geborenen Sklavenkinder anordnete, immer weitere Ausdehnung gewann, da es in dem entfernten Texas ein Leichtes war, diese die Sklaverei in ihren Grundvesten erschütternden Gesetze zu ignorieren. Einige von Adams an Mexiko gerichtete Kaufanträge mit mehr oder minder deutlicher moralischer Pression wurden abgelehnt, kleinere Versuche zur Losreißung mittelst Einfalls mit bewaffneten Banden, die von etlichen kühnen Abenteurern unternommen wurden, scheiterten gleichfalls.

Das Fortschreiten des Emanzipationswerkes in Mexiko, das mit dem Dekret vom 15. September 1829, welches allen Sklaven die Freiheit gab, seinen Abschluß fand, erbitterte die Südstaaten und ihre in Texas wohnenden Anhänger derart, daß die mexikanische Regierung die Erklärung abgeben mußte, es würde Texas eine Ausnahmestellung bewilligt werden. Der Norden erkannte zu gleicher Zeit die aus der Vergrößerung des Gebietes des Südens in politischer Beziehung hervorgehenden Gefahren und riet deshalb, als Jackson das Kaufgebot erneuerte, von einer Erwerbung dringend ab. Die Begeisterung, welche der Süden für das Texasprojekt empfand, und die ehrlich aus dem Herzen kam, wurde noch geschürt, als 1830 in New-York drei große Landgesellschaften: Galveston Bay and Pescas Land Company; Arkansas and Texas Land Company und Rio Grande Company gegründet wurden, die, von der mexikanischen Regierung mit Land reichlich beschenkt, für die Besiedelung des Gebietes lebhafte Propaganda machten. Die Sucht nach Reichtum, das fieberhafte Streben, schnell und mühelos reich zu werden, halfen dem neuen Schwindel auf die Beine und verführten eine Menge von Leuten, sich dort große Ländereien zu kaufen, deren Wert

ohne die Vereinigung und Zusammengehörigkeit von Texas mit der Union ein ziemlich problematischer war, mit der Aufnahme des Staates jedoch bedeutend sein mußte. Aktueller wurde diese Frage, als ein kühner Abenteurer, zugleich ein guter Freund von Jackson, Samuel Houston, dem Präsidenten die Mitteilung machen ließ, daß binnen wenigen Wochen ein Aufstand in Texas erfolgen würde, zu welchem Unternehmen er in der ganzen Union Freiwillige sammle. Der Plan ging jedoch nicht ganz so schnell, als erwartet wurde, in Erfüllung, da augenblicklich in Texas Ruhe war und erst eine Revolution abgewartet werden mußte, um in das Land mit einem Schein von Berechtigung einfallen zu können. Man begnügte sich deshalb zunächst mit dem Bestreben, Texas von Cohahuila, mit dem es in einer Legislatur vereinigt war, zu trennen, was jedoch weder durch die Konventionen zu San Felipe vom 8. Oktober 1832 und April 1833 noch durch die Reise Austins nach Mexiko gelang. Die Revolution von Santa Anna in Mexiko brachte endlich den ersehnten Moment herbei; nationale Sicherheitsausschüsse wurden in Texas errichtet und am 12. November 1835 eine provisorische Regierung zu San Felipe eingesetzt, deren Bemühungen es gelang, soviel Truppen aufzubringen, als nötig waren, um die mexikanischen Soldaten aus dem Lande zu jagen. Am 2. März 1836 wurde die Unabhängigkeitserklärung von Texas verkündet; am 17. März eine Konstitution erlassen, die die Annahme des Common Law aufweist, im übrigen sich die Verfassungen der extremen Sklavenstaaten zum Muster genommen hat. Einige Greuelthaten der mexikanischen Truppen erzeugten in ganz Nord-Amerika große Entrüstung, die in der Unterstützung der Rebellen in Texas ihren Widerhall fand. Houston, welcher den Oberbefehl erhalten hatte, glückte es endlich, am 21. April 1836 den Präsidenten Santa Anna bei San Jacinto völlig zu schlagen, letzteren selber gefangen zu nehmen und ihm die Bedingungen zu oktroyieren, unter denen Texas seine Unabhängigkeit anerkannt wissen wollte. Der mexikanische Kongreß weigerte sich indessen, den Vertrag des

Präsidenten, der auf Grund seiner Nachgiebigkeit aus der Gefangenschaft entlassen wurde, anzuerkennen, so daß von neuem das Kriegsglück entscheiden mußte. Texas war jedoch durch die bisherigen Ereignisse Mexiko gegenüber zu einer festen Position gelangt, in welcher zu beharren ihm nicht schwer fallen konnte, da es an der Bevölkerung der ihm benachbarten Südstaaten der Union einen Rückhalt fand, dessen Bedeutung von Tag zu Tag sich klarer herausstellte.

Van Buren.

Mit Jackson, dem „alten Hickory", wie Anhänger ihn nannten, war der letzte Staatsmann vom Präsidentenstuhle heruntergestiegen — ein neues Geschlecht trat auf, das der Politiker, welche aus der Teilnahme am öffentlichen Leben ein Gewerbe machten und ihre Überzeugungen je nach dem herrschenden Winde einrichteten, um immer am Platze zu sein, wo es lohnende Stellen zu vergeben galt. Jacksons Regierung hatte dieser Entwickelung, welche für die Vereinigten Staaten bis auf den heutigen Tag von schwerem Schaden gewesen ist, einen starken Impuls gegeben, wie er auch derjenige war, welcher seinen ganzen Einfluß darauf verwandte, die Wahl Van Burens zu sichern, so daß seine Gegner ihm vorwerfen konnten, er habe seinen Nachfolger ernannt. Die große Masse kannte den neuen Präsidenten nicht, sein Name hatte nicht den Klang wie der all jener Männer, welche den Unabhängigkeitskrieg mit erlebt und durchgekämpft hatten. Van Buren war vielmehr das Prototyp jener geschäftigen Politiker, welche das Kleinste für ihre Zwecke nutzbar zu machen verstanden und deren Geschmeidigkeit mit der Zähigkeit wetteiferte, welche sie bei Erstrebung ihres Zieles an den Tag legten. Die großen Ideeen treten zurück, das kleine Intriguenspiel macht sich breit, die Stimmen werden zu kaufen gesucht oder gefälscht — kurz es entsteht jener Wirrwar von politischen

Anschauungen, welcher das politische Leben der Union in den Augen der an ruhige Verhältnisse gewöhnten europäischen Beobachter in so hohem Grade diskreditiert hat.

Van Buren, am 5. Dezember 1782 geboren, war der Sohn

Fig. 19.



Präsident Van Buren.
(Nach Cassel, History.)

eines kleinen Farmers im Staate New-York, der zugleich eine Schänke besaß, in der der junge Knabe durch das Gespräch der Bauern seine ersten Ideeen über Politik gewonnen hat. Im zehnten Jahre kam er bei dem Sachwalter des Dorfes „in die

Lehre", ging dann nach New-York in das Bureau eines Advokaten, um schließlich selber in der Countyhauptstadt sich in der gleichen Eigenschaft niederzulassen, wobei ihm noch reichlich Gelegenheit blieb, an den politischen Kämpfen seines Distrikts teil zu nehmen. Zunächst mit einem County-Amt betraut, wurde er 1812 in den Staatssenat gewählt und erhielt das Amt eines Generalanwalts in New-York, das ihm 1815 allerdings wieder abgenommen wurde. Er hatte jedoch mittlerweile seinen Einfluß benutzt, um sich eine Partei zu gründen, die ihm zum Siege bei der Wahl als Gouverneur von New-York verhalf, welches Amt er aber nur kurze Zeit inne hatte, um als Staatssekretär an die Spitze von Jacksons Kabinett zu treten. Die Weigerung des Senats, ihn als Gesandten nach England zu senden, trug ihm die Sympathie aller Anhänger Jacksons ein, welche in diesem Verhalten des Senats den Ausdruck der Feindschaft gegen den Präsidenten sahen. Der Süden trug freilich Vorsorge, sich erst zu vergewissern, welche Rolle Van Buren ihm und seiner „berechtigten Eigentümlichkeit" gegenüber einzunehmen gedenke; seine Befürchtungen wurden jedoch gehoben, als der Präsidentschaftskandidat im September 1835 einen Brief veröffentlichen ließ, in welchem er die Bestrebungen der Abolitionisten in scharfen Worten mißbilligte. Eine direkte Anfrage von Nord-Karolina hinsichtlich seiner Stellung zu der Frage, ob der Kongreß befugt sei, die Sklaverei im Distrikte Kolumbia aufzuheben, beantwortete er durch die feierliche Beteuerung, daß er sich einem solchen Versuche des Kongresses aufs energischeste widersetzen werde. Sein Triumph bei der Wahl war daher auch vollständig; für ihn stimmten sämtliche Demokraten im Süden und Norden der Union, während die Stimmen der Whigs sich zumeist auf General Harrison aus Ohio vereinigten. Da kein Vicepräsident gewählt worden war, ernannte der Senat Richard M. Johnson aus Kentucky, einen der Helden von Tippecanoe, für dieses Amt.

Die Situation, welche Van Buren bei seinem Regierungsantritte vorfand, war äußerst schwierig; die Handelskrise, welche so lange gedroht hatte, brach endlich herein und riß eine große Zahl von Banken und Geschäftshäusern in das Verderben. Seit dem Erlöschen der Nationalschuld hatten die Einnahmen einen bedeutenden Überschuß ergeben, welcher auf Beschluß des Kongresses derart an die Staaten verteilt werden sollte, daß er den Staatsbanken zur freien Benutzung übergeben würde — eine Maßregel, der Jackson nur sehr ungern zugestimmt hatte. Um der Spekulation wenigstens in etwas entgegenzutreten, bestimmte er deshalb durch das „specie circular", daß die Zahlungen an die Regierung in Zukunft nur in Gold oder Silber geleistet werden dürften, was ihm natürlich von seiten der Kaufleute den Vorwurf eintrug, das Edelmetall zum Schaden des Landes und des Nationalwohlstandes aus dem Verkehr zu ziehen. In einer Van Buren bald nach seinem Regierungsantritt überreichten Eingabe der New Yorker Kaufmannschaft wurde dies offen ausgesprochen und die ganze Krise der Regierung in die Schuhe geschoben. Am Tage darauf gab Van Buren seine Antwort, in der er die Vorwürfe der Kaufleute zurückwies und seine Ansichten verteidigte. Das in der Adresse geäußerte Verlangen nach Einberufung des Kongresses zu einer außerordentlichen Session lehnte er ab, da dazu keine Veranlassung vorliege. Bald darauf mußte er jedoch erkennen, daß es dringend notwendig sei, seine Zuflucht zum Kongresse zu nehmen. Die Barzahlungen waren eingestellt worden, die Depositen alle festgelegt und nur in Banknoten zu erheben, die Zölle warfen nur geringe Erträge ab, der Stillstand der Administration schien bevorzustehen, wenn nicht noch in der letzten Stunde ein Versuch zur Regelung des Notstandes gemacht würde. Der Kongreß wurde daher zu einer außerordentlichen Session einberufen, welche am 4. September 1837 begann und bis zum 16. Oktober währte. Zum Sprecher wurde der Kandidat der Administrationspartei James K. Polk mit 116 Stimmen — nur drei mehr als überhaupt zur Gültig-

keit der Wahl notwendig waren — ernannt. Die Botschaft Van Burens behandelte ausschließlich die Finanzlage und schloß mit dem Vorschlage, durch die Ausgabe von Schatzanweisungen eine neue Nationalschuld zu kreieren, was auch trotz der Spottreden der Opposition als alleiniges Rettungsmittel angenommen wurde. Wichtig war ferner der Gedanke des Präsidenten, die Regierung und die Banken völlig zu scheiden und die öffentlichen Gelder direkt von der Regierung verwalten zu lassen, welcher Einrichtung man den Namen des „unabhängigen Schatzamts“ beilegte. Unter den Demokraten fand dieser Vorschlag viele Gegner, da dieselben den Wegfall der Vorteile befürchteten, welche die innige Verbindung zwischen Regierungsgeld und Bankgeld bisher verschaft hatte. Calhouns Erklärung, für das „unabhängige Schatzamt“ zu stimmen, mußte daher überraschend wirken und wurde sofort zu der Anklage benutzt, daß der Führer der Staatenrechtler seinen Einfluß der Befriedigung seines Ehrgeizes halber an die Regierung verkauft habe. Die Wahrheit ist, daß Calhoun eine neue Positive zu erobern gedachte, um das Prinzip der Staatensouveränität zur größeren Geltung zu bringen.

Die Beurteilung Calhouns war ein Irrtum. Das unabhängige Schatzamt trug dazu bei, den Charakter der Union als Einheitsstaat zu befestigen und erzielte somit einen Effekt, der dem Wunsche Calhouns gerade entgegengesetzt war.

Die Whigs, welche auf Errichtung einer neuen Nationalbank spekulierten, ergingen sich wieder, wie so häufig in den maßlosesten Anklagen gegen die Regierung und verpfuschten durch die Übertreibung, mit der sie den Despotismus der Administration ausmalten, ihre Sache. Das vorläufige Resultat war, daß der Senat die sogen. sub-treasury Bill mit 26 gegen 20 Stimmen annahm, während im Hause der Antrag Clarks von New York, die Bill auf den Tisch zu legen, mit 119 gegen 107 Stimmen genehmigt und dadurch die Entscheidung gegen den Präsidenten abgegeben wurde. Die Situation wurde noch unangenehmer,

als im Herbst 1837 die Kongreßwahlen stattfanden, in denen die Folgen des wirtschaftlichen Kraches sich in dem Rückgang der demokratischen Macht dokumentierten.

Dem neuen (25.) Kongresse, welcher am 4. Dezember seine Sitzungen begann, wurde die Bill wieder vorgelegt; dieselbe erlitt genau dasselbe Schicksal wie früher, der Senat nahm sie an, und das Haus legte sie auf den Tisch. Beide Parteien hielten ihren Standpunkt fest, dennoch war der Sieg der Regierung selbstverständlich, sobald nur die allgemeinen Verhältnisse sich gebessert hatten und das Volk seine Stimmen zu ihren Gunsten erhoben. Beides ließ nicht lange auf sich warten. Die wirtschaftlichen Zustände zeigten schon 1838 wieder einen solchen Aufschwung, daß die Gefahr einer Überspekulation von neuem drohte; sie trat auch richtig ein und machte, 1839 einer zweiten Krise Platz die freilich lange nicht so heftige Erschütterungen wie die erste hervorbringen konnte. Im 26. Kongreß, der am 16. Dezember 1839 seine Session eröffnete, waren die Whigs zwar noch immer zahlreich vertreten, so daß es ihnen gelang, R. M. T. Hunter von Virginia, ein Mitglied der Opposition, aber zugleich Anhänger des unabhängigen Schatzamtes, in der elften Abstimmung zum Sprecher zu ernennen; bei den Wahlen hatte jedoch die Gesamtziffer für ihre Kandidaten eine bedeutende Abnahme aufzuweisen, so daß schon damals einige Blätter die Auflösung der Whigs prophezeiten, was allerdings eine arge Aufschneiderei war. Die Frage des „unabhängigen Schatzamtes“ wurde endlich durch Annahme der Vorlage am 4. Juli 1840 erledigt, welches Resultat für die Whigs als auch die extremen Staatenrechtler eine Schlappe bedeutete, deren Größe durch die Thatsache, daß beide Parteien sich über die Tragweite des Gesetzes täuschten, nicht vermindert werden konnte.

Das beständig wiederkehrende Kapitel von der Sklaverei erhielt während der Präsidentschaft Van Burens durch die Debatte über die Sklaverei im Distrikte Kolumbia eine interessante Abwechselung. Die Wut des Südens gegen die Abolitionisten hatte,

wie schon früher gezeigt, sich in Gewaltthaten Luft gemacht, die auch unter dem neuen Präsidenten ungestört begangen werden konnten. Am 7. November 1837 wurde das erste Bürgerblut vergossen, in dem ein Drucker Elijah P. Lovejoy den Versuch, trotz der Vernichtung seiner Presse die Propaganda für seine Ansichten fortzusetzen, mit dem Leben bezahlen mußte. Am 17. Mai 1838 steckte der Pöbel die Versammlungshalle der verhaßten Abolitionisten zu Philadelphia in Brand, um die Abhaltung eines Meeting zu verhindern; desgleichen wurde ein Waisenhaus für Negerkinder den Flammen überliefert, ohne daß jemals die Thäter ergriffen und bestraft worden wären. Unter den Abolitionisten, welche angesichts dieser gefahrdrohenden Stimmung des Volkes nur geringe Fortschritte machten, brach schließlich eine Spaltung aus, die durch die verschiedenen Ansichten hervorragender Mitglieder über die Frauenfrage, d. h. die Gleichberechtigung der weiblichen Antisklaverei-Gesellschaften mit den männlichen, und über die Beteiligung der Partei an der Politik hervorgerufen worden war. Garrison und wenige extreme Radikale traten aus und fochten auf eigene Hand weiter, durch ihre radikalistisch angehauchten Tendenzen den Südstaatlern eine bequeme Waffe in die Hand gebend, welche diese mit der ihnen eigentümlichen Konsequenz gebrauchten. Hatten bisher viele Geistliche sich den Bestrebungen der Abolitionisten sympathisch gezeigt, so genügte jetzt der Hinweis auf die grundstürzenden Pläne der Abolutionisten, um den ehrsamen Predigerstand zu einer energischen Reaktion gegen diese Unruhestifter zu veranlassen, was natürlich im Sinne und zum Vorteil des Südens war.

In der Kolumbiafrage platzten die Geister beider Parteien aufs heftigste zusammen. Die Abolitionisten erkannten die Machtlosigkeit der Bundesregierung den Staatenregierungen gegenüber in Sachen der Sklaverei wohl an, verstärkten aber deshalb um so mehr ihre Angriffe gegen die Sklaverei im Bundesdistrikt Kolumbia, welcher den Beschlüssen des Kongresses unterworfen war. Letzterer konnte mit einem Schlage durch ein Bundesgesetz die

Sklaverei in Kolumbia aufheben, ohne einer Verletzung seiner Befugnisse geziehen werden zu können. Verschiedene Anträge hatten darauf schon hingezielt, so auch der Antrag von Miner aus Pennsylvania vom 6. Januar 1829, die Einsetzung eines Ausschusses betreffend, der u. a. „die Zweckmäßigkeit der allmählichen Abschaffung der Sklaverei im Distrikt“ in Erwägung ziehen sollte. Der Kongreß nahm denselben mit 114 gegen 66 Stimmen an, verwarf jedoch die eingehende und scharfe Motivierung des Antrages mit 141 gegen 37 Stimmen. Der Ausschuß gab sich keine besondere Mühe, dem Wunsche des Antragstellers nachzukommen, sondern begnügte sich mit der Erledigung von Petitionen, welche bei ihm einliefen, resp. wie die von J. Q. Adams am 12. Dezember 1831 und von Heister am 4. Februar 1833 überreichten, vom Kongresse ihm überwiesen wurden. Eine Ausnahme von dieser Regel wurde 1835 gemacht, als das Haus mit 117 gegen 77 Stimmen beschloß, eine Petition von 800 Frauen von New York auf den Tisch zu legen, was soviel als eine Verschiebung der Beantwortung bedeutete. Dieses Symptom beunruhigte den Süden, zu dessen Sprachrohr sich wiederum Calhoun machte, der am 7. Januar 1836 beantragte, zwei Petitionen um Aufhebung der Sklaverei im Distrikte einfach nicht anzunehmen, mit dieser Forderung jedoch unterlag, da am 9. März nach langen Debatten die Entgegennahme der Petition endlich beschlossen wurde.

Diese Niederlage entmutigte jedoch den Süden nicht im geringsten. Am 26. Mai 1836 brachte Henry L. Pinckney aus Südkarolina den Antrag ein: „Beschlossen, daß alle Petitionen, Denkschriften, Resolutionen, Vorschläge oder Papiere, die in irgend einer Weise oder in irgendwelchem Maße sich auf die Sklaverei oder Abschaffung der Sklaverei beziehen, ohne gedruckt oder verwiesen zu werden, auf den Tisch gelegt werden und keinerlei weitere Aktion hinsichtlich derselben vorgenommen werden soll,“ welcher auch mit 117 gegen 86 Stimmen angenommen wurde, trotz des Protestes, den Adams einlegte, indem er, zur

Abstimmung aufgerufen, der Versammlung ins Gesicht sagte: „Ich halte die Resolution für eine direkte Verletzung der Verfassung der Vereinigten Staaten, der Regeln des Hauses und der Rechte meiner Konstituenten."

Und Adams hatte recht, wenn auch vielleicht nicht nach dem strengen Wortlaut der Konstitution, so doch vor dem Volksbewußtsein, welches immerdar und zu allen Zeiten die Befugnis des Volkes, sich mit einer Beschwerde an die höchste Gewalt des Landes zu wenden, anerkannt und gefordert hat. Mit dieser „Knebelresolution" hatte sich Amerika mit den ärgsten Despotien auf eine Stufe gestellt — eine Prostitution des Wortes „Republik" vollzogen, wie sie ärger nicht gedacht werden kann.

Mit dem Ablauf der Session war auch die Rechtsgültigkeit der Resolution zu Ende, weshalb der Süden durch Hawes am 18. Januar 1837 eine Resolution gleichen Inhalts einbringen ließ, die mit Zweidrittel-Majorität genehmigt wurde. Der alte Adams ließ sich jedoch in seinem Kampfe gegen diese freiheitsmörderischen Beschlüsse nicht wankend machen. Am 6. Februar fragte er an, ob eine Petition, welche er in der Hand hatte und die angeblich von 12 Sklaven unterschrieben sein sollte, auch unter den Beschluß vom 18. Januar 1837 falle, und erregte mit dieser ironischen Frage derart die Südstaatler, daß sie ihn mit Injurien überhäuften, mit dem Zuchthause bedrohten und als einen kindisch gewordenen Alten hinzustellen suchten, während sie doch selber die Schärfe seiner Worte und den unerbittlichen Witz des trefflichen Redners fühlbar über sich ergehen lassen mußten.

In der von Van Buren berufenen außerordentlichen Session des Kongresses kam die Sklavenfrage nicht zur Debatte, da die wirtschaftlichen und finanziellen Erörterungen die ganze Zeit ausfüllten. Wenige Tage nach der Eröffnung der ersten ordentlichen Session des 25. Kongresses rührte jedoch ein Antrag von Slade aus Vermont, welcher die Verweisung einiger Abolitionistenpetitionen an einen Ausschuß mit der Instruktion bezweckte, eine Bill zur Abschaffung der Sklaverei und des Sklavenhandels im

Distrikte von Kolumbia einzubringen, bezweckte, den ganzen Streit von neuem auf. Slade wurde bei der Begründung seines Antrages mitten im Satze unterbrochen, ein schrecklicher Lärm erfolgte, ein von Rencher von Nordkarolina eingebrachter Antrag auf Vertagung wurde angenommen, zugleich eine Sezession der Vertreter der Sklavenstaaten ins Werk gesetzt, um gegen das „schimpfliche“ Verfahren eines Mitgliedes des Hauses zu protestieren. Am nächsten Tage brachte Patton aus Virginia eine neue Knebelresolution ein, die, nachdem der Protest Adams' mit 135 gegen 60 Stimmen beseitigt worden war, mit 122 Ja gegen 74 Nein angenommen wurde.

Calhoun begnügte sich mit dieser „Genugthuung“ nicht, er wollte den Norden zur unbedingten Heeresfolge zwingen und schlug deshalb am 27. Dezember 1837 sechs Resolutionen vor, die alle in dem einen Glaubenssatz gipfeln: Das einzige Abhilfsmittel ist die Staatenrechtslehre.

Der Süden irrte sich jedoch, wenn er glaubte, mit diesen jede Maßnahme zu gunsten der Sklaverei verdammenden Beschlüssen die Abolitionisten zum Schweigen und zur Machtlosigkeit verurteilen zu können. Die Zahl der Unterschriften der Petitionen mehrte sich gewaltig, von 34 000 im Jahre 1835 stieg sie auf 300 000 im Jahre 1838. Desgleichen wandten sich einige Staatslegislaturen gegen die Knebelbeschlüsse und erklärten sie für Verfassungsverletzungen, so namentlich Massachusetts und Vermont. Diese Zeichen der Zeit trieben die sklavokratische Majorität des Kongresses zu immer schärferen Verdammungsurteilen; am 11. bis 12. Dezember 1838 wurde der Athertonsche Knebel- und schließlich am 28. Januar 1840 ein von Johnson aus Maryland gestellter Antrag angenommen, welcher letztere ganz den von Calhoun eingenommenen Standpunkt festhielt, daß nämlich Abolitionistenpetitionen überhaupt gar nicht mehr angenommen werden sollten. Die Gegner der Sklaverei ließen sich aber durch nichts abschrecken; jede neue Schwierigkeit stärkte ihren Mut, mit dem sie den ungleichen Kampf aufnahmen, auf

die Gerechtigkeit ihrer Sache und den Beistand des Himmels vertrauend. Der von Garrison schon früher ausgesprochene Gedanke, daß seine Partei auch politisch auftreten solle, wurde endlich im Jahre 1840 verwirklicht. Auf einer Nationalkonvention zu Albany wurde von einem Häuflein Delegierten aus sieben Staaten die Gründung einer eigenen politischen Partei: Freiheitspartei — vollzogen. Das Ziel, das diese kühnen Männer sich gesetzt, lag vorläufig noch in weiter Ferne, aber jeder Tag machte es immer mehr zur Gewißheit, daß dereinst eine radikale Lösung erfolgen müsse, sei es im Schlimmen oder Guten!

Die Sklavenfrage war aber nicht nur im Innern des Landes das Streitobjekt, um das sich fast alle politischen Kämpfe mehr oder weniger drehten, sondern trat auch in den auswärtigen Beziehungen störend auf. Es war mehrmals vorgekommen, daß amerikanische Schiffe, welche Negersklaven an Bord hatten, durch Sturm oder sonstige Unfälle verschlagen, die englischen Häfen in Westindien aufsuchten, wo dann die englischen Behörden für die sofortige Freigabe der Sklaven energisch eintraten und dieselbe auch stets durchsetzten. Die geschädigten Eigentümer führten Beschwerde bei der Unionsregierung, welche sich ihrerseits um Entschädigung an England wandte, dort aber nur geringes Entgegenkommen fand, indem das von England mit anderen europäischen Mächten vereinbarte Völkerrecht die Freiheit eines jeden Menschen auf englischem Gebiete garantierte. Das Ergebnis der langwierigen Debatten war, daß England für mehrere Fälle der bezeichneten Art Schadenersatz sich zu leisten verpflichtete, in dem letzten Fall, der sich nach dem Erlaß der Sklavenemanzipation in seinen westindischen Besitzungen zugetragen hatte, jedoch jede Entschädigung verweigerte. Calhoun protestierte zwar im Kongresse in einigen Resolutionen gegen dieses Verfahren Englands, seine Worte blieben jedoch ohnmächtig, da der vorsichtige Clay die Sklavenhalter ermahnte, nicht zu laut das Wort Sklaverei in Gegenwart europäischer Zeugen auszusprechen und die Frivolität der Sklavokratie andererseits nicht so weit ging,

England wegen dieser Mißachtung ihrer Rechte den Krieg zu erklären.

Eine andere Affaire, bekannt unter dem Namen Amistad-Fall, spielte sich im Jahre 1839 zwischen der Union und Spanien ab. Von dem bei Long Island stationierten amerikanischen Seeoffizier Gadney wurde ein verdächtiges Schiff L'Amistad aufgefangen, dessen Besatzung aus lauter Negersklaven und zwei Europäern bestand, welche aus dem von den Schwarzen an Bord des Schiffes veranstalteten Aufstande unter der Bedingung, die Leitung desselben zu besorgen, mit dem Leben davongekommen waren. Das Schiff wurde als Prise ergriffen, die Neger wurden ans Land gebracht und dem Gerichte zur Aburteilung übergeben. Andererseits reklamierte der spanische Vertreter die Ladung des Schiffes als den Spaniern gehörig, welchem Verlangen die Bundesregierung nachzugeben geneigt schien und auch entsprochen hätte, wenn es nicht den Anstrengungen des unermüdlichen John Quincy Adams, welcher sich der Neger als Anwalt angenommen hatte, gelungen wäre, die Neger durch das Gericht als freie Menschen erklären zu lassen. Der Urteilsspruch erfolgte am 9. März 1841, wenige Tage nach dem Rücktritt des Präsidenten, der in diesem Amistadprozesse eine bittere Pille herunterschlucken mußte, welche seine sklavenhalter-freundlichen Anschauungen sehr zuwider war.

Aus der ersten Zeit der Präsidentschaft Van Burens sind noch die Teilung des Gebietes Wisconsin in zwei Territorien Wisconsin und Iowa und die Wegnahme des amerikanischen Schiffes „Karolina" durch die Engländer hervorzuheben. Letztere hatten nach dem Frieden von Paris die Unabhängigkeit Kanadas einzuschränken gesucht und das Land deshalb 1791 in zwei Gebiete geteilt, von denen das eine Oberkanada, mehr englische Ansiedler, das andere Unterkanada, eine größere Anzahl französischer und fremdartiger Bewohner aufwies. Durch die Maßnahmen der englischen Regierung, welche die Freiheiten des Landes auf alle mögliche Weise verkürzte, war allmählich eine Opposition emporgewachsen, deren Beschwerden jedoch ungehört

verhallten. Ein Teil der Kolonisten griff daher 1837 zu den Waffen, um sich gegen die Bedrückung seitens England aufzulehnen, wurde jedoch bei St. Denis von den Regierungstruppen zurückgeschlagen. Die Hoffnung der Insurgenten war auf die Union gerichtet, deren Oberhaupt Van Buren jedoch jede Einmischung aufs strengste untersagte. Nichtsdestoweniger zogen viele Freischaren nach Kanada, was zu heftigen Reklamationen seitens Englands führte. Den Zuzug der neuen Hilfstruppen vermittelte ein kleiner amerikanischer Dampfer, der schließlich von dem englischen Befehlshaber am 29. Dezember 1837 auf amerikanischem Gebiet aufgegriffen und vernichtet wurde. Sofort klagte die amerikanische Regierung über Neutralitätsverletzung, wurde jedoch von dem englischen Ministerium abgewiesen, da dasselbe in der Wegnahme des Schiffes nur eine Handlung der Selbstverteidigung erblickte. Die Gefangennahme eines brittischen Unterthans Mc. Leod, der sich der Wegnahme der Karolina gerühmt hatte, gab sogar England Gelegenheit seinerseits als Kläger aufzutreten, so daß sich die Affaire immer mehr komplizierte. Glücklicherweise stellte es sich heraus, daß Mc. Leod geprahlt hatte, er konnte freigelassen werden, womit England sich auch beruhigte. Den Streitigkeiten wurde schließlich durch den Ashburtonvertrag vom 2. August 1842 ein Ende gemacht. Derselbe bestimmte die genaue Festsetzung der Grenzlinie und enthielt des Ferneren einen Passus, durch den sich beide Länder zur gegenseitigen Auslieferung der Verbrecher verpflichteten, sofern der Angeschuldigte nach den örtlichen Gesetzen des Gebietes, in welchen er ergriffen, solcher Handlungen wegen ebenfalls verhaftet und vor Gericht gestellt werden konnte.

Das Verhalten der Union in dem Streite zwischen den Bewohnern von Texas und der mexikanischen Regierung gab letzterer Veranlassung, sich in Washington über die Nichtachtung der Neutralität seitens der Südstaaten zu beschweren. Sie erhielt keine weitere Antwort als die höfliche Anzeige, daß die Union Neutralitätsgesetze erlassen habe, es aber mit Bedauern ablehnen

müsse, gegen friedfertige Auswanderer einzuschreiten. Allerdings war es zu Washington ebenfalls gut bekannt, daß diese „Auswanderer“ bewaffnete Freiwillige waren, die nach Texas zogen, um dort in das Heer einzutreten, aber man hatte ein Interesse daran, den Streit zwischen Texas und Mexiko zu verschärfen und wäre auch zum Kriege bereit gewesen, wenn eben nur ein plausibler Vorwand sich gefunden hätte. Man erkannte zwar den Rechtstitel Mexikos auf Texas noch an, sprach jedoch schon von einer „texanischen Regierung“, die allerdings noch nirgends Anerkennung gefunden hatte, aber de facto vorhanden war. Die Bundesregierung autorisierte General Gaines, mit seinen Soldaten die texanische Grenze zu passieren, sobald er es für notwendig halte, um den Indianereinfällen vorzubeugen, und sie stützte sich dabei auf Artikel des Vertrages vom 5. April 1831 stützte, der die Staaten verpflichtete, mit Gewalt alle Feindseligkeiten und Einfälle seitens der innerhalb ihrer Grenzen lebenden Indianerstämme zu verhindern“, was, wie die Amerikaner behaupteten, von dem ohnmächtigen Mexiko allein nicht durchgeführt werden konnte. Gaines rückte in der That im Juni 1836 in Texas ein und verblieb daselbst, trotz der energischen Proteste des mexikanischen Gesandten Gorostiga, welcher am 15. Oktober seine Pässe verlangte, nachdem es ihm nicht gelungen war, die Unionsregierung von der Grundlosigkeit der Befürchtungen bezüglich der Indianerunruhen zu überzeugen, daß das Gerücht von denselben lediglich seitens der Landspekulanten ausgesprengt wurde, um durch den Schutz der Unionstruppen den Wert ihrer Ländereien zu heben. Die Mehrzahl der Soldaten trat sogar in die Armee Houstons ein und diente unter Beibehaltung ihrer Uniform für die Insurgenten, welche diesen Zuwachs mit Freuden aufnahmen.

Im Mai 1836 hatte die texanische Regierung bereits Kommissäre nach Washington geschickt, welche um Anerkennung von Texas und eventuelle Einverleibung in die Union petitionieren sollten. Erstere erfolgte auch in der That, der Senat beschloß am 1. Juli die Anerkennung der Unabhängigkeit, für den Fall, daß man

sich überzeugt haben würde, daß Texas auch wirklich in der Lage sei, diese Unabhängigkeit zu behaupten, und das Haus folgte am 4. Juli mit einem gleichen Beschluß. Jackson erklärte zwar am 21. Dezember 1836, daß es wohl besser sei, noch ein wenig abzuwarten, was aber den Senat nicht abhielt, am 1. März 1837 die formelle Anerkennung zu votieren. Die Behauptung der Unabhängigkeit — dies wurde allgemein zugestanden — konnte nur mit Hilfe der Union geschehen, weshalb von allen beteiligten Seiten verzweifelte Anstrengungen gemacht wurden das Sündenregister Mexikos vollzumachen, um der Regierung zu Washington eine bequeme Handhabe zu weiterem Vorgehen zu bieten. Am 20. Juli 1836 erhielt der amerikanische Geschäftsträger in Mexiko, Powhattan Ellis, eine Liste von 15 Beschwerden amerikanischer Bürger zugestellt, für die er Genugthuung von der mexikanischen Regierung fordern sollte. Trotzdem daß dieselbe sich beeilte, das Verlangen von Ellis soweit als irgend möglich zu erfüllen, reiste der Geschäftsträger nach wenigen Wochen ab, womit eigentlich der lange gesuchte Casus belli gefunden war. Dieser Ansicht gab auch Jackson in seiner Botschaft an den Kongreß Raum, begnügte sich jedoch vorläufig mit einem letzten Versuch, Genugthuung zu erhalten, da sein Vorschlag, ihm die Autorisation zu Repressalien zu bewilligen, nicht angenommen wurde. Die Klagen waren mittlerweile auf 46 angewachsen, von denen allerdings die meisten völlig unbegründet waren, sie boten jedoch, da kein anderes Streitobjekt vorlag, den einzigen Vorwand, nun Mexiko vollends demütigen zu können. Powhattan Ellis wurde wieder zum Geschäftsträger ernannt, statt seiner jedoch nur ein Kourier abgesandt, dem Van Buren, der inzwischen den Präsidentenstuhl eingenommen hatte, möglichst schroffes Auftreten zur Pflicht machte. Da Mexiko sich eine längere Zeit behufs Prüfung der einzelnen Forderungen ausgebeten hatte, überwies van Buren die ganze Angelegenheit dem Kongreß, nachdem er einen von General Hunt, dem texanischen Gesandten in Washington gemachten Vorschlag zur An=

nexion von Texas abschlägig beantwortet hatte. Am 22. Dezember 1837 ersuchte Mexiko die Vereinigten Staaten, einen schiedsrichterlichen Ausspruch herbeizuführen, welches Verlangen am 24. April 1838 endlich die Billigung des Präsidenten erhielt.

Die Staatslegislaturen hatten sich inzwischen der Frage der Annexion bemächtigt und je nach ihrer Parteistellung zur Sklaverei beantwortet. Den Gelüsten des Südens stand die Unlust von acht nördlichen Staaten gegenüber, so daß hier vorläufig noch keine Entscheidung herbeigeführt werden konnte. Am 14. Juni 1838 stellte Thompson von Südkarolina schließlich einen förmlichen Antrag auf Annexion, der jedoch nicht durchdrang.

Am 10. September 1838 hatten sich endlich Mexiko und die Union über das Schiedsgericht geeinigt, welches jedoch infolge von allerhand Formalitäten erst zwei Jahre später, am 17. August 1840 zu Washington in Thätigkeit trat. Es bestand aus je einem Vertreter der beteiligten Mächte und dem preußischen Gesandten zu Washington, Herrn von Rönne. Von den Forderungen im Gesamtbetrage von 11 850 578 Dollars gelangte die größere Mehrzahl im Betrage von 7 595 114 zur Aburteilung. Vom Schiedsrichter als berechtigt anerkannt wurden jedoch nur 2 026 236 Dollars, so daß man sich hieraus leicht ein Bild machen kann, mit welcher Frivolität die Anklagen gegen Mexiko erhoben worden waren. Die Kommission tagte noch bis in die Präsidentschaft Tylers hinein, unter dessen Regierung die Texasfrage wieder ein bedeutendes Stück gefördert und durch die Annexion von Texas der Krieg mit Mexiko hervorgerufen wurde.

Die Präsidentenwahl im Jahre 1840 trug wiederum einen sehr erregten Charakter, da die Whigs diesmal die größten Anstrengungen machten, zum Siege zu gelangen.

Ihre Kandidaten waren Clay, Webster und General Harrison, derjenige der Demokraten van Buren, dessen Wiederwahl

jedoch von vornherein aussichtslos erschien. Interessant ist, daß neben diesen alten Parteien sich neue aufthaten; welche freilich keinen Einfluß auf die Wahl gewinnen konnten, aber als Zeichen der Zeit Beachtung verdienen, so die auf den Trümmern einer „Arbeiterpartei“ aufgebaute „Partei der gleichen Rechte“, welche die Rückkehr zu den wahren Ideeen der Demokratie, wie sie Jackson verstanden hatte, auf ihre Fahne geschrieben hatte, und die „Freiheitspartei“, welche gegen 7000 Stimmen auf ihre Kandidaten zu vereinigen wußte.

Clay hatte trotz seiner vielfachen Verdienste um die Union nie das Vertrauen der Massen in dem Grade besessen, daß sein Name an sich eine Macht gewesen wäre, um die Widerstrebenden fortriß. Eine am 7. Februar 1839 mit Rücksicht auf den beginnenden Wahlfeldzug gegen die Abolitionisten gerichtete Rede vermehrte weder seine Anhänger im Süden, noch im Norden. Durch persönliche Motive bestimmt, agitierte ferner ein Teil der Parteiführer der Whigs gegen Clay, wie dies namentlich in der sogenannten „dreiwinkligen Korrespondenz“ im Staate New York, mittelst welcher die Parteichefs in heuchlerischer Weise sich gegenseitig von der Unmöglichkeit Clay durchzubringen zu überzeugen suchten, offen zutage trat. Das Resultat war, daß auf der Nationalkonvention der Whigs, welche am 4. Dezember 1839 zu Harrisburg zusammentrat, für Harrison durch allerlei Rechenkünste 148 Stimmen herausgezählt wurden, während Clay nur 90 und ein dritter Kandidat Scott nur 16 Stimmen erhalten hatte. Zum Vizepräsidentschaftskandidaten wurde Tyler ernannt.

Harrison hatte sich bisher wenig im politischen Leben ausgezeichnet, dagegen im Indianerkriege reiche Lorbeeren davon getragen. Durch und durch ein Ehrenmann, nahm er es mit allen Dingen ernst und hegte namentlich die Zuversicht, daß es ihm im Falle seiner Wahl zum Präsidenten gelingen werde, die herrschende Korruption auszurotten.

Der andere nominierte Kandidat der Whigs, Tyler, hatte dagegen schon eine Reihe politischer Erfahrungen hinter sich,

welche ihn gelehrt hatten, daß es in dem Kampfe um das politische Dasein nichts Bleibendes geben könnte. Aus einem Freunde Adams' war er ein Anhänger Jacksons geworden, um bald darauf gegen dessen Neuerungen ebenso energisch loszuziehen, wie früher gegen den Föderalismus des ersteren. Daß er zu Harrisburg von den Whigs aufgestellt und acceptiert werden konnte, wird häufig auf einen Kompromiß zwischen den Anhängern Clays und der demokratischen Opposition in Virginia, welchem Staate Tyler angehörte, zurückgeführt; jedenfalls war, wenn in der Konvention zu Harrisburg mehr nach den Prinzipien als nach persönlichen Intriguen und sonstigen Opportunitätsgründen gefragt worden wäre, Tyler schwerlich der Mann dazu, das whiggistische Programm in seiner ursprünglichen Reinheit auszuführen.

Das Ergebnis der Präsidentenwahl übertraf die kühnsten Hoffnungen der Whigs. Van Buren erhielt nur 60 Stimmen von den abgegebenen 294 Elektoralstimmen; die Majorität für Harrison war daher geradezu eine kolossale zu nennen. Zum Vizepräsidenten wurde, wie vereinbart, Tyler ohne Schwierigkeiten ernannt. Das Geschick wollte, daß nicht Harrison, sondern ihm die Aufgabe zufiel, das Steuer der Administration während des weitaus größten Teils der nächsten vier Jahre zu führen, und somit für ihn die Notwendigkeit eintrat, politisch Farbe zu bekennen, wobei sein wahrer Charakter zutage trat.

Wm. Harrison und John Tyler.

Harrison trat am 4. März 1841 sein Amt an. Die Whigs, welche so lange auf der politischen Bühne im Hintergrunde gestanden hatten, beschlossen mit großen Festlichkeiten den Freudentaumel, welcher sich ihrer seit der Harrisburger Konvention bemächtigt hatte. Von allen Seiten strömten sie herbei, um den Lohn für ihre Bemühungen zu erhalten, so daß das Gedränge

der Stellenjäger nicht minder dicht war als zu Zeiten der demokratischen Machthaber. Die bedeutendste Person in dem von Harrison gebildeten Kabinet war unstreitig Webster, welcher das Staatssekretariat übernommen hatte. Clay, der seine Niederlage nicht so leicht verschmerzte, wies das Ansinnen, in das Ministerium einzutreten, unbedingt zurück, ja es trat zwischen ihm und dem Präsidenten bald eine so große Spannung ein, daß sie nicht mehr miteinander verkehrten und sich gegenseitig mit Mißtrauen beobachteten.

Kurze Zeit nach seinem Amtsantritt berief Harrison den Kongreß zu einer außerordentlichen Session zusammen, deren Eröffnung er jedoch nicht mehr erleben sollte. Er starb plötzlich am 4. April 1841, so daß der bisher noch nicht dagewesene Fall eintrat, daß der Vicepräsident zum wirklichen Präsidenten avancierte. Der Tod Harrisons war jedoch vor allem ein politisches Ereignis von größter Bedeutung, da mit ihm die Hoffnungen der Whigs schmählich gescheitert waren und das demokratische Element wieder die Oberhand bekam. Jetzt rächte sich das Trugspiel der Whigs, welche Clay zurückgestoßen und statt seiner einen unbedeutenden Politiker zum Präsidenten gewählt hatten, der nach ihrer Erwartung sich ganz von ihnen hätte leiten lassen. Denn schon in der Proklamation, welche Tyler am 9. April erließ, witterten die feinen Spürnasen der erfahrenen Politiker die Anzeichen eines Konfliktes zwischen der Exekution und der Whiggistischen Partei im Kongresse. In der Botschaft an das Haus, welches am 31. Mai zu der außerordentlichen Session zusammentrat, drückte sich der neue Präsident ebenso unbestimmt aus, indem er den Whigs in ihrem Bestreben, eine Nationalbank wieder zu errichten, entgegenkam, seine Meinung über dieselbe jedoch so verklausulierte, daß jede Partei das ihnen Passende herauslesen konnte. Ohne viel Zeitverlust und ohne die früher hinreichend diskutierten verfassungsrechtlichen Streitfragen von neuem aufzurühren votierte das Haus die Bill über eine neue Nationalbank, welche jedoch am 16. August vom Präsidenten mit einem

motivierten Veto an den Senat zurückgeschickt wurde. Sofort wurde eine neue Bill vorbereitet und eine Deputation beauftragt,

Fig. 20.



Präsident Tyler.
(Nach Cassel, History.)

sich mit dem Präsidenten in Verbindung zu setzen, um die Bedingungen zu erfahren, unter denen er eine Nationalbank zu

genehmigen geneigt sei. Nichtsdestoweniger sandte Tyler auch diese neue Bill am 9. September mit seinem Veto zurück, worauf vier Mitglieder seines Kabinetts, Ewing, Bell, Badger und Crittendon, ihre Demission einreichten, welche vom Präsidenten auch angenommen wurde. Die von ihm neu ernannten Mitglieder waren Walt Forward für die Finanzen, John C. Spencer für das Kriegs- und Abel P. Upshur für das Marinedepartement. Webster blieb dem Ministerium erhalten, da seine Mitwirkung bei den Verhandlungen mit England, welche mit dem schon früher erwähnten Ashburtonvertrag ihr Ende erreichten, allgemein gewünscht wurde. Hierdurch sah sich ein Teil der Whigs genötigt, in ihrem Verhalten gegen den Präsidenten sich Mäßigung aufzuerlegen, während die übrigen ein Manifest an das Volk erließen, in welchem sie den wahren Charakter des wortbrüchigen Präsidenten dem Volke zu enthüllen versuchten. Die finanziellen Zustände ließen überall viel zu wünschen übrig; am meisten bedrückt zeigten sich die Staatsregierungen, von denen etliche wie die von Mississippi, Michigan, Louisiana, Pennsylvania, Indiana und Illinois zum Hilfsmittel der Repudiation griffen, d. h. einen Teil oder auch die ganze Schuld aus dem Schuldbuche löschten, ohne die Gläubiger vorher zu befriedigen, wodurch natürlich der amerikanische Kredit im Auslande völlig vernichtet wurde. Aber auch in dem Schatze der Bundesregierung sah es traurig aus. Die Versprechungen der Whigs, welche vordem so laut über die Finanzwirtschaft Jacksons und Van Burens gezetert hatten, waren nicht in Erfüllung gegangen. Die Bundesschuld war vielmehr vom 1. Januar 1841 bis zum 1. Januar 1842 von 6 737 398 Dollars auf 15 028 486 Dollars gestiegen, und die durch Gesetz vom 21. Juli 1841 bewilligte Anleihe von 12 Millionen hatte bis zum Ende des Jahres nicht einmal halb realisiert werden können. Trotzdem votierte der Kongreß noch am 4. September 1841 ein Gesetz, welches die Verteilung des Reinertrages aus dem Erlöse für die verkauften Ländereien unter die Staaten anordnete. Außer dieser

Maßregel gelang es noch den Whigs, in der außerordentlichen Session die Bankerottbill durchzubringen, welche den 100 000 bankerotten Geschäftsleuten, die die Union damals nach dem Urteile von Benton aufwies, die Möglichkeit verschaffen sollte, sich von ihrer Schuldenlast frei zu machen und in das Erwerbsleben neu einzutreten.

Die ordentliche Session, welche am 6. Dezember 1841 begann und bis zum 31. August 1842 dauerte, war von dem Streite um die Tarifbill angefüllt, welche der Regierung die Mittel in die Hand geben sollte, die Einnahmen zu vergrößern und so ihren Verpflichtungen nachzukommen. Zweimal schickte der Präsident den Gesetzentwurf, dem man die Verteilungsklausel beigefügt hatte, mit seinem Veto zurück, bis schließlich der Kongreß nachgab und die Bill ohne die Klausel annahm, worauf der Präsident sie am 30. August unterschrieb. Wie groß die Erregung des Kongresses gewesen war, geht daraus hervor, daß nach Bekanntwerden des zweiten Veto vom 9. August der über dasselbe Bericht erstattende Ausschuß des Hauses die Möglichkeit einer Versetzung des Präsidenten in Anklagezustand erwog und von derselben nur ihrer Erfolglosigkeit halber abzusehen riet. Der von Adams verfaßte Bericht tadelte dagegen das Verhalten Tylers in so starkem Maße, daß derselbe einen Protest nach dem Muster des Jacksonschen einschickte, welcher jedoch nicht eingetragen, sondern mit der Abschrift der Resolutionen des Senats gegen Jackson, welchen damals Tyler zugestimmt hatte, in höhnischer Weise beantwortet wurde.

Die im Herbste 1842 stattfindenden Wahlen zum 28. Kongreß ergaben eine demokratische Majorität von zwei Dritteln, wie dies aus der Zahl der bei der Wahl des Sprechers abgegebenen Stimmen hervorgeht. J. W. Jones aus Virginia, der Kandidat der Demokraten, erhielt 128 gegen 59 Stimmen, die der whiggistische Kandidat auf sich vereinigte. Von den Ergebnissen dieser Session (1842—43) sind nur die Aufhebung des Bankrottgesetzes und das Scheitern der vom Präsidenten als

Ersatz für die Bank vorgeschlagene „Exchequerbill" hervorzuheben, da letztere Maßnahme für die Beurteilung der Situation insofern wichtig ist, als sie beweist, daß das Streben des Präsidenten, neben den beiden Parteien sich eine eigene, eine Tylerpartei zu schaffen, völlig ohne Erfolg geblieben war. In diese Zeit fällt auch der Rücktritt Websters (8. Mai 1843), der durch Upshur ersetzt wurde.

Die von Adams wiederholt angeregten Debatten über die Sklaverei gaben fast jedesmal Anlaß zu heftigen Anklagen auf beiden Seiten und führten Szenen herbei, die mit den parlamentarischen Sitten schwer zu vereinbaren waren. Nachdem Adams am 21. Januar 1842 durch Vorlesung einer angeblich aus Georgia stammenden Petition, die seine Entfernung als Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten beantragte, schon die Sklavenhalter gereizt hatte, erregte er wenige Tage darauf durch die Vorlage einer weiteren Bittschrift von Bürgern aus Massachusetts, welche den Kongreß ersuchten, Schritte zur friedlichen Auflösung der Union vorzubereiten, dermaßen die Wut der Sklavenbarone, daß sie den alten Vorkämpfer der Freiheit für diese Frechheit aus dem Hause ausgestoßen wissen wollten. Nur die sichere Aussicht, daß Adams sofort wiedergewählt werden würde, brachte die erregten Geister so weit zur Besinnung, daß sie sich für eine von Marshall aus Kentucky eingebrachte Resolution entschieden, welche die strengste Rüge gegen Adams aussprach. Letzterer verteidigte sich jedoch mit Aufbietung aller Kräfte und war darin so glücklich, daß seine Feinde schließlich froh waren, am 5. Februar die ganze Angelegenheit dadurch aus der Welt zu schaffen, daß die Petition mit 106 gegen 93 Stimmen auf den Tisch gelegt wurde. Ein gleiches Schicksal wurde einer von Giddings zur Vorlesung gebrachten Petition aus Ohio, welche ebenfalls die Auflösung der Union vorschlug, zu teil.

Eine weniger glimpfliche Behandlung erfuhr der letztgenannte Abgeordnete aus Anlaß seiner Angriffe auf die Sklaverei

bei der Debatte über die Negermeuterei auf dem amerikanischen Schiffe „Creole“. Dasselbe war am 27. Oktober 1841 von Hampton nach New Orleans gesegelt, unterwegs jedoch von den an Bord befindlichen Sklaven in Besitz genommen, welche sich mit dem Schiffe nach dem englischen Hafen Nassau flüchteten. Der amerikanische Konsul verlangte die Herausgabe der Sklaven, was England, seiner früheren Praxis gemäß, verweigerte. Giddings brachte nun im Kongresse eine Reihe von Resolutionen ein, welche das Verhalten der Neger billigten und dieselben als freie Menschen erklärten, da — wie er argumentierte — die Sklaverei nur eine munizipale Angelegenheit sei, während auf der hohen See nicht die Gesetze der einzelnen Staaten, sondern die der Union, deren Verfassung keine Sklaven kenne, in Gültigkeit wären. Der Süden protestierte in der wütendsten Weise gegen diese Resolutionen, welche „Aufruhr und Mord rechtfertigten und billigten“, und setzte es durch, daß gegen Giddings mit 125 gegen 69 Stimmen die Rüge ausgesprochen wurde. Der durch das rechtlose Benehmen der Sklavokratie — selbst eine Verteidigungsrede zu halten, war ihm nicht gestattet worden — erbitterte Abgeordnete gab seinen Sitz sofort auf, erhielt jedoch die Genugthuung, von seinen Wählern mit überwiegender Majorität wiedergewählt zu werden.

Von welchem Übermute die Sklavenhalterpartei beseelt war, zeigt am deutlichsten ihr Verhalten zu dem von England, Frankreich, Rußland, Preußen und Österreich am 20. Dezember 1841 zu London abgeschlossenen Quintupelvertrag behufs Unterdrückung des Sklavenhandels. Nicht zufrieden mit dem Erfolge eines Pamphlets gegen die herrschsüchtigen Bestrebungen Englands legte der amerikanische Gesandte am französischen Hofe, Lewis Caß, gegen die Ratifikation des Vertrages seitens Frankreich ohne weiteres Protest ein, der auch von der amerikanischen Regierung später bestätigt wurde. Beides hat wohl dazu beigetragen, den Namen des grimmigen Verfechters der Sklavokratie bei den Demokraten populär zu machen, aber nicht vermocht,

den Gang der Zivilisation aufzuhalten, welche gebieterisch das Ende eines Unwesens forderte, dessen Existenz eine Schmach für sämtliche am überseeischen Verkehr beteiligten Mächte war. Auch die Union konnte sich dieser Forderung der Humanität auf die Dauer nicht entziehen, sondern traf mit England die Bestimmung, daß jedes Land an der afrikanischen Küste ein Geschwader halten solle, bestimmt mit vereinten Kräften den Sklavenhandel zu unterdrücken. Daß mit dieser Strenge gegen die Sklavenhändler die Verschärfung der Bestimmungen über die Behandlung der unglücklichen Opfer im eigenen Lande in schreiendem Widerspruche stand, focht weder die Politiker im Senat und Kongreß, noch das Haupt der Exekutive an.

Die Texasfrage gewann unter Tyler insofern erhöhte Bedeutung, als sie im Wahlkampfe von 1844 das entscheidende Moment wurde. Texas war damals beim Bankrott angelangt, das Land schien trotz der Schwäche Mexiko's verloren, wenn nicht bald von den Vereinigten Staaten gegen das unter Arista anrückende mexikanische Heer Hilfe kam. Ein Zwischenfall ernster Art hätte den stets verschobenen offenen Streit schnell herbeigeführt, wenn nicht die Bundesregierung es noch immer für klüger gehalten hätte, durch freigebig verteilte Entschuldigungen das wieder gut zu machen, was die indiskrete Hitze Einzelner verschuldet hatte. Der amerikanische Kommodore Jones, welcher im Stillen Ozean kommandierte, hatte nämlich auf das Gerücht hin, daß die Union und Mexiko im Kampfe mit einander lägen, seinen Posten an der Küste von Peru verlassen, und war nach Mexiko und Kalifornia gesegelt, wo er ohne weiteres Monterey besetzte, bis ihn neuere Nachrichten das Unsinnige seines Planes einsehen ließen. Auf die Beschwerde Mexiko's antwortete das Washingtoner Kabinet, daß Jones Mexiko nicht habe kränken wollen, und das Haus stimmte dieser lahmen Ausrede zu, indem es das Begehren Adams', durch eine Resolution das Vorgehen des Kommodore zu tadeln, mit 83 gegen 74 Stimmen abschlug.

Die Rücksicht auf die Präsidentenwahl bestimmte die demokratische Partei, welche sich jetzt wieder als Herrscherin fühlte, sich des Einflusses des noch immer populären Jackson zu vergewissern, zu welchem Zweck Gilmore Anfang 1843 einen Brief veröffentlichen ließ, in welchem namentlich auf die Bestrebungen Englands, sich des fruchtbaren Landes zu bemächtigen, angespielt und die Annexion als zur Stärkung der Union unbedingt notwendig hingestellt wurde. Jackson ging auf das Spiel ein, und antwortete in einem Briefe vom 12. Februar 1843 an A. V. Brown, der denselben ein Jahr später mit dem Datum von 1844 veröffentlichen ließ. Durch diese und ähnliche künstlich herbeigeführte Kundgebungen wurde es bewirkt, daß die demokratische Partei in der Annexion von Texas für diesmal ihren Schlachtruf erblickte.

Die Festsetzungen der Schiedsgerichtskommission waren noch nicht alle erledigt, als die Bundesregierung mit Mexiko die Einberufung einer neuen Konvention bestimmte, in welcher nicht nur die amerikanischen, sondern auch die mexikanischen Forderungen ins Reine gebracht werden sollten. Drei Monate nach dieser Vereinbarung am 8. Mai 1843 legte Webster sein Amt nieder, welches Upshur übertragen wurde. Derselbe ging eifrig auf sein Ziel: die Annexion, los, trotzdem daß Mexiko erklären ließ, daß es die Annexion als Kriegserklärung betrachten werde. Sonderbarerweise zeigte sich Texas jetzt wenig geneigt, das Anerbieten der Union mit Freuden zu ergreifen, da zwischen ihm und Mexiko durch Vermittelung von England und Frankreich neue Verhandlungen schwebten. Die texanischen Abgesandten verlangten daher von der Bundesregierung eine klare Antwort auf die inhaltsschwere Frage, ob die Union bereit wäre, das Land mit Waffengewalt gegen Mexiko, das die Feindseligkeiten sofort wieder eröffnen würde, zu beschützen. Upshur vermied es, hierauf eine deutliche Erwiderung zu geben; dies that erst Calhoun, welcher nach dem durch das Springen einer Kanone auf dem amerikanischen Schiffe „Princeton“ verursachten Tode Upshur's

das Staatssekretariat übernahm, indem er am 11. April 1844 an die Vertreter von Texas in Washington schrieb, daß „Befehl erteilt worden sei, ein starkes Geschwader im Golf von Mexiko zu konzentrieren und an der Südwestgrenze Truppen zusammenzuziehen, um jeder Eventualität zu begegnen.“ Am nächsten Tage wurde der Annexionsvertrag unterzeichnet und vereinbart. Den Rat Englands an Mexiko, Texas aufzugeben, aber gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, daß die Sklaverei daselbst verboten würde, benutzte Calhoun mit bewußter Verdrehung der Thatsachen, um dem amerikanischen Volke und namentlich dem Süden das Schreckbild der englischen Tyrannei vorzuhalten und mit einem kühnen logischen Salto-Mortale zu folgern, daß Amerika durch diese Politik Englands jetzt zur sofortigen Annexion gezwungen sei. Wiederum war es das Sklavenhalterinteresse, welches der Union die Politik vorschrieb und diesmal selbst auf die Gefahr eines Krieges hin!

Der Senat verwarf jedoch am 8. Juni mit 35 gegen 16 Stimmen den Annexionsvertrag. Zwei Tage später sandte Tyler eine Botschaft an das Haus, welchem er auch alle Aktenstücke zur Verfügung stellte, um auf diese Weise eine Entscheidung herbeizuführen. Benton kam ihm im Senat zu Hilfe, indem er gleichzeitig eine Bill einbrachte, welche den Präsidenten ermächtigte, mit Mexiko und Texas in Unterhandlung über die Annexion zu treten. Das Vorrücken des Generals der mexikanischen Nordarmee bewog ferner Calhoun, seiner früheren Zusage gemäß am 17. September den Einmarsch der Bundestruppen in Texas anzubefehlen. Den Haupttrumpf in der Angelegenheit lieferte jedoch das Ergebnis der Präsidentenwahl, welche mit dem Siege Polks, des Kandidaten der Annexionistenpartei geendigt hatte. Noch niemals waren so viele Kandidaten aufgestellt gewesen, wie am Ende der Tylerschen Periode, in der sämtliche Parteien mehr als einmal den Weg vom Gipfel der Macht bis zur völligen Unthätigkeit hatten zurücklegen müssen. Die Whigs hatten durchweg Clay aufgestellt, dem nur

seitens Webster eine ungefährliche Konkurrenz gemacht wurde. Tyler kämpfte mit Aufbietung aller Kräfte, aber mit wenig Aussicht auf Erfolg für seine Wiederwahl, bis er am 20. August 1845 seine Kandidatur zurückzog; die Demokraten wiesen die größte Zahl von Bewerbern auf, von denen jedoch Johnson, Caß, Buchanan und Calhoun nacheinander verzichteten, so daß schließlich nur Van Buren übrig zu bleiben schien. Dem war jedoch nicht so, da die strengen Annexionisten auf der demokratischen Konvention zu Baltimore die Wahl ihres Kandidaten Polk durchsetzten. Die Hauptpunkte des Programmes waren die Texasfrage, die Zollpolitik und die Nationalbank. In ersterer Hinsicht war sofortige Annexion die Parole, während bei der zweiten Frage diesmal keine Übereinstimmung zwischen den freihändlerischen Demokraten und Annexionisten des Südens und den schutzzöllnerischen Demokraten des Nordens herbeigeführt werden konnte, weshalb der betreffende Passus in einer Vagheit abgefaßt wurde, die jede Deutung zuließ. Eine Nationalbank wurde allgemein als verfassungswidrig und verderblich verworfen. Das Wahlergebnis war für Polk 170, für Clay 105 Stimmen, so daß ersterer mit bedeutender Majorität gewählt war. Als Vizepräsident wurde Dallas ernannt. Erwähnenswert ist noch, daß Birnay, der Kandidat der Freiheitspartei 64 653 Stimmen erhalten hatte, die mit den Whigs vereinigt, leicht die demokratische Koalition hätten umstoßen können.

Tyler benutzte dieses imposante Votum für die Annexion als Mittel zum Zweck, indem er am 3. Dezember dem Hause vorschlug, daß eine gemeinsame Resolution beider Häuser der leichteste und einfachste Weg der Annexion sei. Trotz der hierin liegenden offenbaren Verletzung der Verfassung wurde die Resolution mit Aufnahme der Bestimmungen über die Missourilinie vom Kongreß am 25. Februar mit 120 gegen 98 Stimmen angenommen. Im Senat wogte der Kampf unentschieden hin und her, bis Walker von Mississippi einen Zusatz beantragte, nach dem der Präsident mit Texas auch einen Annexionsvertrag

abschließen dürfe, falls ihm dies besser erscheine. Mit diesem Amendement erhielt die Resolution im Senate eine Majorität von 2 Stimmen (27 gegen 25) und im Kongreß eine solche von 56 Stimmen (132 gegen 76), nachdem noch die geheime Verabredung getroffen war, daß der Präsident sich für den Vertragsweg entscheiden und so seinem Nachfolger die eigentliche Arbeit überlassen solle: Am 1. März unterschrieb der Präsident die „gemeinsame Resolution", um kurz vor Thoresschluß, am Abend des 3. März, die Aufforderung an Texas ergehen zu lassen, daß es sich der Resolutionen behufs seines Eintrittes in die Union bedienen möge. Wenige Stunden nach dieser Verfassungsverletzung, welche Calhoun später dadurch entschuldigte, daß der Senat damals doch keinem Vertrage seine Zustimmung gegeben hätte, erlosch der Amtstermin Tyler's, welcher, von keiner Partei unterstützt und als Führer anerkannt, in das Privatleben zurücktrat.

James K. Polk.

Unter der Präsidentschaft Polk's gelangte die Texasfrage endlich zur Entscheidung. Lange genug war auf beiden Seiten mit Worten gestritten und das Recht mit Füßen getreten worden. Jetzt sollte das blutige Kriegsspiel entscheiden, wer der stärkere sei, die jugendfrische, aufstrebende Union oder das altersschwache, zerrüttete Mexiko, dessen Befreiung vom spanischen Joche einst die Vereinigten Staaten ebenso lebhaft begrüßt hatten, als sie jetzt seine baldige Niederlage ersehnten. Dennoch sollten die Kriegshoffnungen sich nicht sogleich verwirklichen; in seiner Antrittsrede begnügte sich der Präsident damit, die Angelegenheit mit Texas als eine interne Sache zu erklären und verweilte lieber längere Zeit bei der „Oregonfrage", die seit dem letzten Wahlzuge ebenfalls einen akuten Charakter angenommen hatte. Auch das Kabinet, welches Polk bildete, war kein solches, auf dessen Programm die blutige Lösung der Texasfrage mit fetten

Lettern geschrieben stand, sondern setzte sich aus Männern zusammen, die einfach der demokratischen Partei angehörten, ohne ihr die Richtung zu geben. Staatssekretär war James Buchanan, der nachherige Präsident, geworden, Finanzminister Robert J. Walker von Mississippi, Kriegssekretär der Ex-Gouverneur William L. Marcy von New York, während der Mangel jedweden Verständnisses in Seeangelegenheiten den berühmten Geschichtsschreiber der Vereinigten Staaten George Bancroft als besonders qualifiziert zum Marineminister erscheinen ließ. Im ganzen ein Kabinett von recht achtungswerten Kapazitäten, aber ohne besonders hervorragende Ideeen, falls man nicht den von Marcy zuerst offen proklamierten, aber bekanntlich schon längst befolgten Grundsatz: „Dem Sieger gehört die Beute" als eine solche ansehen will.

In der Platform (Programm) der demokratischen Wahlkonvention zu Baltimore hatte die Erwerbung von ganz Oregon eine bedeutende Rolle gespielt. Unzweifelhaft hatten die Vereinigten Staaten ein Recht darauf, aber es galt dies Recht nun auch gegen die Gelüste Englands zu behaupten, welches durch den Verkauf der Ansiedelung Astoria seitens der amerikanischen „Pacific Fur Company" an die englische „Nordwest Company" gleichfalls einen Anspruch auf das Land erhob. Nach dem Frieden von Gent war allerdings Astoria wieder zurückgegeben, die prinzipielle Lösung des Streites jedoch verschoben worden, indem man am 20. Oktober 1818 eine Konvention auf 10 Jahre schloß, die das Land den Angehörigen beider Nationen offen ließ. Als die Frist abgelaufen war, war der Kongreß noch nicht über die zu ergreifenden Maßnahmen schlüssig geworden und so wurde die Verlängerung der Konvention auf unbestimmte Zeit mit einem Kündigungsrecht von 12 Monaten vereinbart. Bis jetzt hatten die Engländer das Hauptkontingent zu den Ansiedlern gestellt, und die englische „Hudson's Bay Company" war die wirkliche Beherrscherin des Gebietes. Diese Verhältnisse änderten sich jedoch allmählich, immer neue Scharen

amerikanischer Farmer langten an, welche sich häuslich nieder= ließen und bald das Verlangen an den Kongreß stellten, die

Fig. 21.



H. Fremont
(Nach Cassel, History.)

„förmliche und schleunige Besitzergreifung" des Territoriums vorzunehmen, was jedoch an der Unschlüssigkeit des Hauses, das

zwar einen Ausschuß nach dem andern einsetzte, aber nichts entschied, scheiterte. Erst der Zug über das Felsengebirge von John C. Fremont und die Überführung einer großen Karawane von 200 Wagen durch Whitman von Missouri nach Oregon bewiesen die Wichtigkeit raschen Handelns, so daß schon am 8. Januar 1844, nachdem neue Verhandlungen mit England kein Resultat ergeben hätten, Sample von Illinois den allerdings vergeblichen Antrag stellte, den Präsidenten zur Kündigung der Konvention 1817/28 aufzufordern. Gleich fruchtlos war das Anerbieten Englands, die Streitfrage der Beurteilung eines Schiedsrichters zu unterbreiten, da die amerikanische Regierung noch immer auf dem Wege langsamer Verhandlung — der Politik meisterhafter Unthätigkeit — in den Besitz von ganz Oregon zu kommen und England von der Teilhaberschaft an der Schiffahrt auf dem Columbia auszuschließen hoffte. Der Kongreß unterstütze die Regierung hierin ganz beträchtlich, indem er am 27. April 1846 den Präsidenten autorisierte, „nach seiner Diskretion“ die Konvention zu kündigen, wobei jedoch von allen Rednern die Eventualität einer kriegerischen Verwickelung mit England von vornherein aufrichtig perhorresziert wurde. Dank dem Entgegenkommen von England und der verständigen Politik des Senats, welchem der Präsident die Entscheidung anheim gestellt hatte, um sich auf diese Weise aus der Schlinge herauszuziehen, in welche er durch seine frühere emphatische Forderung von ganz Oregon, d. h. bis zum 54° 40′, geraten war, wurde es möglich am 15. Juni 1846 eine Konvention zu unterzeichnen, die den Vereinigten Staaten das Gebiet bis zum 49. Grade zusprach. Seitdem bald darauf durch den mexikanischen Krieg Kalifornien in die Hände der Amerikaner geriet, war ihre Herrschaft am Gestade des Stillen Ozeans fest begründet und der Zeitpunkt gekommen, wo sie ihre segensreiche und bedeutsame Stellung in der Weltökonomie einnehmen konnten.

In der Texasfrage waren dem neuen Präsidenten durch die letzte Maßnahme Tylers gleichsam der Weg vorgezeichnet. Er



wählte auch entgegen der allgemeinen Voraussetzung nicht einen Annexionsvertrag, sondern die gemeinschaftliche Resolution beider Häuser, um Texas in den Verband der Union aufzunehmen. Es war leicht, jetzt Polk, der sich früher ebenfalls für den Vertrag ausgesprochen hatte, als wortbrüchig hinzustellen, während doch die hochweisen Senatoren sich nur selber anklagen konnten, daß sie für die schönen Augen des Präsidenten ihre heilige Pflicht, die Verfassung zu schützen, leichten Herzens geopfert hatten. Zudem herrschte in Texas jetzt eine andere Stimmung wie früher, die es zweifelhaft erscheinen ließ, ob das Resultat auch dem hohen moralischen Einsatze, den die Union gemacht hatte, entsprechen würde. Mexiko, welches jetzt unter der Herrschaft des Präsidenten Herrera stand, war bereit, die Unabhängigkeit von Texas anzuerkennen, und in der That wurde am 29. März 1845 ein Präliminarfriede in dieser Hinsicht geschlossen, der aber nicht den Beifall des Kongresses von Texas fand, dessen einstimmig bejahendes Votum über die Annexion am 4. Juli von einer eigens vom Volk gewählten Konvention bestätigt wurde.

Von diesem Augenblicke war es klar, daß der Streit auf irgend eine Art einen ernsthaften Charakter annehmen würde, und das Washingtoner Ministerium hielt es deshalb für geboten, einen Teil der disponiblen Militärmacht unter General Zacharias Taylor nach Texas zu schicken, wo derselbe sich zunächst bei Corpus Christi festsetzte, später jedoch bis in die Umgegend von Matamoros, an dem untern Lauf des Rio Grande, dessen linkes Ufer bisher nie von Texanern bewohnt gewesen war, vorrückte, um im Falle weiterer Verhandlungen als glücklicher Besitzer einen neuen Druck auf das unglückliche Mexiko ausüben zu können. Der amerikanischen Politik schwebte damals ferner die Eroberung von Kalifornia und Neu-Mexiko als festes Ziel vor, und sie ließ kein Mittel unbenutzt, um dasselbe zu erreichen. Während sie im geheimen Depeschen an die amerikanischen Generäle und Kommodore absandte und sie zum rücksichtslosen Vorgehen ermunterte, hatte sie im offiziellen Verkehr mit Mexiko kaum Worte genug,

um in möglichst scheinheiliger Weise ihre friedlichen Absichten zu beteuern. Den Trumpf spielte jedoch Polk, der eine wahre Leidenschaft bei diesem Intriguenspiel offenbarte, mit seinem letzten Kaufvorschlage aus, den er der mexikanischen Regierung durch den außerordentlichen Gesandten Slidell unterbreiten ließ, und der folgendes Anerbieten enthielt: „Die Vereinigten Staaten bezahlen selbst die amerikanischen Gläubiger und zahlen Mexiko noch 5 Millionen Dollars für Neu-Mexiko, oder Übernahme der Schulden und Zahlung von 25 Millionen Dollars für Neu-Mexiko und Kalifornia.

Slidells Mission hatte jedoch, wie dies bei dem Stolz der mexikanischen Regierung vorherzusehen war, nicht den gewünschten Erfolg. Als er in Mexiko angelangt war, fand er eine neue Revolution im Anzuge, die richtig bald ausbrach und den General Paredes an die Spitze der Staatsleitung stellte. Die neue Regierung weigerte sich aber ebenso beharrlich, wie die vorige, Slidell als Gesandten anzuerkennen, so daß ihm nichts anderes übrig blieb, als unverrichteter Sache nach Hause zurückzukehren. Polk hatte inzwischen, des langen Zauderns müde, auf eigene Verantwortung am 13. Januar 1846 Taylor den Befehl gegeben, soweit als irgend möglich vorzurücken, was notwendigerweise zum Bruche führen mußte, da der in Matamoros kommandierende mexikanische General Ampudia sich unbedingt einem feindlichen Angriffe und Besitznahme der Rio Grande-Mündung nach Kräften widersetzen mußte. Ein Schreiben Ampudias, welches Taylor aufforderte, sich bis an den Nuecesstrom zurückzuziehen, beantwortete Taylor mit der Sperrung der Rio Grande-Mündung, mit welchem Ereignis der Krieg seinen Anfang nahm. Am 24. April kündigte Arista, der den Oberbefehl wieder übernommen hatte, Taylor an, daß er die Feindseligkeiten als begonnen erachte, und den Tag darauf floß das erste Blut in einem Scharmützel zwischen einem Trupp amerikanischer Dragoner unter Kapitän Thornton und den Mexikanern, die den Sieg durch ihre überlegene Anzahl mit Leichtigkeit davontrugen.

Die Nachricht hiervon langte am 9. Mai in Washington an. Der Präsident richtete zwei Tage darauf — der nächste Tag war ein Sonntag — eine Botschaft an den Kongreß, die den Stand der Angelegenheit darlegte und die Kriegserklärung aussprach. Das Haus trat als „Ausschuß des Ganzen" sofort in die Beratung der Botschaft ein und genehmigte eine vom Ausschuß für militärische Angelegenheiten vorgelegte Bill, in deren Eingang die Behauptung des Präsidenten wiederholt war, daß „der Krieg durch die That Mexikos herbeigeführt sei", und welche den Präsidenten autorisierte, 50 000 Freiwillige anzuwerben und zehn Millionen Dollars für die Kosten des Feldzuges zu verwenden. Im Senat setzte es freilich erst einen langen und harten Kampf, ehe derselbe am 12. Mai die Bill genehmigte, da die Opposition, der auch diesmal Calhoun sich beigesellt hatte, dessen Billigkeits- und Ehrgefühl gegen eine derartige Verletzung der Konstitution sich aufbäumte, in nachdrücklicher Weise ihre Stellungnahme verteidigte.

Das Kriegsglück war den Amerikanern günstig; Taylor besetzte nach einigen siegreichen Gefechten bei Palo Alto und Resaca de la Palma am 18. Mai Matamoros, das für die weiteren Bewegungen eine wichtige Position war. Noch größer aber waren die Erfolge, welche Fremont und Kearney in Kalifornien und Neu-Mexiko davon getragen hatten. Letzterer war nach Santa-Fé aufgebrochen, das er mit größter Leichtigkeit einnahm, trotzdem, er unterwegs durch einen Paß zu ziehen hatte, der den mexikanischen Truppen einen prächtigen Verteidigungsposten dargeboten hätte. Nachdem Kearney die Bewohner als „Bürger der Vereinigten Staaten" in Anspruch genommen und eine provisorische Regierung eingesetzt hatte, zog er nach Kalifornia, wo er jedoch die ganze Kriegsarbeit schon erledigt fand. Im Mai 1845 hatte Kapitän John Fremont eine dritte Entdeckungsreise nach dem Westen angetreten und war bis nach Monterey am stillen Ozean gelangt, von wo er sich nach dem Thale des San Joaquin begeben wollte, um daselbst

zu überwintern. Der mexikanische Befehlshaber Castro hegte jedoch gegen ihn den Verdacht, daß er die Bevölkerung aufreizen wolle und versuchte deshalb Fremont mit Gewalt aus dem Lande zu jagen. Dem Mute und der Umsicht Fremonts gelang es sich mit seiner kleinen Schar nach Oregon zu wenden, wo er den Besuch des Leutnant Gillespie erhielt, der geheime Instruktionen überbrachte, welche zu den damals noch üblichen Friedensbeteuerungen Polks in bedenklichem Gegensatze standen. Im Sommer 1846 gelang es Fremont, mit den amerikanischen Ansiedlern die spanische Herrschaft zu brechen, so daß schon am 4. Juli Kalifornia als unabhängige Republik ausgerufen werden konnte. Die amerikanische Flotte unterstützte diese Bestrebungen so viel als möglich; am 2. Juli langte der Kommodore Sloat, welcher nach dem Empfange der Nachricht von dem Scharmützel des 25. April sofort nach Kalifornia gefahren war, vor Monterey an, das sich ihm ohne erheblichen Widerstand am 6. Juli ergab. Als jedoch Sloat von Fremont hörte, daß dieser ohne spezielle Autorisation sich gegen Castro erhoben hätte, fürchtete er einen dummen Streich begangen zu haben und war froh, in seinem schlechten Gesundheitszustand einen Vorwand zur Abgabe des Kommandos an Kommodore Stockton zu finden, der nun mit Fremont zusammen die Eroberung und Befreiung des Landes vollendete und am 13. August in der Hauptstadt Los Angeles einzog, den Bewohnern die frohe Kunde meldend, daß jetzt überall die mexikanische Flagge durch die amerikanische verdrängt worden sei.

Um dieselbe Zeit war in der Regierungsgewalt Mexiko's wieder ein Wechsel eingetreten, der den früheren Präsidenten Santa Anna von neuem zum Machthaber erhob. Anfang August war Paredes gestürzt worden, am 15. August traf Santa Anna, von Havana kommend, in Mexiko ein, wo er sofort energische Maßregeln zur Verteidigung ergriff und damit die bisher gehegte Hoffnung der Union, durch Zahlung von einigen Millionen Dollars in den Besitz der gewünschten Gebiete zu gelangen,

völlig zu Schanden machte. Eine diesbezügliche Bill hatte Mac Kay von Nordkarolina bereits am 8. August dem Kongreß vorgelegt, der dieselbe auch zu genehmigen bereit war, als ein Demokrat von Pennsylvania, Wilnot, aufstand und das Proviso beantragte, daß „in allen von Mexiko zu erwerbenden Gebieten die Sklaverei für immer verboten sein solle.“ Der Antrag kam so unerwartet, daß der Süden ihn nicht sofort abwehren konnte und das Haus mit 83 gegen 64 Stimmen den Zusatz annahm. Zum Glück für den Süden hielt eine Rede von John Davis, der für das Proviso war, den Senat so lange hin, daß der Schluß der Session erfolgen mußte, ohne daß die Abstimmung hätte vorgenommen werden können, wodurch das Proviso jedoch nur verschoben, nicht beseitigt worden war.

Die Nachrichten vom Kriegsschauplatze lauteten andauernd günstig; am 24. September hatte sich Monterey, die Hauptstadt von Nuevo Leon, ergeben, und bald darauf war von Taylor ein Waffenstillstand geschlossen worden, da ihm die Gerüchte von Friedensverhandlungen zu Ohren gekommen waren, die sich jedoch keineswegs bestätigten. Im Gegenteil beschloß die Regierung von Washington, den Krieg mit möglichster Energie fortzuführen, und schickte zu diesem Zwecke im November den alten verdienten General Scott mit einer starken Armee gegen Vera-Cruz, um von dort aus direkt einen Vorstoß gegen die Hauptstadt Mexiko zu führen. Im Kongreß wurden inzwischen munter die Verhandlungen über das Wilnot-Proviso fortgesetzt, das als Amendement zu einer von Preston King von New York am 4. Januar 1817 eingebrachten Bill figurierte, welche dem Präsidenten drei Millionen zum Kaufe von Texas zur Verfügung stellen wollte. Calhoun legte bei dieser Gelegenheit in der Hoffnung, die sämtlichen Abgeordneten aus den Südstaaten zu einer kompakten Partei zu vereinigen, eine Reihe von Resolutionen vor, deren Inhalt wie folgt lautet: „Die Territorien sind das gemeinschaftliche Eigentum der verschiedenen die Union bildenden Staaten, — der Kongreß darf kein Gesetz machen, das

direkt oder indirekt die volle Gleichberechtigung irgend welcher Staaten hinsichtlich der Territorien verkümmert; — ein Gesetz, das die Bürger gewisser Staaten verhindert, sich mit ihrem Eigentum in den Territorien niederzulassen, würde das thun. — Die Aufnahme eines Staates in die Union darf an keine andere Bedingung geknüpft werden, als an die daß er eine republikanische Verfassung habe." Calhoun täuschte sich in dem Erfolge seiner Resolutionen, — nichts destoweniger gelang es den Anstrengungen der Sklavenhalter, die Bill allein, ohne das Proviso, durchzubringen und somit dem nächsten Kongreß die Aufgabe zuzuschreiben, sich mit der Organisierung der von Mexiko zu erwerbenden Territorien zu beschäftigen.

Im weiteren Verlauf des Krieges erfocht Taylor am 22. und 23. Februar 1847 zu Buena Vista über das 20 000 Mann starke Heer Santa Annas einen entscheidenden Sieg, dem bald darauf eine Reihe von Heldenthaten der Scottschen Armee folgte, so daß die Gewißheit einer glücklichen Beendigung des Krieges für die Amerikaner täglich wuchs. Scott hatte am 29. März Vera Cruz und San Juan d'Ulloa erobert und dann seinen Marsch in das Innere des Landes angetreten, der ihn bis zur Hauptstadt führen sollte. Am 18. und 19. April 1847 besiegte er zu Cerro Gordo, am 19. August zu Contreras und am folgenden Tage zu Churubusco das von Santa Anna in aller Eile zusammengeraffte Heer, welches sich nun auf die Stadt Mexico zurückzog, aber wenig Gewähr für die Rettung der Stadt bieten konnte. Nach dem Eintreffen eines neuen diplomatischen Gesandten von Washington N. P. Trist, bei dem Heere Scott's waren die Verhandlungen wieder aufgenommen, und am 23. August war ein Waffenstillstand vereinbart worden, den Santa Anna zur Verstärkung seiner Streitkräfte erfolgreich benutzte. An der Weigerung Mexikos, mehr als Oberkalifornia abzutreten, scheiterten jedoch die Verhandlungen, und Scott kündigte sofort den Waffenstillstand. Am 8. September schlug er die Mexikaner von neuem bei Molino del Rey, am 13. wurde Chapultepec

erobert und schließlich am 14. die Hauptstadt selbst besetzt. Santa Anna hatte sich nach Guadalupe Hidalgo geflüchtet, von wo aus er im Oktober 1847 einen Versuch machte, Puebla zu er=

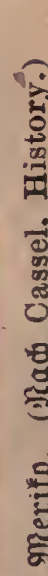
Fig. 23.



General Scott.
(Nach Cassel, History,)

obern, jedoch zurückgeschlagen wurde, und von einem Ort zum andern flüchten mußte. Niedergebeugt und ermüdet legte er sowohl die Präsidentschaft als den Generalsposten nieder und

Fig. 24.



Mexiko. (Nach Cassel, History.)

begab sich am 5. April 1848 nach Jamaika, eine günstige Gelegenheit zur Rückkehr in das öffentliche Leben Mexiko's erwartend. Wenige Wochen vor seinem Abzuge war schon der Friede zu Guadalupe Hidalgo unterzeichnet worden, trotzdem daß Trist hierzu keine Vollmacht mehr besaß, da er am 16. November 1847 bereits einen Abberufungsbefehl von Minister Buchanan erhalten hatte. Der Friede vom 2. Februar 1848 bestimmte, daß Mexiko an die Vereinigten Staaten Neu-Mexiko und Ober-Kalifornia gegen eine Zahlung von 15 Millionen Dollars abtrat und den Rio Grande als Grenzfluß von Texas anerkannte, sowie daß die Union alle Schuldforderungen, welche amerikanische Bürger gegen Mexiko erhoben hätten, bis zur Höhe von 3½ Millionen Dollars übernahm. Polk erklärte sich mit diesen Bedingungen einverstanden und sandte den Vertrag dem Senate am 22. Februar zur Ratifikation zu, welche am 16. März erfolgte. Am 30. Mai wurden endlich zu Queretaro die Ratifikationen des Friedens ausgetauscht, und damit ward eine Episode beendigt, die, so unrühmlich sie vom Standpunkte der Idealpolitik erscheinen mag, für die Entwickelung der Union von weittragender Bedeutung gewesen ist.

Die schwierigste Aufgabe stand jedoch noch bevor. Es galt, den neuen Territorien Verfassungen zu geben, wobei natürlich die Sklavenfrage der streitige Punkt war, der zu endlosen Debatten und zahllosen Anträgen führte. Von seiten der Sklavenhalter wurde jetzt mit Vorliebe die „Squattersouveränetät" hervorgehoben, welche Lehre darthun sollte, daß es „den Prinzipien der Selbstregierung, dem Geiste der Verfassung und den wahren Interessen der Union am besten entspräche, die Regelung aller innern Angelegenheiten der Territorien, die Sklavenfrage eingeschlossen, den Territoriallegislaturen zu überlassen." Eine von Clayton eingebrachte Bill variierte diesen Gedanken, indem sie vorschlug, die Gebiete als Territorien zu organisieren und die Frage der Sklaverei dann im Wege richterlicher Urteile durch das Oberbundesgericht zum Austrag zu

bringen; sie gelangte jedoch im Hause nicht zur Annahme und wurde auf Antrag von Al. H. Stephens mit 112 gegen 97 Stimmen auf den Tisch gelegt. Hinsichtlich Oregons gelangte man schließlich nach heißen Kämpfen am Schlusse der ersten Session des dreißigsten Kongresses zu einem für die Gegner der Sklaverei günstigen Resultate; am 13. August 1848 nahm das Haus die Bill an, welche die Sklaverei von Oregon ausschloß und vom Präsidenten mit der Motivierung, daß sie nicht gegen den Missourikompromiß verstoße, genehmigt wurde. Im Jahre 1853 wurde Oregon geteilt und das nördliche Gebiet in ein neues Territorium, Washington genannt, verwandelt.

In Kalifornia trat die Notwendigkeit einer festen Regierung mit dem Augenblicke ein, da die reichen Goldschätze entdeckt waren und das Land der Sammelplatz eines Haufens von Abenteurern aller Art, Glücksrittern, verfehlten Existenzen und an harte Arbeit gewöhnten Bergleuten wurde. Das Vorkommen von Edelmetall in Kalifornia war schon längst bekannt und auch in einer Botschaft Polks bereits erwähnt worden, ohne besondere Beachtung zu finden; als nun aber James W. Marshall am 19. Januar 1848 bei dem Bau einer Sägemühle für einen eingewanderten Schweizer Sutter im Schwemmsande Gold entdeckt hatte und diese Funde sich immer häufiger wiederholten, brach allenthalben das Goldfieber aus, und zu hunderten kamen die beutegierigen Abenteurer herbeigeeilt; ein Leben sonderbarster Art begann, die Preise der Lebensmittel stiegen fabelhaft, die Zeitungen stellten ihr Erscheinen ein, da Redakteur und Setzer sich in die Goldgruben begeben hatten, die Matrosen der anlangenden Schiffe desertierten haufenweise, so daß eine Reihe verlassener Fahrzeuge in den Buchten lag, das ganze Land war von fieberhafter Unruhe erfüllt, und jede neue Mär von großen Goldfunden entflammte die Begierden der Zurückgebliebenen. San Francisco wuchs binnen zwei Jahren von einem elenden Fischerdorf zur Stadt von 15 000 Einwohnern empor, und ein reges Leben bemächtigte sich der sonst so stillen Städte, die in

der Gegend der Goldminen lagen. In die vom Golddurst herbeigeführte Gesellschaft, welche zahlreiches Gesindel und zuchtlose Gauner aller Art einschloß, Ordnung zu bringen, erkannte Polk als eine dringende Aufgabe an, vermochte jedoch nicht Mittel und Wege anzugeben, wie die Kluft zwischen den Forderungen der Sklavenhalter und dem Verlangen der Republikaner und der kalifornischen Bevölkerung selber, das Land von dem Fluche der Sklaverei frei zu halten, zu überbrücken sei. Ein Antrag von Douglas, dahin gehend, Minnesota, Nebraska und Neu Mexiko als Territorien zu organisieren und Kalifornia als Staat zuzulassen, der sich kraft seiner Souveränität selber über die Sklaverei äußern könne, wurde namentlich der Bedenken halber, welche die politische Bedeutung einer Staatenvermehrung bei den Whigs erregte, abgelehnt, dagegen am 13. Dezember 1848 auf Antrag von Root aus Ohio der Territorialausschuß mit 106 gegen 80 Stimmen beauftragt, eine Reihe von Gesetzentwürfen zur Organisierung von Neu-Mexiko und Kalifornia als Territorien mit der Klausel, daß die Sklaverei verboten sei, auszuarbeiten und dem Hause vorzulegen. Gegen diesen entscheidenden Schlag glaubte der Süden durch eine energische Demonstration protestieren zu müssen; am 23. Dezember 1848 traten 18 Senatoren und 51 Repräsentanten der Südstaaten auf Betreiben Calhouns zu einem Konvent zusammen, dessen Adreßausschuß am 13. Januar 1849 den Entwurf einer „Adresse der südlichen Delegaten an ihre Konstituenten“ genehmigte, jedoch damit bei der Versammlung, die auch südliche Whigs zu ihren Mitgliedern zählte, nicht durchdrang. Der leidenschaftliche Protest Calhouns mußte erst in eine eindringliche Berufung an das ganze Volk verändert werden, um schließlich die Unterschriften von 40 Abgeordneten zu erhalten —; wiederum war es Calhoun nicht gelungen, den Süden zu einer homogenen Partei zusammenzuschweißen, und die pomphaft angekündigte und in Szene gesetzte Protestversammlung hinterließ kein nennenswertes Resultat!

Aber auch der Kongreß konnte trotz aller seiner Bemühungen

zu einem Abschlusse der Territorienfrage nicht gelangen. Antrag auf Antrag wurde verworfen, bis sich zuletzt die Debatte auf ein von Walker aus Wisconsin eingebrachtes Amendement zur Budgetbill (General Appropriation Bill) beschränkte, das den Präsidenten ermächtigen sollte, die Verfassung der Vereinigten Staaten auf die Territorien auszudehnen und alle geeigneten und nützlichen Regeln und Regulationen vorzuschreiben und festzusetzen", jedoch gleichfalls nach erbittertem Kampfe, der sich nicht nur auf Redeschlachten beschränkte, sondern zu regelrechten Boxereien im Hause führte, in der Nacht vom 3. auf den 4. März 1849 abgelehnt wurde. Die Entscheidung über das neu erworbene Gebiet war daher nochmals verschoben worden — wahrlich nicht zum Ansehen der legislativen Gewalt der Union, welche, mit ihrem unfruchtbaren Streite beschäftigt, die notwendigsten Bedürfnisse der Bewohner jener Gebiete vernachlässigte. Von sonstigen Ereignissen unter der Präsidentschaft Polks sind noch die Aufnahme neuer Staaten in den Verband der Union, sowie die Pläne betreffs Kuba und Yukatans zu erwähnen. Gemäß dem bisher üblichen Gebrauch, je einen Sklaven- und einen freien Staat aufzunehmen, verkuppelte man die beiden Bills über Florida und Iowa zu einer einzigen, welche mit 145 gegen 34 Stimmen vom Repräsentantenhause angenommen wurde. Einige Jahre später im Mai 1848 wurde auch das bisherige Territorium Wisconsin zum Staate erhoben, im März 1849 schließlich das Territorium Minnesota organisiert.

Über Yukatan, das als ein von der mexikanischen Regierung ziemlich unabhängiger Staat dastand, berichtete der Präsident am 29. April 1848, daß der dortige Gouverneur seine Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, „die Herrschaft und Souveränität der Halbinsel auf die Union zu übertragen, deren Hilfe das Land sich in seinen Kämpfen mit den Indianern erbitte." Einige Heißsporne des Südens erblickten darin schon die günstige Gelegenheit, den amerikanischen Einfluß in Mittelamerika zu verstärken und plaidierten für sofortige Annexion. Der Kongreß lehnte jedoch die

Verantwortung hierfür ab und war froh, die Angelegenheit auf die Nachricht hin, daß die streitenden Parteien in Yukatan sich vertragen hätten, ruhen lassen zu können.

Die reiche Insel Kuba war nicht minder ein Gegenstand der eifrigsten Fürsorge der Südstaatler. Ihrem Drängen ist es zuzuschreiben, daß die amerikanische Regierung in vertraulicher Weise bei Spanien anfragen ließ, ob letzteres gewillt sei, Kuba zu verkaufen, wobei ein Angebot bis zu 100 Millionen Dollars ins Auge gefaßt war. Spanien wies den Antrag kurzer Hand zurück, der trotz der Diskretion, mit welcher er behandelt worden war, ruchbar wurde und Anlaß zu heftigen Klagen gegen den beutegierigen Süden gab.

Bei der Präsidentenwahl maßen diesmal drei Parteien ihre Kräfte. In der demokratischen Nationalkonvention, welche am 22. Mai 1848 zu Baltimore zusammenkam, waren nämlich von New York aus zwei Delegationen angelangt, von denen die eine, die Partei der regulären Demokraten, Hunkers genannt, die andere die Gruppe der Reformdemokraten, Barnburners (Scheunenverbrenner) betitelt, vertrat. Letztere begnügten sich jedoch nicht mit den Beschlüssen der Baltimorekonvention, welche Lewis Caß und William O. Butler als Kandidaten nominiert hatte, sondern beriefen eine eigene Konvention nach Buffalo (9. August 1848), in der sie den Namen „Free soil Party" annahmen und Van Buren und Charles Francis Adams, Sohn des am 23. Februar 1848 verstorbenen John Quincy Adams, aufstellten. Die Whigs hatten sich in der Philadelphiakonvention (7. Juni 1848) auf den durch den mexikanischen Krieg berühmt gewordenen General Taylor als Präsidentschaftskandidaten geeinigt, während sie für seinen Stellvertreter den New Yorker Advokaten Millard Fillmore empfohlen. Clay, der sich noch immer schmeichelte, die höchste Würde der Union zu erlangen, war wiederum zu Gunsten eines „farblosen" Kandidaten beiseite geschoben worden. Das Resultat war, daß Caß nur 127, Taylor dagegen 163 Stimmen erhalten hatte, letzterer somit erwählter

Präsident der Union für die nächsten vier Jahre war. Mit der gleichen Stimmenzahl erfolgte die Wahl Fillmore's. Wiederum hatten die Whigs triumphiert, und es schien, als ob den Plänen der Südstaatler in Zukunft ein Ende bereitet werden sollte, und dennoch weist der nächste Zeitraum eine Reihe von Gesetzen auf, welche die Sklavenjagd organisierten und den extremsten Sklavenhaltern alle Ehre gemacht hätten!

Zacharias Taylor und Millard Fillmore.

Der neue Präsident konnte sein Amt erst am 5. März antreten, da der 4. auf einen Sonntag fiel. In seiner Eröffnungsadresse, welche sich durch Kürze vorteilhaft auszeichnete, bildete die Versicherung, daß er jede Maßnahme mit Freuden begrüßen werde, die dazu diene, das friedliche Einvernehmen zwischen den Parteien zu fördern, das einzige Moment von Bedeutung; im übrigen war sie frei von bestimmten Postulaten und sprach nur die wohlmeinenden Absichten des Präsidenten aus. Das von Taylor berufene Kabinett bestand aus John M. Clayton als Staatssekretär, William M. Meredith als Schatzsekretär, Preston als Marineminister, während Thomas Ewing von Ohio die neu errichtete Stelle eines Sekretärs des Innern bekleidete. Die Aufrichtigkeit seines Wunsches, den Frieden herzustellen und Ordnung zu schaffen, bekundete der Präsident durch die Absendung von Thomas Butler King nach Kalifornia, um die dortige Bevölkerung zu bewegen, sich selber eine den Anforderungen der republikanischen Staatsordnung entsprechende Konstitution zu geben. Unter Mitwirkung des in Monterey residierenden amerikanischen Generals und Gouverneurs von Kalifornia, Riley, kam daselbst am 1. September 1849 eine Konvention zusammen, die am 13. Oktober ihre Arbeiten beendigt und eine Konstitution ausgearbeitet hatte, deren eine ohne Widerspruch angenommene Bestimmung, lautete: „Sklaverei und unfreiwillige Knecht-

schaft sollen, ausgenommen als Strafe für Verbrechen, nie in diesem Staate geduldet werden." Die Bevölkerung Kali=

Fig. 25.



Präsident Taylor.
(Nach Cassel, History.)

fornia's nahm am 13. November mit 12066 gegen nur 811 Stimmen das Grundgesetz an, demzufolge am 15. Dezember die erste kalifornische Legislatur in San José zusammentrat.

In dem am 3. Dezember sich versammelnden Kongreß hatten die Demokraten sowohl im Senat wie im Repräsentantenhause die stärkste Partei, vermochten jedoch in letzterem nicht den Ausschlag zu geben, da neben den Whigs noch die Freibodenleute vertreten waren, die in allen Sklavenfragen natürlich gegen die Demokraten stimmten. Dieser Umstand, daß eine über die absolute Majorität verfügende Partei nicht vorhanden war, führte bei der Wahl des Sprechers zu den heftigsten Kämpfen, in denen schließlich dennoch die Demokraten siegten und in der 62. Abstimmung ihren Kandidaten Cobb von Georgia durchbrachten. Infolge dieser Verzögerung sandte Taylor erst am 24. Dezember dem Kongreß die Jahresbotschaft zu, welche sich hauptsächlich mit der Organisation der westlichen Gebiete beschäftigte, wobei der Präsident die Gelegenheit wahrnahm, um den streitenden Parteien die Worte Washingtons: „man hüte sich, Parteien nach geographischen Unterscheidungen zu charakterisieren" ins Gedächtnis zurückzurufen, was jedoch nicht verhindern konnte, daß die Erbitterung auf beiden Seiten wuchs und sich in drohenden Worten Luft machte. Zu den Streitfragen über die Territorien war noch der Antrag Masons aus Virginia gekommen, welcher eine Verschärfung des Gesetzes über die Auslieferung flüchtiger Sklaven bezweckte. Henry Clay, der Kompromißvater der Union, unternahm es noch einmal, die hochgehenden Wogen der Parteileidenschaften zu beschwichtigen, indem er am 29. Januar 1850 dem Senate 8 Resolutionen vorlegte, die folgende Punkte erörterten: „1) Kalifornia ist auf sein Ersuchen mit angemessenen Grenzen als Staat aufzunehmen und zwar ohne daß ihm etwas hinsichtlich der Sklaverei vorzuschreiben wäre; 2) da in den von Mexiko erworbenen Territorien die Sklaverei nicht gesetzlich besteht, und wahrscheinlich auch nicht in denselben eingeführt werden wird, so sollen Territorialregierungen errichtet werden, gleichfalls ohne daß man Verfügungen über die Einführung oder den Ausschluß der Sklaverei trifft; 3) Grenzbestimmungen von Mexiko; 4) Texas wird, wenn es seine Ansprüche auf Neu-Mexiko fallen läßt, eine noch

näher zu bestimmende Summe zur Tilgung der Schulden bewilligt, für die es als selbständige Republik seine Zölle verpfändet hatte; 5) die Abschaffung der Sklaverei im Distrikt von Kolumbia ist nicht angezeigt; 7) das Gesetz über die Auslieferung flüchtiger Sklaven bedarf einer Verschärfung, um es wirksam zu machen; 8) der Kongreß hat kein Recht, den Sklavenhandel zwischen den Staaten zu verbieten oder zu behindern."

Unter den Reden, welche im Laufe der nächsten Wochen über die angeregten Themata gehalten wurden, ragen drei durch die persönliche Bedeutung ihrer Urheber — Calhoun, Webster und Seward — besonders hervor. Calhoun, der alte Nullifikator, war schon mit siechem Leib nach Washington gekommen, so daß er seine Rede nicht mehr selber halten konnte, sondern dieselbe am 4. März 1850 von seinem Freunde Mason ablesen lassen mußte. Seine Ansicht war, daß die von Clay beantragten Kompromisse nutzlos seien; sie würden den Kampf nicht aus der Welt schaffen, und das Geschrei über die glorreiche Union sei nichts anderes als ein Trugbild, das vor der Wucht der Thatsachen nicht standhalten könne. Und dennoch verzweifelte er nicht an der Möglichkeit, die Union zu erhalten, indem er ein Amendement zur Verfassung hinzugefügt wissen wollte, das aus den Bundesstaaten wieder einen Staatenbund machen sollte. In seiner bekannten Schrift: „A Discourse on the Constitution and Government of the United States" findet sich dieser Gedanke ausführlicher dargelegt; als Endziel seiner Bestrebungen schwebte Calhoun eine zweiköpfige Republik vor, deren einzelne Sektionen das Recht hätten, gegen mißliebige Beschlüsse ein absolutes Veto einzubringen. Zu solchen ungeheuerlichen Projekten mußte das halsstarrige Verhalten auf dem einmal angenommenen Boden einen Mann verleiten, dessen Herz für die Union so warm wie je ein anderes schlug, und der in all seinen Handlungen nie um die Gunst des Volkes buhlte! Wenige Wochen nach seinem letzten öffentlichen Auftreten, am 31. März starb Calhoun. Mit ihm schied unzweifelhaft der genialste und interessanteste Politiker der

Vereinigten Staaten aus dem öffentlichen Leben, das immer mehr die Beute der Ignoranten und Sophisten wurde.

Fig. 26.



Mr. Seward.
(Nach Cassel, History.)

Hatte Calhoun von seinem Standpunkte aus gegen die Resolutionen gesprochen, so hielt Webster am 7. März eine lobpreisende Rede auf dieselben, in der sich jedoch die Absicht, den

Süden für seine Wahl zum Präsidenten zu gewinnen, allzu deutlich aussprach, um nicht auffällig zu werden und Anlaß zu bösen Spottreden zu geben. Interessanter und gewichtiger war die Rede Sewards, der ohne in die Phrasen der Abolitionisten zu verfallen, sich gegen jeden Kompromiß mit dem Süden aussprach und dadurch die Herzen der New Yorker Geldsäcke und Handelsherren derart mit Furcht erfüllte, daß sie alles aufboten, um Seward als Hochverräter hinzustellen, oder gar soweit gingen, ihn für unzurechnungsfähig zu erklären.

Am 13. Februar 1850 hatte der Präsident bereits dem Kongreß die Mitteilung von der Annahme der kalifornischen Konstitution zugesandt. Da die Clayschen Kompromisse in der von ihrem Urheber beliebten Form niemanden befriedigten, so wurde am 18. April die Einsetzung eines Dreizehner-Ausschusses beschlossen, in welchem die Südstaatler die Mehrheit besaßen. Schon am 8. Mai stattete Clay im Namen des Ausschusses Bericht ab. Die ganze Angelegenheit war auf drei Bills verteilt worden, von denen die erste die Aufnahme von Kalifornia als Staat und die Organisierung von Utah und New Mexiko als Territorien, die zweite die Texasfrage und die dritte die Sklaverei im Distrikte von Kolumbia behandelte. Benton taufte diesen Rattenkönig von Vorschlägen mit dem Namen „Omnibusbill“, der auch in der amerikanischen Geschichte beibehalten worden ist. Der Süden war noch immer nicht zufrieden gestellt, wie der Vorschlag beweist, im Juni 1850 eine allgemeine Konvention zu Nashville abzuhalten, die sich mit der Frage, wie die Übergriffe des Nordens am besten abgewehrt werden könnten, beschäftigen sollte, aber resultatlos verlief. Der plötzliche Tod des Präsidenten, welcher am 9. Juli an einem durch die Gluthitze des 4. Juli, der er sich während der Nationalfeier ausgesetzt hatte, erzeugten Fieber starb, änderte die Situation, wenn auch nicht beträchtlich, so doch immerhin so weit, um die Aussichten für Annahme des Kompromisses zu steigern. Der zur höchsten Würde berufene bisherige Vizepräsident Fillmore berief

nämlich Webster als Staatssekretär an die Spitze des Kabinetts und gab hierdurch in nicht mißzuverstehender Weise die Richtung

Fig. 27.



Präsident Fillmore.
(Nach Cassel, History.)

der Regierungspolitik an. Die Clayschen Anträge wurden getrennt, und zuerst ward die Texasbill beraten, deren Erledigung angesichts

der Absicht Texas', sich eventuell mit Waffen in der Hand New Mexikos zu bemächtigen, am dringlichsten war. Am 9. August genehmigte der Senat die Texasbill mit 30 gegen 20 Stimmen, die an Texas zu zahlende Entschädigungssumme auf 10 Millionen Dollars festsetzend. Gleichzeitig wurde New Mexiko als Territorium organisiert, mit der Bestimmung, daß das Territorium seinerzeit „mit oder ohne Sklaverei, wie es seine Verfassung bestimmen werde, als Staat aufgenommen werde“, und daß in allen Rechtsstreitigkeiten, „in denen es sich um Sklaveneigentum handelte, ohne Rücksicht auf den Wert des streitigen Objektes die Appellation an das Oberbundesgericht gestattet sein sollte.“

Am 12. August wurde die Kaliforniabill vom Senat mit 34 gegen 18 Stimmen genehmigt. Ein von 10 südlichen Senatoren unterzeichneter Protest wurde unberücksichtigt gelassen. Mit der am 24. August angenommenen Bill über die Auslieferung flüchtiger Sklaven (das Sklavenjagdgesetz, Fugitive Slave Law), welche die Einsetzung eigener Beamten anordnete, um die Klagen gegen die entflohenen Sklaven summarisch zu erledigen, und das Verbergen der Neger mit Verhaftung bis zu 6 Monaten und hohen Geldbußen bestrafte, schloß vorläufig die Reihe der Gesetzentwürfe, deren Bestätigung seitens des Repräsentantenhauses noch bevorstand. Die Besitzer von Texasländereien und Inhaber von Texasbonds setzten alle Hebel in Bewegung, um ein ihrem Besitze günstiges Resultat zustande zu bringen, und lauter Jubel belohnte die Ankündigung, daß die Bill am 6. September mit 108 gegen 98 Stimmen in dritter Lesung votiert worden sei. Am nächsten Tage (7. September) wurde die Kaliforniabill, am 9. September die Utahbill, das einzige Überbleibsel der früheren langatmigen Anträge Clays, und schließlich am 12. September die Sklavenjagdbill mit 109 gegen 76 Stimmen erledigt. Vier Tage danach, am 16. September, nahm der Senat noch die Kolumbiadistriktbill an, welche den Sklavenhandel im genannten Distrikte verbot.

Das Sklavenjagdgesetz war die Bedingung gewesen, unter der sich die Südstaatler dazu verstanden hatten, ihre Ansprüche auf die neuen Territorien aufzugeben. Die Bestimmungen dieses schmählichen Gesetzes preßten jeden Unionsbeamten zum Häscher und stempelten ihn durch die Gewährung einer Prämie zum Mitinhaber an dem fluchwürdigen Geschäft. Das Übermaß der Forderungen der Sklavenhalter trug aber gerade am meisten dazu bei, die Nordstaaten in ihrem Bestreben, den flüchtigen Sklaven beizustehen, zu bestärken, so daß einzelne Staatsregierungen Befehle erließen, welche ihren Beamten verboten, die Flüchtigen aufzufangen und auszuliefern. Die Pfeile, welche die Sklavenbarone gegen die Freiheit des Individuums richteten, prallten an den Geboten der Humanität machtlos ab und trafen nur diejenigen, von denen sie ausgingen.

Ein Vergleich des Nordens mit dem Süden ergiebt die immer stärker zu Tage tretende Schwäche des letzteren, welche freilich durch die politische Gewandtheit und Unverschämtheit im öffentlichen Leben verdeckt wurde. Die nördlichen Staaten wuchsen in viel stärkerem Maße als die südlichen; die Bevölkerung der ersteren betrug 13 442 325, die der letzteren 9 612 969, von denen 228 711 freie Farbige und 3 220 284 Sklaven waren, so daß die Zahl der Weißen in den Sklavenstaaten nicht einmal die Hälfte derjenigen im Norden betrug. Dazu kam, daß die Einwanderung aus Europa sich fast ausschließlich nach den freien Staaten wandte, sowie daß aus den Südstaaten selber ein beträchtlicher Prozentsatz nach dem Norden pilgerte, um sich dort eine bessere wirtschaftliche Existenz zu verschaffen. Der Traum Calhouns, daß Norden und Süden gleichwertige Faktoren sein sollten, wurde somit durch die einfache Thatsache des numerischen Übergewichts des Nordens zu nichte gemacht. Der Reichtum, dessen sich die Sklavenstaaten durch den Baumwollbau erfreuten — der Export betrug jährlich an 60—70 Millionen Dollars — verwandelte sich durch die früher schon geschilderten ökonomischen Verhältnisse des Südens in den größten Fluch —

es erging den Sklavenhaltern ebenso wie einst den Spaniern mit den Schätzen der Gold- und Silberminen von Mexiko und Peru, das Land wurde relativ ärmer und ging in seinen Produktionsverhältnissen zurück, während der Norden mit seiner freien Arbeit an Intensität gewann und der Volkswohlstand wuchs. Man schätzte 1850 den Gesamtreichtum der Sklavenstaaten auf 2 755 411 554 Dollars — den Wert der Sklaven (400 Dollars pro Kopf) zu 1 280 164 800 mit einbegriffen — während der der Nordstaaten, mit Ausschluß des Staates Kalifornia, auf 3 186 683 924 Dollars berechnet wurde. Dasselbe Verhältnis zeigt sich in dem Werte des bebauten Landes: Die 57 705 504 bebauten Acker des Nordens repräsentierten 2 147 218 478 Dollars gegen 1 117 649 649 Dollars, auf welche Summe die 54 970 427 Acker des Südens geschätzt wurden. Der Durchschnittspreis eines Ackers betrug in den Sklavenstaaten nur 13 bis 15 Dollars, in den freien Staaten dagegen 20—50 Dollars. In den zehn nördlichen atlantischen Staaten waren 1851: 6838 Meilen Eisenbahn, in den sechs südlichen atlantischen Staaten, deren Bevölkerung jener der genannten freien Staaten gleichkam, dagegen nur 2 309 Meilen in Betrieb. Auf geistigem Gebiete sehen wir dieselben Unterschiede. Der Norden hatte allerdings nur 114 Colleges mit 879 Lehrern, 15 094 Schülern und 924503 Dollars Einkommen. Den 120 Colleges des Südens mit 772 Lehrern, 12065 Schülern und 992125 Dollars Einkommen gegenüberzustellen, dafür betrug aber die Zahl der Volksschulen (Public Schools) im Norden 62459 mit 70647 Lehrern, 2 770 381 Schülern und 6 857 527 Dollars Einkommen, im Süden nur 29 541 mit 21 353 Lehrern, 583 292 Schülern und 2 734 883 Dollars Einkommen. Noch krasser ist die Differenz bei den Bibliotheken. Der Norden wies 14 893 mit 3 886 617 Bänden, der Süden nur 722 mit 749 798 Bänden auf. In diesen wenigen Ziffern offenbart sich das Geheimnis jener fanatischen Wut des Südens, die Zügel der Herrschaft an sich zu reißen; er fühlte den Boden unter sich wanken, sah sich zum

Stillstande in der Kultur verdammt und mit Schrecken jenen Tag herannahen, an dem der allmächtige Norden ihm durch Aufhebung der Sklaverei den Todesstoß versetzen würde. Die Einverleibung von Texas und Kalifornia war gewissermaßen der letzte Triumph der Sklavokratie; — seit jener Zeit kämpfte sie, die dem gesunden Sinn des Nordens jeden Fuß breit Landes streitig machte, ihren Todeskampf, dem sie sich durch die Rebellion zu entziehen gedachte, aber nur dabei vollends unterzugehen.

Calhoun erlebte, wie schon erwähnt, diese Periode des wütenden Kampfes ums Dasein nicht mehr; ihm folgten bald darauf zwei andere Männer ins Grab, deren Wirken ebenfalls aufs engste mit der Sklavenfrage verbunden ist: Henry Clay und Daniel Webster. Ersterer starb am 29. Juni 1852, letzterer am 24. Oktober desselben Jahres. Webster war der Typus der politisierenden Advokatenseelen gewesen. Dank seiner ungewöhnlichen Redegewandtheit beherrschte er den Stoff so völlig, daß es ihm ein Leichtes war, denselben nach allen Seiten zu drehen und wenden und mittels einer spitzfindigen Interpretation immer dasjenige aus ihm zu machen, was den größten Erfolg zu versprechen schien. So großen Beifall man seinen nicht gewöhnlichen Talenten auch zollen mag, das Gemüt des unparteiischen ehrlichen Beurteilers wird sich lieber der imposanten Gestalt des großen Nullifikators zuwenden, der rein durch das verzwickte, korrumpierte politische Leben der Union ging und das Recht nicht durch Sophistenkünste in Unrecht umzuwandeln versuchte.

Die europäische revolutionäre Bewegung des Jahres 1848 war in Amerika freudig begrüßt worden und hatte Hoffnungen erweckt, welche sich bald als verfehlt herausstellten. Im Jahre 1852 erregte der Besuch Kossuths von neuem die Gemüter, ohne jedoch das von dem ungarischen Revolutionär gewünschte Resultat zu bewirken. Der Empfang Kossuths seitens der Regierung und der Bevölkerung ließ nichts zu wünschen übrig, allerorts wurden ihm die Versicherungen aufrichtiger Zuneigung entgegengebracht, aber die Regierung lehnte jede andere als moralische

Unterstützung prinzipiell ab, getreu dem schon von Washington befolgten Grundsatze, jeder unnötigen Kollision mit den europäischen Mächten aus dem Wege zu gehen. Daß andererseits die Union bereit war, ihre Unterthanen gegen Vergewaltigungen seitens der europäischen Regierungen zu schützen, beweist der Fall Kosta, der sich zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten abspielte. Kosta, ein ungarischer Insurgent, war, nachdem er das amerikanische Bürgerrecht erlangt, gewaltsam in Smyrna ergriffen und auf ein österreichisches Schiff geschleppt worden um seines früheren Hochverrats halber vor Gericht gestellt zu werden. Der sofortigen energischen Intervention des amerikanischen Kapitäns Ingraham, welcher gerade Smyrna besuchte, gelang es, die Freilassung des Kosta zu bewirken, welcher Akt später von der Washingtoner Regierung, als Österreich reklamierte, für völlig gesetzmäßig erklärt wurde. — Besonderen Einfluß hat die 48er Revolution auf die Stellung des deutschen Elements in der Union gehabt; teils durch die verhängten Strafen ins Exil getrieben, teils aus Verdruß über die wenig befriedigenden Zustände der fünfziger Jahre in Deutschland auswandernd, ist eine große Zahl intelligenter Deutscher nach Amerika gekommen, und diesen ist es zu verdanken, daß die soziale und politische Stellung der deutschen Bevölkerung eine so günstige und achtunggebietende wurde. Traurige Erfahrungen sind natürlich vielen Deutschen nicht erspart geblieben — so namentlich den gebildeten, aber wenig praktischen Männern unter ihnen, die als „lateinische Bauern" oft genug der Gegenstand des Spottes der thatkräftigen Yankees waren.

Wichtiger als die aus der Revolution von 1848 sich ergebenden internationalen Beziehungen waren die Bestrebungen nach dem Erwerbe von Kuba, welche in Amerika immer wieder auftauchten und zu ernsthaften Verhandlungen zwischen der Union und den europäischen Westmächten führten. Trotz der von Taylor am 12. August 1849 erlassenen Warnung vor Beteiligung an Streifzügen, die gegen die spanische Herrschaft ge-

richtet wären, organisierte General Lopez, ein Kreole aus Venezuela, 1850 eine Schar streitlustiger Männer, mit denen er zu Cardenas, östlich von Havannah, landete. Von den spanischen Truppen zurückgedrängt, flüchtete er sich nach Florida, von wo aus er im folgenden Jahre das Experiment wiederholte, ohne besseren Erfolg zu haben. Von der kubanischen Armee verfolgt, irrte er lange auf der Insel umher, bis er aufgefangen und am 1. September 1851 hingerichtet wurde. Die durch sein Unternehmen hervorgerufene Bewegung dauerte jedoch in den Vereinigten Staaten fort, so daß England und Frankreich voller Besorgnis, daß Amerika die „Königin der Antillen" demnächst annektieren werde, zusammentraten und die Union zum Abschluß einer Tripelallianz aufforderten, deren Zweck sein solle, Spanien den Besitz von Kuba auf ewige Zeiten zu garantieren. Everett, welcher seit dem Tode Websters das Staatssekretariat inne hatte, beantwortete diesen Vorschlag mit einer längeren ausführlichen Darlegung des Sachverhalts, indem er sich auf die Monroedoktrin berief und die Freundschaft der Vereinigten Staaten mit Spanien betonend, jeden Versuch der Einmischung fremder Staaten in rein amerikanische Angelegenheiten — eine solche war seiner Ansicht nach die Kubafrage — aufs schärfste zurückwies. Trotz der hierbei zur Schau getragenen Uneigennützigkeit unterließ es die amerikanische Regierung nicht von Zeit zu Zeit geheime Verhandlungen mit Spanien wegen Ankaufs von Kuba anzuknüpfen, die jedoch nie zu einem Resultat führten. Ein von den amerikanischen Botschaftern zu Madrid, Paris und London verfaßtes Schreiben, das sogenannte Manifest von Ostende, welches die Annexion der Insel aus Gründen der amerikanischen Staatsraison befürwortete, erregte jedoch durch seine zu offene Sprache das allgemeine Mißfallen und gab namentlich dem Norden, der die Erwerbung der Insel als eine Erweiterung der Sklaverei ansah, berechtigten Grund zu heftigen Klagen gegen eine derartige Wegelagererpolitik. Die Insel befindet sich bekanntlich noch heutigentags in den Händen der Spanier.

Die Wahlbewegung für die nächste Präsidentenwahl begann wie üblich, ein Jahr vor Ablauf des Termins, im Sommer 1852. Die Konvention der Whigs nominierte den aus dem mexikanischen Kriege bekannten General Winfield Scott, konnte es jedoch nicht verhindern, daß von seiten wohlwollender Freunde sowohl Fillmore als Webster daneben aufgestellt wurden, wodurch sich die whiggistische Stimmenzahl unnötig zersplitterte. Die demokratische Partei, zu der auch die Anhänger Van Burens wieder zurückgekehrt waren, hielten am 1. Juni 1852 zu Baltimore den üblichen Konvent ab, in dem Franklin Pierce aus New Hampshire für die Präsidentschaft und William King aus Alabama für die Vizepräsidentschaft aufgestellt wurden. Von den am 5. November 1852 abgegebenen 296 Wahlstimmen fielen 254 auf Pierce und nur 42 auf Scott, so daß die Demokraten von neuem einen eklatanten Sieg davontrugen. Mit einer annähernd gleichgroßen Majorität wurde King zum Vizepräsidenten erwählt.

Es schien, als sollte die Ruhe, welche die letzten Jahre Fillmore's ausgezeichnet hatte, auch in Zukunft dem Lande erhalten bleiben — aber es war nur die Ruhe vor dem Gewitter gewesen, und schon nahten die Blitze, welche das dichte Gewölk durchbrachen und der Welt die wahre Gestalt des durch den Kompromiß von 1850 hergestellten „ewigen Friedens" zeigten..... kurze Zeit nach dem Regierungsantritt des neuen Präsidenten floß das erste Blut, freilich nur ein armseliges Rinnsal neben dem Ozean, den die mörderischen Schlachten des Rebellenkrieges ausgossen!

Franklin Pierce.

In seiner Antrittsrede schlug Präsident Pierce bereits einen den Sklavenhaltern angenehmen Ton an. Er wies auf die Berechtigung der Sklaverei in der Union hin und warnte davor, dieser eigentümlichen Institution des Landes entgegenzutreten.

Das von ihm gebildete Kabinett beweist gleichfalls seine vollständige Abhängigkeit von den Demokraten: Jefferson Davis, der spätere Rebellenpräsident, wurde Kriegssekretär, während William L. Marcy für das auswärtige, James Guthrie für die Finanzen,

Fig. 28.



Präsident Pierce. (Nach Cassel, History.)

James C. Dobbin für die Marine und Robert M'Clellan für das Innere ernannt wurden.

Der Kongreß trat am 5. Dezember 1853 zu seiner üblichen Session zusammen, die diesmal bis zum 8. August 1854 sich ausdehnte und durch die Annahme der Kansasbill in der Ge=

schichte der Vereinigten Staaten eine große, wenn auch unheilvolle Bedeutung genommen hat. Zu Beginn der Session stellte nämlich Augustus Dodge von Iowa den Antrag, daß das Territorium Nebraska eingerichtet werden solle. An den Territorialausschuß verwiesen, kam die Bill aus den Händen des Vorsitzenden, Senators Douglas aus Illinois in einer ganz anderen Gestalt wieder zurück an das Haus, das von neuem der Schauplatz der wütendsten Angriffe seitens der Sklavenhalter wurde. Der von Douglas am 4. Januar 1854 erstattete Bericht spricht sich dahin aus, daß das ganze Gebiet in zwei Teile geteilt werde: Kansas westlich von Missouri, und Nebraska westlich von Iowa. Da das Land nördlich 36° 30′ lag, so wäre nach den Bestimmungen des Missourikompromisses die Sklaverei ausgeschlossen gewesen, welche Schwierigkeit Douglas dadurch beseitigte, daß er den Missourikompromiß als durch die Gesetze vom Jahre 1850 aufgehoben erklärte, somit die Bewohner des Territoriums gemäß dem „großen Prinzipe der Selbstregierung“ berechtigt wären, selber eine Entscheidung über die Sklavereifrage abzugeben. Die so veränderte Bill wurde trotz des lebhaften Widerstandes des Nordens, dessen Hauptwortführer Senator Seward von New York war, im Mai 1854 von beiden Häusern angenommen und erhielt am 30. Mai die Unterschrift des Präsidenten. Die Sklavenhalter beschlossen, das an dem Sklavenstaat Missouri angrenzende Kansas auf alle Fälle zu gewinnen; sie gingen in großen Scharen mit ihren Sklaven über die Grenze, besetzten unrechtmäßigerweise große Landstrecken, auf denen sie sich als die souveränen Herren benahmen und mit bewaffneter Hand jeden Einwanderer aus den Nordstaaten verdrängten. Durch ihre Stimmen, welche sie auf Grund der unrechtmäßig erworbenen Besitztitel abgaben, erzielten sie bei den Wahlen Majoritäten für die Sklaverei, welche Scheinerfolge sie als untrüglichen Beweis, daß das Volk von Kansas die Sklaverei herbeiwünsche, ausgaben. Das wüste Gebahren dieser Grenzschufte oder Grenzstrolche, wie sie im Norden genannt wurden,

führte jedoch eine energische Reaktion bei den Freibodenleuten herbei, auch sie eilten zu Tausenden nach Kansas, wo ein förmlicher Bürgerkrieg ausbrach und unzählige Greuelthaten verübt wurden, die zu ahnden der Gouverneur Reeder, welcher selber ein Freibodenmann war, zu schwach war. Als er die erste Legislatur, in der die Sklavenhalter die Majorität hatten, nach Pawnee City am Kansasflusse einberief, zogen es die Missourileute vor, die Versammlung nach Shawnee Mission in der Nähe Missouris zu verlegen, 16. Juli 1855, dessen Gesetze sie im allgemeinen auf Kansas übertrugen. Die von der Legislatur ausgearbeiteten Beschlüsse dienten nur dazu, die Sklaverei noch fester zu begründen und die Strafen zu bestimmen, welche auf jeden Versuch, die Rechtmäßigkeit der „besonderen Institution" in Zweifel zu ziehen, gesetzt wurden. Das Veto des Statthalters half diesem Treiben gegenüber wenig, zumal die Südstaatler es bei dem Präsidenten durchsetzten, daß Reeder abgesetzt und statt seiner ein Anhänger des Südens Wilson Shennon aus Ohio nach Kansas geschickt wurde, welcher dem erbitterten Kriege der beiden Parteien unthätig zusah oder gar die Sklavenhalter offen unterstützte. Zum Glück ließen sich die Freibodenleute nicht einschüchtern, sie traten am 5. September 1855 zu Bigsprings zusammen, annullierten alle Beschlüsse der Shawnee Mission-Legislatur und beriefen schließlich auf den 19. Oktober einen Konvent nach Topeka, auf dem eine freiheitliche Konstitution vereinbart wurde, deren Durchführung gleichfalls mit Waffengewalt erzwungen werden sollte.

Eine vom 24. Januar 1856 erlassene Botschaft des Präsidenten beschäftigte sich ausschließlich mit den Wirrnissen in Kansas. Pierce verlangte, man sollte ihm die Mittel bewilligen, Kansas zu beruhigen, d. h. die Sklaverei im Territorium einzuführen, worüber sich eine heftige Debatte entspann, in deren Verlauf der Republikaner Sumner durch seine Reden vom 19. und 20. Mai den Süden derart gegen sich aufbrachte, daß ein Mitglied des Repräsentantenhauses Preston S. Brooks aus

Südkarolina ihn mit dem Stocke mißhandelte, ohne dafür vom Hause bestraft zu werden. Eine Entscheidung über Kansas wurde jedoch nicht herbeigeführt. Die unruhigen Verhältnisse und Greuelthaten dauerten fort, bis endlich unter Buchanan Kansas nach schweren Kämpfen als freier Staat aufgenommen wurde.

Anmutiger als dieser brutale Streit um Kansas ist der Eindruck, welchen die auswärtigen Beziehungen der Präsidentschaft von Pierce gewähren. Der Handelsgeist regte sich allenthalben, die Schätze Kalifornias dienten dazu, Industrie und Handel zu beleben, und die Amerikaner gelangten allmählich zu jener gewaltigen Stellung in der Weltökonomie, welche heutzutage schon die ernsten Befürchtungen der europäischen Mächte, von der amerikanischen Konkurrenz erdrückt zu werden, hervorgerufen hat. Besonders wichtig — und zwar nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern für die ganze civilisierte Welt — war der Abschluß des Handelsvertrages mit Japan im März 1854, welcher den amerikanischen Kaufleuten Handelsfreiheit gewährte und zwei japanische Häfen dem Verkehr öffnete.

Berechtigtes Aufsehen haben ferner einige kühne Flibustierzüge aus den Vereinigten Staaten nach den mittelamerikanischen Gebieten erregt, welche letztere zu schwach und durch ewige Revolutionen zerrissen waren, um den mit Waffen unterstützten Ansprüchen europäischer Mächte und allerhand Abenteurer zu widerstehen. Die Sklavokratie der Vereinigten Staaten lieh diesen Bestrebungen umsoeher ein williges Gehör, als ihre Hoffnungen auf Kuba sich nicht zu verwirklichen anfingen. Am interessantesten von allen diesen Unternehmungen ist der Zug des amerikanischen Freibeuters William Walker nach Nicaragua, wo er sich die Obergewalt anmaßte und sie in der That zu behaupten wußte. Seine Truppe bestand aus allerhand Gesindel der großen Städte der Union, die hier eine willkommene Gelegenheit zur Befriedigung ihrer ungezügelten Begierden fanden. Durch die Verfeindung mit der gleichfalls in Nicaragua operierenden amerikanischen Transitgesellschaft, welche von etlichen New Yorker

Handelsherren gegründet war und ursprünglich den Bau eines Schiffkanals zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean ins Auge gefaßt hatte, verlor Walker die bisher reichlich geflossenen Unterstützungen aus den Vereinigten Staaten, so daß er von den einheimischen Bewohnern mehrfach besiegt, sich dem amerikanischen Kapitän Davis ergeben mußte, welcher mit seinem Schiff zur Wahrung der amerikanischen Interessen in jener Gegend kreuzte. Auf einer zweiten gegen Mittelamerika gerichteten Expedition ist der kühne Abenteurer, dem Thatkraft und persönlicher Mut nicht abzusprechen sind, gefangen genommen und zu Tonxillo, dem Haupthafen von Honduras, am 12. September 1860 erschossen worden. Einige ähnliche Ziele verfolgende Unternehmungen sind kaum über das Stadium der Vorbereitungen hinweggekommen; dauernden Erfolg hat keine einzige aufzuweisen gehabt.

Die Wahlbewegung zur nächsten Präsidentschaft begann ungemein frühzeitig und nahm einen sehr erregten Charakter an. Schon die Sprecherwahl in dem am 3. Dezember 1855 zusammentretenden 34. Kongresse zeigte, wie schroff sich die Parteien gegenüberstanden. Neben der alten republikanischen Partei war dank der Bemühungen Sumners und Stevens' eine neue Partei erstanden, welche sich die neue republikanische oder auch die amerikanische Partei nannte. Sie verfügte im Hause über ungefähr 40 Stimmen, welche fast immer den Ausschlag gaben. Die Sprecherwahl erfolgte erst im 133. Wahlgange, und zwar wurde Nathaniel L. Banks aus Massachusetts gegen William Ackan aus Südkarolina mit 103 gegen 100 Stimmen zum Sprecher ernannt. Die ungebührliche Verzögerung in der Organisation des Hauses veranlaßte sogar den Präsidenten, noch ehe die Sprecherwahl entschieden, seine Botschaft zu erlassen, welcher Schritt lebhaften Widerspruch erregte.

Der Präsidentschaftskandidat der neuen republikanischen Partei war John C. Fremont von Kalifornia, den auch die Whigs im großen und ganzen unterstützten. Die Demokraten

hielten ihre Konvention in Cincinnati ab, auf der das Programm der letzten Baltimorekonvention im allgemeinen beibehalten und nur durch einige die damalige Lage betreffenden Zusätze ergänzt wurde. Letztere betrafen einerseits die angesichts der mittelamerikanischen Zustände wieder wichtig gewordene Monroedoctrin, andererseits bezogen sie sich auf den Grundsatz der Nichteinmischung des Kongresses in die Sklavenangelegenheit der verschiedenen Staaten und Territorien, wodurch in schärfster Weise zur Kansasfrage Stellung genommen wurde. Ihre Kandidaten waren James Buchanan, der durch seine Stellung als Staatssekretär unter Polk und durch seine europäischen Gesandtschaften eine tüchtige politische Schulung durchgemacht hatte und in allen Streitfragen mit dem Süden stimmte und John C. Breckinridge aus Kentucky. Beide wurden am 2. November 1856 mit einer stattlichen Majorität zum Präsidenten, resp. Vizepräsidenten gewählt. Als ein charakteristisches Zeichen für die schon damals kritische Lage der Union verdient hervorgehoben zu werden, daß die Gouverneure der südlichen Staaten auf Einladung des Gouverneurs Wise von Virginia im Oktober 1856 zu Raleigh in Nordkarolina zusammengekommen sind, um über die Wahlaussichten und die im Falle der Wahl Fremonts zu ergreifenden Maßregeln sich zu beraten. Der Triumph der demokratischen Partei machte die Ausführung der gefaßten Beschlüsse unnötig — von neuem war der Bestand der Union auf die kurze Spanne von vier Jahren gesichert.

James Buchanan.

Die demokratische Partei verstand es, ihren Sieg ordentlich auszunutzen. Das Kabinett, welches Buchanan ernannte, wies ausschließlich Demokraten auf, die mit Ausnahme des Sekretärs für das Auswärtige, General Caß, auf Unabhängigkeit innerhalb der Partei keinen Anspruch erheben konnten. Howell Cobb

von Georgia war Finanzsekretär, J. B. Floyd von Virginia Kriegsminister, Isaac Joucey aus Connecticut Chef des Marine-

Fig. 29.



Präsident Buchanan.
(Nach Cassel, History.)

wesens und Jakob Thompson aus Mississippi Sekretär für das Innere. Die Ämterverteilung für geleistete Dienste bei der Wahl stand wieder in höchster Blüte, ja die einzelnen Staaten,

deren Stimmen zur Nomination Buchanans beigetragen hatten, stritten sich über die Größe der Belohnung, dazu kam, daß Betrügereien bei den öffentlichen Kassen in Masse auftraten und sowohl den Staatsschatz, als die öffentliche Moral schwer schädigten.

Ihren Haupttriumph erlangte die Sklavenhalterpartei durch die Entscheidung des Obergerichts der Vereinigten Staaten, daß die Schwarzen und ihre Nachkommen niemals freie Unionsbürger werden könnten. Aus Anlaß eines speziellen Falles, in welchem ein Neger Dred Scott bei seiner Rückkehr aus den freien Staaten Illinois und Minnesota nach seiner Heimat Missouri seiner Freiheit und seiner Eigenschaft als Bürger verlustig erklärt wurde, gab das Obergericht unter Vorsitz des aus der Präsidentschaft Jacksons bekannten Richters Roger B. Teney das folgende weitläufig motivierte Urteil ab: „Die Schwarzen sind keine Unionsbürger, sind dies niemals gewesen und könnten es, vermöge der bestehenden Gesetze niemals werden; Sklaven sind und bleiben unter allen Umständen das Eigentum ihrer Herren. Diese mögen ihnen nach Belieben die Freiheit geben oder sie in der Sklaverei belassen; ein Aufenthalt der Sklaven in freien Ländern ändert nichts an ihrer Stellung; der Südliche kann ebenso wie der Nördliche mit seinem „Besitztum“ hinziehen, wohin er will; die Natur des Besitztums wird durch dessen Verpflanzung nicht geändert; Sklaven verbleiben unter allen Umständen, gleich wie anderes rechtmäßig erworbenes Gut, das ungeschmälerte Eigentum ihrer Herren.“ Die Opposition der Republikaner gegen die Sklaverei wurde natürlich durch derartige Beschlüsse in hohem Maße verstärkt. Das gesprochene und geschriebene Wort, die Reden Sewards und Lincolns, sowie „Onkel Toms Hütte“ oder der „Weiße Sklave“ von Richard Hildreth erregten die Geister des Nordens aufs gewaltigste und befestigten die Ansicht, daß ein friedlicher Austrag zwischen dem sklavenhaltenden Süden und dem freien Norden nicht mehr möglich sei. Nichtsdestoweniger ruhten die Kämpfe über die Sklaverei während der

ersten zwei Jahre, mit Ausnahme von Kansas, wo nach wie vor die Missourileute und Freibodenmänner sich befehdeten. Eine im September 1857 zu Lecompton versammelte Konvention verfaßte zwar eine dem Sklavenhalterinteresse günstige Konstitution, welche jedoch die Genehmigung des Kongresses trotz der eifrigen Agitation der Demokraten und des Wunsches des Präsidenten nicht erhielt. Dasselbe Schicksal teilte freilich eine im Juli 1859 auf einem Konvente zu Wyandotte erlassene freiheitliche Verfassung, welche am 15. Februar 1860 dem Hause vorgelegt, jedoch namentlich mit Rücksicht auf die bevorstehende Präsidentenwahl, bei der die Stimme von Kansas schwer ins Gewicht gefallen wäre, abgelehnt wurde. Die lange Prüfungszeit für das Territorium erwies sich schließlich doch noch als Segen, da das Gebiet am 21. Januar 1861 die Genugthuung erhielt, als freier Staat in die Union aufgenommen zu werden. Wäre die Entscheidung früher mit aller Gewalt herbeigeführt worden, so wäre das Ergebnis angesichts der Thatsache, daß der Süden im Senat die Majorität besaß und bisher fast immer das Repräsentantenhaus mit Erfolg terrorisiert hatte, wohl ungünstiger ausgefallen. Die mit mehr als zweidrittel Stimmen genehmigte Bill erhielt am 29. Januar 1861 die Unterschrift des Präsidenten, dessen Veto in diesem Falle nutzlos gewesen wäre.

Im ersten Jahre der Verwaltung Buchanans brach die verheerende Handelskrisis aus, welche die von 1837 bei weitem hinter sich ließ, glücklicherweise hinsichtlich der Regierungsgelder keinen Schaden stiften konnte, da dieselben dank der Bill über das unabhängige Schatzamt von den Banken gänzlich ferngehalten worden waren. Die Zahl der Bankerotte wird auf 4257 geschätzt und der Verlust auf 269 Millionen Dollars angegeben; tausende von Menschen wurden brotlos und die Preise für Produkte und Land sanken dermaßen, daß eine gänzliche Verarmung trotz der reichen Ernte, die man freilich der allgemeinen Unsicherheit halber nicht verwerten konnte, einzutreten drohte. Nach Verlauf von einigen Monaten ließ die Krise, welche bekanntlich

auch in Europa zum Ausbruch kam, merklich nach; Vertrauen und bar Geld kehrten wieder zurück, und der unternehmende Handelsgeist ließ die Amerikaner bald wieder die Wunden vergessen, welche Überspekulation und Schwindel dem Lande geschlagen hatten. Charakteristisch für das geistige Leben der Yankees ist die Erscheinung der Revivals (Massenerweckungen) nach der Krisis, welche den Sinn für das materielle Wohlleben bei vielen abstumpfte und den Geist willfährig machte, sich einer höheren Macht anzuvertrauen und dieses Gefühl auch äußerlich zu bekunden. Die religiösen Verhältnisse der Union bieten überhaupt viel des Interessanten und Belehrenden, da entgegengesetzt den europäischen Verhältnissen die Kirche völlig getrennt vom Staate dasteht, und trotzdem das religiöse Leben ein viel lebhafteres ist, wenngleich nicht verschwiegen werden soll, daß die Frömmigkeit oft nur eitel Heuchelei ist und dazu dient, die „respectability“ aufrechtzuerhalten.

Mit den Mormonen, unstreitig der eigentümlichsten Sekte innerhalb der zivilisierten Welt, geriet die Regierung unter Buchanan in lebhaften Streit, der scheinbar mit dem Siege der Staatsgewalt endete, in Wahrheit jedoch die eigentümlichen Verhältnisse im Mormonenreiche nicht um das Geringste anders zu gestalten vermochte. Der Gründer der Gemeinschaft war Joseph Smith, der zu Beginn der vierziger Jahre mit seiner Lehre auftrat, die bekanntlich die staatliche, religiöse und bürgerliche Gemeinde als eng verbunden hinstellt, und einige hundert Gläubige um sich sammelte, deren Zahl sich, nachdem Smith am 12. Juli 1843 die Offenbarung erhalten hatte, welche Vielweiberei anbefahl, beträchtlich vermehrte. Das renommistische Betragen Smiths — er erließ u. a. Botschaften an das Volk der Vereinigten Staaten, in denen er die politischen Verhältnisse kritisierte und tadelte — sowie die Räubereien und Unthaten der Bande erbitterten die Bewohner von Illinois, wo die Mormonen zu Nauvoo ansässig waren, derart, daß es zu einem Kampfe kam, in dem Smith getötet wurde. Seine Stelle wurde bald von Brigham Young ausge-

füllt, einem schlauen Kopfe und energischen Charakter, der die ganze Schar zur Auswanderung nach dem Westen veranlaßte, wo sie sich schließlich am Salzsee in Utah niederließen.

Als das Territorium nach dem mexikanischen Kriege organisiert wurde, machte man Young zum Statthalter des neuen Gebietes, das von den Mormonen „Deseret“ oder Land der Honigbienen genannt wurde. Infolge zahlreicher Unthaten, Raubmorde und Totschläge, welche die Banden des Mormonenhäuptlings gemäß der Moral ihrer die Vernichtung der Ungläubigen aussprechenden Religion ausführten, kam es zu unliebsamen Szenen zwischen der Regierungsgewalt und den Anführern dieser Banden, auch Daniten oder Vertilger genannt, welche letztere sich jedoch als die Stärkeren erwiesen und sämtliche Unionsbeamte vertrieben. Die Botschaften Buchanans, in denen er die Mormonen aufforderte, zum Gehorsam zurückzukehren, wurden mit Hohn zurückgewiesen; Young rüstete die Miliz des Territoriums und erklärte einen Angriff der Unionstruppen mit Gewalt zurückschlagen zu wollen. Die von Buchanan ausgesandte Expedition zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse ging erst im Juni 1857 ab und mußte infolge dessen den Winter 1857/58 auf offenem Felde zu Fort Bridger zubringen. Verständigerweise wurde sie zum Frühjahr derart verstärkt, daß ein Widerstand der Mormonen Thorheit gewesen wäre; Brigham Young unterwarf sich unter Zusicherung einer allgemeinen Amnestie, die Unionsbehörden wurden wieder eingesetzt und mit der Leitung der Geschäfte ward Gouverneur Kumning betraut. Die Sitten und Religion der Mormonen haben sich aber bis auf den heutigen Tag erhalten, trotz unzähliger Botschaften der Präsidenten und Beschlüsse des Kongresses, deren Ausführung an dem zähen Widerstande der Mormonensekte scheiterte. Abgesehen von der Vielweiberei und ihren sonstigen Gebräuchen sind jedoch die Mormonen fleißige Ackerbauer und geschickte Handwerker, die mitten in der Wüste eine große Stadt errichtet und das umliegende Land kulturfähig gemacht haben.

Beim Zusammentritt des 36. Kongresses (5. Dezember 1859 bis 25. Juni 1860) erhob sich anläßlich der Sprecherwahl wieder jener hartnäckige Kampf der Parteien, welcher in den letzten Jahren fast jede Konstitution des Hauses begleitet hatte und durch den Umstand, daß der Sprecher nicht nur die Verhandlungen zu leiten, sondern auch die Mitglieder der Ausschüsse ernennt, leicht erklärlich ist. Nach zwei Monaten — im 44. Wahlgange brachten endlich die Republikaner ihren Kandidaten William Pennington durch, allerdings nur mit Hilfe einiger Nichtrepublikaner, welche die Geschäfte des Landes nicht länger vernachlässigt sehen wollten und deshalb für den Kandidaten stimmten, der am meisten Aussicht hatte. Die Botschaft des Präsidenten, welche dem Hause bereits am 27. Dezember übersandt wurde, beschäftigte sich außer mit den Fragen der auswärtigen Politik vornehmlich mit der Affaire Brown, welche die Sklavenfrage wieder in den Vordergrund gerückt hatte und dem Norden die Mahnung zurief, nicht länger die Hände in den Schoß zu legen, sondern gegen die Ansprüche der Sklavokratie energisch anzukämpfen.

John Brown — geboren am 2. Mai 1800 zu Torrington in Connecticut — war ein in der harten Schule des Lebens geprüfter Ansiedler in Kansas, der wacker mit seinen Söhnen gegen die „Grenzschufte“ kämpfte und sein Möglichstes that, um den Sklaven aus den benachbarten Staaten zur Flucht zu verhelfen. Im übrigen war er ein schlichter, Gott ergebener Mann, der alle Schicksalsschläge geduldig hinnahm und voll heiligen Ernstes an die Möglichkeit einer Verwirklichung der erhabenen Grundsätze der allgemeinen Liebe und Menschlichkeit auf Erden glaubte. Als seine Ansiedelung niedergebrannt und er selber geächtet war, mußte er Kansas verlassen und begab sich mit seiner Familie nach Virginia, wo er sich in Harpers Ferry ansiedelte. Sofort suchte er seine Ideeen wieder zu verwirklichen; fest darauf bauend, daß er nur nötig habe, die Sklaven zur Empörung aufzufordern, um an der Spitze einer Armee zu stehen, schlug er am 17. Ok-

tober 1859 los, besetzte das Arsenal zu Harpers Ferry und nahm einige Sklavenhalter gefangen, deren Neger in Freiheit gesetzt wurden. Die erschreckten Sklavenbarone boten sofort eine bewaffnete Macht auf, mit der es ein Leichtes war, die geringe Schaar Browns gefangen zu nehmen. John Brown wurde ergriffen, nach Charleston geschleppt, dort zum Tode verurteilt und am 2. Dezember 1859 gehängt. Die Affaire erregte allgemeines Aufsehen. Die Demokraten beschuldigten die Republikaner, die eigentlichen Anstifter zu sein, während die ängstlichen Seelen unter den letzteren den kühnen Mann von ihren Rockschößen abzuschütteln versuchten und ihn den Abolitionisten aufbürdeten. Unzweifelhaft befand sich Virginia im Recht, den Empörer mit dem Tode zu strafen, andererseits aber legte der Aufstand die Frage nahe, daß etwas geschehen müsse, um einem Zustande so gefährlicher Natur, wie er in den Grenzstaaten zwischen Norden und Süden sich vorfand, die Spitze abzubrechen. Dennoch zauderte der Norden, irgend welche durchgreifende Maßregeln vorzuschlagen, geschweige sie anzunehmen, während der Süden, der von vornherein zielbewußt aufgetreten ist, in der Trennung vom Norden sein Heil erblickte und immer lauter und offener diesen Wunsch offenbarte.

Aus der Kongreßsession 1859/60 sind noch einige Ereignisse zu erwähnen, die zur Charakteristik der Lage bemerkenswert sind. Zunächst wurde eine von dem nördlichen Demokraten Cavanagh aus Minnesota eingebrachte Bill auf Erlassung von Heimstättegesetzen zwar im Repräsentantenhause und Senat angenommen, jedoch vom Präsidenten trotz der Zweidrittel-Majorität mit der sie angenommen worden, mit dem Veto belegt. Das so segensreich wirkende Gesetz ist später mitten im Kriege, durch Gesetz vom 20. März 1862, ins Leben getreten.

Die bereits erwähnten Unregelmäßigkeiten in den Verwaltungen der einzelnen Regierungsämter bewogen im Frühjahr 1860, zu einer Zeit also, da die Wahlbewegung ihren Anfang nimmt, den Abgeordneten John Covoda aus Pennsylvania

folgenden Antrag einzubringen: „Das Haus möge einen Ausschuß einsetzen, um über den Präsidenten und alle Mitglieder seiner Administration die Untersuchung einzuleiten; das amerikanische Volk müsse erfahren, ob und welche Gesetze gebrochen und welche Summe zur Erreichung selbstsüchtiger Parteibestrebungen verwandt worden;“ welcher am 9. März angenommen wurde. Trotz des Protestes des Präsidenten, welcher ein derartiges Verfahren als gesetzwidrig bezeichnete, tagte die Kommission während dreier Monate, bei welcher Gelegenheit eine Reihe arger Mißbräuche, Betrügereien u. s. w. aufgedeckt wurde. Widerliche Szenen waren infolgedessen im Kongreß an der Tagesordnung; die einzelnen Redner überboten einander in Beschimpfungen und Verdächtigungen, und oft genug schien es, als würden die Debatten sich in allgemeine Schlägerei verwandeln! Ein erneuter Protest Buchanans kurz vor Schluß der Session wurde einem Ausschuß übergeben, der darüber nie berichtet hat, so daß der ganze Zwischenfall keine weiteren Folgen als die gehabt hat, das Land über die Mißbräuche in der demokratischen Verwaltung aufzuklären.

Gleich günstige Unterstützung für die Wahlbewegung fanden die Republikaner in der Ablehnung einer von Morrill beantragten Erhöhung der Zollsätze durch die demokratische Partei des Senats, was gleichfalls die mittleren Staaten, deren Industrie vielfach des Schutzes bedurfte, in die Arme der Republikaner trieb.

Die Hauptursache der Niederlage der Demokraten in der Präsidentschaftswahl von 1860 lag jedoch in der Zersplitterung, welche durch die Kansasfrage hervorgerufen war. Die gemäßigten Demokraten, welche die Lecomptonverfassung verwarfen, stellten Stephan A. Douglas von Illinois auf, einen trefflichen Redner und reinen Charakter, dem auch manche Republikaner nicht abhold waren. Die extreme Partei dagegen nominierte auf ihren Konventen zu Charleston und Baltimore (23. April und 18. Juni 1860) John C. Breckinridge von Kentucky zum Präsidentschaftskandidaten. Da keine Übereinstimmung erzielt werden

konnte, so war eine Niederlage unvermeidlich. Die Republikaner versammelten sich auf dem Konvent zu Chicago, 16. Mai 1860, wo Seward von New York und Lincoln aus Illinois vorgeschlagen wurden. Da aber der erstere den nordwestlichen Staaten, die in so kurzer Zeit stattlich herangewachsen waren, nicht ganz genehm war, so ging Lincoln als alleiniger Kandidat aus der Nomination hervor. Die Wahl vom 6. November 1860 ergab den völligen Sieg der Republikaner. Lincoln und der republikanische Vizepräsidentschaftskandidat Hamlin erhielten je 180, die demokratischen Kandidaten nur 172 Stimmen. Bemerkenswert ist, daß zum erstenmale im ganzen Verlauf der Geschichte der Vereinigten Staaten der Kandidat des freien Nordens keine einzige Stimme der Sklavenstaaten und der Kandidat des sklavenhaltenden Südens keine einzige Stimme des freien Nordens erhalten hatte. Die geographische Scheidung der Parteien hatte sich endgültig vollzogen.

Die Katastrophe nahte nun mit schnellen Schritten heran. Südkarolina triumphierte, als es die Wahl Lincolns erfuhr — der Tag der Losreißung war gekommen, und die Herrschaft der Yankees sollte bald ein Ende haben! Ein souveräner Konvent wurde auf den 17. Dezember ausgeschrieben, welcher über den Austritt beraten sollte. Am 20. Dezember nahm derselbe die welthistorische Austrittserklärung an: „Eine Ordonnanz zur Auflösung der Union zwischen dem Staate Süd-Karolina und den anderen Staaten, welche mit ihm vereinigt waren unter dem Vertrage, die Konstitution der Vereinigten Staaten geheißen.“ Buchanan sah dem gesetzlosen Treiben ruhig zu. In seiner letzten Jahresbotschaft bei Eröffnung der zweiten Session des 36. Kongresses (3. Dezember 1860 bis 4. März 1861), in dem noch alle Mitglieder mit Ausnahme der Senatsmitglieder aus Südkarolina, erschienen, erklärte er die revolutionäre Bewegung des Südens als die Frucht der nördlichen Aufreizungen der Sklaven gegen die Herren. Trotzdem daß er gegen die Berechtigung des Austrittes aus der Union polemisierte, sprach er seine Überzeugung

dahin aus, daß weder der Kongreß noch irgend ein Zweig der föderativen Regierung mittelst der Konstitution das Recht besitze, einen souveränen Staat mit Krieg zu überziehen. Noch schlimmer als Buchanan, dem wenigstens kein persönlicher Makel anhaftet, trieben es seine Minister, so namentlich der Kriegssekretär Floyd, ein in allerhand schmutzige Geschäfte verwickelter Geselle, und der Marinesekretär Toucey, der die Schiffe ebenso dem Süden in die Hände spielte, wie sein Kollege die Forts, Kanonen und sonstige Waffen. Floyd war endlich genötigt, am 12. Dezember 1860 seine Entlassung zu nehmen, da er bei einem Diebstahl von 870000 Dollars, die zum Besten der Indianer bestimmt waren, stark beteiligt war. Eine Ausnahme gegenüber diesen elenden Schuften bildet der würdige Staatssekretär Caß, welcher angeekelt von dem hochverräterischen Treiben im Kabinett ging, ehe es zu spät wurde. Charakteristisch ist noch, daß die Minister Cobbe und Thompson ihre Entlassung nachsuchten, weil der Präsident mit ihnen nicht weit genug in der Connivenz gegen den Süden ging.

Auf Südkarolina folgte Georgia am 18. Januar 1861 mit der Austrittserklärung; dann kamen die Staaten Alabama, Florida, Mississippi, Louisiana, Texas und Arkansas. Nordkarolina, Virginia und Tennessee sind erst nach Ausbruch der Feindseligkeit zu den Sezessionisten übergetreten. Verschiedene Vermittelungsvorschläge im Kongreß blieben resultatlos; der Süden begeisterte sich an dem Gefühle der Unabhängigkeit und blieb allen Vorstellungen gegenüber taub — allerdings hoffte er damals noch, daß der Norden ihn ruhig ziehen lassen würde; sowie daß im Falle eines Krieges England oder Frankreich ihn schützen würden.

Am 4. Februar 1861 traten zu Montgomery in Alabama Abgeordnete aus den sieben Staaten Alabama, Florida, Georgia, Louisiana, Mississippi, Südkarolina und Texas zusammen, um eine Konstitution der „Konföderierten Staaten von Amerika“ zu beraten. Dieselbe wurde binnen wenigen Wochen, vom 9. Februar

bis 11. März, vollendet; zum Präsidenten, resp. Vizepräsidenten wurden Jefferson Davis aus Mississippi und Alexander H. Stephens aus Georgia gewählt. Der Wunsch des Südens war endlich erfüllt; der Idealstaat aus lauter Sklavengebieten war

Fig. 30.



Abraham Lincoln. (Nach Cassel, History.)

fertig — ob er auch wohl den Stürmen Trotz bieten würde, welche von Norden her angebraust kamen und Rache forderten für die jahrzehntelange Verhöhnung menschlicher Würde und menschlicher Freiheit?

Abraham Lincoln.

Lincolns Laufbahn bietet ein treues Bild der amerikanischen Zustände. Geboren am 12. Februar 1809 zu Hardin in Kentucky als der Sohn eines Farmers, der 1830 nach Illinois übersiedelte, mußte er von Jugend auf seinen Lebensunterhalt durch harte Arbeit verdienen. Hintereinander war er Flößer,

Fig. 31.



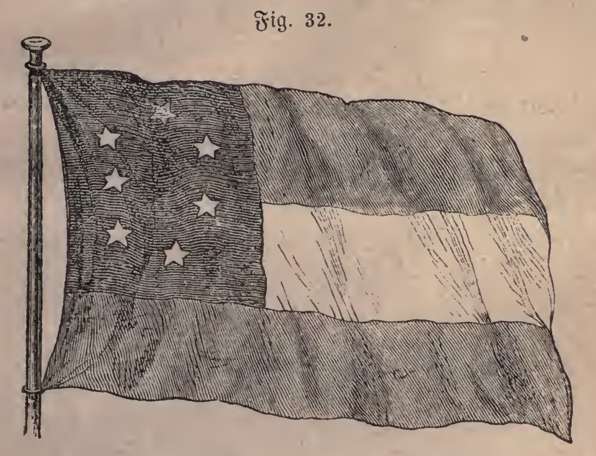
Das Haus, in dem Abraham Lincoln geboren wurde. (Nach Cassel, History.)

Landwirt, Krämer, Postmeister, bis er sich durch eigenes Studium so viel Kenntnisse in der Rechtswissenschaft erwarb, um 1836 als Rechtsanwalt aufzutreten. Zwei Jahre vorher war er schon in die Legislatur seines Staates gewählt worden. Seine Gewandtheit in schwierigen Rechtsfällen, sowie sein offener Charakter verschafften ihm bald die Zuneigung und Achtung seiner Mitbürger, als deren Kongreßabgeordneter er im Jahre 1847 nach

Washington ging. 1858 unterlag er zwar bei der Senatorenwahl in Illinois gegen Stephen A. Douglas, wurde jedoch, wie bereits erwähnt, 1860 als alleiniger Kandidat der Republikaner nominiert und am 6. November mit allen Stimmen der Nichtsklavenstaaten mit Ausnahme New Jerseys zum Präsidenten gewählt.

Am 4. März 1861 fand die Inauguration Lincolns statt. Von verschiedenen Seiten war er gewarnt worden, daß Komplotte aller Art gegen sein Leben geschmiedet würden. Bald

Fig. 32.



Die Flagge der Südlichen. (Nach Cassel, History.)

sollte der Dolch eines Fanatikers ihn treffen, bald die Entgleisung des Eisenbahnzuges, der ihn nach Washington brachte, von verbrecherischen Händen künstlich vorbereitet sein, oder die Kugel aus der seiner Antrittsrede lauschenden Menge ihn dahinstrecken. Nichts von alledem ist glücklicherweise passiert, die Inauguration verlief programmmäßig und ohne Unfall, allerdings unter Anwesenheit einer starken Truppe Militär, welche der Generalleutnant Scott persönlich kommandierte. Lincolns Rede war sehr versöhnlich gehalten, keine Spur von jenem Fanatismus, den die Südstaatler ihm angedichtet hatten; ruhig, würdevoll

erinnerte er die Bürger an ihre Aufgaben und bezeichnete es als seine einzige Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß die Gesetze der Union in allen Staaten getreulich erfüllt würden. „Macht Ihr nicht den Anfang, so wird kein Kampf entstehen“, rief er den unzufriedenen in Empörung begriffenen Südstaaten zu.

Das Geschick hatte es anders beschlossen, als der friedliebende Präsident, der noch immer, selbst angesichts so vieler Anzeichen offener Revolution, die Erhaltung ruhigen Einverständnisses erhoffte. Wenige Wochen nach dem Antritt seiner Präsidentschaft, am 12. April 1861, sausten die ersten Kugeln hin und her, wurde die erste Schlacht geschlagen, entbrannte ein Kampf, der der Welt den ganzen Heroismus jenes dollarbrütenden Krämervolkes offenbarte . . . . Die Freunde der Menschheit durften aber mit froher Zuversicht auf den Mann blicken, der das Steuer in so schwerer Zeit lenkte und freudig sein Leben in die Schanze schlug, um die Ehre seines Vaterlandes zu retten.

Sachregister.

... Preußen, Posen, Pom...

Im folgenden geben wir die Grundzüge der Einteilung und die Aufstellung der Themata nach einem vorläufigen Plane, der indes auf wohlmotivierten Wunsch der Autoren, sowie für den Fall, daß das Interesse des Publikums eine weiter gehende Detaillierung erwünscht erscheinen läßt, noch mannigfache Veränderungen, Erweiterungen und Ausfüllungen erfahren kann.

Naturwissenschaften.

Astronomie: Erde u. Mond. — Die Sonne, Planeten, Satelliten. — Kometen, Sternschnuppen, Meteorschwärme, Feuerkugeln ꝛc. — Astrognosie und die Fixstern-Astronomie.

Geologie, Geognosie u. Bergwesen: Die Erde als Weltkörper, das Relief der Erde, ihr Inneres, ihre Entstehung. — Die Niveauveränderungen der Erde. — Die Gebirge, ihr Bau und ihre Entstehung. — Die Erdbeben u. der Vulkanismus der Erde. — Die an der Veränderung der Erdoberfläche thätigen Kräfte (Quellen, Flüsse, Eisströme ꝛc.), Ablagerung der Zerstörungsprodukte, Mitwirkung tierischen u. pflanzlichen Lebens. — Die Versteinerungen. „Leitfossilien". — Die verschiedenen sedimentären Formationen. — Geologie von Österreich-Ungarn, Deutschland, England, Frankreich, Amerika. — Die Geologie und ihr Verhältnis zu den übrigen Wissenschaften. — Die Geschichte der Geologie. — Der Ozean u. die Binnenmeere. — Die nutzbaren Mineralien u. ihre Gewinnung (Übersicht des Bergbaues). — Die fossilen Brennstoffe (Torf, Braunkohle, Steinkohle, Anthracit u. Kohlenbergbau).

Physik, Chemie u. Meteorologie: Das Wesen der Körper (Gase, Flüssigkeiten, feste Körper, Krystalle u. die Gesetze der Bewegung, Massenanziehung, Bewegung). — Die Welt der Atome (Bau u. Wesen des Stoffs, Kohäsion, Adhäsion, chemische Anziehung). — Die Luft (Natur u. Eigenschaften der Luft, die Atmosphäre, Luftdruck, Windströmungen, Principien der Ventilation, Luftschiffahrt), die Luft im Dienste der Technik (pneumatische Apparate, Luftpumpen, atmosphärische Eisenbahnen). — Das Wasser (Eigenschaften, Quellen, Bäche, Flüsse, Nebel, Thau, Regen, Schnee, Hagel, Gletscher, künstliches Eis). — Beleuchtungsstoffe. — Das Eisen (Eisenerze, Geschichte der Gewinnung des Eisens, Eisenhüttenwesen, Verarbeitung des Eisens, Stahl). — Die edlen Metalle (Quecksilber, Silber, Gold, Platin u. a., Gewinnung u. Verwendung). — Die unedlen Metalle (Kupfer, Wismut, Kadmium, Blei, Zinn, Zink, Antimon, Arsen, Kobalt, Nickel, Mangan, Aluminium ꝛc.). — Das Glas (Geschichte, Eigenschaften, Fabrikation, Verwendung, Hartglas, optische Gläser, künstliche Edelsteine). — Thon u. Porzellan (das Ganze der Keramik). — Die Nichtmetalle (Schwefel, Phosphor, Selen, Tellur, Chlor, Jod, Brom, Fluor, Sauerstoff, Wasserstoff, Stickstoff, Kiesel, Kohlenstoff). — Salze u. Säuren (Inbegriff der chemischen Fabrikation, Salinenwesen, Soda, Schwefelsäure ꝛc.). — Die natürlichen und künstlichen Farbstoffe (Pflanzenfarbstoffe, tierische Farbstoffe, Mineralfarben, Teerfarben und Überblick über das Wesen der Färberei). — Die Produkte der Gährung (Wein, Bier, Branntwein, Essig, dann Fäulnis und Verwesung). — Die Chemie des täglichen Lebens (Chemie der Ernährung, Nahrungsmittel, ihre Wahl u. Zubereitung). — Pflanzen u. Tierstoffe im Dienste des Kulturlebens (Faserstoffe, Gewebe, Zeuge und ihre Verarbeitung, tierische Häute, Leder, Fette u. Öle und ihre Verwertung). — Elektrizität u. Magnetismus im Dienste des Verkehrs (Telegraphie, Telephonie, elektrische Eisenbahnen). — Das elektrische Licht. — Wärme u. Licht (das Theoretische über Licht u. Wärme als Bewegungserscheinungen u. ihre praktische Bedeutung). — Photographie u. Lichtdruck (das Gesamte über die chemischen Wirkungen des Lichtes). — Das Reich der Töne (der Schall u. seine Gesetze, musikalische Instrumente). — Die Witterungskunde.

Zoologie. Systematik. Reich der Protisten, Protoplasma, Schwämme, Protozoen. — Quallen. Radiata. — Arthropoda: Krustazea, Arachnida, Insekten. — Mollusken. — Fische. — Amphibien. — Vögel. — Mamalia. — Fauna von Deutschland. — Wichtigste Tiere der Polarländer. — Wichtigste Tiere der tropischen Länder. — Entstehung der Varietäten 2c. — Systeme. — Morphologie u. Physiologie: Entwicklungs-Geschichte, Funktionen der körperlichen Organe mit Rücksicht auf den Menschen, Stoffwechsel, Lebensbedingungen, natürliches Ende. — Bedeutung der einzelnen Organe, Homologie, Generationswechsel, Ammenzustände, Waffen und Schutzmittel. — Allgemeines: Tiere der Vorwelt. — Entwicklung der jetzigen Fauna aus der früheren. — Tiergeographie. — Tierkunde der Alten und Entwicklung bis zur neuesten Zeit. — Wohnungen, Lebensweise der Tiere. — Das Tierreich im Verhältnis zum Menschen u. den andern Naturreichen. — Der Mensch.

Botanik. Systematik: Grenzen der Tier- u. Pflanzenwelt, Reich der Protisten, Pilze, Algen, Flechten, Moose; Beschreibung und Vorkommen der wichtigsten. — Gefäßpflanzen, systematische Beschreibung, Vorkommen der wichtigsten Pflanzen. — Nutzpflanzen der gemäßigten, kalten u. heißen Zone. — Flora von Deutschland u. Deutschösterreich. — Entstehung der Varietäten, Akkomodation neuer Eigenschaften, Ausbildung der Varietäten, Anpassen der morphol. Verhältnisse an die Lebensbedingungen, Varietät, Rasse, Art, Gattung, Familie, Klasse, Ordnung, Systeme. — Morphologie u. Physiologie: Erste Zustände organisierter Gebilde. Pflanzennahrung u. Aufnahme derselben, Stoffwechsel, Lebensbedingungen, Schutzmittel, Alter, Feinde, natürliches Ende. — Wie wächst die Pflanze. — Wie bildet die Pflanze Blüte, Frucht, Blätter 2c. — Vermehrung, Fortpflanzung, Sporenpflanzen, Samenpflanzen, Generationswechsel. — Allgemeines: Pflanzen der Vorwelt. — Entwicklung unserer jetzigen Flora. — Pflanzengeographie. — Pflanzenkunde der ältesten Zeit in ihrer Entwicklung bis zur Gegenwart. — Das Pflanzenreich im Verhältnis zum Menschen u. zu den andern Naturreichen

Medizin. Gesundheitslehre. — Anatomie und Physiologie (Grundzüge).

Historische Wissenschaften.

Geschichte. Ägypten. — Assyrien. Medien. — Persien. — Griechenland. — Rom. — Alexander d. Gr. — Cäsar. — Mittelalter: Oströmisches (Byzantinisches) Reich. — Deutschland bis zur Reformation. — Frankreich. — England. — Kreuzzüge. — Kämpfe der Christen u. Muhamedaner. — Italien. — Neuzeit: Portugal u. Spanien (rückgreifend). — Frankreich. — England. — Holland. — Deutschland. — Polen. — Rußland. — Skandinavien. — Osmanisches Reich. — Dreißigjähriger Krieg. — Siebenjähriger Krieg. — Luther. — Gustav Adolf. — Waldstein. — Friedrich d. Gr. — Kaiser Josef. — Napoleon. — Cromwell u. m. A. — Französische Revolution. — Gegenwart (XIX. Jahrh.): Preußen. — Deutschland. — Frankreich. — Rußland. — England. — Schweiz (rückgreifend). — Skandinavien. — Italien. — Vereinigte Staaten (rückgreifend). — Balkan-Halbinsel (christlich). — Ostindien. — Süd- u. Mittel-Amerika. — Osmanisches Reich. — Persien, Afghanistan u. Turan. — Spanien u. Portugal. — Österreich.

Länder- u. Völkerkunde. Europa: Portugal mit den Azoren. — Spanien. — Frankreich (Norden). — Frankreich (Süden). — England u. Schottland. — Irland. — Belgien. — Holland. — Schweiz. — Italien (Norden). — Italien (Süden). — Deutschland: Der Rhein von Worms an. Elsaß und Lothringen. Baden u. Württemberg. Baiern. Thüringen u. Hessen. Westfalen. Hannover, Oldenburg, Braunschweig. Sachsen. Brandenburg und Provinz

Sachsen. Schlesien. Ost- u. West-Preußen. Posen. Pom
Schleswig u. Holstein. — Skandinavien: Norwegen u.
u. Finnland. — Österreich: Alpenländer. Niederösterre
u. Schlesien. Galizien u. Bukowina. Istrien u. Da
Kroatien. — Balkan-Halbinsel. — Rußland. — Polen. — Asien: Sibirien. — Russisches u. Inner-Asien. — Persien. — Klein-Asien. — Syrien, Arabien. — Afghanistan, Beludschistan. — Ost-Indien. — Hinter-Indien. — Archipel. — China mit Thibet. — Japan. — Australien: Der Australkontinent u. Tasmanien. — Die ozeanische Inselwelt. — Afrika: Marocco. — Algier u. Tunis. — Tripolis u. Inner-Afrika mit dem Tschadsee. — Abyssinien, Galla, Somali, Madagaskar. — Senegal u. Westküste. — Südafrika. — Amerika: Englisch-Nordamerika u. die Vereinigten Staaten (a. Kanada u. die östlichen Staaten, b. die südlichen Staaten, c. der Westen u. Kalifornien). — Mexiko u. Mittelamerika. — Südo ika (Guiana u. Venezuela. Bolivia u. Peru. Chili. Argentinien. Bra — Polarländer.

Kulturgeschichte: Ägypten. — Assyrien, Me n. — Indien. — Griechenland. — Rom. — China. — Japan. — erung. — Byzantinisches Reich. — Zeit Karl d. Gr. — Das P tstehung u. Entwickelung der deutschen Städte. — Deutschla Reformation. — Amerika (Urzustand, Kolonisation, Verfass itten, Gebräuche). — Geschichte der Universitäten. — Fra dwig XIV. — England unter Elisabet. — Spanien unter aft. — Blüte der Wissenschaften unter den Kalifen. — E en u. nordischen Mythus. — Die Juden seit ihrer Ze der Religionen. — Das XVIII. Jahrhundert. — — Die Welt der Slaven. — Geschichte der Erfin l. — Geschichte der Gewerbe. — Geschichte Mathematik. — Geschichte des Socialismus. — . Kriegführung. — Geschichte des Zeitungswese . — Geschichte der Entdeckungen.

Philologi Geschichte der Schrift. — Die deutsch cten. — Die germanischen Sprachen. — slavischen Sprachen.

J — Die wichtigsten strafrechtlichen Fragen erfassungen. — Der moderne Staat.

sse. — Geschichte.

Philosophie: chische Philosophie. Die Systematiker bis Kant. Neuere Philosophie.) — Geschichte des Materialismus. — Grundzüge der Psychologie. — Grundzüge der Logik. — Entwicklung der Moral. — Geschichte der Pädagogik. (Für die weitere Folge, sind Monographien über die hervorragendsten Philosophen in Aussicht genommen.)

Kunstgeschichte: Die Kunst u. die Künste. (Übersichtlich in der Entwicklung ihrer ästhetischen u. technischen Seite beleuchtet.) — Geschichte der Architektur. — Geschichte der Skulptur. — (Der Orient u. die Antike. Wiedergeburt. Michel Angelo. Neuzeit. Ausgrabungen.) — Geschichte der Malerei. (Einleitung. Altertum. Vorklassische Zeit. Klassische Zeit. Italien. Deutschland. Niederlande. Die Gegenwart.) — Geschichte der vervielfältigenden Künste. — Geschichte des Kunstgewerbes. — Geschichte der Musik. — Geschichte der lyrischen und epischen Poesie. (Altertum. Mittelalter u. neuere Zeit. Gegenwart.) — Geschichte des Dramas. — Geschichte des Romans. — Geschichte des Theaters und der Schauspielkunst. — Geschichte der Oper. (Auch auf diesem Gebiete sind Monographien über die hervorragendsten Erscheinungen des gesamten Künstlerlebens und der Weltliteratur in Aussicht genommen.)

